Juni 1969

Politische Ökonomie
Parlamentarismus-Debatte
Sozialistische Strategie
Koloniale Revolution
Uruguay · Nordirland · Israel

Altvater · Flechtheim · Hofmann
Kadritzke · Reichelt

Organ kritischer Sozialwissenschaft
Hrsg. am Otto - Suhr - Institut
Berlin 33 - Ihnestr. 21 - 7690 2341

Wolfgang Abendroth

Sozialistische POLITIK

1. Jahrgang - Nr. 2 Juni 1969

Redaktion, Werbung und Vertrieb
1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel. 7690 2341
Postscheckkonto Berlin—West 62010
Anzeigenpreisliste 1/69

Druck
Verlag + Druck Westberlin

Cover
Gil Funccius, Berlin

Herausgegeben im Auftrag des Fachschaftsrates Politologie am Otto—Suhr—Institut vom Redaktionskollektiv:

Bernard Langfermann, Susanne Piening, Elke Sattler, Frank Stern (verantw.), Hella Stern.

Jährlich erscheinen vier Hefte. Einzelheft DM 3,—. Jahresabonnement incl. Porto DM 12,—. Studentenabonnement gegen Studienbescheinigung DM 8,— nur direkt über die Redaktion.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatsachen.

Wir möchten unsere Abonnenten freundlichst auf die beiliegenden Zahlkarten hinweisen.

Besten Dank!

Inhalt **Seite**

Aufsätze

Elmar Altvater
Die Krise der europäischen Währungen 2

Helmut Reichelt
Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretationen bei Werner Hofmann 17

Ossip K. Flechtheim
Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik II 26

Ulf Kadritzke
Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung 36

Diskussion

Werner Hofmann
Über die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Parlaments 49

Dokumentation

Sozialistische Organisation Israels
Das Palästina—Problem 56

Berichte und Kurzanalysen

Wolfgang Schöller
Tupamaro in Uruguay — Guerilla im Apparat 72

Pete Gibbon/Frank Unger
Nordirland — 'Dritte Welt' in der Metropole 76

Bassam Tibi
Fanons Gewalttheorie und Hegel—Rezeption 84

Literatur

Klaus Busch
Fritsch: Entwicklungsländer 88

Dietmar Albrecht
Behandlung von Widersprüchen — Kulturrevolution in China 90

Johannes Agnoli
Collotti: Storia della due Germanie 94

Frank Dingel
Räte und Revolution II 96

Niels Kadritzke
Leser: Austromarxismus 100

Hans—Dieter Bamberg
Tuchscheerer: Bevor das Kapital entstand 103

Editorial

I

n allgemeinen dient ein Editorial redaktioneller Selbstdarstellung, doch sei hier einmal mit einem ngriff auf unsere Leser begonnen. Hatten wir erwartet, nach Erscheinen der ersten Nummer zu- indest auf Kritik zu stoßen, so wurden wir enttäuscht. Abgesehen von einigen Wünschen zum ontinuierlichen Untergang jeglicher Art sozialistischer Politik erreichten uns kaum Stellungnah- en. Sofern marxistische Theorie nicht zur Mode, sondern – wie wir sie verstehen – unabdingba- s Konstituens einer qualitativen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft ist, resultiert dar- us der Bruch mit einer opportunistischen Grundhaltung. Uns scheint, daß 'linke Theorie' zu häu- g nur vereinnahmt wird – ohne Reaktion auf ihre Widersprüche.

ei der redaktionellen Arbeit gehen wir von der Auffassung aus, daß wissenschaftliche Tätigkeit it sozialistischer Perspektive nur dann ihrem Anspruch gerecht wird, wenn sie Grundlage und nleitung zu praktischem Handeln ist. Andererseits ist ein Teil unserer Leser ohne Zweifel bemüht, n der Basis oder in den Überbaubereichen eben diese Perspektive aufzuweisen und zu realisieren. ns scheinen aber Ergebnisse und praktische Erfahrungen dieser Arbeit ungenügend vermittelt zu in. Aus diesem Grunde erwarten wir von unseren Lesern, daß Anonymität und Isolation aufgege- en werden und sie mit Beiträgen in die Diskussion eintreten. Die SoPo will dieser notwendigen ermittlung dienen.

II

er aufgezeigte Aspekt redaktioneller Gestaltung kann aber nicht von inhaltlichen Schwerpunkten etrennt werden, die im Laufe dieses Jahres u.a. auf die Bereiche der Technologie–Debatte und er politischen Psychologie erweitert werden sollen. Theoretische und praktische Arbeit sind für ns u.a. untrennbar verbunden mit dem Bemühen, eine permanente Diskussion zwischen sozialisti- chen Wissenschaftlern der DDR, der BRD und Westberlins zu initiieren.

III

n der vorliegenden Ausgabe ist wiederum versucht worden, folgende Bereiche schwerpunktmäßig usammenzufassen: Politische Ökonomie, Parlamentarismusdebatte, Kritik der westdeutschen So- iologie, sozialistische Strategie in Europa und Lateinamerika.

er aktuellste Beitrag ist dabei Elmar Altvaters Kritik am europäischen Währungssystem, die sich nsbesondere auf die Auseinandersetzungen um die Aufwertung der DM in diesem Frühjahr bezieht. inzuweisen ist noch auf die weitgehend unbekannt gebliebene Entwicklung in Uruguay und ord–Irland. Der Beitrag der Organisation Israelischer Sozialisten ist vor dem Juni–Krieg ge- chrieben und führt daher im letzten Teil einige inzwischen veränderte Tatsachen an. Insgesamt alten wir jedoch die Aktivität von Matzpen für so wesentlich, daß wir nur zwei unbedeutende ürzungen vorgenommen haben und im übrigen das Dokument für sich sprechen lassen wollen. ie weiterführenden Aspekte dieser Analyse werden wir im nächsten Heft mit einem Aufsatz zum rabischen und israelischen Nationalismus aufgreifen.

Das Redaktionskollektiv

Die sich regelmäßig in zyklischen Abständen wiederholenden Krisen des Weltwährungssystems sind der monetäre Ausdruck kapitalistischer Krisen in der Produktions–, Distributions–, Konsumtions– und Austauschsphäre. Weltwährungskrisen führen kein Eigendasein im Geldschleier kapitalistischer Warenproduktion, als Ausdrucksformen technischer Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Währungssystems – woraus zu schlußfolgern wäre, daß mit der Abstellung der technischen Unzulänglichkeiten auch die Währungskrisen aufgehoben werden könnten. Vielmehr sind es die besonderen Reproduktionsbedingungen der nationalen Kapitalismen, die vermittelt durch den weltwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus die reibungslose Funktionsfähigkeit des Weltwährungssystems stören. Denn einmal bedeutet jede relative Veränderung in der Konstellation der internationalen Kapitalkonkurrenz auf den Warenmärkten eine Veränderung in den Zahlungsbilanzen der betroffenen Länder und jede Verbesserung bzw. Verschlechterung der Zahlungs– und Devisenbilanz einer Währung bedeutet, daß die internationale Kapitalspekulation die währungspolitischen Ungleichgewichte krisenhaft verschärfen kann. Zum anderen bewirken langfristige Verschiebungen in den relativen Positionen der Währungen auch Verschiebungen in den Konkurrenzbedingungen der einzelnen Länder, so daß immer die tendenzielle Gefahr besteht, daß Währungskrisen sich als nationale Wirtschaftskrisen nach innen wenden. Der Zusammenhang zwischen nationaler kapitalistischer Ökonomie und Weltwährungssystem stellt sich also als doppelter dar: die ökonomischen Reproduktionsbedingungen in der nationalen Ökonomie setzen sich als Währungskrisen um; die Währungskrisen beeinflussen die Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale.

Die akuten Währungskrisen der vergangenen Jahre verdeutlichen diesen Zusammenhang. Sie waren entweder primär "Dollarkrisen" oder primär Krisen der westeuropäischen Währungen (insbesondere: Franc, Pfund, DM); in den Bezeichnungen deutet sich nicht nur an, welche Währungen hauptsächlich in Krisen geraten sind, sondern vor allem, daß die Ursachen der Dollarkrisen vorwiegend in der US–amerikanischen Ökonomie, die Ursachen der Krisen europäischer Währungen in den westeuropäischen Volkswirtschaften gesucht werden müssen.

In diesem Beitrag nun soll versucht werden, einige Gründe für die jüngste Währungskrise im Mai 1969 herauszufinden. Die Ausdrucksformen dieser Krise – Spekulation gegen den französischen Franc und das Pfund Sterling, Diskussion um die Aufwertung der DM, kurzfristige Wechselkursverschiebungen und die "absichernden" politischen Maßnahmen der Bundesregierung – sind ein Indiz dafür, daß es notwendig ist, die internationale Position der westdeutschen Wirtschaft zu analysieren.

Die Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie

Die relativ günstige Situation der deutschen Währung wird durch die Entwicklung der Preise und Kosten im In– und Ausland indiziert. Während die Ausfuhrpreise des konkurrierenden Auslands um über 7 vH gestiegen sind, liegen die Durchschnittswerte der Ausfuhr in der Bundesrepublik 1968 kaum über dem Stand von 1964. Hieran zeigt sich die relative Verbesserung der Position des westdeutschen warenexportierenden Kapitals gegenüber den ausländischen Konkurrenten. Die Entwicklung der Verbraucherpreise gibt die Richtung der Warenexporte bzw. –importe an. Wenn wir wieder 1964 gleich 100 setzen, dann zeigt sich, daß bis Mitte 1968 das Niveau der Verbraucherpreise im Inland auf 110 Punkte, dasjenige des Auslands auf 112 gestiegen ist. Bemerkenswert ist weiterhin, daß wieder im gleichen Zeitraum die Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie in

der BRD auf knapp über 104 Punkte, im Ausland dagegen auf 108 Punkte gestiegen sind. So kommt es, daß 1966 der Ausfuhrüberschuß der BRD 8,6 Mrd DM, 1967 16,9 Mrd DM und 1968 etwa 16,5 Mrd DM betragen hat. Notwendigerweise mußten diesen Überschüssen in anderen Ländern Defizite gegenüberstehen. Die folgende Tabelle zeigt die

Tabelle 1
Zahlungsbilanzsalden wichtiger Welthandelsländer (Mrd. US–Dollar)

Jahr	USA	Großbr.	BRD	Frankr.	Ital.	Benelux	EWG
			Handelsbilanz				
1965	4,8	–0,8	0,3	0,6	0,7	–0,4	1,2
1966	3,4	–0,3	2,0	0,1	0,4	–0,8	1,7
1967	3,5	–1,7	4,2	0,2	0,1	–0,4	4,2
1968	0,6	–2,0	4,0	–0,1	1,0	·	·
			Bilanz der laufenden Posten				
1965	4,1	–0,3	–1,6	0,8	2,2	0,2	1,6
1966	2,2	0,0	0,1	0,2	2,2	–0,3	2,1
1967	1,7	–1,0	2,4	0,0	1,7	0,1	4,2
1968	–0,5	–1,3	2,5	–0,6	2,5	·	·
			Langfristiger Kapitalverkehr				
1965	–6,1	–0,7	0,2	0,1	–0,1	0,0	0,2
1966	–4,0	–0,4	–0,6	0,0	–1,0	–0,1	–1,6
1967	–5,3	–0,4	–0,8	0,1	–1,0	–0,1	–1,8
			Devisenbilanz				
1965	–1,3	–0,5	–0,4	0,7	1,0	0,2	1,5
1966	0,3	–1,5	0,3	0,4	0,3	0,1	1,0
1967	–3,4	–1,3	0,1	0,3	0,5	0,4	1,4

Quelle: Jahresgutachten (JG) 68/69, S. 29, Zahlen für 1968 Schätzungen des Sachverständigenrates

Es zeigt sich an diesen Zahlen sehr deutlich, daß den rapide ansteigenden Überschüssen in der westdeutschen Handelsbilanz und der Bilanz der laufenden Posten in Großbritannien und Frankreich seit 1967 ebenso rapide negative Tendenzen entsprechen.

Die in der Bilanz der laufenden Posten und der Handelsbilanz deutlich werdenden Überschüsse der BRD sind nur die Fortsetzung einer seit 1952 andauernden Tendenz. (vgl. Tabelle 3) Das wertmäßige Volumen der Exporte stieg von 8,4 Mrd DM 1950 auf 99,6 Mrd DM im Jahre 1968, also um über 1000 Prozent. Da das Welthandelsvolumen insgesamt aber "nur" um etwa 330 Prozent im Zeitraum 1950 – 1967, nämlich von 476,7 auf 1572,8 Mrd DM, stieg, war mit der westdeutschen Exportexpansion eine Erhöhung des Anteils des westdeutschen Außenhandels am gesamten Weltexport verbunden. Der Anteil betrug 1968 nach den USA (14,2 vH) 10,4 vH. (1) Diese Steigerungsrate der westdeutschen Exporte war nur möglich, indem der Anteil der Produktion für den Export permanent ausgeweitet wurde. Aus folgender Tabelle geht hervor, wie stark in einigen Branchen der Anteil der Auslandsumsätze seit 1950 gestiegen ist.

1 Zahlen nach: **Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland**, 1968, S. 77; Zahlen für 1968 nach: **Nürnberger Nachrichten**, 1./2. Mai 1969. Die wichtigsten Industrieländer der kapitalistischen Welt hielten 1967 folgende Anteile an der Weltausfuhr: USA 16,54 vH; Japan 5,38 vH; BRD 11,15 vH; Frankreich 6,03 vH; England 7,82 vH; Italien 4,45 vH; ganz Afrika vereinte demgegenüber auf sich nur einen Anteil von 5,58 vH.

Tabelle 2

Die Exportquoten einiger Industriezweige 1950 und 1967

Industriegruppe	Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in vH			
	1950	1958	1966	1967
Straßenfahrzeugbau	11,5	36,3	37,6	40,7
Maschinenbau	20,3	30,2	33,8	38,0
Feinmech. und Optische Industrie	26,5	36,1	33,9	36,0
Schiffbau	20,0	52,9	39,1	31,5
Eisenschaffende Industrie	16,4	17,8	24,0	30,3
Chemische Industrie	12,3	22,5	27,3	29,0
Feinkeramische Industrie	14,9	19,3	28,7	31,0
NE – Metallindustrie	11,4[a)]	14,9	24,1	24,4
Kohlenbergbau	27,3	20,8	21,8	22,7
Industrie insges.	8,3	15,1	17,1	18,7

a) 1955

Quellen: WWI–Mitteilungen 1959, S. 90; Statistisches Jahrbuch 1968, S. 209

Die in der Tabelle aufgeführten Industrien sind mit 68,5 vH am gesamten industriellen Auslandsumsatz der BRD beteiligt. Es wird vor allem deutlich, daß erstens der Anteil des Auslandsumsatzes sehr stark gestiegen ist seit 1950 und daß zweitens insbesondere die letzte Rezession hohe Steigerungsraten der Exportquoten bewirkt hat (mit Ausnahme des Schiffbaus). Während die Exportquote von 1958 bis 1966 der gesamten Industrie nur um 2,0 vH stieg, erhöhte sich die Quote allein von 1966 auf 1967 um 1,6 vH und 1968 dürfte dieser Trend sich fortgesetzt haben.

Dabei wiederum ist die Exportquote der großen Konzerne relativ am größten, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 3

Auslandsgeschäft großer deutscher Unternehmen 1968 (in Mrd DM)

	Gesamtumsatz	Inland	Export	ausländ. Tochtergesellsch.
Krupp	4,9	3,2	1,5	0,2
BASF	5,6	2,7	2,3	0,6
AEG–Telefunken	5,7	4,0	1,2	0,5
Daimler–Benz	7,1	3,7	2,4	1,0
Bayer	7,7	2,9	3,1	1,7
Hoechst	8,0	3,9	2,9	1,2
Siemens	8,7	5,1	2,0	1,6
VW	11,6	2,8	6,7	2,1

Quelle: Der Volkswirt, 16. Mai 1969, S. 53

Diese acht größten westdeutschen Konzerne vereinen allein über 20 vH der westdeutschen Ausfuhr auf sich. Mit einer Exportquote (Exportumsatz bezogen auf den Gesamtumsatz) von 37,2 vH liegen sie weit über dem Durchschnitt. Jede Beeinträchtigung westdeutscher Exporte, sei es durch inländische oder ausländische politische oder ökonomische Maßnahmen, müßte daher die Industrie und dabei am schwersten die Großindustrie treffen.

Die Verwertung des westdeutschen Kapitals ist somit von einer Expansion auf dem Weltmarkt in hohem Maße abhängig. Diese Abhängigkeit wird auch dadurch belegt, daß, wie schon in den zyklischen Rezessionen der 50er Jahre, auch die Rezession der Jahre 1966/67 vor allem durch Exportoffensiven überwunden werden konnte. Die Steigerung der Ausfuhr war immer das Ventil für die westdeutsche Industrie, wenn der innere Markt sich verengte. Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten der Exporte in den Jahren 1951 (65,5 vH), 1954 (21,3 vH), 1955 bis 1957 (19,0; 20,5; 19,0 vH), 1959 (11,8 vH), 1964 (11,8 vH), 1968 (ca. 14–15 vH) waren jeweils die Anstöße für konjunkturelle Aufschwungphasen.(2) Relativen Rückgängen der Investitionen und des privaten Konsums an der "letzten Verwendung von Waren" insgesamt entsprachen jeweils relative Zunahmen der Ausfuhr. Diese Zunahmen wirkten sich dann multiplikativ auf die Produktion von Investitions– und Konsumgütern aus. (3) Der Mechanismus, der die wechselseitige Abhängigkeit von innerem und äußerem Markt herstellt, kann schematisch wie folgt beschrieben werden:

1. Die im zyklischen Aufschwung produzierten Kapazitäten (Investitionsboom) stoßen auf die Grenzen der mit dem Wachstum des Produktionspotentials nicht mithaltenden inländischen Konsumtionskraft. Preissteigerungen ermöglichen außerdem steigende Importe und erschweren die westdeutschen Exporte, so daß sich eine auf die tatsächlichen Profite und vor allem die Profiterwartungen negativ auswirkende relative Überproduktion einstellt.

2. Die Zuwachsraten der Investitionen (nach den Bestellungen) gehen zurück und leiten auf diese Weise die Abschwungphase ein. Die geringere Kapazitätsauslastung als Folge der relativ zurückgehenden inländischen Konsumtionskraft und die abnehmenden Investitionszuwachsraten zwingen die Industrie zu Exportanstrengungen, die bisher vor allem wegen des permanent expandierenden Weltmarktes erfolgreich waren.

3. Die Verknüpfung zwischen exportierender Industrie und liefernder Industrie (4) bewirkt dort einen Lagerabbau, Zunahme der Kapazitätsauslastung, Erhöhung der Investitionsneigung und wegen der einströmenden Devisenerlöse auch der finanziellen Investitionsmöglichkeiten und daher in der Folge die Absorption des zusätzlichen Potentials in erhöhtem Maße für die Produktion des inneren Marktes.

4. Die Lohnentwicklung folgt dieser Bewegung in zwei Schritten: im Aufschwung steigende Löhne bedeuten einerseits Erhöhung der Konsumtionskraft auf dem inneren Markt, andererseits steigende Kosten für den einzelnen Kapitalisten. Im Abschwung relativ sich verringernde Löhne bedeuten andererseits Kostenersparnis (bezogen auf die Produkteinheit), so daß die Exportpreise in der ersten Zyklusphase nicht nach oben getrieben werden und erst später durch steigende Lohnforderungen angehoben werden.

---

2 Vgl. dazu Gerd Elvers: "Die westdeutsche Konjunkturentwicklung", in: **neue kritik**, Februar 1967, S. 28 ff.

3 Vgl. dazu Tabelle 4, S. 16 im: **Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (zit. als **JG**) 1966/67.

4 Für die Erstellung des industriellen Warenexports von 98,6 Mrd DM im Jahre 1968 sind eine industrielle Bruttoproduktion von 161,9 Mrd DM und Produktionen aus dem nicht–industriellen Bereich in Höhe von 31,0 Mrd DM erforderlich. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, zit. nach: **Süddeutsche Zeitung**, 17./18. Mai 1969.

Gegenüber den Konjunkturzyklen der 50er Jahre jedoch zeigt sich in der Rezession 1966/67 ein wesentlicher und bezeichnender Unterschied: Während die Steigerungen der Ausfuhren in den bisherigen vier Zyklen (1951–1954; 1955–1958; 1959–1963; 1964–1966) mit etwa im Gleichschritt steigenden Importen verbunden waren, beruhen die gewaltigen Außenhandelsüberschüsse seit 1966 auf der Tatsache, daß zwar die Exporte sehr stark expandierten, die Importe jedoch stagnierten. Diese Entwicklung bedeutet aber für die internationale Konkurrenz, daß die jüngste Exportoffensive (5) des westdeutschen Kapitals in erhöhtem Maße auf Kosten der ausländischen kapitalistischen Konkurrenz gegangen ist. Wenn man die Veränderungen der Ausfuhr und der Einfuhr im Zeitraum 1966/1967 addiert, so zeigt es sich, daß das Defizit der übrigen EWG–Länder 2,7 Mrd DM, der EFTA 1,3 Mrd DM, der USA 1,2 Mrd DM gegenüber der BRD beträgt, d.h. die BRD hat um diese Summen in die angegebenen Länder bzw. Ländergruppen mehr exportiert und weniger importiert; ein ähnlicher Rückgang der Importe, wenn auch in geringerem Umfang, ist nur 1958 zu verzeichnen.

Tabelle 4

Außenhandel (Spezialhandel) der BRD (Abs. Werte in Mrd DM)

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
1950	8,4	11,4	–3,0
1951	14,6	14,7	–0,1
1952	16,9	16,2	0,7
1953	18,5	16,0	2,5
1954	22,0	19,3	2,7
1955	25,7	24,5	1,2
1956	30,9	28,0	2,9
1957	36,0	31,7	4,3
1958	37,0	31,1	6,9
1959	41,2	35,8	5,4
1960	47,9	42,7	5,2
1961	51,0	44,4	6,6
1962	53,0	49,5	3,5
1963	58,3	52,3	6,0
1964	64,9	58,8	6,1
1965	71,7	70,4	1,3
1966	80,6	72,7	7,9
1967	87,0	70,2	16,8
1968[1)]	70,8	58,9	12,1

1) 1968 nur die ersten drei Vierteljahre
Quelle: JG 68/69, S. 156

Diese permanenten Exportüberschüsse der BRD, denen ein seit 1965 stagnierender Markt für ausländische Produkte gegenübersteht, sind eine der Hauptursachen für die sogenannten "fundamentalen Ungleichgewichte" im Weltwährungssystem. Allerdings ist diese günstige Situation des westdeutschen Kapitals auf dem kapitalistischen Weltmarkt nur relativ und immer bedroht; denn die Exportmärkte der BRD sind weniger als diejenigen anderer Konkurrenten (USA, Frankreich, Eng-

5 Wenn von "Exportoffensive" die Rede ist, so nur in dem Sinne, daß gemeinsame Interessen zu gleichem Verhalten führen und als aggregierte individuelle Aktivitäten den Charakter einer "Offensive" annehmen.

land) konsolidiert (durch eigene Banken, Vertriebs– und Servicenetze). Überdies hat sich gezeigt, daß die kapitalistischen Konkurrenzländer in ersten Abwehrreaktionen gegen die ausländische Konkurrenz insgesamt zu restriktiven Maßnahmen greifen, um ihren inneren Markt zu schützen: Die USA haben die Importe erschwert und ihre Exporte begünstigt; Großbritannien hat im November 1967 das Pfund Sterling abgewertet; Frankreich hat nach der Mai–Revolte und den daraus resultierenden Verwertungsschwierigkeiten zu "dirigistischen Maßnahmen" Zuflucht genommen, wie Importkontingenten, Exportsubventionen und Devisenkontrollen. Solche Maßnahmen sind jedoch weitgehend integrierten Waren– und Kapitalmärkten nicht sehr effektiv, wie insbesondere die Pfund–Abwertung von 14,3 vH gezeigt hat. Die erwartete Exportoffensive Englands hat wegen der strukturellen Krise der englischen Industrie nicht stattgefunden; (6) die politischen Maßnahmen Frankreichs sind mit jeder Änderung der Politik prinzipiell gefährdet und eine solche Änderung deutete sich in der Wahlniederlage de Gaulles vom April 1969 bereits an. Überdies lassen sich jenseits aller Regierungskontrollen Möglichkeiten zu ihrer Umgehung finden. (7)

Eine weit ernster zu nehmende Gefährdung der westdeutschen Position auf dem Weltmarkt ist das US–amerikanische und immer mehr das japanische Kapital. Die japanische Automobilproduktion mit 4,1 Mio Einheiten vor Westdeutschland (3,1 Mio Einheiten) und nach den USA (10,8 Mio Einheiten) auf dem zweiten Platz der Weltproduktion, drängt immer ungestümer auf die bisher vom US–amerikanischen oder westeuropäischen Kapital beherrschten Automärkte vor. (8) Die Autoexporte Japans sind im Jahre 1968 um 69 vH gestiegen; der Marktanteil des VW in Australien ist beispielsweise seit der japanischen Exportoffensive von 10 auf 4 vH gesunken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Exportanteil der japanischen Autoindustrie erst 15 vH beträgt und, wie in Westdeutschland, auf mindestens 40 vH gesteigert werden muß, um die Produktion absetzen zu können. Die Konkurrenz des US–Kapitals steht außer Frage, da wegen der relativen Größe der Konzerne und des technologischen Vorsprungs das westdeutsche Kapital für sich allein (ohne westeuropäische gemeinsame Strategie) auf die Dauer den US–Konzernen nicht gewachsen ist. Während die US–Konzerne bereits aufgrund des größeren inneren Marktes der USA die ökonomischen Vorteile der Massenproduktion, die finanziellen Vorteile des großen Konzerns und die technologischen Vorteile der Großforschung genießen, brauchen die westdeutschen Konzerne einen relativ hohen Anteil der Produktion für den äußeren Markt, um die Vorteile der Größe sich aneignen zu können. Darin liegt aber die ganze Schwäche: Ökonomische und politische Hindernisse gegenüber dem westdeutschen Warenexport müssen sich unmittelbar für das Größenwachstum der Konzerne negativ bemerkbar machen und daher die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie beeinflussen. In diesem strukturellen Zwang zum Export aber liegt die langfristige, relativ ungünstigere, Situation der BRD gegenüber den USA.(9)

Vom Warenexport zum Kapitalexport

Den wachsenden Exportüberschüssen und dem dadurch bedingten Zustrom ausländischer Devisen steht zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ein bedeutender Kapitalexport gegenüber. In seinem Jahresgutachten 68/69 schreibt der Sachverständigenrat (Ziff. 86):

> "Die markanteste Veränderung in der Zahlungsbilanz seit Anfang 1967 besteht in der Zunahme des privaten langfristigen Nettokapitalexports: Während in den Jahren 1960 bis 1966 noch jährlich netto etwa 1,5 Mrd DM langfristiges Kapital importiert wurden, exportiert die Bundesrepublik seit Anfang 1967 von Vierteljahr zu Vierteljahr in zunehmenden Maße langfristiges Kapital."

---

6 Nur ein Indiz für diese Behauptung sei angegeben: Von allen wichtigeren kapitalistischen Ländern hatte England das niedrigste Wachstum der industriellen Produktion. Sie stieg von 1960 bis 1967 nur von 99 auf 115, wenn 1962 = 100 gesetzt wird. **Statistisches Jahrbuch für die BRD**, 1968, S. 64.

7 Vgl. dazu den Bericht in der **Zeit**: "Der billigste Dollar, den es je gab", 16. Mai 1969.

8 **Süddeutsche Zeitung**, 21.4.1969 .

9 Vgl. zu diesem Komplex: Ernest Mandel: **Die EWG und die Konkurrenz Europa – Amerika**, Frankfurt 1968.

Tabelle 5

Langfristige Kapitalleistungen der BRD, privat und öffentlich, in Mio DM

	insgesamt	privat (Kapitalexport: –)	öffentlich
1950	458	·	458
1951	– 149	·	– 149
1952	– 586	– 15	– 571
1953	–1645	– 61	–1584
1954	– 518	– 264	– 254
1955	– 381	– 110	– 271
1956	– 455	134	– 589
1957	– 440	322	– 762
1958	–1457	– 507	– 950
1959	–5660	–1365	–4295
1960	– 99	1140	–1239
1961	–4236	885	–5121
1962	– 336	937	–1273
1963	1612	2993	–1381
1964	– 873	373	–1246
1965	942	2230	–1288
1966	–2265	1825	–4090
1967	–3208	–1770	–1438
1968 (3Vj)	–8613	–7785	– 828

Quelle: JG 68/69, S. 137

In dieser qualitativen Zunahme des westdeutschen privaten Kapitalexports deutet sich eine neue Strategie des westdeutschen Kapitals an.

> "Viele deutsche Firmen scheinen, als der Rezessionsdruck zunahm, auch verstärkt Absatz– und Serviceorganisationen im Ausland errichtet zu haben . . . Insoweit hierdurch deutsche Anbieter beschleunigt auf den Auslandsmärkten Fuß faßten, hat sich die Wettbewerbsposition der westdeutschen Anbieter auch auf mittlere Sicht verbessert." (10)

Eine vom Hamburger Weltwirtschafts–Archiv vorgelegte Motivanalyse für private Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zeigt, daß mit 82 vH "Sicherung der Marktstellung" und mit 62 vH "Erschließung neuer Märkte" die bedeutendsten Motivationen sind. (11)

Noch Anfang 1965 betrugen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland etwa 7 Mrd DM (12), sie erreichten 1968 die Höhe von 14,35 Mrd DM (davon 8,1 Mrd DM in Europa, 2,4 Mrd DM in

10 JG 68/69, Ziff. 106.

11 Vgl. Jährlich plus 20 Prozent, in: **Der Volkswirt**, 16. Mai 1969.

12 **Monatsberichte der Deutschen Bundesbank**, Mai 1965.

Nordamerika; 1,8 Mrd DM in Südamerika (13). Allein im ersten Quartal 1969 hat der langfristige Nettokapitalexport die Summe von 59 Mrd DM erreicht (14).

Franz Josef Strauß hat sich geflissentlich die Strategie des Kapitalexports zu eigen gemacht. In dem "Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Auslandsinvestition der deutschen Wirtschaft" wird versucht, Kapitalinvestitionen im Ausland steuerlich zu begünstigen durch:

1. den steuerlichen Verzicht auf die sofortige Realisierung stiller Reserven bei der Einbringung von Sachanlagen in ausländische Beteiligungen (im Jahr der Überführung darf eine gewinnmindernde Rücklage in Höhe des Übertragungsgewinns gebildet werden);
2. die Anrechnung von Verlusten ausländischer Betriebsstätten in der Bilanz des inländischen Mutterunternehmens beim Vorliegen von Doppelbesteuerungsabkommen;
3. die Ermöglichung der Bildung einer Rücklage für "Anlaufverluste" bei ausländischen Tochtergesellschaften (das Kapital exportierende Unternehmen kann also die "Anlaufverluste" von dem zu versteuernden Gewinn abziehen und steuerliche Vergünstigungen erwirtschaften, indem Kapital exportiert wird);
4. die steuerfreie Übertragung stiller Reserven von Beteiligungen an inländischen Unternehmen auf eine Beteiligung an Auslandsunternehmen in beschränktem Maße (15).

Hier zeigt sich nun die wechselseitige Bedingtheit von Exportoffensive und Kapitalexport Westdeutschlands. Der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte, gleichzeitig Präsident der IHK Essen, Dr. von Menges, hat diesen Zusammenhang sehr deutlich gemacht: Nach seiner Auffassung ist nicht der deutsche Export zu hoch, sondern die ausländischen Produktions– und Vertriebsbasen der deutschen Industrie sind zu schwach. Die Besserung besteht nach von Menges darin, daß etwa die Hälfte der heutigen Exportlieferungen künftig im Ausland gefertigt werden sollen.

Der Kapitalexport ist somit nicht eine währungstechnische Angelegenheit, die aufgrund der hohen Devisenanfälle bei der deutschen Bundesbank erfolgt, sondern der Versuch westdeutscher Unternehmen die Position auf dem Weltmarkt infolge der besonders günstigen gegenwärtigen Konstellation (Rezession und Nachhinken der Löhne im Inland, temporal geschwächte westeuropäische Konkurrenz, Weltkonjunktur auf dem Weltmarkt) langfristig abzusichern. Wenn also argumentiert wird, daß der Kapitalexport zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bei hohen Exportüberschüssen eine Notwendigkeit sei, so wird dabei unterschlagen, daß dieser Kapitalexport gerade dazu dient, um den Warenexport in Zukunft noch weiter auszudehnen (16). Überdies versucht die Industrie, durch Errichtung von Produktionsstätten im Ausland, auf den äußeren Märkten selbst Fuß zu fassen, um gegenüber Handelsrestriktionen anderer Staaten gefeit zu sein. Sie verfolgt dabei die gleiche Strategie wie das US–Kapital nach 1958, als es sich en masse innerhalb der Zollmauern der EWG niederließ. Auch die Überlegung, daß das westdeutsche Wachstumspotential den Wachstumsnotwendigkeiten der großen Konzerne auf die Dauer nicht mehr entspricht, scheint eine Ursache für Kapitalexporte der BRD zu sein. Nach H. Wilhelms, Vorstandsmitglied des Siemens–Konzerns, ergibt sich die Notwendigkeit für Kapitalexport zur Errichtung ausländischer Betriebsstätten aus der Tatsache, daß die Anzahl der Erwerbspersonen in der BRD bis 1975 nur so geringfügig zunimmt, daß aus diesem Grunde bereits den inländischen Expansionstendenzen des Kapitals Gren-

---

13 **Süddeutsche Zeitung**, 23.4.1969.

14 **Monatsberichte der Deutschen Bundesbank**, Mai 1969, S. 63.

15 **Süddeutsche Zeitung**, 23.4.1969.

16 Vgl. **Der Volkswirt**, 2. Mai 1969, S. 35 ff.

zen gesetzt sind (17). Durch Rückgriff auf die Wachstumspotentiale anderer Länder (dabei spielen die hochindustrialisierten Staaten eine entscheidende Rolle), also durch Rückgriff auf deren Infrastruktur, deren Arbeitskräfte in quantitativer und vor allem qualitativer Hinsicht sollen demnach die zu erwartenden Engpässe der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung umgangen werden.

Diese drei Momente – Errichtung der Vertriebsnetze, um den Warenexport zu konsolidieren; Bau von Produktionsstätten im Ausland, um Handelsrestriktionen zu umgehen; Rückgriff auf ausländische Wachstumspotentiale – scheinen zusammen die bestimmenden Gründe für die gegenwärtig besonders eklatante Strategie des westdeutschen Kapitalexports zu sein.

Aufwertung und Nichtaufwertung

Warenexport und Kapitalexport stehen allerdings in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander, wenn die Wechselkurse der jeweiligen Währung betrachtet werden. Für den Warenexport nämlich ist es günstig, wenn die Wechselkurse für das exportierende Land möglichst niedrig sind. Für den Kapitalexport dagegen ist es günstig, wenn die Wechselkurse für das Kapital exportierende Land möglichst hoch sind. Nehmen wir als Beispiel das gegenwärtige Austauschverhältnis der DM zum Dollar, das bei 4 : 1 liegt. Eine Aufwertung der DM um 10 vH würde bedeuten, daß die ausländischen Käufer deutscher Waren 10 vH mehr an DM aufbringen müßten, um das gleiche Warenquantum zu erwerben, oder die exportierende Industrie müßte ihre in DM ausgedrückten Exportpreise um 10 vH senken, was sich auf die Profite negativ auswirken muß. Für den Kapitalexporteur dagegen sieht die Situation durchaus günstiger aus. Während er bisher 4 Mio DM aufbringen muß, um für 1 Mio Dollar Beteiligungen im Ausland (z.B. in den USA) zu erwerben, wird er nun 10 vH weniger, also nur 3,6 Mio DM aufwenden müssen, um die gleiche Beteiligung in Höhe von 1 Mio Dollar zu erwerben. Andererseits bedeutet aber jeder Transfer der mit dem exportierten Kapital erzielten Profite in Dollar ausgedrückt in die BRD bei einer DM–Aufwertung von 10 vH exakt eine 10prozentige Verschlechterung: Nehmen wir an, er hat Profite in Höhe von 100 000 Dollar erzielt. In DM ausgedrückt macht diese Summe heute 400 000 DM, nach der Aufwertung von 10 vH aber nur noch 360 000 DM aus. Daraus ergibt sich, daß nach der erfolgten Aufwertung, also abgesehen vom Aufwertungsgewinn bzw. –verlust, bei Kapitalexporten und bei Kapitalrückflüssen Vorteile und Nachteile sich ausgleichen, so daß per saldo keine Änderung eintritt, vorausgesetzt, die im Ausland erzielten Profite werden retransferiert. Der internationale Kapitalverkehr, von kurzfristigen Spekulationsgeldern abgesehen, richtet sich demnach nicht nach den Kursen, sondern nach dem internationalen Profit– und Risikogefälle. Der Wechselkurs ist für den Kapitalexport weitgegend irrelevant. (Das bedeutet natürlich nicht, daß auch Wechselkursänderungen für den Kapitalexport irrelevant seien)

Da eine Aufwertung der Währung jedenfalls negativ für den Warenexport wirken müßte und – vorausgesetzt, das Maß der Aufwertung ist so hoch, daß es wirksam, also fühlbar ist - daher die industrielle Struktur der BRD verändern mußte; da außerdem die Aufwertung für den Kapitalexport wenig relevant wäre, konnte es in der jüngsten Aufwertungsdiskussion in der BRD für die Industrie nur eine Konsequenz geben: den Sturmlauf gegen eine DM–Aufwertung. Nicht nur einzelne Konzernvertreter, sondern auch die Verbandsvertreter der Industrie haben sich gegen die Aufwertung ausgesprochen: Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände durch ihren Vizepräsidenten Schleyer, der Bundesverband des Groß– und Außenhandels durch seinen Präsidenten Dietz, der Bundesverband der deutschen Industrie durch Fritz Berg, der Bauernverband und auch die Banken, vor allem die Deutsche Bank.

---

17 **Süddeutsche Zeitung, 29.4.1969.**

Welche Interessen aber vertreten die Befürworter einer DM–Aufwertung? Ein vordergründiges Argument ist der Verweis auf die steigenden Preise, die durch eine Aufwertung stabilisiert werden könnten. Sowohl die DM–Aufwertung vom Jahre 1961 als auch allgemeinere Überlegungen zeigen, daß eine Stabilisierung des Preisniveaus durch eine Aufwertung nicht notwendigerweise die Folge sein muß. Denn einmal ist es nicht sicher, daß die durch eine Aufwertung verbilligten Importwaren auch als billigere Waren an die Käufer weitergegeben werden. Unter den Bedingungen oligopolistischer Märkte muß vielmehr erwartet werden, daß der Importhandel und die Importwaren verwendende Industrie die relativen Verbilligungen zuerst einmal als erhöhte Profitspanne für sich appropriiert und erst in zweiter Phase zu einem Teil Preissenkungen weitergibt, wenn sich heraus

priiert und erst in einer zweiten Phase zu einem Teil Preissenkungen weitergibt, wenn sich herausstellt, daß der innere Markt die Importe nur zu sinkenden Preisen aufnimmt. Denn die Exportgüterindustrie wird ihre verschlechterte Situation auf dem Weltmarkt, vorausgesetzt die Importneigung der Käuferländer ist elastisch genug, um sich als Reduzierung der Nachfrage nach westdeutschen Exportwaren auszudrücken, dadurch zu kompensieren versuchen, daß sie nun auf den inneren Markt drängt. Jedoch kann dieser Prozeß nicht automatisch verlaufen, so daß die Wirkung einer DM–Aufwertung auf das inländische Preisniveau kaum kalkuliert werden kann. Es ist nur sicher, daß durch Erschwerung von Exporten

1. bei gleicher Kapazitätsauslastung das Warenangebot auf dem Binnenmarkt steigen muß und
2. durch Verringerung des Devisenzuflusses der Geldüberhang reduziert wird.

Die Konsequenzen der DM–Aufwertung des Jahres 1961 sind hier lehrreich. Das JG 67/68 schreibt dazu:

> "Für die Exportunternehmen bedeutete die Aufwertung eine außergewöhnliche und unerwartete Störung ihrer Dispositionen. Die Aufwertung war lange Zeit immer wieder dementiert worden (eine Übung, die bei Wechselkursänderungen im System von Bretton Woods nicht zu vermeiden ist). Sie kam dann zu einem Zeitpunkt, in dem die deutsche Wirtschaft sich bereits darauf einzurichten begann, daß die Anpassung an den internationalen Inflationstrend eher durch einen beschleunigten Preisanstieg im Innern als durch eine Währungsaufwertung zu erwarten sei. Denn die stürmische Gewinnentwicklung von 1960 hatte die Gewerkschaften zu besonders hohen Lohnforderungen ermutigt, die sich 1961 um so eher durchsetzen ließen, als die Unternehmen mit Aufträgen sehr gut eingedeckt waren. Tariflohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, bei denen die Aufwertung ebenfalls ignoriert wurde, hatten für andere Bereiche einen gewissen Signalcharakter. So blieb die Aufwertung ohne entsprechende Wirkung auf die Lohnentwicklung von 1961 und 1962. Der Anstieg der Lohnkosten schmälerte die Gewinne der Unternehmer und den Spielraum, der es ihnen sonst erlaubt hätte, ihre DM–Preise zu senken und damit ihre Auslandspreise einigermaßen auf dem alten Niveau zu halten. Aber sicher hat die Aufwertung verhindert, daß die DM–Preise der Exportgüter 1961 und 1962 ebenso stark gestiegen sind wie die industriellen Erzeugerpreise in Inlandsabsatz." (Ziff. 438)

Die Aufwertung hat demnach die Exportpreissteigerung begrenzt, jedoch deren Anstieg nicht behindern können, da die Weltmarktpreise insgesamt für industrielle Produkte eine Tendenz nach oben aufweisen. Solange also das allgemeine Preisniveau auf dem Weltmarkt sich erhöht, kann eine Aufwertung bezüglich einer Preisniveaustabilisierung durch Exportdrosselung nur temporär erfolgreich sein. Das gilt insbesondere in der gegenwärtigen Situation, in der die westdeutschen Exportpreise noch unter den Exportpreisen der Konkurrenzländer liegen (18). Dadurch wird im Falle einer Aufwertung, wenn sie sich in den ernsthaft diskutierten Größenordnungen bewegt (Schiller nannte 6,25 vH, von denen lediglich 2,25 vH effektive Aufwertung bedeuteten, da 4 vH auf die im Aufwertungssatz angerechneten Exportsteuern entfielen), lediglich der Spielraum geringfügig reduziert, der den westdeutschen Exporteuren zur Verfügung steht. Ihre Position würde dadurch geschwächt, aber die Preisniveaustabilisierung brauchte noch nicht einzutreten.

---

18 Nach JG 67/68, Ziff. 462, betrug die negative Abweichung westdeutscher Exportpreise vom Weltmarktpreisniveau 0,6 vH im Jahre 1967, wenn 1965 als Ausgangsbasis gewählt wird und 1,6 vH, wenn 1966 als Basis genommen wird.

Wenn das in der Debatte für und gegen die Aufwertung vorgebrachte Preisargument also nur äußerst vage sein kann, dann dürfte ein anderer schwerer wiegender Grund noch dahinter stehen. Der Widerspruch zwischen den Vertretern einer DM–Aufwertung und denjenigen, die sie ablehnen, scheint vielmehr in erster Linie der Widerspruch zwischen den kurzfristigen nationalen Kapitalinteressen Westdeutschlands und dem Interesse an einer langfristigen Expansion der Weltwirtschaft und einem funktionierenden Weltwährungssystem zu sein. Denn einmal können berechtigte Bedenken gegen eine auch nur mittelfristige ungestörte Fortsetzung der westdeutschen Exportoffensive ohne Gegenmaßnahmen anderer Länder angemeldet werden (England beispielsweise ist bereits heute in einer solch hoffnungslosen Situation, daß weitere Importrestriktionen und Exportsubventionen als derzeit einziger Ausweg übrig bleibt) und zum anderen ist theoretisch abzuleiten und empirisch aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu belegen, daß das Weltwährungssystem einem permanenten "Ungleichgewicht" der nationalen Zahlungsbilanzen auf die Dauer nicht standhalten wird. Die durch die internationale Konkurrenz bedingte Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Weltwährungsreserven, die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der ökonomischen Struktur der einzelnen Länder überhaupt und die unterschiedliche Preis– und Produktivitätsentwicklung in den wichtigsten kapitalistischen Staaten, verursachen nicht nur Liquiditätsprobleme, die innerhalb des gegenwärtigen Währungssystems aufgrund der verschiedenen eingebauten Puffer (Zehnerclub, Gold–Pool, Swap–Abkommen, Sonderziehungsrechte usw.) bewältigt werden können, sondern rufen die nicht so leicht kontrollierbare internationale Spekulation auf den Plan.

Tabelle 6

Inflationsraten und Produktivitätsfortschritte in der BRD und in wichtigen Partnerländern 1955 – 1965

	Preisindex		Produktivität
Land	des Bruttosozialprodukts	Lebenshaltung	
BRD	3,6	2,7	4,4
Belgien	2,4	2,1	3,2
Italien	3,7	3,4	5,9
Großbritannien	3,1	3,1	2,4
USA	2,0	1,6	2,1
Mittelwert	3,0	2,7	3,5
Variationskoeffizient in vH	28,6	32,6	

Quelle: JG 67/68, S. 215

Jede akute Währungskrise (des Pfundes im November 1967, des Dollar und des Pfundes im März 1968, des Franc im November 1968 und im Mai 1969) führt zu umfangreichen internationalen Kapitalbewegungen, die sich auf Wechselkurs und Liquiditätslage der betroffenen Länder unmittelbar auswirken (19). So sind in der Währungskrise vom Mai 1969 in die BRD kurzfristig über 16 Mrd. DM an Spekulationsgeldern geflossen, von denen nach den Gegenmaßnahmen der Bundesregierung am 18. Mai erst rund 2,5 Mrd DM die BRD verlassen hatten. Der Dollarkurs sank zeitweise bis auf 3,91 DM (offizielle Parität: 4 DM). Das Pfund Sterling lag tagelang auf dem unteren Interventions-

19 Vgl. auch E. Altvater: "Das Dollar–Desaster", in: **atomzeitalter**, Mai 1968.

punkt von 2,3825 Dollar. Kurssichernde Termingeschäfte mußte die Bundesbank einstellen, weil sie zu teuer wurden (zum Mechanismus dieser Geschäfte vgl. Die Zeit, 16. 5. 69) Die einzige Möglichkeit zur Behebung dieser Währungskrise hätte in der Verschlechterung der Position des westdeutschen exportierenden Kapitals auf dem Weltmarkt bestanden. Dieser Zielsetzung hätte eine Aufwertung der DM gedient, vorausgesetzt, der Aufwertungssatz wäre hoch genug bzw. mit entsprechenden Abwertungssätzen anderer Währungen verbunden gewesen. Aber bereits im November 1968 hatte es Westdeutschland verhindern können, eine Aufwertung durchzuführen und seine Exportoffensive zu verlängern vermocht. Je länger sie aber dauert, desto größter werden die "Ungleichgewichte", desto aussichtsloser wird die Situation der Konkurrenzländer (insbesondere Englands, aber auch Frankreichs) und desto radikaler werden die "Anpassungsmanöver sein, um die durch das Währungssystem von Bretton Woods integrierten Weltmärkte für Waren und Kapital zu erhalten, oder – zu sprengen.

Die Konsequenzen der Nicht–Aufwertung

Wie wirkt sich aber die "Nicht–Aufwertung" für die binnenwirtschaftliche Situation der BRD aus? Hier sind mehrere Tendenzen zu unterscheiden.

1. Der Exportboom kann sich vorerst fortsetzen, solange der Weltmarkt expandiert und keine Restriktionen von importierenden Ländern angewandt werden. Dadurch wird das inländische Warenangebot relativ verringert, während die Devisenzuflüsse das Geldangebot vergrößern. Inflationistische Tendenzen sind die notwendige Folge mit der eventuellen Konsequenz, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht über eine Aufwertung, wohl aber über eine Anpassungsinflation, verbunden mit deflationistischen Maßnahmen anderer Länder, hergestellt wird.
2. Die Exportlastigkeit, d.h. die Abhängigkeit vom expandierenden Weltmarkt und von einer Politik der kapitalistischen Konkurrenzländer, die die westdeutschen Exporte nicht beschneidet, wird tendenziell größer. Daraus ergeben sich langfristige Konsequenzen für die gesamte ökonomische Struktur, da bestimmte Produktionszweige (Autoindustrie, Chemie, Elektrotechnik) für den Export expandieren und über die Preis– und Kostenstruktur bzw. im Rahmen direkter konzerninterner Planung Ressourcen binden, die sonst für Produktionen für den inneren Markt verwendet werden könnten.
3. Da Westdeutschlands Exporte im wesentlichen in die Kategorie der Produktionsmittel fallen, bedeutet eine weitere Ausdehnung der Exporte eine Verstärkung des Gewichts der Abteilung I und eine relative Zurückdrängung der Konsumtionsmittel erzeugenden Industrien. Damit aber werden die zyklischen Schwankungen der Wirtschaft verstärkt, da die Investitionsgüter erzeugenden Bereiche ausgeprägtere Zyklen aufweisen als die Konsumtionsmittel erzeugenden Bereiche.

Folgende Tabelle zeigt den Anteil der einzelnen Abteilungen am Gesamtexport der BRD seit 1958:

Tabelle 7
Warenausfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik in Mrd DM

	Erzeugnisse der Abteilung I				Erzeugnisse der Abteilung II			
Jahr	Bergbauliche Erzeugnisse	Grundstoffe und Produktionsmittel	Investitionsgüter	Abt. I in vH	Verbrauchsgüter	Nahrung Genußmittel	Land-u. Forstwirtsch.	Abt. II in vH
1958	2,2	10,0	19,9	87,0	3,5	0,7	0,3	13,0
1960	2,6	14,0	25,0	86,7	4,5	0,9	0,4	13,3
1962	2,5	14,5	29,0	86,7	5,0	0,9	0,5	13,3
1964	2,5	17,4	35,6	85,6	6,5	1,2	0,6	14,4
1965	2,4	19,6	38,9	85,2	7,2	1,5	0,8	14,8
1966	2,4	22,5	43,9	85,4	8,2	1,6	0,8	14,6
1967	2,3	25,2	46,4	84,9	8,8	2,0	0,9	15,1

Quelle: JG 68/69, S. 161, eigene Berechnungen

Wenn daher im JG 67/68, S. 211, vom Sachverständigenrat darauf verwiesen wird, daß in exportorientierten Bereichen die realen Bruttoanlageninvestitionen weit stärker schwanken als in nicht exportintensiven Unternehmen, dann ist nicht ganz klar, ob diese stärkeren zyklischen Ausschläge der Exportintensität oder der Tatsache stärkerer Schwankungen der Investitionen überhaupt zu danken ist. Fest steht jedenfalls, daß eine weitere Forcierung westdeutscher Exporte gerade die Bereiche stärken wird, die der Abteilung I zugehören und daher im Konjunkturprozeß als Konsequenz die Verschärfung der Zyklen haben wird.

Diejenigen Wirtschaftszweige, die das fixe Kapital (der Teil des konstanten Kapitals, der seinen Wert nicht im Verlauf einer Produktionsperiode auf den Produktwert überträgt, sondern in mehreren Produktionsperioden via Abschreibungen) produzieren, werden ihren Anteil an der Volkswirtschaftsstruktur vergrößern. Das fixe Kapital ist nicht nur "der materielle Träger" des konjunkturellen Zyklus, sondern zugleich ein Indikator für die steigende "Entfernung" der Produktion von der individuellen und kollektiven Konsumtion. Die Loslösung der nationalen Produktionskraft von der nationalen Konsumtionskraft wird durch diese Tendenz weitergetrieben. Für das "Krisenmanagement" ergibt sich daraus, daß die Struktur von Konjunkturspritzen dadurch prädeterminiert wird.
4. Mit dem steigenden Geldangebot in Westdeutschland durch Devisenzuflüsse und einströmende Spekulationsgelder werden die Aktienkurse hochgetrieben. Der Gesamtindex deutscher Aktienkurse stieg vom 28. April bis zum 19. Mai um 8 Punkte, wenn der 31. 12. 1968 gleich 100 gesetzt wird (20). Mit den steigenden Kursen sinkt die Rendite. Bei sinkender Rendite aber ist ein Teil der ausländischen Gelder nur in Westdeutschland durch die erwarteten Gewinne bei einer Aufwertung zu halten. Rückflüsse des "heißen Geldes" en masse werden auf die Kurse drücken und mit der zu erwartenden Baisse auf den Aktienmärkten die Verwertung des Kapitals erschweren.
5. Durch inflationistische Tendenzen werden die Reallöhne prinzipiell gedrückt, so daß Lohnforderungen erhoben und im Zeichen hoher Gewinne auch durchgesetzt werden. Da sich aber im Verlauf der Exportoffensive die im Monopolkapitalismus grundsätzlich angelegte Profitratenhierarchie weiter profiliert hat, werden die Lohnerhöhungen die einzelnen Wirtschaftszweige ungleich treffen und die Disproportionalitäten weiter verstärken.

Diese Gründe sind es, die das nicht am Export interessierte Kapital und den "wissenschaftlichen Sachverstand" (etwa die 61 Professoren, die für eine Aufwertung plädiert haben) nach einer DM–Aufwertung rufen lassen. Auch die "Sparer", "vertreten" durch den Präsidenten des deutschen Sparkassen– und Giroverbandes, gesellen sich zu den Befürwortern einer Aufwertung. Die Gewerkschaften plädieren ebenfalls für die Aufwertung, um die Steigerung des Preisniveaus, d.h. den Kaufkraftschwund der Lohneinkommen in erträglichen Grenzen zu halten. Da sowohl die Gründe für als auch gegen eine Aufwertung "richtig" sind, "richtig" von den jeweiligen Interessen aus betrachtet, hätte jede Maßnahme in der gegenwärtigen Weltwährungskrise "flankierende Maßnahmen" notwendig gemacht, um die widersprüchlichen Wirkungen wenigstens grob aufzufangen.

Der Charakter der flankierenden Maßnahmen, wie sie von der Bundesregierung im Mai 1969 getroffen worden sind, um die Folge einer Unterlassung, nämlich der Aufwertung in den Griff zu bekommen, läßt erkennen, auf Kosten welcher Interessen der Zug aus der Zwickmühle unternommen werden soll. Die sieben Maßnahmen lauten (21):

1. Die Bundesbank soll die Möglichkeit erhalten, den Zufluß von Auslandsgeldern stärker zu belasten. Zu diesem Zweck soll die Bundesbank ermächtigt werden, die gesetzliche Mindestreserve über 100 vH hinaus zu erhöhen;

20 Nach **Der Volkswirt**, 23. Mai 1969.

21 Nach Schiller in der Fragestunde des Bundestages zur Währungspolitik vom 15. Mai 1969, zit. nach: **Handelsblatt**, 16./17. Mai 1969.

2. der Devisenhandel soll verteuert werden, um durch hohe Bearbeitungsgebühren und Provisionen die spekulativen Zuflüsse und Abflüsse abzuschrecken;
3. die Befristung des im November 1968 erlassenen Außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes soll aufgehoben werden;
4. die Bundesregierung soll ihre schwebenden Schulden in Höhe von 4,4 Mrd DM vorzeitig tilgen, oder mittelfristig konsolidieren;
5. es soll eine Konjunkturausgleichsrücklage gebildet werden, der die Steuermehreinnahmen von Bund und Ländern zugeführt werden. Für den Bund sind 2,4 Mrd DM, von den Ländern 1,2 Mrd DM zu erwarten;
6. die vorläufige Ausgabensperre, am 18. März 1969 beschlossen, in Höhe von 1,8 Mrd DM soll in der Richtung überprüft werden, ob nicht die Gelder endgültig gestrichen werden können;
7. es werden keine dirigistischen Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung getroffen (Schiller: "Ich stelle fest, die marktwirtschaftliche Ordnung wird nicht angetastet.").

Während die ersten drei Maßnahmen die Spekulationsgelder aus dem Ausland "abwehren" sollen, dienen die folgenden drei Maßnahmen dazu, die Nachfrage auf dem inneren Markt zu begrenzen. Die "flankierenden Maßnahmen" haben somit einen recht eindeutigen Charakter. Um die Exportchancen Westdeutschlands nicht zu beschneiden, wird versucht, die Konsequenzen steigender Exporte aufzufangen: durch Abwehr der hereinströmenden Spekulationsgelder einerseits und durch Versuche zur Begrenzung der inneren Nachfrage, um die inflationistischen Folgen zu vermeiden, andererseits. Beide Maßnahmebündel dürfen mit Fug und Recht als wenig wirksam eingestuft werden. "Denn es ist völlig unmöglich, eine komplette Devisenbewirtschaftung aufzubauen." (22) Sämtliche Schlupflöcher für den internationalen Devisenhandel lassen sich bei integrierten Märkten nicht verstopfen.

Und es ist ebenfalls unmöglich, die Nachfrage auf dem inneren Markt so in "Maß und Mitte" zu halten, daß Vollbeschäftigung und stabile Preise gesichert bleiben. Denn gelingt es, die Preise zu stabilisieren und wird die ausländische Inflationsrate sich wie bisher entwickeln, dann muß notwendigerweise der Warenexport zunehmen und dadurch das labile Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot auf dem inneren Markt immer wieder in Richtung steigender Preise stören. Bisher sind die Bundestagswahlen ein Grund dafür, daß die Preise noch nicht inflationistisch gestiegen sind. Wie zur Bundestagswahl 1957 scheint es auch in diesem Jahr wieder explizite Abmachungen zwischen der CDU/CSU und der westdeutschen Industrie zu geben. Der "Volkswirt" berichtet, daß in Bonn "nicht ganz von der Hand zu weisende Gerüchte kursieren", nach denen

> "Kiesinger und Strauß mit der Wirtschaft und ihrem Verbandspräsidenten eine stillschweigende Übereinkunft (schlossen): Die Verhinderung der Aufwertung solle durch Preisstabilität bis zur Wahl honoriert werden. Als 'Transmissionsriemen' könnte der CDU–Wirtschaftsrat dienen. Ungeachtet der taktischen Schwierigkeit, daß Wirtschaftsratsvorsitzender Schäfer zugleich im Sachverständigenrat sitzt. BDI–Präsident Berg jedenfalls soll beim Bundeskanzler bereits Entgegenkommen gelobt haben: "Wir versuchen, die Preise bis zur Wahl zu halten." (23)

Wenn die Akklamationsveranstaltung allerdings vorüber ist und vier Jahre gänzlich ohne Rücksicht auf die Massen wieder regiert werden kann, dann werden die Preise nicht mehr durch Übereinkommen zu halten sein. Die einzige wirksame Möglichkeit, Exporte zu begünstigen und dennoch das Binnenpreisniveau zu stabilisieren, ist die Rezession mit einem Bodensatz von "Unterbeschäftigung." Daher glaubt der IHK–Präsident und Vorstandsvorsitzer des Gutehoffnungshütte–Konzer-

---

22 Wolfgang Stützel in einem Interview mit **Der Volkswirt**, 16. Mai 1969.
23 **Der Volkswirt**, 23. Mai 1969.

nes, von Menges, daß sich die Konjunktur von selbst abkühlen wird und es "1971 hoffentlich eine leichte Rezession geben wird." (24)

Nach den Wahlen wird überdies mit Versuchen zur Stabilisierung der Masseneinkommen durch Einkommenspolitik zu rechnen sein, die über das bisher betriebene Maß der "konzertierten Aktion" hinausgehen dürfte. Während die Rezession den inneren Markt derart begrenzt, daß die Exportoffensive eine natürliche Konsequenz ist, muß der innere Markt in einer Situation des konjunkturellen Booms künstlich durch einkommenspolitische Maßnahmen begrenzt werden. Nur dann ist die Exportoffensive westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt in dem bisher geübten ungestümen Tempo möglich. Wenn sich diese Strategie auch nicht am Widerstand der westdeutschen Arbeiterklasse bricht, da die Gewerkschaften sich innerhalb des Widerspruchs zwischen Aufwertung und Nicht–Aufwertung affirmativ bewegen, so wird sich diese Offensive dennoch an den Interessen der kapitalistischen Konkurrenten auslaufen. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß Westdeutschland auf Kosten der kapitalistischen Konkurrenten seinen Weltmarktanteil ausweitet, ohne daß diese Strategie zu Rückwirkungen und Gegenmaßnahmen der Mitkonkurrenten führt. Jede Gegenmaßnahme führt notwendigerweise aber zur einer Weltwährungskrise, die dann auch Westdeutschland wie Anfang Mai erfaßt.

Die "Externalisierung" der kapitalistischen Reproduktionsschwierigkeiten durch nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie es in Westdeutschland exemplarisch im Verlauf der Rezession 1966/67 sowohl durch staatliche Politik als auch durch privatkapitalistische Verwertungsstrategie versucht worden ist, bricht sich an den Widersprüchen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die externalisierten Schwierigkeiten schlagen zurück. Ein störungsfreies Wachstum aller kapitalistischen Länder wird jedenfalls – das zeigt die immer schnellere Abfolge von Krisen im Weltwährungssystem – in Zukunft noch unwahrscheinlicher sein als es in der Vergangenheit gewesen ist.

---

24 **Süddeutsche Zeitung**, 13. Mai 1969.

bookshop ★

Kollektiver Buchladen

Knesebeckstr.10 (S-Bahn Lichterfelde-W)
F U - Nähe **Tel.: 769 42 73**

Basisgruppen – Arbeitsgruppen

Spezialitäten: Sozialpsychologie
Marxismus
Sozialistische Erziehung
Underground-Literatur

Helmut Reichelt

Zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretation bei Werner Hofmann

Bei dieser Arbeit handelt es sich um einen Vortrag, dessen Gedankengänge ausführlicher in der Dissertation des Autors (bei Prof. Fetscher) unter dem Titel: "Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx" behandelt werden.

Bevor wir versuchen, uns mit der Interpretation der Marxschen Werttheorie bei Werner Hofmann auseinanderzusetzen, scheint es mir ratsam, sich zuerst darüber zu verständigen, was das Spezifikum der Marxschen Theorie darstellt. Keineswegs ist es zufällig, daß sich auch bei Werner Hofmann kaum eine Andeutung darüber findet, was Marx denn eigentlich mit dem Ausdruck **Kritik der politischen Ökonomie** gemeint habe. Dieses Versäumnis aber ist symptomatisch für die gesamte Diskussion über die Marxsche Theorie; noch nie hat man wirklich ernsthaft versucht, sich Rechenschaft über die Implikationen dieses Begriffs von Kritik zu geben.

Diese Vernachlässigung darf jedoch nicht nur auf subjektive Unzulänglichkeiten der Marx-Interpreten zurückgeführt werden, sondern ist vielmehr Ausdruck eines objektiven Hindernisses; der Tatsache nämlich, daß eine Auseinandersetzung mit dem Marxschen Spätwerk vom Standpunkt der Fachökonomie nicht mehr möglich ist. Vielmehr transzendiert die Marxsche ökonomische Theorie die Fachökonomie als Fachökonomie, und die Kritik, die an sein Werk herangetragen wird, erweist sich nicht nur als unangemessen, sondern Marx stellt in seinem Werk selbst noch die methodischen Mittel bereit, um diese Kritik der Unzulänglichkeit zu überführen. Versucht man, das Marxsche Werk in diesem Sinne zu begreifen, so stellt sich die Interpretation und Kritik von Werner Hofmann nur noch als Spezialfall jener Disziplin dar, die sich – bleibt man auf dem Boden der Marxschen Theorie – gerade dadurch konstituiert, daß sie über ihren eigentlichen Gegenstand im Unklaren ist.

I

Lassen Sie mich kurz auf den Marxschen Begriff der Kritik im Zusammenhang mit seiner Vorstellung von Wissenschaft eingehen. Schon in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" spricht Marx von **positiver Kritik** der Nationalökonomie, explizit aber bezeichnet er erst in der Deutschen Ideologie seine Wissenschaft als **positive Wissenschaft**. Wie aber ist Kritik als positive Wissenschaft möglich? Hinter dieser Fragestellung verbirgt sich die gesamte Problematik des historischen Materialismus, den Marx in der "Deutschen Ideologie" zum ersten Male als eine systematische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung zu formulieren sucht. Es darf darum nicht als Zufall angesehen werden, wenn hier ein zentraler Begriff der Hegelschen Philosophie in ganz bewußter Weise zu einem wesentlichen Bestandteil der materialistischen Theorie gemacht wird: der **Begriff der Darstellung**, der in der französischen Marxforschung, aber neuerdings auch bei uns, immer mehr in den Vordergrund gerückt wird. Nicht zu unrecht, wie mir scheint, denn nur im Zusammenhang mit der Erläuterung dieses Begriffs ist eine subtile Interpretation der materialistischen Dialektik möglich.

Was versteht Marx unter Darstellung in der Deutschen Ideologie?

"Da wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt die wirkliche, **positive** Wissenschaft, die **Darstellung** der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen." (1)

Deutlich geht daraus hervor, daß Marx zur Zeit der Niederschrift der "Deutschen Ideologie" den historischen Materialismus als den Versuch auffaßt, gleichsam retrospektiv den gesamten Entwicklungsgang der geschichtlichen Menschheit theoretisch noch einmal nachzuzeichnen, daß aber nur diese Form der Wissenschaft den Anspruch erheben kann, wirkliche Wissenschaft zu sein. Marx versuchte damals diesem Programm noch ausschließlich mit Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft gerecht zu werden, die er als Basis der gesamten Geschichte auffaßt, aus der alle "idealistischen Superstrukturen" abzuleiten sind.

"Diese Geschichtsauffassung beruht darauf, den wirklichen Produktionsprozeß, und zwar von der materiellen Produktion des unmittelbaren Lebens ausgehend, zuentwickeln, und die mit dieser Produktionsweise zusammenhängende und von ihr erzeugte Verkehrsform, also die bürgerliche Gesellschaft in ihren verschiedenen Stufen, als Grundlage der ganzen Geschichte aufzufassen und sie sowohl in ihrer Aktion als Staat darzustellen, wie die sämtlichen verschiedenen theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, Religion, Philosophie, Moral etc. etc. aus ihr zu erklären und ihren Entstehungsprozeß aus ihnen zu verfolgen, wo dann natürlich auch die Sache in ihrer Totalität ... dargestellt werden kann." (2)

Sehen wir davon ab, daß dieser Begriff von bürgerlicher Gesellschaft, der hier zugrunde liegt, selbst noch einmal vor dem Hintergrund des Spätwerks zu interpretieren ist. Bedeutsam für unsere Problematik ist hier lediglich, daß Marx auf dieser Stufe der Entwicklung der materialistischen Theorie nur **einer** Wissenschaft den Status einer wirklichen Wissenschaft zuerkennen will: seiner eigenen! Alles andere stellt sich dar als Spekulation, als "reine Theorie", als Ideologie, deren Spezifikum darin zu sehen ist – wie das aus der oben zitierten Passage hervorgeht – daß sie über ihren eignen Entstehungsprozeß selber keine Auskunft geben kann. Es sind – wie Marx im berühmten Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomie" sagt – Formen des Bewußtseins, worin sich die Menschen des Konflikts von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, also ihres eignen Entwicklungsprozesses bewußt werden, aber in falscher, in verkehrter Form bewußt werden. Das Verhältnis von Basis und Ideologie stellt sich darum in dem Zusammenhang, den wir vor Augen haben, so dar, daß **für sie**, für die Ideologie, die Basis als Basis nicht existiert, sondern sich in andrer Weise im Bewußtsein niederschlägt.

"Diese sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse im Gegensatz zu den persönlichen erscheinen auch so (das sachliche Abhängigkeitsverhältnis ist nichts als die den scheinbar unabhängigen Individuen selbständig gegenübertretenden gesellschaftlichen Beziehungen, d.h. ihre ihnen selbst gegenüber verselbständigten wechselseitigen Produktionsbeziehungen), daß die Individuen nun von **Abstraktionen** beherrscht werden, während sie früher voneinander abhingen. Die Abstraktion oder Idee ist aber nichts als der theoretische Ausdruck jener materiellen Verhältnisse, die Herr über sie sind. Verhältnisse können natürlich nur in Ideen ausgedrückt werden und so haben Philosophen als das Eigentümliche der Neuen Zeit ihr Beherrschtsein von Ideen aufgefaßt... " (3)

Das hat bedeutsame Konsequenzen für diese Form der Theorie. Da sie nicht erkennt, daß jegliche Veranstaltung, jeder Begriff nur Ausdruck der realen Verkehrung, der verselbständigten Produktionsverhältnisse ist, sie also ihre eigne Genesis nicht selbst noch einmal aus dem materiellen Lebensbereich abzuleiten vermag, muß sie zum Kultus des Abstrakt-Allgemeinen werden, sie muß bei diesen Abstraktionen, den Ideen als einem Letzten stehen bleiben. Anstatt zu begreifen, daß

---

1 **MEW**, Bd. 3, S. 27.

2 a.a.O., S. 37 f.

3 **Grundrisse**, S. 81 f.

sie selbst nur der theoretische Reflex einer verkehrten, unvernünftigen Welt ist, einer Welt, die zwar von Menschen gemacht wird, aber sich ihnen gegenüber zu einer sachlichen Gewalt verselbständigt hat, muß sie diese Formen als "Vernünftige" hinnehmen und als menschliche interpretieren. Sie wird zum existierenden Widerspruch, den Marx schon sehr früh festhielt. In der "Heiligen Familie" schreibt er:

> "Die Nationalökonomie, welche die Verhältnisse des Privateigentums für menschliche und vernünftige Verhältnisse hinnimmt, befindet sich in einem fortwährenden Widerspruch gegen ihre Grundvoraussetzung, das Privateigentum, in einem analogen Widerspruch wie der Theologe, der die religiösen Vorstellungen beständig menschlich interpretiert und dadurch gegen seine Grundvoraussetzung, die Übermenschlichkeit der Religion beständig verstößt." (4)

In die Theoriebildung geht also selbst noch ein Moment des Naturwüchsigen ein, welches die gesamte Entwicklungsgeschichte der Menschheit kennzeichnet. Der Theoretiker hat erst dann ein adäquates Verständnis seiner eignen Existenz als Theoretiker, wenn er sich selbst als aufzuhebenden begreift, als Theoretiker auf Widerruf, der mit den Bedingungen seiner eignen Existenz verschwindet. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es für Marx keine wirklichen wissenschaftlichen Problemstellungen, die er unmittelbar aus den vorhandenen Wissenschaften aufgreifen und einer Lösung zuführen könnte. Mit einer Ausnahme: und das ist die politische Ökonomie. Sie ist Darstellung der Basis, aber eine sich selbst unbewußte Darstellung, in welche die Basis selbst noch einmal als gleichsam kategoriale Blindheit eingeht. Solange die bürgerliche Ökonomie dies nicht erkennt, kann sie ganz bestimmte Probleme ihrer eignen Wissenschaft nicht lösen.

Alles dies bliebe natürlich reine Versicherung und formale Konstruktion, wenn sich nicht inhaltlich aufzeigen ließe, wodurch sich die Marxsche Darstellung der Basis von der bürgerlichen unterscheidet. Das ist die Lehre von der ökonomischen oder gesellschaftlichen Form. Hier finden sie die Beantwortung der Frage, wie Kritik als positive Wissenschaft möglich ist. Die Zuordnung der Marxschen Theorie zur Gruppe der Arbeitswerttheorien ist darum keineswegs die ganze Wahrheit, sondern erfolgt selbst noch vom Standpunkt der Fachökonomie, den Marx prinzipiell hinter sich gelassen hat. Als Lehre von der Form transzendiert die Marxsche Theorie alle bürgerliche Wissenschaft, da sie selbst noch einmal die Lösung des Rätsels dieser Wissenschaft bietet, welches diese gar nicht mehr als Problem aufnimmt: wie es zur Form der entfesselten Individualität kommt. Wird die Marxsche Werttheorie, die Theorie der Verdinglichung nicht begriffen als Theorie des Konstitutionsprozesses der neuzeitlichen Form der Individualität, eines Konstitutionsprozesses, der selbst noch in der Form der Naturwüchsigkeit abläuft, so hat man das Spezifikum der Marxschen Theorie nicht nur nicht übersehen, sondern fällt selbst – wie immer man sich dagegen wehren mag – auf die Ebene dieses bürgerlichen Subjekts zurück. Unweigerlich reproduziert sich der abstrakte Subjektivismus der gesamten bürgerlichen Theorie, denn das Übersehen der ökonomischen Wissenschaft ist gleichbedeutend mit der Hypostasierung der gesellschaftlichen Funktion zu einem Ansichseienden. Das aber ist auf der Ebene der politischen Ökonomie die exakte Einlösung dessen, was oben als Charakteristikum aller Ideologie bezeichnet wurde: Interpretation als Vermenschlichung der übermenschlichen Welt heißt hier Verkehrung der gesellschaftlichen Form zur Naturform.

II

Prüfstein ist also die Lehre von der ökonomischen Form, die Lehre von der Wertform. Wird dieser Aspekt der Marxschen Theorie übersehen, so geht alle Kritik an der Marxschen Theorie am Thema vorbei. Hier schon könnten wir mit der Kritik an Werner Hofmann einsetzen und zeigen, daß er – gleichgültig was er subjektiv dazu meint – ein bürgerlicher Theoretiker geblieben ist. Betrachten wir seine Interpretation des Wertgesetzes:

---

4 **Die heilige Familie und andere Philosophische Frühschriften**, Berlin 1953, S. 132.

> "Mit dem 'Wertgesetz' ist in Wahrheit ein **anders** zu bezeichnender Sachverhalt gemeint. Dem "Wert" kommt keine reale Existenz zu: er ist ein Hilfsbegriff des Denkens. Was "hinter dem Rücken der Produzenten" tatsächlich sich geltend macht, ist der von ihnen selbst nicht begriffene Gesamtzusammenhang ihres Einzelwirkens; und dieser tritt immer neu als Problem der Proportionen zwischen den volkswirtschaftlichen Größen in Erscheinung ... Jener Zwang zur Wahrung der Proportionen steht als unbegriffene Gewalt oder als wirtschaftliche Sanktionsdrohung auf "falsche" Preisbildung auch hinter dem einzelnen Marktvorgang." (5)

Hinter dieser Bemerkung verbirgt sich die ganze Problematik der ökonomischen Wissenschaft und wenn Hofmanns Erklärungen des Wertgesetzes die ganze Wahrheit darstellen soll, so muß man sich in der Tat fragen, warum das Kapital geschrieben wurde. Hofmanns Verkürzung ist nur möglich auf der Grundlage des zentralen Mißverständnisses: er umgeht die Frage nach der Bedingung der Möglichkeit von Proportionen zwischen volkswirtschaftlichen Größen, und muß sich somit auch die Kritik von Joan Robinson gefallen lassen, welche gegenüber der gesamten ökonomischen Wissenschaft den Vorwurf erhebt, daß sie es bis heute versäumt habe, zu zeigen, welcher Qualität denn diese Quantitäten seien, mit denen sie dauernd umgeht.

Nationalökonomie als Theorie der Proportionen von Größen sieht nur die Vermittlung, aber fragt nicht mehr, was hier vermittelt wird. Stellt man aber diese Frage, so gewinnt die Marxsche Werttheorie einen völlig anderen Stellenwert. Der Wert ist dann zu begreifen als eine materialistische Form der Synthesis auf der Ebene der gesellschaftlicben Arbeit, als das

> "Dasein der allgemeinen Gesellschaftlichen Arbeit als einer naturwüchsigen Totalität, die sich in einen Umkreis von Besonderheiten auseinanderlegt." (6)

Gerade im Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware wird deutlich, daß der Wert die Funktion eines selbstbewußten Subjekts zu übernehmen hat, welches die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionszweige zu regeln hat, und die Arbeit des Einzelnen daher nur als Funktion der Gesamtarbeit zu begreifen ist. Die Tatsache, daß Werner Hofmann lediglich im Bewußtsein ansiedelt, nicht aber als Verkehrung auf der Ebene der gesellschaftlichen die Entfremdung – wenn ich hier einmal die Formulierung des jungen Marx aufgreifen darf – lediglich in Bewußtsein ansiedelt, nicht aber als Verkehrung auf der Ebene der gesellschaftlichen Arbeit begreift. Aus diesem Grunde ist auch der Ausdruck Einzelwirken zu kritisieren, da es sich hier je schon um ein allgemeines Wirken handelt, aber um ein allgemeines Handeln, welches in der Form der Einzelheit erscheint. Marx kritisiert gerade die liberale Ideologie, die von diesem unreflektierten Begriff bürgerlicher Individualität ausgeht. In den Grundrissen sagt er:

> "Die Ökonomen drücken das so aus: Jeder verfolgt sein Privatinteresse und nur sein Privatinteresse; und dient dadurch, ohne es zu wollen und zu wissen, den Privatinteressen aller, den allgemeinen Interessen. Der Witz besteht nicht darin, daß, indem jeder sein Privatinteresse verfolgt, die Gesamtheit der Privatinteressen, also das allgemeine Interesse erreicht wird. Vielmehr könnte aus dieser abstrakten Phrase gefolgert werden, daß jeder wechselseitig die Geltendmachung des Interesses der anderen hemmt, und statt einer allgemeinen Affirmation, vielmehr eine allgemeine Negation aus diesem bellum omnium contra omnes resultiert. Die Pointe liegt vielmehr darin, daß das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse ist und nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist. Es ist das Interesse von Privaten; aber dessen Inhalt, wie Form und Mittel der Verwirklichung, durch von allen unabhängige gesellschaftliche Bedingungen gegeben." (7)

Das Einzelwirken und die anonyme Gewalt, die wirtschaftliche Sanktion, diese beiden Positionen die Hofmann abstrakt kontrastiert, sind eben zu vermitteln und das leiste der Marxsche Begriff

---

5 **100 Jahre Kapital**, S. 265.

6 **Grundrisse**, S. 909.

7 a.a.O., S. 74.

der Charaktermaske, das mit Willen und Bewußtsein begabte Kapital. Wo die Menschen als Individuen handeln, sind sie gerade nicht das Objekt der Theorie, die sich nur mit der gesellschaftlichen Funktion befaßt.

Aus diesem Grunde hat der Marxsche Kapitalbegriff weit mehr mit dem Hegelschen Begriff gemeinsam als man zuerst annehmen möchte. Ohne der Sache Gewalt anzutun, kann man die Marxsche Werttheorie als materialistische Dechiffrierung des Hegelschen Weltgeistes bezeichnen, löst sich doch jenes Problem, welches der junge Marx mit dem Begriff der Entfremdung zu erfassen versuchte: Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur sachlichen Gewalt, zu einem Prozeß, der sich mit immanenter Logizität nicht nur hinter dem Rücken, wie Hofmann im Anschluß an Marx und Hegel sagt, sondern durch die Köpfe der Einzelnen hindurch seinen Weg bahnt. Das Kapital gibt Antwort auf die Frage, wie es kommt, daß der Prozeß der Individuierung, der doch nur das Werk der Menschen selbst sein kann, doch nicht völlig ihr eigenes ist, sondern gleichsam einem gigantischen Subjekt geschuldet scheint. Es müssen, so sagt Marx in den Grundrissen, im einfachen Begriffe des Kapital alle zivilisierenden Tendenzen enthalten sein, denn

> "wie die auf das Kapital gegründete Produktion einerseits die universelle Industrie schafft ... so andrerseits ein System der allgemeinen Exploitation der natürlichen und menschlichen Eigenschaften, als dessen Träger die Wissenschaft selbst so gut erscheint, wie alle physischen und geistigen Eigenschaften, während nichts als **An-sich-Höheres**, für sich selbst Berechtigtes, außer diesem Zirkel der gesellschaftlichen Produktion und des Austausches erscheint. So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft ... " (8)

Der Gedanke, daß die Individuen – wiewohl in der Vorstellung freier – in bürgerlichen Verhältnissen nicht nur nicht freier, sondern wesentlich unfreier seien als in vorbürgerlichen Zeiten, findet sich schon in der "Deutschen Ideologie". Im Rohentwurf des "Kapitals" aber zeigt er exakt, wie es zu dieser Vorstellung der Freiheit kommt bei gleichzeitig wachsender realer Unfreiheit. Als Theorie der personifizierten Herrschaft der Produktionsbedingungen über die Produzenten ist seine Lehre nichts geringeres als eine materialistische Interpretation der Antinomie von Freiheit und Notwendigkeit der großen abendländischen Philosophie. So sagt er völlig konsequent im Rohentwurf:

> "Nicht die Individuen sind frei gesetzt in der freien Konkurrenz, sondern das Kapital ist frei gesetzt." (9)

Lassen Sie mich auf die methodischen Konsequenzen hinweisen, die sich aus einer solchen Auffassung des kapitalistischen Gesamtprozesses ergeben. Marx weist in den "Theorien über den Mehrwert" aber auch schon im Rohentwurf des "Kapitals" darauf hin, daß die bürgerliche Ökonomie mit einer kategorialen Unbewußtheit die ökonomischen Bestimmungen willkürlich aus der Empirie aufgreift, ohne sich Rechenschaft über den inneren Zusammenhang dieses kategorialen Gefüges abzulegen. Begreift man jedoch das Kapital als die "zusammenhängende Form" der gesellschaftlichen Arbeit, als Totalität eines sich in die Privatarbeit Einzelner auseinanderlegenden, sich mit immanenter Logizität bewegenden Reproduktionsprozesses, so ergibt sich von selbst die Forderung nach einer bestimmten Methode der Darstellung dieses Prozesses. Einerseits muß also die immanente Bewegung, das "Leben des Ganzen", theoretisch nachgezeichnet werden, andrerseits müssen die Kategorien, die ja als Ausdruck bestimmter Funktionen innerhalb dieses Gesamtprozesses zu verstehen sind, in einer Weise entwickelt werden, daß der Stellenwert jeder einzelnen Kategorie innerhalb dieses Ganzen durchsichtig wird. Das aber ist das schwierigste Problem, und Marx hat Jahre benötigt um überhaupt die geeignete Darstellungsweise zu finden.

---

8 a.a.O., S. 313.

9 a.a.O., S. 544.

Kehren wir darum zum **Begriff der Darstellung** zurück. Der frühe Begriff der Darstellung, welcher der "Deutschen Ideologie" zugrunde liegt, impliziert ein gigantisches Programm: nämlich die Nachzeichnung des gesamten Entwicklungsprozesses der geschichtlichen Menschheit. Potentiell geht der historische Materialismus über in Geschichtsschreibung. Gemessen an diesem Programm ist das, was Marx dann tatsächlich geleistet hat, bescheiden. Es ist "nur" die Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Analyse der Basis vorbürgerlicher Strukturen existiert allenfalls in Umrissen, von einer systematischen Ableitung und Erklärung der "idealistischen Superstruktur" kann kaum die Rede sein. Aber auch die Darstellung der Basis der bürgerlichen Gesellschaft ist, wenn man sie mit dem Planentwurf aus dem Jahre 1857 vergleicht, nur ein Bruchteil des ursprünglich Konzipierten, einer breit angelegten Widergabe des gesamten kapitalistischen Systems bis hin zu der Analyse der Steuern und Staatsschulden, der Behandlung der Kolonialpolitik, des auswärtigen Handelns und der Krisen. Zwei Autoren, der im vergangenen Jahr in den Vereinigten Staaten verstorbene Roman Rosdolsky (10), und der russische Wissenschaftler Wygodsky (11), haben detailliert herausgearbeitet, daß das gesamte Kapital von Marx im Grunde nur die Ausführung des ersten Abschnittes dieser ursprünglichen Konzeption darstellt; nämlich die Entwicklung des "allgemeinen Begriffs des Kapitals".

Mit diesem **"Allgemeinen Begriff des Kapitals"** hat es eine eigentümliche Bewandtnis. Je mehr Marx sich mit der politischen Ökonomie befaßt, umso mehr strukturiert sich der Stoff in Primäres und Sekundäres; dieser allgemeine Begriff wird zum beherrschenden Konzept, welches ihn veranlaßt, die ursprünglich geplanten Bücher von der Lohnarbeit und dem Grundeigentum, dem Staat und dem auswärtigen Handel nicht zu schreiben, sondern nur bestimmte Teile dieser dann ungeschrieben gebliebenen Bücher in diese allgemeine Untersuchung mit aufzunehmen. Daß diese Umstrukturierung des Stoffs aber nicht mit einer Verkürzung einher geht, sondern im Gegenteil von Marx durchaus als adäquate Bewältigung des gesamten Materials empfunden wurde, geht aus einem Brief an Kugelmann hervor, in welchem er schreibt, daß es die Quintessenz der politischen Ökonomie sei, und daß "die Entwicklung des Folgenden ... auch von anderen auf der Grundlage des Gelieferten leicht auszuführen sein würde". (Mit Ausnahme, wie er extra hinzufügt, des Verhältnisses der verschiedenen Staatsformen zu den verschiedenen ökonomischen Strukturen der Gesellschaft, Das war eine Aufgabe, die er sich selbst vorbehalten wollte.)

Sicherlich geht man nicht fehl mit der Behauptung, daß sich die zukünftige Marxforschung immer mehr diesem methodischen Prinzip der Darstellung der Marxschen Werttheorie zuwenden wird. Immer deutlicher tritt hervor, daß das Kapital auf einer Abstraktionsebene verfaßt wurde, welche es nicht erlaubt, unmittelbar zur Untersuchung des existierenden Kapitalismus überzugehen, sondern selbst noch verlangt, daß man sich durch die Vergegenwärtigung der Implikationen dieser Verfahrensweise Rechenschaft abzulegen hat über den methodischen Abstand zwischen der Darstellung des "allgemeinen Begriffs" und der Analyse der realen Verhältnisse. Wir wollen hier noch nicht danach fragen, warum Marx überhaupt dieses Verfahren anwenden kann, warum es – wie er im dritten Bande des Kapitals einmal sagt – unterstellen darf, daß die "wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen". Ich möchte nur auf einige Implikationen hinweisen und die Struktur der Werttheorie soweit darlegen, um zeigen zu können, in welch komplexer Weise jene Probleme bei Marx behandelt worden sind, welche nach Hofmanns Meinung bei Marx unzureichend verarbeitet worden sind. Ich brauche hier nicht darauf hinzuweisen, daß sich bei Werner Hofmann nirgends auch nur eine Äußerung über diese Darstellungsmethode der Werttheorie findet, und infolgedessen auch nicht die Frage, welcher Zusammenhang zwischen dem Marxschen Wertbe-

10 vergl. R. Rosdolsky, **Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapitals**, Frankfurt-Wien, 1968, Bd. 1, S. 24 ff.

11 W.S. Wygodsky, **Die Geschichte einer großen Entdeckung**, Berlin 1967, S. 117 ff.

griff und der Darstellungskonzeption besteht. Wo er auf die Methode eingeht, wiederholt er nur, was in der gesamten Literatur - auch in der marxistischen - unterstellt wird: daß nämlich Marx von Kapitalismus unter der Voraussetzung freier Konkurrenz untersuche. Das aber ist ein Verfahren, welches Ricardo praktiziert, und das von Marx gerade als urbürgerliches dechiffriert wird, auch insofern, als hier nur jenes bewußte Verfahren sich reproduziert, welches daran zu erkennen ist, daß zentrale Bestimmungen wie aus der Pistole geschossen in die Analyse eingebracht werden. Der Begriff der Konkurrenz muß selbst noch einmal aus dem Kapitalbegriff entwickelt werden.

Verweilen wir jedoch bei dem Begriff der Konkurrenz, weil sich hier am leichtesten demonstrieren läßt, wie die Darstellung des Wert- und Kapitalbegriffs zu verstehen ist. Marx unterscheidet im Rohentwurf des Kapitals äußerst streng zwischen Darstellung des "allgemeinen Begriffs des Kapitals" und Darstellung der Konkurrenz, die erst sehr viel später erfolgen sollte. Der Rohentwurf des Kapitals ist ausschließlich mit der Entwicklung des "Kapitals im Allgemeinen" befaßt, er ist nur dem Nachvollzug der inmmanenten Logizität der Selbstbewegung des Wertes gewidmet, also die Entwicklung jener Bestimmungen, die jedem Kapital als solchem gemeinsam sind, oder "jede bestimmte Summe von Werten zum Kapital machen." Es ist also eine Abstraktion, die hier vorliegt, und Marx unterscheidet sehr genau zwischen dem "allgemeinen Begriff des Kapitals" und dem existierenden Kapital, von dem er im Rohentwurf lediglich erwähnt, daß es existieren kann ausschließlich in der Form der Einzelnheit, als für-sich-seiendes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital, als Kapitalist. (Marx ist unmittelbar orientiert – das sei hier nur erwähnt – an Hegels spekulativ-logischer Konstruktion des Begriffsmoments der Einzelnheit, der in sich reflektierten und dadurch zur Besonderheit zurückgeführten Allgemeinheit.) Das aber ist der Marxsche Begriff der Konkurrenz. Das Kapital als existierendes ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein anderes Kapital.

> "Begrifflich ist die Konkurrenz nichts als die innere **Natur des Kapitals**, seine wesentlichen Bestimmungen, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innere Tendenz als äußerliche Notwendigkeit." (12)

Auf diese Hinweise beschränkt sich die Behandlung der Konkurrenz im Rohentwurf. Anders ist es jedoch im "Kapital". Die strenge Unterscheidung zwischen allgemeinem Begriff und der Konkurrenz als dem existierenden Kapital, dessen Analyse nicht mehr in die allgemeine Untersuchung aufgenommen werden soll, wird hier in dieser rigorosen Form nicht mehr aufrecht erhalten. Da aber Marx nach wie vor betont, daß es sich immer nur um die allgemeine Untersuchung handelt, muß jetzt im Begriff der Konkurrenz selbst noch differenziert werden. Jetzt nimmt er die Konkurrenz selbst noch in den Begriff des Kapitals auf, jedoch nur insoweit, als auch das existierende Kapital als eine Bestimmung des allgemeinen Begriffs aufgefaßt werden kann.

Das ist das Thema des dritten Bandes des Kapitals. Im ersten Kapitel schreibt er:

> "Worum es sich in diesem dritten Buch handelt, kann nicht sein, allgemeine Reflektionen über diese Einheit (von Produktions- und Zirkulationsprozeß, HR) anzustellen. Es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem **Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet**, hervorwachsen. In ihrer wirklichen Bewegung treten sich die Kapitale in solchen konkreten Formen gegenüber, für die die Gestalt des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß, wie seine Gestalt im Zirkulationsprozeß, nur als besondere Momente erscheinen. Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweise der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten." (13)

---

12 **Grundrisse**, S. 317.

13 **Kapital**, Bd. 3, S. 33.

So ergeben sich jetzt gleichsam zwei Begriffe von Empirie, die im Rohentwurf nicht so exakt auseinandergehalten wurden wie im Kapital: einmal muß man darunter die Oberfläche des Kapitals verstehen, als prozessierende Einheit von Wesen und Erscheinung, wie sie selbst noch in der allgemeinen Darstellung aufgenommen werden kann, und dann das Kapital in den verschiedenen nationalen Existenzweisen. Diese zweite Dimension liegt völlig außerhalb des Marxschen Spätwerks.

> "In der Darstellung der Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihrer Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten gehen wir nicht ein auf die Art und Weise, wie die Zusammenhänge durch den Weltmarkt, seine Konjunkturen, die Bewegung der Marktpreise, die Perioden des Kredits, die Zyklen der Industrie und des Handels, die Abwechslung der Prosperität und Krise, ihnen als übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze erscheinen und sich ihnen als blinde Notwendigkeit geltend machen. Deswegen nicht, weil die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unseres Plans liegt, und wir nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen haben." (14)

In beiden Fällen muß man von einem transzendentalen Charakter der Theorie sprechen, insofern Marx mit seiner Darstellung des allgemeinen Begriffs den Anspruch erhebt, zeigen zu können, wie sich die Empirie als Empirie konstituiert. Über den Wahrheitsgehalt der Theorie ist darum durch einen schlichten Rekurs auf die Empirie nichts zu ermitteln, da Maßstab allein die innere Natur des Kapitals ist, deren "abstraktes Gegenbild" der Kapitalbegriff ist. Erst vor diesem Hintergrund ist es möglich, methodische Neuansätze für umfassende Gesellschaftstheorien zu formulieren, die einerseits auf die Totale zielen, andrerseits aber handfest empirische Phänomene erklären wollen. Aber auch diejenigen Probleme, welche Werner Hofmann vor Augen hat, lassen sich jetzt erst adäquat einordnen, so zum Beispiel die säkulare Inflation, von der er mit Recht sagt, daß sie von marxistischen Theoretikern bisher unangemessen behandelt worden ist. Leider kann auch ich hier keine Lösung anbieten, aber zumindest abstrakt formulieren, wie man vorzugehen hat. Da im Marxschen "Kapital" nur jene Phänomene zu finden sind, die sich aus der Entwicklung des Begriffs ergeben (konsequent im Rohentwurf, weniger aber dann im "Kapital" selbst), andrerseits aber die historische Erscheinungsform durchaus nicht sich selbst adäquat ist, nicht ihrem eignen Begriff entsprechen muß, so hat die empirische Forschung zu ermitteln, warum die Daseinsform nicht ihrem Begriff entspricht. Bevor jedoch diese Probleme in Angriff genommen werden können, muß man wissen, was mit diesem "allgemeinen Begriff des Kapitals" gemeint ist. Dadurch aber ergibt sich eine völlige Neubestimmung dessen, was empirische Forschung im Zusammenhang mit der Marxschen Theorie bedeutet, wie sie vorzugehen hat, und was sie leisten kann.

Die anderen Probleme von Werner Hofmann betreffen den Begriff der Empirie, der selbst noch einmal in die allgem eine Untersuchung aufgenommen worden ist. Jetzt gewinnt ein Hinweis im Rohentwurf des Kapitals zentrale Bedeutung. Auf Seite 550 der Grundrisse sagt er: in der Konkurrenz "erscheinen alle Bestimmungen **umgekehrt** wie im Kapital im Allgemeinen." Im dritten Band des Kapitals, in welchem er dann die innere Natur des Kapitals untersucht, wie sie sich in der Wechselwirkung der vielen Einzelkapitalien als äußerliche Notwendigkeit darstellt, wird dieser Gedanke systematisiert, und Marx kommt, wie schon oben erwähnt, zum Begriff der Oberfläche des Kapitals, der Sphäre des empirischen Scheins, der gerade die zentralen Mechanismen verschleiert. Hofmann konstituiert lediglich eine "Fortführung der allgemeinen Lehre von der Trübung des Bewußtseins der Markbeteiligten". (15) Hätte er die Struktur der gesamten Werttheorie genauer untersucht, so hätte er sich nicht auf die Feststellung beschränken dürfen, daß der Mehrwert eine "begriffliche Hilfskonstruktion" ist, die

---

14 a.a.O., S. 839.

15 Hofmann, **Studientexte**, Bd. 2, S. 134.

"unentbehrlich ist, um sehr disparate Erscheinungen zusammenzufassen, wie sie die Geschäftswelt niemals versteht, die eine ganze Fülle von Gewinngliedern oder ... Mehrwertgliedern zu ihren Kosten rechnet, wie Zinsen, Mietpreis (also Rente) ... " (16)

Damit hat Hofmann nicht die Marxsche Theorie charakterisiert, sondern im Grunde nur wiederholt, was Marx über die Klassiker sagt. Da aber Hofmann das Charakteristikum der Marxschen Theorie völlig übersieht, so muß sich notwendigerweise der Unterschied zwischen Marx und Ricardo in den Augen von Hofmann auf einen verbalen reduzieren. Marx sagt dann lediglich Mehrwert, wo Adam Smith und Ricardo Profit, und die Physiokraten Rente sagen, aber den Mehrwert meinen. Marx aber geht weit über die Klassiker hinaus, die von den Formen als unbefragter Voraussetzung ausgehen, und ausschließlich nach dem verborgenen Inhalt fragen. Marx hingegen will wissen, warum dieser Inhalt überhaupt jene Formen annimmt. Auch die Klassiker wissen, daß sich hinter Zins und Rente, welche für den einzelnen Kapitalisten in der Form von Kosten erscheinen, Elemente des Mehrwerts verbergen. Zu fragen aber ist, warum dieser in der Form von Kosten für den Einzelnen erscheint. Das leistet die Marxsche Konstruktion. Untersucht man unter diesem Gesichtspunkt den dritten Band des Kapitals, so wird man entdecken, daß er am Ende dieses Buches zum eigentlichen Ausgangspunkt der ökonomischen Problematik zurückkehrt, zu jenen Formen, welche die Wissenschaft aus dem Alltagsleben des praktisch handelnden Kapitalisten aufgreift, für den es selbstverständlich ist, daß der Preis des Neuprodukts bedingt ist durch die Preise für die verschiedenen Produktionsfaktoren. Dieser empirische Schein an der Oberfläche, diese Verkehrung, ist zu zerschlagen, und das Marxsche "Kapital" ist die systematische Form einer Entmystifizierung dieser "Lehre von den Preisen der verschiedenen Produktionsfaktoren." Gäbe es diesen verkehrenden Schein nicht, so wäre die Wissenschaft selbst überflüssig, die – soweit es die Klassik anbetrifft – gerade versucht, diese Verkehrung zu durchdringen. Daß sie zum Teil scheitert, ist bedingt durch die Tatsache, daß sie diese Formen, die sie aus dem Alltag des praktizierenden Kapitalisten aufgreift, nicht selbst noch zum Problem erhebt, und deshalb nicht erkennt, daß in diesen Formen selbst das Wesen erscheint, wenn auch in verkehrter Gestalt, indem es sich im Akt des Erscheinens zugleich verhüllt. Aus Andeutungen in den "Theorien über den Mehrwert" ist zu entnehmen, daß Marx seine eigne Theorie als Wiederholung des Übergangs von Kant zu Hegel auf der Ebene der politischen Ökonomie versteht. Dieses Selbstverständnis besteht zurecht, denn gerade dadurch, daß die Klassische Ökonomie den Charakter dieser Formen nicht erkennt, sondern von ihnen als einem schlechthin Letzten ausgeht, gerät sie in ähnliche Probleme wie die von Hegel kritisierte Reflektionsphilosophie. Sie teilt mit Marx das Erkenntnisziel, sie will zum Wesen des Prozesses durchdringen, versucht es aber mit untauglichen Mitteln, nämlich jenen Kategorien der erscheinenden Welt, die selbst nur der Ausdruck des erscheinenden Wesens sind. Wenn Hofmann daher darauf pocht, daß man von einer "dialektischen Wechselwirkung" zwischen Markt und Wertschöpfung sprechen müsse, insofern ja die "Geschäftswelt" sich nur an der Differenz von Kosten und Erlös orientieren kann, und diese dann bestimmend ist für die Art und Weise, wie menschliche Arbeit über die "verschiedenen Felder der Wirtschaftstätigkeit" verteilt wird, so rennt er offene Türen ein. Das Problem besteht ja gerade darin, daß gezeigt werden muß, und zwar exakt gezeigt werden muß, wie sich das gesellschaftliche Gesamtkapital durch die Bewegung der Einzelkapitalien auf die verschiedenen Produktionszweige verteilt. Solch fragwürdige Formulierungen wie "dialektische Wechselwirkung" oder unpräzise Vorstellung von "Marktverhältnissen" deuten allenfalls das Problem an, aber sind nicht dessen Lösung.

16 **100 Jahre Kapital**, S. 274.

Beilagenhinweis: Francke-Verlag
Verlag neue kritik (Teilauflage)

Ossip K. Flechtheim

Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik II

IV

Wollen wir die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik als menschheitssichernde und -mehrende Gestaltung der Welt von morgen entwickeln, so erhebt sich zunächst die Frage, wie weit wir überhaupt die Politik der nächsten Jahre und Jahrzehnte antizipieren und gestalten können. Was nun die Prognose (22) anlangt, so vermögen wir ausgesprochen politische Verschiebungen und Brüche oder gar subjektive Zielsetzungen und Handlungsstrukturen nicht so eindeutig vorherzubestimmen wie technische und industrielle, ökonomische und soziale Trends. Zwar wird auch die Politik von der Technik und Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialstruktur mitbedingt, sie zeichnet sich aber auch durch spezifische Bewegungen aus. In der politischen Sphäre, wie freilich auch im sozio-kulturellen Bereich überhaupt, haben wir es immer wieder mit Aktion und Reaktion von ganz verschiedener Dauer und Intensität, mit Polarisierungen und Pendelbewegungen von sehr unterschiedlichem Ausschlag zu tun. Diese Bewegungen verlaufen nicht geradlinig und bruchlos. Revolutionär-sprunghafte Entwicklungen tragen oft dazu bei, daß sich die Zukunft qualitativ von der Vergangenheit unterscheidet. Kommt es nach Massenet (23) darauf an, die werdenden Kausalitäten zu identifizieren, so ändert das nichts an dem kritischen Vorbehalt Meynauds (24), wonach wir in der Politik häufig nicht genügend die Schwelle kennen, an der die Quantität in die Qualität umschlägt.

Dabei dürfen wir aber wiederum den Bereich des Politischen nicht allzu eng fassen. Neben Einzelereignissen und Persönlichkeiten, neben Revolutionen und Katastrophen kennt auch die Politik evolutionäre Prozesse und kontinuierliche Trends, eindeutige Tendenzen und langsame Strukturveränderungen, vor allem aber auch feste Institutionen, fixierte Verhaltensweisen und relativ stabile Gruppierungen. So kann man die Fortdauer von Parlamenten, Bürokratien oder Gerichtssystemen antizipieren. Prozesse der Demokratisierung und Parlamentarisierung, der Sozialisierung und Entkolonisierung in der Weltpolitik wie der Aufstieg der USA und Rußlands kommen nicht ohne Warnung über Nacht. Und selbst dort, wo sich kein eindeutig vorherrschender Trend abzeichnet, sondern das Gegeneinander entgegengesetzter Tendenzen – etwa "Demokratisierung" gegen "Bürokratisierung" – das Bild bestimmt, wird man doch gelegentlich das relative Gewicht der antagonistischen Momente – wenn auch nur annäherungsweise – zu bestimmen vermögen. Quantitativ eindeutige Prognosen mögen hier überall nicht oder noch nicht möglich sein, aber auch quantitative Aussagen können in der Praxis Gewicht haben.

Menschliche Handlungen und Unterlassungen, die ein untrennbarer Bestandteil der sich entfaltenden Zukunft sind, müssen dabei bei der Vorhersage möglichst genau berücksichtigt werden. Zu beachten sind auch der Charakter und das Maß des Einflusses der Prognose selber auf das Verhalten der Menschen in der Zukunft. Die Voraussage mag der Beeinflussung des Menschen entzogen sein. Insofern

22 Neben der Prognose gewinnt natürlich heute die Planung immer größere Bedeutung. Zu den Problemen der Planung vgl. etwa H.-J. Arndt: "Der Plan als Organisationsfigur und die strategische Planung", in: **Politische Vierteljahresschrift**, Jg. 9, 1968, S. 177 ff. Zur Prognose allgemein vgl. vor allem auch B. de Jouvenel: **Die Kunst der Vorausschau**, Neuwied 1967 einerseits, A. Bauer, W. Eichhorn I, G. Kröber, H. Schulze, W. Segeth und K.-D. Wüstneck: **Philosophie und Prognostik**, Berlin-Ost 1968, andererseits.

23 Hier zitiert nach Jean Meynaud: "Les spéculations sur l'avenir", **Etudes de science politique** 12, Montréal 1965, S. 33.

24 Ebenda.

ist die Zukunft nicht flexibel, sondern fixiert und "objektiv". Beispielsweise kann die Prognose die Zukunft dann nicht verändern, wenn diejenigen, die von ihr Kenntnis haben, ihrer geringen Zahl wegen nicht ins Gewicht fallen (hierher gehört auch die mangelnde Publizität oder Öffentlichkeit der Prognose), wenn sie zu wenig beeinflußbar sind oder wenn sie über zu wenig Macht verfügen. Folgende Beispiele mögen das verdeutlichen: Der Schüler erhält seine Note 1 oder 5, die Börsenkurse steigen oder fallen um fünf Punkte, Millionen verhungern in Indien oder Brasilien – und dies alles, unabhängig davon, ob jener Schüler etwas mehr oder weniger intensiv studiert, ob einige wenige Kleinspekulanten einige Aktien dazukaufen, ob diese oder jene Regierung eine Sympathieerklärung abgibt oder die eine oder andere Kirche sogar etwas mehr "Brot für die Welt" spendet. Eine Auswirkung der Voraussage ist mathematisch-statistisch nicht feststellbar, wobei zudem eine minimale Wirkung ohne weiteres in die Voraussage einkalkuliert werden kann.

Hiervon unterscheiden sich die Voraussagen, die die Zukunft merklich verändern. Schon Kant (25) wußte, daß eine "Geschichte a priori" möglich sei, "wenn der Wahrsager die Begebenheiten selbst macht und veranstaltet, die er zum voraus verkündigt." Heute spricht man von einer self-fulfilling prophecy (26): Hitler sieht den Krieg mit Polen voraus, da er ihn selber entfesselt; der Börsenspekulant antizipiert eine Hausse der Kurse um 10 %, die er durch seine eigenen Käufe, möglicherweise aber auch durch die anderer Spekulanten, herbeiführt; die Zahl der Hungernden geht um 10 % zurück, da der Appell an die Öffentlichkeit eine entsprechende Steigerung der Hilfe zur Folge gehabt hat; die Arbeiterorganisationen erkämpfen die antizipierte Lohnsteigerung oder den erwarteten Mandatszuwachs, da ihre Kampfmittel (Organisation und Strategie, Agitation und Propaganda) sich als erfolgreich erwiesen haben.

Bei allen diesen Beispielen unterstellen wir, daß die Zukunft mit großer oder gar an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden kann, da das Verhalten der Beteiligten eindeutig in eine bestimmte Richtung geht. Nun gibt es aber auch Situationen, die vieldeutiger sind. Die objektiven Verhältnisse sind hier so gelagert, daß die Zukunft unsicher erscheint. Der Wahrscheinlichkeitsgrad der Prognose ist erheblich geringer. Das Subjekt entscheidet sich hier "frei" für ein Verhalten, das möglicherweise nur geringe Erfolgschancen hat. Ob nun der Einzelne oder die Gruppe den wahrscheinlicheren Kurs wählt, oder ob sie sich für den weniger wahrscheinlichen entscheiden, hängt von ihren ethischen und sonstigen Wertmaßstäben ab. Der ausgesprochene Opportunist oder "Realist" wird wohl zugunsten der wahrscheinlicheren Alternative optieren. Der Mann mit Prinzipien, der "Idealist", wird nicht umhin können, um seiner Ideale willen die weniger wahrscheinliche Alternative oder gar im Sinne von Max Webers "Gesinnungsethik" einen aller Voraussicht nach hoffnungslosen Ausgang zu wählen.

Ein historisches Beispiel soll diese beiden Grundhaltungen verdeutlichen (27). Nach der Besetzung Frankreichs entschied sich Laval 1940, mit Hitler zusammenzuarbeiten, während de Gaulle nach London ging, um den Kampf gegen das Dritte Reich fortzusetzen. Unterstellen wir, daß eine gründlichere wissenschaftliche Analyse der Zukunft beide davon überzeugt hätte, daß damals das Dritte Reich eine erheblich größere Erfolgschance hatte als Großbritannien. Laval wäre dann als "Realist" erst recht mit den stärkeren Bataillonen marschiert, während der "Idealist" de Gaulle es doch wohl als seine Pflicht angesehen hätte, sich zugunsten des zwar unwahrscheinlichen, aber doch nicht absolut unmöglichen Sieges Frankreichs einzusetzen. Hätte allerdings umgekehrt die Analyse eine größere Chance für den Sieg Englands ergeben, so hätte sich an der Haltung de Gaulles nichts geändert, wäh-

25 **Der Streit der Fakultäten**, Neudruck Heidelberg 1947, S. 124.

26 R. K. Merton: "Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen". in: E. Topitsch (Hg.): **Logik der Sozialwissenschaften**, 4. Aufl., Köln 1967, S. 144 ff.

27 Vgl. auch R. Aron: **Frieden und Krieg – Eine Theorie der Staatenwelt**, Frankfurt (Main) 1963, S. 546.

rend sich dann vielleicht sogar ein Laval gegen Hitler entschieden hätte. Weder bei dem einen noch bei dem anderen hätte die futurologische Aufhellung der Zukunft das Element der persönlichen Entscheidung einfach ausgeschaltet.

Ähnlich verhält es sich bei jenen Wählern, die sich auf Grund der Voraussage, daß eine Partei bei den nächsten Wahlen mehr als 50 % der Stimmen erzielen wird, nun gerade für die aussichtsreichere Partei entscheiden ("bandwagon effect"). An diesem Beispiel kann man aber auch zeigen, wie die Tätigkeit des Prognostikers selber problematisch zu werden vermag. Wenn er diesem Wahlausgang nicht neutral gegenübersteht, sondern den Sieg dieser Partei eher für verhängnisvoll hält, mag er in ein solches Dilemma geraten, daß er versucht sein wird, ausnahmsweise einmal die Bekanntgabe oder Verbreitung seiner Prognose zu unterlassen. Eine solche Sekretierung von Information rührt natürlich schon an das Berufsethos des Wissenschaftlers — ganz unwissenschaftlich und unethisch würde er handeln, wenn er etwa unter Verletzung des Gebots, nur der Wahrheit zu dienen, seine Wahlprognose verfälschen würde, um den "bandwagon effect" zu verhindern oder zu verringern. Dieses Dilemma des Forschers ähnelt allerdings durchaus jenem eines Menschen im Alltag, der weiß, daß er, sagt er jetzt und hier die volle Wahrheit, einen irreparablen und fatalen Schaden anrichten würde. In einer Welt voller Antagonismen führt in beiden Fällen die Konsequenz der Wahrhaftigkeit zum Sieg des "Bösen", das wiederum nur um den Preis der Unwahrhaftigkeit verhindert werden kann. Bleibt hier vielleicht nur der verzweifelte Ausweg von L. Kolakowski (28), der uns rät, in solchen Situationen auf Konsequenz zu verzichten, da "völlige Konsequenz praktisch gleichbedeutend mit Fanatismus" wäre?

Das Gegenstück zur sich selber verwirklichenden Voraussage ist die self-destroying prophecy, die "gegebenenfalls auch zu ihrer 'Selbstaufhebung' beitragen, d.h. solche Gegenaktionen der Beteiligten hervorrufen kann, daß die Voraussage nur abgeschwächt oder gar nicht eintrifft... Überwiegt bei den Unentschiedenen eine Mentalität des Mitleids mit dem Besiegten oder herrscht die Erwägung vor, man müsse aus staatspolitischen Gründen den Stimmanteil einer Partei vergrößern, die andernfalls zu unterliegen droht, so wird die Voraussage, A. werde die Wahl gewinnen, diesem möglicherweise seine reale Gewinnchance, die er ohne die Veröffentlichung der Prognose besessen hätte, wieder nehmen." (29)

Ein einfaches Beispiel für eine self-destroying prophecy wäre der Schüler, der — knapp! — durchfällt, da er sich so sehr auf die Prognose seines Erfolges verläßt, daß er nun zu wenig arbeitet. Oder: Die Zahl der Hungernden geht nicht zurück, da jede Instanz damit rechnet, daß die anderen schon genügend Hilfe leisten werden; die Arbeiter verlieren den Wahlkampf oder den Streik, da die Gewißheit des Sieges sie allzu bequem, sorglos oder aggressiv macht. Steht bei diesen Beispielen der Schüler allein und geht es bei der Hungersnot um die Kooperation verschiedener Stellen, so stehen andererseits die Arbeiter in einem antagonistischen Verhältnis zu einem Gegner, der seinerseits auch auf die Prognose reagiert.

Jedesmal haben wir es hier mit einem Grenzfall zu tun. Eine exakte Prognose läßt sich überhaupt nicht eindeutig-widerspruchsfrei formulieren. Wenn ich nämlich etwa vorhersage, daß der Schüler durchfallen wird, bewirkt diese Prognose das genaue Gegenteil. Er arbeitet jetzt so intensiv, daß er das Examen besteht. Erkläre ich, daß er durchkommen wird, so scheitert er nun als Folge seiner ungenügenden Anstrengungen. Die Arbeiter können nur siegen, wenn die Aussicht auf die Niederlage sie zu vermehrten Anstrengungen veranlaßt. Ich kann hier nicht einmal von einer Entwicklungstendenz oder einer Wahrscheinlichkeit der Voraussage in dieser oder jener Richtung sprechen, da ja die Chancen des jeweiligen Ausgangs genau 50 : 50 stehen und die — jeweils entgegengesetzte! — Entscheidung selber erst durch die Prognose herbeigeführt wird.

28 a. a. O., S. 240.
29 G. Schmölders: "Das Problem der Prognose in der Wirtschaft", in: **Universitas**, Jg. 18, 1963, S. 244 f.

In der wohl berühmtesten Feuerbach-These hat Marx (30) proklamiert:

"Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern."

Keine philosophische oder einzelwissenschaftliche Interpretation kann jedoch an der "Welt" etwas ändern, soweit sich diese Interpretation auf die "tote" Vergangenheit oder die "ewig" gleichbleibenden, "zeitlosen" Elemente der Realität bezieht – insofern **muß** sie "unpraktische Theorie" bleiben, die früher oder später sehr wohl zu einer Ideologie erstarren mag. Ganz anders verhält es sich mit der auf die offene, "lebendige" Zukunft beziehenden Prognose. Sie kann tatsächlich zur verändernden menschlichen Praxis werden. Praxis in diesem Sinne ist dann nicht nur das Handeln und Planen, sondern auch schon, wie soeben expliziert wurde, die "reine Theorie" und Wissenschaft in Gestalt der Voraussage. Die self-fulfilling prophecy würde dabei, um mit Marx zu sprechen, "die Wahrheit, i.e. Wirklichkeit und Macht", "Diesseitigkeit seines (des Menschen) Denkens" in der Praxis beweisen, da das Vorausdenken die Realität in seinem Sinne formt, gestaltet, verändert. Die self-destroying prophecy demonstriert dagegen paradoxerweise die Ohnmacht der Aussage. Da sich hier der Sachverhalt der kontemplativen, objektiven, wissenschaftlich eindeutigen Formulierung entzieht, wird so diese Form von Wissenschaft und Theorie von der Praxis ad absurdum geführt. Beide Typen der Voraussage – die sich-selbst-verwirklichende wie die sich-selbst-negierende – sprengen den Rahmen des tradierten Wissenschaftskonzepts. Insofern kann man vielleicht ohne Übertreibung sagen, daß hier die Prognose die positivistisch verstandene Wissenschaft "aufhebt" und Raum schafft für die freie Gestaltung der Zukunft des Menschen.

V

Suchen wir nun diese methodischen Überlegungen zu konkretisieren, so müssen wir freilich davon ausgehen, daß dies nur im weitgespannten Weltrahmen geschehen kann. In dieser Dimension lassen sich einige ganz grundlegende Sachverhalte von eminent politischer Bedeutung während der nächsten Jahrzehnte mit einiger Wahrscheinlichkeit andeuten. Noch nie war die Notwendigkeit, die Zukunft zu prognostizieren und zu planen, so dringlich wie in unserer einmalig-dynamischen Epoche – und selten waren die Widerstände gegen die Lösung dieser Aufgabe massiver. Die Welt wird im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ständig größer und komplexer, die Widersprüche akkumulieren sich immer rascher. Die Raum- und Zeitdimensionen dehnen sich aus. Die Vergangenheit verschwindet nicht einfach, im Gegenteil, sie hinterläßt allzu viele Relikte. Zugleich dringt die Zukunft an mehr und mehr Stellen in die Gegenwart ein. So wird unser Zeitalter wahrlich zu einer Epoche der Ungleichzeitigkeiten. Der Raum dehnt sich rasch aus – das Individuum und die Gruppen geraten in immer dichtere planetarische oder globale Beziehungen, und der Mensch greift über die Erde hinaus nach dem Weltraum. All dies geschieht in stets atemberaubenderem Tempo. Der Wandel vollzieht sich so rasch, daß man mit Recht von einer technisch-wissenschaftlichen Revolution, von einer zweiten industriellen Revolution, von einer "Kulturrevolution", von einer Revolutionierung des Verkehrs und des Konsums spricht.

Freilich verändern sich die sozio-kulturellen Grundhaltungen und die sozio-ökonomischen Strukturen kaum, und die politisch-ökonomischen Kerninstitutionen hinken in ihrer Starrheit immer mehr hinter der wissenschaftlich-technisch-industriellen Entwicklung her (social and cultural lag). So wird die Kluft zwischen den lebensmindernden, -verunsichernden oder gar -bedrohenden Elementen einerseits, den lebensmehrenden, -sichernden und -steigernden Kräften andererseits eher größer. Man kann sich daher nur schwer des Eindrucks erwehren, daß sich mit dem sprunghaften Anwachsen der Probleme die Krise der Weltkultur vertieft, die Chancen einer totalen Lösung verringern und die Herstellung eines neuen dynamischen Gleichgewichts immer schwieriger wird.

---

30 Hier zitiert nach Marx-Engels: **Ausgewählte Schriften**, Bd. 2, Berlin-Ost 1952, S. 376 ff.

Trotz allen technischen und organisatorischen Möglichkeiten steht das Leben des Menschen von morgen im Zeichen von Herrschaft und Ausbeutung, Zwietracht und Kampf. Der Mensch, der weiter im Schatten der Atombombe lebt, wird beherrscht von Unsicherheit, Angst und Vereinsamung. Frustration erzeugt Aggression, Unterdrückung und Verfolgung. Alle Versuche der Anpassung schlagen stets von neuem fehl und vermehren nur den Haß und die Gier. Die innere Leere wird zwar in den reichsten Ländern durch stets sinnloseren Konsum verdeckt, aber selbst hier bleiben die dringendsten Kollektivbedürfnisse oft unbefriedigt. So ist der Sozialkapitalismus im Westen immer noch zugleich Verschwendungs- und Rüstungskapitalismus. Der unheiligen Dreieinigkeit dessen, was im Westen Eisenhower (31) den "Military Industrial Complex" genannt hat (dem man heute aber noch den Scientific and Technological Complex hinzuzählen müßte), entspricht im Osten das Bündnis der Militärs mit den Managern der Rüstungswirtschaft, vor allem aber auch mit den alten Parteibürokraten und -ideologen. Auch der poststalinistische Gulaschkommunismus ist immer noch in diesem Sinne zugleich "Kriegskommunismus" (32). Der Osten und der Westen mögen sich angleichen – der Rüstungswettlauf wird kaum über Nacht eingestellt werden. Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft dürfte in absehbarer Zeit nicht stattfinden. Die Weltmächte werden eher weiter ihre Machtsphären auszuweiten suchen, wobei uns bestenfalls der Atomkrieg erspart bleiben wird. Aber auch die mittleren Staaten einschließlich der Bundesrepublik werden weiter das ihre dazu beitragen, um eine Entspannung, Abrüstung und Umrüstung zu verzögern. Hat man noch vor einigen Jahren die jährlichen Rüstungsausgaben auf 120 Milliarden Dollar veranschlagt, so liegt die Schätzung für 1965 schon bei über 150 Milliarden Dollar. Heute beläuft sich allein der Verteidigungshaushalt der NATO auf 100, der der USA auf 85 Milliarden Dollar. Letzterer dürfte bald auf 100 bis 110 Milliarden anwachsen. (33)

Daneben wird aber die Raumfahrt immer größere Summen verschlingen. Schon spricht man von 100 Milliarden, die die Landung des ersten Astronauten auf dem Mond gekostet haben wird (34). Weitere Reisen werden weitere Unsummen verschlingen – ganz zu schweigen von jenen Beträgen, die die etwa von Wernher von Braun (35) antizipierten Flüge zum Mars kosten werden.

Es geht aber nicht nur um die materiellen Ressourcen. Immer mehr geistige Energie wird im Weltraum konzentriert werden. Es wird daher nur noch schwieriger werden, hier auf Erden Hunger, Krieg und Tortur zu bekämpfen. So wird sich vor allem auch der Abgrund zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre weiter vertiefen. Schon 1965 stellte U Thant (36) fest, daß der Nord-Süd-Spaltung der Menschheit für die Weltpolitik und Weltfrieden größere Bedeutung zukomme als der Ost-West-Spaltung. Innerhalb des globalen Verelendungsprozesses werden in der Tat die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Die Kämpfe im Kongo, vor allem aber auch in Nigeria, beweisen, daß auch interne Auseinandersetzungen in der Dritten Welt angesichts des Rüstungswettlaufs der reichen Länder immer wieder zu akuten Gefahren für den Weltfrieden werden können.

---

31 Vgl. hierzu Flechtheim: Widerstände ... S. 459.

32 Vgl. hierzu O.K. Flechtheim: **Weltkommunismus im Wandel?**, Köln 1965, S. 179 ff. und 208 ff. und derselbe: **Bolschewismus 1917 – 1967 – Von der Weltrevolution zum Sowjetimperium**, Wien 1967, S. 198 ff.

33 Flechtheim: Widerstände ... S. 460; G. Schlod: "Der Moloch Rüstung", in: **Stimme**, Jg. 20, 1968, Nr. 10, S. 310 f.; H. Pol: "Milliardenwünsche der Militärs", in: **Frankfurter Rundschau** vom 3.1.1969, S. 3 und "Verteidigungsanstrengungen der NATO sollen verstärkt werden", in: **Tagesspiegel** vom 17.1.1969, S. 1.

34 Rüdiger Proske: "Mondflug: Warum?" in: **Die Zeit** vom 3.1.1969, S. 1.

35 H. G. Meyer: "Bis 1980 noch keine Reise zum Mars", in: **Tagesspiegel** vom 29.12.1968, S. 3.

36 "Nord-Süd-Spaltung", in: **Atomzeitalter**, Nr. 8, August 1965, S. 218.

Ob jährlich 40 Millionen Menschen verhungern oder "nur" 10 Millionen, der Hunger ist für die Dritte Welt heute schon tagtägliche Erfahrung. Es ist aber noch kein Ende abzusehen. Die Bevölkerungsexplosion – Verdoppelung der Menschheit von heute etwa 3,5 Milliarden auf über 7 Milliarden im Jahre 2000 – bedeutet vermehrtes Elend und vermehrte Kriegsgefahr für die Menschheit. Lebten 1960 etwa ein Drittel der Erdbevölkerung in den Industrieländern und zwei Drittel in der Dritten Welt, so werden im Jahre 2000 nur gut ein Fünftel in den Industrieländern, dagegen vier Fünftel der Erdbevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern leben. Dabei wird bis zum Jahre 2000 der Bedarf an Nahrung wohl auf das Vierfache gestiegen sein, der an Nahrung tierischer Herkunft auf das Sechsfache. (37)

> "Trotzdem: Die Nahrungsmittelproduktion der Entwicklungsländer bleibt hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück, von 1964 bis 1966 hat sie sich um 4 Prozent verringert. Sie steigern deswegen von Jahr zu Jahr ihre Nahrungsmitteleinfuhr, die mittlerweile mehr als 50 Prozent des Nettowertes der Auslandshilfe erreicht hat. Der Anteil der industriell-gewerblichen Güter der Industrieländer am Welthandel erhöht sich doppelt so schnell wie die Rohstoffausfuhren der Entwicklungsländer; deren Anteil am Welthandel nimmt tendenziell beständig ab und liegt z.Z. knapp bei 23 Prozent. Das Handelsdefizit der Entwicklungsländer erreichte 1966 die Rekordhöhe von rund 22 Milliarden DM und hat damit gegenüber 1965 um mehr als 20 % zugenommen. Die Entwicklungshilfe der 15 Mitgliedstaaten der OECD, zu denen auch die sechs EWG-Länder gehören, erreichte 1966 insgesamt 39,2 Milliarden DM gegenüber 36,4 Milliarden DM im Jahre 1961; das sind 0,61 % des Sozialprodukts gegenüber 0,82 % im Jahre 1961; gleichzeitig wächst die Tilgungsrate der Auslandsschulden schneller als die Ausfuhr der Entwicklungsländer." (38)

Anders als in früheren, mehr statischen Epochen arbeitet die Zeit nicht mehr einfach für uns, im Gegenteil, eher gegen uns. Wir befinden uns sozusagen in einem fatalen Wettlauf mit einer uns davonlaufenden Zeit. So wäre ein rascher und radikaler Wandel der Kerninstitutionen des Weltsystems, ein totaler und fundamentaler Umbau der Grundstrukturen aller Gesellschaften erforderlich, wollten wir die Katastrophen von morgen vermeiden oder auch nur wesentlich abschwächen. Hier liegt aber das wahre Dilemma: Gerade das ist höchst unwahrscheinlich. Es mag in der Tat hier und da totale dialektische Umschläge nach dem Motto: "Wo die Not am größten, ist Gott am nächsten" gegeben haben. Wenig spricht aber dafür, daß heute oder morgen Krieg und Herrschaft, Not und Tod dialektisch in Frieden und Freiheit, Fülle und Leben umschlagen werden. Daß im Weltmaßstab gesehen der Übergang von einem System der höchstgerüsteten Weltmächte zu einer kollektiven Weltfriedensordnung, von einer Polarität der reichen Industriestaaten und der armen Agrarländer zu einer Solidarität einer Weltwohlfahrtsgesellschaft, von der Konvergenz eines sich bürokratisierenden Plankapitalismus hüben und eines technokratischen Plankollektivismus drüben zur Synthese von sozialistischer Gemeinwirtschaft, demokratischem Pluralismus und libertärem Funktionalismus in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten vonstatten gehen wird, ist einfach nicht zu erwarten.

VI

Das ist keine Kapitulation vor einem grundlosen Pessimismus – wohl aber ein Appell, den Sachverhalt zunächst einmal deutlich sehen zu wollen.

> "Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.
> Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist." (39)

---

37 J. Heinrichs: "Die Welternährung als Bewährungsfeld wissenschaftlicher Verantwortung", in: **Anstöße**, Nr. 2/3, 1968, S. 61 ff.; vgl. auch derselbe: **Welternährungskrise oder Ist eine Hungerkatastrophe unausweichlich?** Rowohlt, Reinbek b/Hamburg 1968.

38 H. A. Lücker, MdB: "Die Dritte Welt auf dem Vormarsch", in: **Bayern-Kurier** vom 27.1.1968, S. 6.

39 F. Lassalle, hier zitiert nach Lothar Schmidt (Hg.): **Hochverrat ist eine Frage des Datums**, dtv. München 1966, S. 93.

Gerade derjenige, der die Entwicklung "zur Realisierung der äußersten Möglichkeiten treiben" will, kann in einer solchen Situation nicht darangehen, die Verhältnisse dort, wo sie noch nicht total schlecht sind, zur Katastrophe zu treiben. Die Chance für den Umschlag würde durch eine aktive Katastrophenpolitik nur noch weiter verringert. Verständlicherweise würden sich auch vor allem diejenigen, die durch die Vermehrung ihrer Leiden radikalisiert und revolutioniert werden sollen, gegen solche "Freunde" wenden. Nein, so kann aus dem Leid von heute das Glück von morgen nicht erblühen.

Natürlich kann sehr wohl hier und da einmal – etwa in der Dritten Welt – eine revolutionäre Situation entstehen, die einer revolutionären Elite Gelegenheit zur Verwirklichung einer erfolgreichen sozialen Revolution geben wird. Ungewiß bleibt aber selbst dann, wo und wann das geschehen wird. Zwischen der Machtergreifung der Bolschewiki 1917 und der der Kommunisten in Ost-Europa 1945 oder in China 1948 lagen etwa drei Jahrzehnte – vielleicht werden wieder Jahrzehnte vergehen, bis ein zweites Kuba in Lateinamerika (40) oder ein zweites China in Asien die Zahl der kommunistischen Länder vermehren wird. Selbst wenn es aber in größeren Teilen der Dritten Welt relativ bald zur Errichtung sozialrevolutionärer Regime auch gegen den Widerstand konservativer Mächte kommen sollte, werden diese Regime wohl noch lange Zeit autoritären oder gar totalitären Diktaturen gleichen, die zunächst nur die Hindernisse für eine Modernisierung aus dem Wege räumen und die primitivsten Grundlagen für eine sozialere Entwicklung legen würden. Als Modelle für die entwickelten Industrieländer könnten sie daher doch wohl nur in geringem Maße dienen.

In diesen Industriestaaten ist und bleibt eine klassische Revolution höchst unwahrscheinlich, solange die Massen relativ viel zu verlieren haben. Gerade der einfache Mann fürchtet auch wohl nicht zu unrecht, daß eine gewaltsame Revolution, die so leicht in einem katastrophalen Bürgerkrieg wie etwa in Spanien oder Algerien, in einer Niederlage und Gegenrevolution wie etwa in Deutschland, oder – bestenfalls – in einer Revolution mit schleichender Gegenrevolution wie im stalinistischen Rußland enden könnte, gerade ihn besonders hart treffen würde. Es bleibt wohl für die Industriegesellschaften daher nur die eine Alternative: Katastrophe oder permanente Reform, Konterrevolution oder gewaltfreie Revolution, Stagnation oder systemüberwindende Strukturpolitik. (41)

Die Chancen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution sind aber zudem in Westdeutschland noch geringer als in Frankreich oder Italien. Im klassischen Lande der Gegenrevolution würde jeder Versuch der Linken, Gewalt in größerem Umfange zu praktizieren, über Nacht die blutigste Reaktion auf den Plan rufen. Hier würde sich wohl der größte Teil des Establishments – von der SPD-Rechten bis zur NPD, von der Bundeswehr und Bürokratie bis zur Presse und Wirtschaft – zu einer Einheitsfront zusammenschließen, um die Massen gegen die Linke zu mobilisieren. Ein 1933 mag sich nicht gerade wiederholen – dennoch hat in Deutschland die Rechte auf absehbare Zeit von vornherein gewonnenes Spiel, wenn sich der Bürger nur noch vor die Alternative: Klassische Revolution oder Gegenrevolution! gestellt sehen sollte.

Andererseits dürfte die Hypothese, daß nach wie vor trotz allen Verhärtungen und Widerständen des Systems eine gewaltfreie Fortentwicklung mittels "revolutionärer, systemüberwindender Reformen" möglich ist, noch keineswegs widerlegt sein. In den dreißiger Jahren hatte in England Harold J. Laski (42) angenommen, daß weitreichende Eingriffe in die kapitalistische Eigentumsordnung auf den ge-

---

40 Vgl. hierzu G. Maurer und P. Molt: **Lateinamerika**, Berlin 1968, S. 72 ff.

41 Zu dieser vgl. vor allem K. Nevermann: "Zur Strategie systemüberwindender Reformen", in: **Blätter für deutsche und internationale Politik**, Jg. 13, 1968, S. 597 ff.

42 **Strategy of Freedom**, S. 97, hier zitiert nach H. A. Deane: **The Political Ideas of Harold J. Laski**, New York 1955, S. 270 f.; zu Laski vgl. auch Kingsley Martin: **Harold J. Laski**, London 1953.

waltsamen Widerstand von Krone und Aristokratie, Bürokratie und Bourgeoisie stoßen müßten. Die Maßnahmen des New Deal, vor allem aber auch die Strukturreformen der englischen Arbeiterregierung nach 1945, überzeugten manchen davon, daß in Ländern mit alten demokratischen Traditionen und noch halbwegs funktionierenden parlamentarischen Institutionen die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung doch unter günstigen Umständen wesentlich modifiziert werden könnte, ohne daß es unbedingt zu einer Gegenrevolution oder Restauration kommen müßte. Kein anderer als Harold Laski hat denn auch für eine solche relativ rasch erfolgende, zugleich aber gewaltlos-legale Umstrukturierung der Gesellschaft den Begriff der "revolution by consent" geprägt, um zu betonen, daß sich eine solche gewaltfreie Revolution sowohl von roher Gewaltsamkeit, Aufstand und Bürgerkrieg, wie aber auch von Detailreformen des bestehenden Systems, die seine Funktionsfähigkeit nur technisch verbessern, grundlegend unterscheidet.

Diese Konzeption Laskis wäre noch durch eine Erwägung von Ithiel de Sola Pool (43) zu ergänzen. Pool zufolge sind häufig die erzielten Ergebnisse nicht mit den programmatischen Absichten identisch. Reformen, die zunächst nur milde Veränderungen bewirken sollten, hätten doch gelegentlich so weitreichende Wirkungen gehabt, daß man von einer Revolution aus Versehen ("revolution by inadvertence") sprechen könne. Eine derartige "Revolution" hält Pool sogar für realistischer als die "revolution by consent"; in dem Konservativismus des Volkes und dem Wunsch der Elite, sich ihre Macht zu erhalten, sieht er nämlich recht starke Gegenkräfte gegen radikale gesellschaftliche Veränderungen. Wie es sich in England zeige, schlössen sich aber die beiden Revolutionen nicht aus. So könne man etwa bei einer stark progressiven Einkommensteuer nur schwer entscheiden, ob es sich eher um eine konservative, das System erhaltende, oder um eine revolutionäre, das System überwindende Maßnahme handele:

> "Aus größerer Sicht gleicht die Gesellschaftsform einem Fluß, sie ist niemals dieselbe. Sie ändert unbewußt zentimeterweise ihren Lauf, oder es werden bewußt neue Kanäle und Schutzdämme gegraben."

Freilich wird der Revolutionär, der nicht länger warten kann oder will, gegenüber Pools Gedankengang argumentieren, das bestehende System sei einerseits schon so erstarrt und unbeweglich, daß man bereits der Gewalt bedürfe, um auch nur bescheidene Reformen wie etwa die Hochschulreform durchzusetzen; zugleich sei das System auch wieder so flexibel und gefestigt, daß es auch alle noch so weitreichenden Reformen zu integrieren vermöge – diese würden dann zu einem "Alibi" für die herrschenden Mächte. Diesem Argument gegenüber ist allerdings doch zu fragen, warum die konservativen Magnaten und etablierten Manager immer wieder so verzweifelt gegen jede Reform ankämpfen, wenn diese immer so harmlos ist. Liegt hier wirklich nur ein historisches Mißverständnis vor?

Tatsächlich dürfte die Wirklichkeit erheblich komplexer sein. Vielleicht sollte man zunächst einmal im Prinzip drei Typen von Reformen unterscheiden: Einmal werden immer wieder Typen von Reformen durchgeführt, die das System als solches festigen und fixieren – Beispiele wären etwa eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung von Militär oder Polizei. Zweitens sind aber auch Reformen denkbar, die das System unmittelbar ganz erheblich verändern und wandeln – man denke etwa an eine Demokratisierung des Staatsapparates oder eine Sozialisierung der Produktion oder eine Vergenossenschaftung der Presse. Dazwischen lägen dann die zahlreichen Reformen, bei denen nicht von vornherein feststeht, wie sie sich auswirken werden. Eine Bildungs- oder Justizreform mag langfristig zur Stärkung des Systems beitragen, sie mag aber auch bereits den Übergang zu einem anderen System bilden. Pool hat das ja am Beispiel der Einkommensteuer illustrieren wollen. Bei einer Häufung solcher Reformen mag schließlich die Quantität auch in eine neue Qualität umschlagen. Freilich

---

43 "Der Staat: Seine Elemente und Probleme", in: O. K. Flechtheim (Hg.): **Grundlegung der politischen Wissenschaft**, Meisenheim am Glan 1958, S. 244 ff.

kennt die Geschichte wohl kaum eine Reform oder Reformbewegung, die nicht doch irgendwo steckengeblieben und zu einer Integration in das System geführt hätte. Dies dürfte insbesondere bei einem in vieler Beziehung doch wohl so außerordentlich dynamischen und flexiblen System wie dem des späten Industrie- und Sozialkapitalismus der Fall sein.

Daß dieser heute trotz aller Machtkonzentration weniger geschlossen und einheitlich ist als der klassische Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts, dürfte wohl nur die Kehrseite der Komplexität unserer modernen Kultur sein, die sich ja zudem in einer tiefgehenden Krise befindet. Die relative Selbständigkeit weiter Kultursegmente bietet nun aber gerade die Chance tiefgreifender Reformen in diesen Sektoren, da sich der Widerstand der Kapitalmagnaten auf die "Kommandohöhen der Wirtschaft" konzentrieren dürfte. So erleben wir heute wohl nicht zufällig, wie es Teilen der Jugend, der Intelligenz usw. gelingt, Institutionen wie die Schulen und Universitäten, die Theater und Verlage, ja sogar die Kirchen, Krankenhäuser und Gefängnisse "umzufunktionieren" oder doch zumindest zu paralysieren. Dieser Prozeß dürfte wohl weitergehen. Morgen mögen sich schon so uralte Institutionen wie die Ehe und Familie oder auch die täglichen Lebensgewohnheiten und Kultureinrichtungen radikal verwandelt haben.

Bietet sich hier nicht so etwas wie eine Umgehungsstrategie an, die die Kerninstitutionen zunächst einmal links liegen läßt, sie aber dann doch isoliert und schließlich sogar sturmreif macht? Ein solcher Angriff auf die Kommandohöhen der Wirtschaft setzt dann freilich wohl voraus, daß die Aktion der Massen an der Basis mit der zahlreicher anderer Kräfte wie etwa der "single-purpose-movements", der pressure groups, der öffentlichen Meinung, aber auch der Parteien und Parlamente koordiniert würde.

Es stimmt auch nicht, daß es in der Spätphase der bürgerlichen Demokratie keine Aktionsmöglichkeiten für die breite Masse mehr gäbe. Zweifellos befinden wir uns seit dem zweiten Weltkrieg in einer Entwicklungsphase, die durch Machtkonzentration charakterisiert wird. Auf weiten Gebieten kann man von einer Entdemokratisierung sprechen. Der Machtverlust der Parlamente ist sprichwörtlich. Dem Wähler bleibt manchmal nur das Recht, jede vier oder fünf Jahre in einer Art Plebiszit die Regierungsmannschaft zu bestimmen. Zu beachten bleibt aber, daß von einer absoluten Machtkonzentration in den Formaldemokratien im Gegensatz zu ausgesprochen autoritären oder faschistischen Regimen keine Rede sein kann. Nicht selten werden sogar die sogenannten "Minderheiten", die wie die Arbeiterklasse tatsächlich oft eine Mehrheit darstellen, Gehör finden. Hier und da können wir auch schon heute Ansätze für auf funktionaler Leitung und Leistung beruhende Beziehungen feststellen. Die Entfremdung in bezug auf die Endziele geht oft Hand in Hand mit der Versachlichung der Mittel und dem Anwachsen von bewußten Planungen. Wo dies der Fall ist, verwirklicht sich nun in der Tat das Wort von Engels, wonach die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen an die Stelle der Regierung über Personen tritt. Gerade im kulturellen Bereich wächst insofern das Maß an Freiheit. So stark auch der Druck zur Konformität sein mag, die Beseitigung der Not, die Hebung des Lebensstandards erweitern für eine wachsende Minderheit kulturell genießender und schöpferischer Menschen die demokratische Freiheit des Ausdrucks und der Form. Im Staat und in der Wirtschaft sieht es anders aus: hier drohen die Macht der Militärs, der Monopole, der "Maschinen", der Druck der Apparate, Organisationen und Institutionen, die Position und das Prestige der Privilegierten aller Arten immer wieder die demokratischen Freiheiten einzuengen oder gar zu vereiteln. Aber auch hier kämpft die Demokratie weiter ihren ewigen Kampf gegen die Macht des Mammons, der Bürokratie, der Unmündigkeit.

Der Widerspruch zwischen politischer Demokratie und ökonomischer oder militärischer Macht sieht also heute anders aus als vor oder nach dem ersten Weltkrieg – verschwunden ist er aber keineswegs. So wenig ergiebig häufig die parteipolitisch-parlamentarische Aktion auch sein mag, selbst sie bietet

Gelegenheit, in harten Kämpfen gegen den Widerstand der neophoben Mächtigen Reformen durchzusetzen. Freilich wird man sich nicht auf die tradierten Methoden beschränken können, ebenso wenig wie auf rein legale Aktionen, zumal wenn die Perfektionierung der Manipulation der Massen weiter fortschreitet. Als "Dritter Weg" zwischen revolutionärer Gewalttäigkeit und quietistischem Legalismus bietet sich gerade dann die Strategie und Taktik der direkten gewaltfreien Aktionen, des zivilen Ungehorsams, der Bildung neuer machtfreier Institutionen und Organisationen an. Unter Anknüpfung an alte religiöse und ethische Postulate, vor allem aber auch an die Traditionen anarchistischer, syndikalistischer und pazifistischer Bewegungen wie aber auch an die Ideen von Männern wie Tolstoi und Kropotkin, Schweitzer und Danilo Dolci, Thoreau und Martin Luther King, Ghandi und Bhawe, Narayan und Luthuli entwickeln heute die Vorkämpfer solcher direkter gewaltfreier Politik Methoden und Mittel nichtverletzenden Zwanges und Widerstandes (Boykott, Streik usw.) sowie auch neuartige Formen und Organe zivilen Widerstandes und demokratischer Partizipation (44).

Die Aussichten für eine gewaltfreie Umstrukturierung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind wahrscheinlich am größten in kleineren Ländern mit alten ungebrochenen demokratischen Traditionen, starker Arbeiterbewegung und geringer militärischer Verflechtung. Den skandinavischen Ländern oder Holland im Westen, Jugoslawien, vor allem aber auch der Tschechoslowakei im Osten, mag als erstén der Aufbau einer sozialistischen Demokratie gelingen. Die Chancen für eine sólche Synthese von Demokratie und Sozialismus sind sicherlich in Deutschland geringer – ganz fehlen sie aber auch hier nicht. Sollte etwa die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Deutschland gelingen, so könnte dies nicht nur erheblich zur Entspannung und Verlangsamung des Rüstungswettlaufs beitragen. Eine derartige Übertragung des Konfliktes auf eine höhere gewaltfreie Ebene würde zugleich das Aktionsfeld für alle reformfreudigen und fortschrittlichen Kräfte erweitern. So würde möglicherweise das System sowohl hüben wie drüben in Bewegung geraten – in Richtung auf Sozialisierung und Fundamentaldemokratisierung hier, in Richtung auf Liberalisierung und Personalisierung dort. Die beiden deutschen Staaten könnten dann nicht nur beginnen, eine Brückenfunktion zwischen den beiden Welten auszuüben, sondern auch einen wachsenden Teil ihrer materiellen und ideellen Ressourcen für die Dritte Welt zur Verfügung zu stellen. Die Ausstrahlungen einer solchen Entwicklung sind unübersehbar – sie mag zumindest dazu beitragen, daß die Menschheit in halbwegs menschlicher Verfassung in das dritte Millennium eintreten würde. Freilich setzt das viel Augenmaß und Leidenschaftlichkeit gerade auch bei den radikalen Minderheiten voraus. Um Fritz Opel zu zitieren:

> "Nach wie vor gilt es, die richtige, die radikale Mitte zu finden zwischen unreflektierter – wenngleich keineswegs unüberlegter – Provokation und ebenso unreflektierter Integration. Das ist eine Richtschnur und kein Rezept. Denn Rezepte für richtige Politik gibt es nicht. Was unsere gesellschaftliche Situation erfordert, ist aber nicht Ungeduld, sondern vielmehr revolutionäre Geduld, wobei das Beiwort ebenso wichtig ist wie das Hauptwort." (45)

---

44 Vgl. hierzu O. K. Flechtheim: **Eine Welt oder keine?**, Frankfurt 1964, S. 64 ff., und jetzt Th. Ebert: **Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg**, Freiburg i.B. 1968.

45 "Überlegungen zur politischen Taktik", in: **Express International**, Nr. 1, 1969, hier zitiert nach **Außerparlamentarischer Opposition – Informationen für Demokratie und Abrüstung**, Nr. 66, Januar 1969, S. 8.

Buchhandlung Karin Röhrbein ★★★★★
Internationale linke Presse
Marxistische Erziehungswissenschaft
★ S o z i o l o g i e
P o l i t i k
1 Berlin 15 ● Ludwigkirchstr. 4 »» 881 46 59

Ulf Kadritzke

Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung

Länger als in vergleichbaren anderen Ländern hat in der Bundesrepublik die soziologische Forschung gezögert, ehe sie sich des neuen Phänomens studentischer Unruhe an den Universitäten des Landes annahm. In diesem Zögern spiegelte sich nicht nur die Unsicherheit und Schwerfälligkeit der universitären Institutionen, die sich selbst kaum zum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion zu nehmen vermögen, sondern auch ein äußerst unschlüssiges Selbstverständnis vieler deutscher Professoren der Sozialwissenschaften; dies bleibt nicht ohne Folgen für Rezeption und Interpretation der politischen Studentenbewegung in Universität und Öffentlichkeit. Entgegen vieler Behauptungen sind die Soziologen und Politologen als Interpreten der Studentenrevolte in ihren Einschätzungen und Analysen jedoch nicht nur aus wissenschaftstheoretischen, sondern auch und vor allem aus wissenschaftspolitischen Motiven zerstritten. Die Schwierigkeiten einer unvoreingenommenen soziologischen Betrachtung des neuen Phänomens Studentenunruhen hat vor allem darin seinen Grund, daß die Vertreter der politiknahen Disziplinen dringender als die professoralen Kollegen anderer Disziplinen aufgefordert sind, vor der Öffentlichkeit ihre Stellungnahme zur Studentenbewegung abzugeben, daß dieselben Professoren jedoch am Ort der Unruhe selbst, der Universität, in den aktuellen Zusammenhang der politischen Ereignisse hineingerissen sind. Damit ist die analytische Distanz, die der wissenschaftliche Beobachter gemeinhin für sich in Anspruch nimmt, radikal verkürzt; gerade die Soziologen als Vertreter eines problemorientierten Fachs sehen sich oft zu Optionen für oder gegen eine von der Öffentlichkeit formal verstandene 'Wissenschaftsfreiheit', für oder gegen die politischen Intentionen der studentischen Opposition gedrängt. Dieselbe Entscheidungs– und Wertproblematik wiederholt sich auf gesamtpolitischer Ebene in dem Maße, in dem die Studentenbewegung von ihrer Hochschulbasis aus daran gegangen ist, politische Verbündete in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in der jungen Generation der Schüler, Arbeiter und Angestellten zu suchen und damit ihren Anspruch als konsequente revolutionäre Kraft anmeldet.

Für den Beobachter der Studentenforschung in der BRD mag auf den ersten Blick überraschend sein, wie vorschnell vor allem die Vertreter einer strikten Trennung von empirischem Verfahren und wertender Interpretation in der Beschäftigung mit Studentenunruhen die Skrupel wissenschaftlicher Genauigkeit hinter sich zu lassen pflegen, wobei zumeist noch offen bleibt, in welchem Maße die wertenden Stellungnahmen zusätzlich die fachliche Autorität des ausgewiesenen Empirikers oder nur die politisch–persönliche des 'Zeitkritikers' ins Feld führen. Ähnlich wie Lipset in den USA, dessen Untersuchungen der Studentenrevolten in verschiedenen Gesellschaften klarer als seine Wahl– und Wahlverhaltensstudien die ideologischen Randbedingungen einer strukturell–funktionalen Betrachtungsweise enthüllen, sind auch in der BRD gerade diejenigen Forscher, die sich mit ihren Studien dem vergleichenden Ansatz Lipsets verpflichtet wissen (1), zu politisch motivierten Verdikten über die Systemgefährlichkeit und/oder die angebliche Irrationalität studentischer Protestbewegungen bereit. Diese Einschätzung geschieht zumeist sowohl auf der Ebene der Universität als auch auf der der Gesellschaft. Während aber im Universitätsbereich die funktionalen Mängel der deutschen Hochschulinstitutionen durchaus zugestanden werden,

1 Vor allem E.K. Scheuch in Köln und R. Wildenmann in Mannheim fördern derzeit Arbeiten, die sich an Lipsets vergleichendem Ansatz orientieren. Vgl. R. Wildenmann/M. Kaase: **Die unruhige Generation.** Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik; sowie dieselben: **Politik in der Bundesrepublik.** Eine Untersuchung unter Studenten II, als Manuskripte veröffentlicht Mannheim 1968.

wird die eigentliche Dimension studentischer Kritik, die sich in Hochschule und Gesellschaft gegen die spätkapitalistischen Strukturprinzipien beider richtet, entweder unterschlagen oder als verkürzt bzw. weltfern denunziert. Die politischen Handlungsweisen der Studenten geraten in dieser Perspektive unter die Kategorie des Pathologischen; wo die alten rollentheoretischen und strukturell–funktionalen Erklärungsversuche der Jugendsoziologie nicht mehr hinreichen, wird studentisches Verhalten als Gegenstand der Anomieforschung gesetzt und seines intentionalen Charakters nahezu vollständig beraubt (2). Die Folgen dieser Sichtweise für die Forschungspraxis und deren Ergebnisse werden noch zu schildern sein. Auf beiden analytischen Ebenen, der universitätssoziologischen und der gesellschaftstheoretischen, laufen Vertreter der strukturell–funktionalen Schule ständig Gefahr, mit der Beobachtung des funktionalen Beitrags bestimmter abweichender Verhaltensweisen für den Erhalt oder die Störung des – universitären oder gesellschaftlichen – Systems unter der Hand politisch folgenreich zu optieren. Diese heimliche Option kommt schon in den analytischen Versäumnissen vor Ausbruch der Studentenunruhen zum Ausdruck. In den meisten ernstzunehmenden amerikanischen und deutschen Studien zur Universitätswirklichkeit (3) wurde mit der Auswahl der Bezugspunkte im System Hochschule schon eine Vorentscheidung darüber gefällt, welche Probleme als regulierenswert gelten und welche Gruppen folgerichtig nicht als wesentliche Agenten inneruniversitärer Entscheidungsprozesse in Betracht zu ziehen sind. Daß Studenten im universitätssoziologischen Bezugsrahmen der amerikanischen Forschung kaum eine Rolle spielten, stellt die methodologischen Schwierigkeiten in einen charakteristischen Zusammenhang mit der politisch zu verstehenden Ignoranz der amerikanischen Universitäten gegenüber ihren studentischen Klienten. Erstaunend ist auf den ersten Blick jedoch der Umstand, daß auch in den einschlägigen Analysen der westdeutschen Hochschulsituation vor den Studentenunruhen die Lernenden keinerlei systematischen Ort hatten, obwohl seit den Zeiten der Weimarer Republik eine zwangskörperschaftlich organisierte Studentenschaft zwar bescheidene, immerhin garantierte und ausformulierte Rechte in den Universitäten besaß. Während in den USA aber die studentischen Interessen im Ansatz vieler Organisationsstudien nicht zuletzt deshalb unberücksichtigt blieben, weil in der formalen Struktur der Universität die Studenten sowohl in der Ideologie als auch in der Praxis weithin als Objekte wissenschaftlicher und humantechnischer Ausbildung fungieren, verdecken in der Bundesrepublik die Intensität und die spezifische Richtung der Reformdiskussion nach dem 2. Weltkrieg das Problem der studentischen Teilnahme an universitären Entscheidungsprozessen. Die wenigen Autoren von Arbeiten über die Hochschulwirklichkeit (4) waren gezwungen, der anerkannten Dringlichkeit der Reformfragen mit aktuellen Kommentaren und Optionen Rechnung zu tragen; daher wurden die forschungsmäßigen Ergebnisse der Analysen mit praktischen Reformvorschlägen, häufiger noch mit der Abwehr weitgehender Veränderungswünsche verknüpft, beide Momente sind zumeist äußerst unzulänglich voneinander geschieden.

Zudem stand im Zentrum der Diskussion ein tatsächlich äußerst wertüberladener Aspekt. In den Versuchen, die Binnenstruktur und das Verhältnis der deutschen Universität zur Gesellschaft zu untersuchen, dominierte zumeist die Absicht, bestimmte akademisch hochgeschätzte Charakteristika des alten Humboldtschen Modells zu retten und andere, weniger geschätzte oder obsolete Elemente abzustoßen. Ins Zentrum der Diskussion gerieten über viele Jahre hinweg zum Fetisch

2 Besonders kraß ergibt sich dieser Eindruck bei E.K. Scheuch (Hrg.): **Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft**, Köln 1968, wo ein geradezu beharrliches Mißverständnis der studentischen Motive und Ideologien die meisten Beiträge durchzieht. Ähnlich bei E.K. Scheuch: "Soziologische Aspekte der Unruhe unter den Studenten", in: **Aus Politik und Zeitgeschichte**, B 36/68, 4.9.1968, S. 3–25, und bei Lipset: Vorwort zu **University Student Politics**, ed. by S.M. Lipset, S.H. Wolin, S. 1–9.

3 Vgl. N.W. Storer: **The Social System of Science**, New York 1965, oder H. Schelsky: **Einsamkeit und Freiheit, Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen**, Reinbek 1963.

4 Vgl. H. Schelsky: **Einsamkeit ...**: H. Anger: **Probleme der deutschen Universität**, Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Studenten, Tübingen 1960.

gewordene und ungenau umrissene Begriffe wie die 'Einheit von Forschung und Lehre', die 'Autonomie der Universität' oder die 'Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden'. Dagegen verblieben für die heutige Universitätspraxis entscheidende und dringliche Probleme am Rand der Analysen: die Organisation der inneruniversitären Entscheidungsprozesse, die Abhängigkeit der Forschung von den sie umgebenden und auf sie einwirkenden gesellschaftlichen Interessen; die ökonomische und politische Funktion wissenschaftlicher Produktion vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft; der Beitrag des Universitätsstudiums für die spätere Praxis der akademischen Berufe, um nur einige Aspekte zu nennen. Indem die professoralen Interessen der sozialwissenschaftlichen Forscher unexpliziert in den Untersuchungsgegenstand hineinspielten, konnte sich ein verbindliches Problembewußtsein über den strukturellen Zustand der deutschen Universitäten nicht herausbilden. Folgerichtig erschienen die ersten, zunächst hochschulintern auftretenden Studentenunruhen je nach dem universitätspolitischen Blickwinkel der Beobachter in einem weniger die Analyse als vielmehr die aktuellen Optionen hervorkehrenden Kontext.

War somit der systematischen Erforschung der hochschulinternen Auslösungsbedingungen von Studentenunruhen kaum eine sichere methodische und inhaltliche Grundlage gegeben, so erwiesen sich auch die herkömmlichen und anerkannten empirischen Ergebnisse über das politische Handlungspotential der deutschen Studenten als überraschend vergänglich; und dies, obwohl die Schwierigkeiten, in die die ersten strukturell–funktionalen Erklärungsversuche von Lipset aufgrund der begrenzten jugendsoziologischen und sozialpsychologischen Sichtweise und des statischen analytischen Rahmens geraten mußten, zumindest in der bekannten Frankfurter Studentenstudie (5) von Habermas u.a. vermieden waren. Im Gegensatz zu Lipset entgingen Habermas und die Autoren der Frankfurter Studie der Tendenz, die gesellschaftlichen Stabilitätsbedingungen apologetisch–funktional zu bestimmen und damit den sozialtechnischen Aspekt einer Befriedung der Verhältnisse in der Analyse der Faktoren studentischer Unruhe in den Vordergrund zu stellen; sie entgingen mit der dynamischen Einbeziehung des gesellschaftlichen Hintergrunds der BRD auch der Gefahr, rechts– und linksradikale politische Bewegungen unter dem isolierten Aspekt der Systemstörung zusammenzusehen (6).

Gleichwohl kann dem kritischen Betrachter nicht entgehen, daß auch eine kritisch–dialektisch orientierte Gesellschaftsanalyse und die aus solchen Positionen gewonnenen Prognosen es nicht zu leisten vermochten, das neue Phänomen der Studentenproteste in seinen Entstehungsbedingungen genau zu erfassen. Zudem muß sogar für einen Teil der an den Universitäten gepflogenen marxistischen Analysen und der daraus gewonnenen praktischen Konzeptionen die Einschätzung H. Lefebvres gelten, der angesichts der akuten Verlegenheit traditionell sozialistischer – kommunistischer Parteien über den gesellschaftlichen Charakter des Studentenprotestes schreibt, die jüngsten Ereignisse könnten "sogar die Strategien zum Einsturz bringen, die seine Möglichkeit einkalkulierten." (7)

Bevor wir neue Untersuchungen über die Auslösungsbedingungen der studentischen Unruhen zu interpretieren versuchen, seien die wesentlichen Ergebnisse der Frankfurter Studentenstudie, die vom Ende der 50er Jahre stammt, kurz dargestellt. Sie hatten empirisch noch bis vor 3 Jahren ihre Geltung: "Die Studentenschaft dürfte in den entwickelten Industrieländern des Westens, dürfte zumal in der Bundesrepublik nicht in erster Linie als eine Größe selbständiger und folgen-

5 J. Habermas u.a.: **Student und Politik**. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, 2. Aufl., Neuwied/Berlin 1967.

6 Vgl. S.M. Lipset/P.G. Altbach, "Student Politics and Higher Education in the United States", in: **Comparative Education Review**, Vol. 10, No. 2, June 1966; S.M. Lipset, "Student and Politics in Comparative Perspective", in: **Party System, Party Organization, and the Politics of New Masses**, Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz über Vergleichende Politische Soziologie, Berlin 1968, als Manuskript gedruckt.

7 Vgl. H. Lefebvre, **Aufstand in Frankreich**, Berlin 1969, S. 7.

reicher politischer Kraftentfaltung interessieren. In Ansehung ihres politischen Potentials ist sie als Schlüsselgruppe, aus der sich die funktionalen Eliten zunehmend rekrutieren, wichtiger." (8) Der Umschlag dieser Studentenschaft in eine strukturell für die Gesellschaft folgenreiche soziale Bewegung, deren politischer Anspruch von Lipset und seinen deutschen Vertretern nicht anders als normativ abgewehrt werden kann, ist auch in der Frankfurter Studie konkret noch nicht gesehen. Im Gegenteil gelangten ihre Autoren – unter expliziertem Bezug ihrer analytischen Kategorien auf die deutschen polit–ökonomischen Tendenzen zur autoritären und zugleich entpolitisierten Sozialstaatlichkeit – zu einer pessimistischen Einschätzung des demokratischen Potentials. Obwohl die Analyse der Gesellschaftsbilder der Studenten, in Zusammenhang gebracht mit den empirisch gewonnenen Aussagen über politischen 'Habitus' und politische 'Tendenz', ausdrücklich angestellt wurde, "um mit ihrer Hilfe die Zuverlässigkeit einer Extrapolation von Potential unter gegebenen, aufs Potential unter veränderten Umständen prüfen zu können" (9), also gesellschaftliche Dynamik bei der Prognose in Rechnung stellt, hat sich die Richtung des studentischen Engagements nicht zuverlässig ausmachen lassen.

Hatte die Frankfurter Studie im Jahre 1961 noch zum Ergebnis: " ... soweit es an der politischen Initiative der Studenten, dem wirksamen staatsbürgerlichen Einsatz ihrer Kräfte liegt, werden antidemokratische Tendenzen stärker auf Unterstützung als auf Widerstände rechnen dürfen" (10), so ist heute empirische Klarheit darüber gewonnen, daß nicht mehr nur 10 % der Studenten an deutschen Universitäten sich für die Erhaltung der "Demokratie" einsetzen, sondern weit über 50 %, mehr als in allen anderen Bevölkerungsgruppen der BRD; es ist weiterhin gesicherte Erkenntnis, daß ein erheblicher Teil dieser Studentenschaft die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit genuin sozialistischen Zielvorstellungen zu verändern sucht. Dabei braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese politische Dynamik, wenngleich sie von Verteidigern der westlich-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur unter den Soziologen negativ bewertet wird, nicht auf einem Abschwenken autoritär disponierter Studenten ins 'linke' Lager beruht. Vielmehr herrscht darin Übereinstimmung, daß sich der Typ des 'genuinen Demokraten' aus der Frankfurter Studie im Verlaufe der universitären und politischen Konflikte zum aktiven Verfechter sozialistischer Umwälzungen politisiert hat, während die 'formalen Demokraten' der Vergangenheit mit der inhaltlichen Konkretisierung ihrer politischen Wertvorstellungen das Spektrum der progressiven Positionen entscheidend erweiterten. Die gegenteilige These vom linken 'Konformitätszwang', der zur Anpassung an gängige Bewertungs– und Verhaltensmuster der Studentenbewegung führe, wird selbst von scharfen Kritikern der studentischen Opposition nur gelegentlich vertreten (11); sie entbehrt auch angesichts des prozeßhaften und konsistenten Erfahrungszuwachses, den die beteiligten Studenten in den Jahren ihrer Politisierung erfuhren, jeglicher theoretischer und empirischer Grundlage. (12)

Mit diesem Hinweis eröffnet sich zugleich die Möglichkeit, diejenigen durch Sozialisation und Situation bestimmten Faktoren näher zu betrachten, die eine Politisierung der deutschen Studentenschaft über alle sozialwissenschaftlichen Prognosen der Vergangenheit hinaus erklären können. In der Analyse dieser Politisierungsbedingungen bleiben vor allem die zahlreichen empirischen Umfragen, die in jüngerer Zeit im Auftrag der staatlichen Apparate und damit in sozialtechnisch–manipulativer Absicht entstanden, unter wissenschaftlichem Erklärungsniveau. Ihr begrenzter Wert liegt von Fall zu Fall lediglich darin, daß sie den politischen Trend der Meinungen in der Studenten-

8 J. Habermas u.a., 1967, S. 54.

9 J. Habermas u.a., a.a.O., S. 229.

10 J. Habermas u.a., a.a.O., S. 231.

11 Vgl. E.K. Scheuch: "Das Gesellschaftsbild der 'Neuen Linken' ", gekürzte Fassung in : **Berliner Stimme** vom 15.2.1969, S. 7/8/9.

12 Vgl. die aufeinanderfolgenden Umfragen des infas–Instituts, Bad Godesberg, im Auftrag des Berliner Senats, Fußnote 13.

schaft der Bundesrepublik in groben Umrissen wiedergeben (13). Durch das grobe Raster der suggestiv auf formaldemokratische Institutionen und Verhaltensweisen zugeschnittenen Fragenkomplexe fallen jedoch nahezu alle Faktoren hindurch, die für eine Erklärung der studentischen Einstellungen und der studentischen politischen Praxis in dem Sinne relevant sein könnten, daß sie zeigen, wie die alte Sinnfälligkeit der gesellschaftlichen Organisation durch begründete und damit auf neue Weise sinnfällige Optionsmuster in Frage gestellt wird. Legitimitätskonflikte der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund verweigerter Bedürfnisse und zentraler Inkompatibilitäten finden in den bornierten Auftragsarbeiten theoretisch keinerlei Platz.

Empirisch unterschlagen wird damit auch der intentionale Charakter der studentischen Bewegung als einer dem Anspruch nach sozialrevolutionären. Forschungstechnisch wirft dieses Problem die Frage nach der Eindimensionalität von Einstellungsfragen und nach der Erklärungskraft der herkömmlichen Sozialisationsfaktoren wie Familie, Klasse/Schicht, Altersgruppe und Schulbildung auf. Beide Fragen haben noch keine systematische Überprüfung in neueren kritischen Studien erfahren: auch dürften der unzulängliche Stand der Sozialisationsforschung und die theoretische Umstrittenheit der zumeist verwandten Demokratie– und Rigiditätsskalen vorerst eine systematische Abklärung dieser angeschnittenen Probleme verhindern. Dagegen kann heute nicht mehr als umstritten gelten, daß z.B. eine Einstellungsfrage, wie sie in der Studie von R. Wildenmann und M. Kaase (14) verwandt wird, keine sinnvollen Dimensionen studentischen Bewußtseins mißt. Zu dem Statement: "In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen", wird für klare Ablehnung eine 'demokratische' Einstellung verbucht; es bleibt unberücksichtigt, daß zwei der entscheidenden inhaltlichen Momente, nämlich die 'demokratische Gesellschaft' und die 'Gewalt', in der Dynamik politischer Bewußtseinsprozesse qualitativ unterschiedlich bewertet und begründet werden können. Auf keinen Fall ist es zulässig, einen vortheoretischen und vorpraktischen Begriff von Demokratie und Gewalt, der in der Gesamtbevölkerung an der Einstellung zu diesem Statement gemessen wird, mit dem reflektierten Erfahrungspotential in eins zu setzen, das politisierten Studenten heute eine Beurteilung dieser Aussage in verändertem Sinne nahelegen kann.

Diese empirische Vorgehensweise bleibt auch dann umstritten, wenn man wie Wildenmann und Kaase vordringlich die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Studien anzielt und das Problem der empirischen Gültigkeit auf der Ebene der Einstellungen vernachlässigt (15). Damit ist aber der Wert solcher Auftragsstudien schon wissenschaftstheoretisch äußerst umstritten. Ihr explizites und implizites praktisches Ziel auch nicht die Aufklärung von Entstehungs– und Bedingungszusammenhängen einer neuen studentischen Bewegung, sondern die Stabilisierung der Herrschaft der Auftraggeber. Dem bestehenden System werden die funktionalen Schwächen im Lichte der neuen Unruhen zur Ausbesserung empfohlen. Entsprechend beschränkt sich das Legitimitätsproblem einer Gesellschaft bei Wildenmann und Kaase auf die auch von Lipset gestellte Frage nach der "Fähigkeit des Systems, in der Bevölkerung den Eindruck herbeizuführen und zu erhalten, daß die bestehenden politischen Institutionen die am besten geeigneten für die Gesellschaft sind." (16).

Den Effizienzanforderungen an das System auf dieser herrschaftspraktischen Ebene zollt die ganze Anlage der Mannheimer und ähnlicher Studien (17) beträchtlichen inhaltlichen Tribut. Rein sachlich gelingt es ihren Verfassern nicht, die politische Entwicklung eines großen Teils der Studenten-

13 Vgl. die Analysen von infas, **Studenten in Berlin**, vom Januar 1968, Februar 1968, April 1968, Mai 1968, sowie **Student und Öffentlichkeit**, April 1968, und **Berliner Studenten**, August 1968.
Vgl. auch: **Der deutsche Student**. Situation, Einstellungen und Verhaltensweisen. Durchgeführt im Auftrag des SPIEGEL vom Institut für Demoskopie Allensbach, 1966/67. Ein Beitrag zur Frage nach der Ursache der Unruhe an den Universitäten, Institut für Demoskopie Allensbach, Februar 1968. Vgl. auch die Studien von R. Wildenmann/M. Kaase.

14 R. Wildenmann/M. Kaase, a.a.O., S. 11; ähnlich problematisch erscheint ihr Maß des 'Systemeffekts', S. 37 ff.

15 R. Wildenmann/M. Kaase, S. I, S. 10.

16 R. Wildenmann/M. Kaase, S. 6.

17 Vgl. die Aufzählung in Fußnote 13.

schaft plausibel zu machen; die abstrakte Aufforderung an die Instanzen der politischen Herrschaft, "als demokratisches System wandlungsfähig in Richtung einer weitergehenden Verwirklichung jener demokratischen Zielvorstellungen des Grundgesetzes" zu werden (18), wirkt besonders entlarvend vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Demokratiekonzeption der sozialistischen oder progressiven Studenten in ihren entscheidenden systemkritischen Dimensionen verfehlt und damit zugleich eine konsistente Weise der Kritik am politisch–ökonomischen System der Bundesrepublik ignoriert bleibt (19). Selbst deutliche empirische Hinweise auf Momente eines substantiell egalitären Demokratieverständnisses der progressiven Studenten werden nicht weiter verfolgt. So vermögen die Verfasser der Studie aus dem Ergebnis, daß 'sich demokratischer eingestellte Studenten und Jugendliche stärker gegen rechtsradikale Systeme der westlichen und dritten Welt" aussprechen, "weniger demokratisch eingestellte Studenten und Jugendliche dagegen stärker gegen die linksradikalen (sic! – U.K.) Systeme des Ostblocks", nichts anderes zu gewinnen als die vage Erkenntnis, hier zeige sich "ein grundlegender ideologischer Konflikt." (20) Im Resumee ihrer Studie unterläuft Wildenmann und Kaase schließlich der vorschnelle Schluß von ihrer inhaltlich vorgeprägten Methode der empirischen Erhebung auf den Realitätsgehalt der gewonnenen Ergebnisse. Dieser Fehlschluß verdeutliche noch einmal das Interpretationsproblem: "Da der Begriff 'demokratisch' in dieser Untersuchung konkret und nicht diffus, im Sinne von Zielvorstellungen des Grundgesetzes definiert worden ist, handelt es sich um eine Reformbewegung, die es mit der Verfassung der Bundesrepublik ernst meint." (21) Mit solchen die empirischen Methoden und Ergebnisse lediglich verifizierenden Behauptungen über die gesellschaftliche Wirklichkeit sind nicht einmal angemessene Aussagen über politische Meinungen und Einstellungen von Studenten gewonnen, geschweige denn ein abgesichertes Bild der differenzierten Einflüsse der Sozialisierungsinstanzen und der konkreten politischen Situation, in die sich die Studentenschaft gestellt sieht. Wenn auch die Verfasser offen zugestehen, daß die Studie "nichts aussagen kann über die Dynamik sozialer Prozesse" ... und daß "die Handlungsabläufe ... situationsspezifisch untersucht werden müssen", so kennzeichnet doch die bedenkenlose Empfehlung von Herrschafts– und Reformtechniken zur Eindämmung der Protestbewegung (Isolierungstaktiken, Wahlrechtsreform, Hochschulreform) (22) das gesellschaftlich bedingte Forschungsklima und den manipulativen Wert, den die politische Elite einer verkürzt fragenden und vereinfachend antwortenden empirischen Forschung beimißt.

Mit der Kritik an solchen die relevanten Dimensionen ausblendenden Untersuchungen ist die Richtung, in die eine fruchtbare Fragestellung in unserem Problembereich zu zielen hätte, erst ex negativo bestimmt.

Der Hinweis auf situative Faktoren, den neben Wildenmann und Kaase vor allem auch die Autoren der wesentlich reflektierteren Frankfurter Studie liefern, lenkt die analytische Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit genauerer Fallstudien, in denen fürs erste die konkrete Rahmenbedingungen studentischer Politisierung beschrieben werden, aus denen dann empirisch überprüfbare Hypothesen über den Zusammenhang der äußeren Bedingungen mit den studentischen Reaktionen hervorgehen könnten. Den ersten Versuch einer solchen Fallstudie unternahmen Friedeburg (23) u.a. an der Freien Universität, dem historischen Zentrum der Studentenunruhen in Deutschland.

18 R. Wildenmann/M. Kaase, a.a.O., S. 9.

19 Vgl. z.B. die verschiedenen Beiträge in S. Leibfried (Hrg.): **Wider die Untertanenfabrik**, Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen, Köln 1967.

20 R. Wildenmann/M. Kaase, a.a.O., S. 49.

21 R. Wildenmann/M. Kaase, S. 85.

22 R. Wildenmann/M. Kaase, S. 83; vgl. auch die Ergebnisse der infas–Studien, Fußnote 13.

23 L.v. Friedeburg u.a.: **Freie Universität und politisches Potential der Studenten.** Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland, Neuwied/Berlin 1968.

Allerdings ist dieser Versuch einer Analyse weithin unvollständig und hilflos geblieben. Sein zentraler Mangel ist darin zu sehen, daß die Möglichkeit versäumt wurde, in den jeweils entscheidenden Phasen der Protestbewegung, deren Verbreiterung durchaus abzusehen war, ein Panel der Berliner Studentenschaft nach theoretisch–sinnvollen und relevanten Untersuchungskriterien zu befragen und damit in der dynamischen Abfolge von hochschulinternen und stadtpolitischen Konflikten die verursachenden Faktoren genauer zu erfassen. Angesichts dieses Versäumnisses bleibt selbst der deskriptive Wert der ausführlichen Studie begrenzt; vor allem die entscheidenden Phasen der politischen Eskalation in Berlin sind lediglich in historischer Beschreibung nachvollzogen. Damit besitzt die Berliner Studie keinen zureichenden Erklärungswert für die 'Universalisierung' der studentischen Protestbewegung; über die Ursachen der Entwicklung von der hochschulpolitischen Revolte zu einer politischen Opposition, die alle Attribute einer sozialen Bewegung trägt und schon heute über den studentischen Bereich hinauswirkt, kann vorerst nur diszipliniert spekuliert werden.

Auf diesem Stand der analytischen Bemühungen wäre zunächst der Rahmen abzustecken, in dem fruchtbare Hypothesen über Ursachen und Motive der studentischen Unzufriedenheit mit der spätkapitalistischen industriellen Gesellschaft zu entwickeln sind.

Vor allem wäre die stillschweigende Annahme der meisten Studien kritisch zu revidieren, die widersprüchliche, historisch obsolete Binnenstruktur der deutschen Universitäten fungiere als zentraler verursachender und inhaltlich bestimmender Faktor der Studentenrebellion. Es ist erstaunlich und nur durch das dahinterliegende Interesse an isolierter technokratischer Hochschulreform zu erklären, daß eine derart simplifizierte These allenthalben aufgenommen und in reformistischen Debatten verwertet wird. Gewiß hatten die ersten studentischen Proteste spezifische Mängel in der Hochschulsituation zum Ausgangspunkt: Konflikte konnten erst ausbrechen und die Dynamik der studentischen Politisierung bestimmen, wenn sich die normativen Schemata akademischen Verhaltens und universitärer Organisation unter dem Druck der studentischen Bedürfnisse selbst destruierten. Diese organisatorischen Strukturkrisen der deutschen Universitäten konnten jedoch erst als konfliktauslösende Momente fungieren, als umfassendere, gesellschaftlich vermittelte Widersprüche in der gesamten Studien– und Forschungspraxis hinzutraten: unter dem Druck der staatskapitalistischen Interessenträger geriet die Universität in den Sog einer technokratischen Reformbewegung, die sich vor allem in zwei restriktiven Entwicklungen ausprägte. Zum einen hatten die Hochschulen angesichts der akuten Überfüllung eine Verkürzung der Studienzeiten auf administrativem Wege und inhaltliche Disziplinierungen der Studiengänge einzuleiten; zum zweiten tendierte eine dermaßen verwaltete und funktionalisierte Wissenschaft dazu, auch organisatorisch diejenigen Prozesse und Aktivitäten aus ihrem Rahmen zu entlassen, in denen sich eine letzte praktische Verbindung zur gesellschaftlich–politischen Umwelt unterhalb der institutionell eingeschliffenen, offiziellen Kommunikationsebenen erhielt. Die Maßnahmen der Gesamtuniversität gegen vielfältige politische Stellungnahmen und Aktionen von Studentengruppen und Studentenvertretung sind vor dem Hintergrund einer gesellschaftlich erzwungenen Entpolitisierung und Formierung der deutschen Universitäten zu sehen (24). In diesem Prozeß blieben elementare studentische Bedürfnisse organisatorisch isoliert und unbefriedigt. In dem skizzierten Rahmen spielt die Universität als zunehmend funktionalisierter Teil der Gesamtgesellschaft zweifellos eine wichtige, konfliktträchtige Rolle.

Die Ungleichzeitigkeit im Wandel ihrer Organisation einerseits, der gesellschaftlichen Umwelt andererseits schlägt sich in zwei verschärften Inkonsistenzen der Hochschulsituation nieder, die Habermas als doppelten "Rückstand" der deutschen Universität beschrieben hat (25). Der erste, einfache Rückstand ist der hinter dem objektiven, wenngleich in seinen Folgen ambivalenten Fortschritt in den Methoden und der Organisation wissenschaftlicher Forschung, wie sie an der Spitze

24 Vgl. L.v. Friedeburg u.a., a.a.O., S. 140 ff.

25 Vgl. J. Habermas, "Das chronische Leiden der Hochschulreform", in: **Merkur**, XI. Jahrgang, 109, 1957, S. 265 ff.

des industriell–technologischen und des basiswissenschaftlichen Produktionsprozesses schon heute üblich sind. Damit lastet auf der Universität heute vor allem ein durch wissenschaftliche Interessengruppen formulierter Rationalisierungsdruck, auf den konzeptionell zu antworten die Hochschulen gezwungen sind.

An dieser Stelle setzt jedoch die zweite Strukturschwäche der deutschen Universität ein, die sie zwar mit allen anderen Hochschulen in den entfalteten Industriegesellschaften des Westens teilt, die nichtsdestoweniger vor ihrem eigenen wissenschaftlichen Anspruch als ungelöster Widerspruch erscheint. Gemeint ist die kritische lebenspraktische Funktion, die das historische Humboldtsche Modell noch auf idealistische und tendenziell folgenlose Weise zu erfüllen suchte. Dieser kritische Anspruch könnte sich nach Habermas angesichts der rapide gesteigerten gesellschaftlichen Funktionalität der Produktivkraft Wissenschaft nur noch in Gestalt einer nach innen strikt demokratisierten, nach außen "aktiv" in den gesellschaftlichen Verwertungsprozeß eingreifenden Institution verwirklichen.

Auf wissenschaftstheoretischer Ebene ist die damit geforderte gesellschaftliche Aktivrolle der Hochschule zweifellos nicht von allen beteiligten Interessen anerkannt. Empirisch unbestritten ist jedoch die Tatsache, daß gerade die der Universität von den herrschenden gesellschaftlichen Teilinteressen angesonnene neue Funktionalität die internen Spannungsmomente in der Hochschulorganisation erhöhen mußte, indem sie vor allem in der BRD selbst den traditionell sozialisierten unpolitischen Bedürfnissen eines großen Teils der deutschen Studenten zuwiderlief.

Denn diese neue, von der gesellschaftlichen Tendenz erzwungene Hochschulpraxis trat zu Beginn der 60er Jahre dem alten, wenngleich zur Innerlichkeit verkommenen Ideal einer humanistisch orientierten Bildung, von dem die deutsche Universität institutionell noch heute zehrt, in einer chronischen Überfüllungssituation unvermittelt gegenüber; sie manifestiert sich heute psychisch repressiv in einer vom Massenbetrieb noch geförderten Beziehungslosigkeit zwischen Dozenten und Studenten. Deren einstmals kommunikatives Verhältnis wurde von Studienbedingungen abgelöst, die nicht einmal mehr die relativ angepaßten Erwartungen der Schulabsolventen aus den deutschen Mittel– und Oberschichten befriedigen können. Die Anforderungen an die Hochschule "verdinglichen sich zu objektiven Ordnungszusammenhängen und vergeblichen Sachgesetzlichkeiten, die den einzelnen unter ihre Gewalt bringen." (26) Extreme Orientierungslosigkeit in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, rigorose Scholarisierung in den naturwissenschaftlichen Fächern sind die zwei Pole desselben strukturellen Zustands. Die psychischen Effekte solcher Arbeitsbedingungen liegen auf der Hand. Der Widerspruch zwischen den explizierten Anforderungen an studentisches Verhalten als wissenschaftlich–autonomes einerseits und dem teils bürokratisch, teils autoritären Klima der Gesamtinstitution andererseits zeichnet sich gerade dadurch aus, daß die unpersönlich geregelten Studienabläufe nicht einmal psychische Kompensation in Gestalt erfolgreicher Aufgabenbewältigung bieten.

Diese Situation erklärt einerseits die Flucht verunsicherter, dem Studium entfremdeter Studenten in die quasi–familiäre Atmosphäre der Korporationen, andererseits auch das an demokratischen Vorstellungen sich orientierende Bedürfnis kritischer, ihre Lage tendenziell begreifender Studenten nach Formen direkter Teilnahme an Entscheidungen über ihren Arbeitsbereich, nach Formen also, die ihnen die Kompetenzstruktur der Universität weitgehend entzogen hat oder prinzipiell verweigert.
Die teilweise noch jugendspezifische Sensibilität der Studenten (27), die vor allem in Lipsets ersten Studien als disfunktional bewerteter Faktor im Vordergrund stand, stößt (als potentiell demokratische Eigenschaft) an deutschen Hochschulen auf objektive Mängel des universitären Ausbildungsprozesses und induziert in Konfliktsituationen das studentische Bedürfnis nach Möglich-

26 W. Nitsch u.a.: **Hochschule in der Demokratie.** Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin und Neuwied, 1965.
27 Vgl. dazu K. Keniston: **The Uncommitted**, Alienated Youth in American Society, New York, 1960.

keiten intensiver Diskussions- und Aktionsbeziehungen, in denen ein Bewußtsein von personaler oder kollektiver Verwirklichung und damit gleichsam Identität (28) entstehen könnte. Der Übergang in organisierbare Situationen des Stadiums, in denen der Student ein rationales, notwendigerweise auch von Momenten zurückgezogener Reflektion bestimmtes Arbeitsklima erfahren könnte, wird von der Universität selbst nicht mehr gewährleistet und gerät zunehmend in die Regie bewußter studentischer Gruppen. Die strukturell geforderten, oftmals subtilen Formen der Anpassung an Universität und Gesellschaft spiegeln die Lage vieler Studenten als die "privilegierter Entfremdeter" (29) wider, die ständig latente Konflikte erzeugt. Eine konsistente Reaktion auf diesen Zustand konnte langfristig nicht ausbleiben. Von welchen hochschulinternen oder politisch-gesellschaftlichen Aktualitäten das manifeste Auftreten divergierender Interessen abhängig sein kann, ist empirisch fallweise und differenziert zu erklären; eine ausformulierte polit-ökonomische Theorie, in der die Rolle der Universitäten im Kapitalverwertungsprozeß entfalteter westlicher Industrienationen systematisch aufgezeigt und zugleich empirisch belegt wäre, liegt noch nicht vor (30). Jenseits der untersuchungstechnischen Schwierigkeiten – die staatskapitalistischen und industriellen Agenturen verweigern in ihrem Interesse konsequent den empirischen Zugang zu den entsprechenden Daten und Entscheidungsprozessen – meldet sich auch ein theoretisches Problem an: im Gefolge der Marx-Rezeption durch Habermas entstand innerhalb der kritischen Soziologie ein analytisches Monopol der Frankfurter Schule auf eine bestimmte, spannungslose Interpretation der Funktion gesellschaftlichen Fortschritts durch Wissenschaft. Habermas' Einschätzung (31), mit den Mitteln staatskapitalistischer Intervention werde Entfremdung auf einem langfristig noch erträglichen Niveau stillgestellt, womit der gesellschaftliche Antrieb für revolutionäre Situationen entfalle, mündet konsequent in wissenschaftspolitische Empfehlungen, die im pragmatischen Modell von Politikberatung zum Idealtyp erhoben sind und von den realen Abhängigkeiten, Repressionen und Machtverhältnissen in der spätkapitalistischen Gesellschaft vorschnell abstrahieren. Damit wird aber tendenziell die Diskussion um Zusammensetzung, subjektive Verfassung und objektive Möglichkeiten des revolutionären Potentials suspendiert; sie weicht auf der Ebene der Hochschule einer offensiven Strategie aus zugunsten eines bloßen Plädoyers für kritische Öffentlichkeit im Wissenschaftsbetrieb (32) und für partikulare Demokratisierung der Universität. Deren Chancen, selbst als isolierte Reform durchzukommen, sind gleich null. Für eine noch auszuführende polit-ökonomische Theorie der westlichen Universitäten bleibt die dringende Aufgabe, die Habermassche Disjunktion der gesellschaftlichen Produktivität durch Wissenschaft und Technologie (33) von den Verwertungsbedingungen des Kapitals schon im Ansatz der Analyse zu überwinden und damit revolutionäre Potentiale im Rahmen der strukturellen Veränderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses exakter zu bestimmen, ohne der Marcuseschen Dämonisierung von Technik aufzusitzen (34). Es scheint mir kein Zufall zu sein, daß Habermas sich

28 Vgl. dazu K. Keniston: **The Uncommitted** und E. Erikson: **Kindheit und Gesellschaft**, Stuttgart/Zürich, 1957.

29 Um einen glücklich gewählten Ausdruck K. Kenistons zu gebrauchen.

30 Ansätze bei W. Lefevre: in U. Bergmann u.a.: **Rebellion der Studenten**, Reinbek 1968; E. Mandel: "Workers under Neo-Capitalism", in: **International Socialist Review**, November/Dezember 1968, S. 1 ff; J.O'Connor: "The University and the Political Economy", in: **Levithian**, Vol. 1 No. 1, New York, March 1969, S. 14 ff. Den interessanten Versuch, Jugend als Klasse zu bestimmen, machen J. und M. Rowntree: "Youth as a Class", in: **International Socialist Journal**, 25, Febr. 68.

31 Vgl. vor allem Habermas' Marx-Rezeption: "Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik", in: **Theorie und Praxis**, Neuwied/Berlin, 1963, S. 162 ff; Kritik von W. Müller: in: **Sozialistische POLITIK**, Heft 1/69.

32 Vgl. J. Habermas: Vom sozialen Wandel akademischer Bildung, in: H. Leibfried: **Wider die Untertanenfabrik**, Köln 1967, S. 10 ff.

33 Vgl. J. Habermas: **Zwischen Philosophie und Wissenschaft**, sowie **Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'**, Frankfurt 1968.

34 Vgl. dazu J. Habermas: **Zwischen Philosophie ...**, sowie C. Offe und J. Bergmann in: J. Habermas (Hrg.): **Antworten auf Herbert Marcuse**, Frankfurt 1968.

in seiner aktuellen Kritik an der Studentenbewegung in der Bundesrepublik an den vermeintlichen und tatsächlichen Widersprüchen in deren Strategien und Handlungsformen aufhält; demgegenüber hat z.B. Mandel in seinem konsequenten Versuch, die alten, von Marx analysierten Widersprüche im Neo–Kapitalismus aufzusuchen, die zentrale Gefahr einer Mystifizierung studentischer Opposition nach zwei Seiten erkannt, der auch progressive soziologische Orientierungen bislang in der Analyse der studentischen Opposition erlegen sind: " ... it would be as wrong to define them (die Studenten – U.K.) by their social origin as it would be to define them by their social future. They are a social layer in transition." (35) Die Universität bringt nach der Analyse Mandels gerade deshalb soziale Spannungen aus sich hervor, weil sie entlang der Widersprüche im Produktionsprozeß sowohl die kapitalistischen Funktions– und Herrschaftseliten als auch "a growing proportion of the future working class" ausbildet (36), mithin der Fremdbestimmtheit ihrer Wissenschaftspraxis nur die Fremdbestimmung der Arbeit im herrschenden System antizipiert und abbildet. Die rebellierenden Studenten, die diesen Zusammenhang begriffen haben, treiben denn auch konsequent ihre Forderungen über die Habermasschen nach universitärer Öffentlichkeit, theoretischen 'Schonräumen' und Beraterfunktionen für Wissenschaft hinaus; sie erheben im Kampf gegen die kapitalistische Funktionalisierung der Universität Forderungen wesentlich radikalerer Qualität und stellen sich damit praktisch in die Kontinuität der sozialistisch–revolutionären Bewegungen. (37) Auf der Ebene soziologischer Untersuchungen ist dieser Zusammenhang bisher völlig unberücksichtigt geblieben – übrigens nicht nur, weil das Interesse der Auftraggeber auf politisch integrierbare Daten gerichtet ist, sondern auch, weil marxistisch orientierte Soziologen sich oftmals scheuen, ihre Analysen einer noch so vorläufigen empirischen Beurteilung auszusetzen.

Auf diesem Stand der Problembeschreibung erhebt sich die ernste Frage nach dem Verhältnis der politisch disponierenden, von Instanzen der Sozialisation abhängigen Momente zu den geschilderten auslösenden Handlungsfaktoren, die studentisches Verhalten in Konfliksituationen initiieren oder verändern. Zweifellos ist für die Einstellungen und das soziale Handeln auch von Studenten zunächst eine vorgängige Determiniertheit durch Sozialisationseinflüsse zu veranschlagen. Zwar kann angesichts des unbefriedigenden Stands der deutschen Sozialisationsforschung (38) hier keine ausführliche Diskussion der entscheidenden unabhängigen Variablen wie frühkindliche Erziehung, Elternhaus, Altersgruppen, schulischer Einfluß etc. erfolgen. Nahezu alle bisherigen Studien stimmen, aber in der Annahme überein, daß erstens sich "demokratische Einstellungen nicht aus einfachen sozialstrukturellen Gegebenheiten ableiten lassen" (39) – dagegen spricht aber schon die relative Homogenität der sozialen Herkunft der Studenten –, daß zweitens nur das komplexe Zusammenwirken verschiedener Sozialisationsfaktoren eine lebenspraktische Disposition der Studenten zur Folge hat, deren Konsistenz Habermas zudem nur noch in einem Falle gegeben sieht: "Die einzige gruppenspezifische Bedingung, die der Entwicklung von Gesellschaftsbildern unter Studenten entgegenkommt, ist die Bildungssituation in der dreifachen Gestalt des Universitätsstudiums, des Besuchs einer höheren Schule und der Erziehung in einem Elternhaus mit akademischen Traditionen. Für die Bundesrepublik darf erwartet werden, daß alle drei, wenn auch mehr oder weniger intensiv, in der Überlieferung eines bürgerlichen Bildungshumanismus nationaler Prägung konvergieren." (40) Empirisch ist diese Hypothese, die einen wesentlichen Teil der studentischen Population er-

---

35 E. Mandel, "Workers under Neo–Capitalism", in: **International Socialist Review**, November/Dezember 1968, S. 1–16.
36 E. Mandel, a.a.O., S. 9.
37 Vgl. W. Lefevre, in U. Bergmann u.a.: **Rebellion der Studenten**, Reinbek, 1968.
38 Erst in jüngster Zeit haben am Max–Planck–Institut für Bildungsforschung in Westberlin langfristige Projekte zur Sozialisierungsforschung begonnen.
39 R. Wildenmann/M. Kaase, a.a.O., S. 24.
40 J. Habermas u.a., a.a.O., S. 212/213.

faßt, nun allerdings keineswegs genügend aufgehellt; einige Anzeichen (41) sprechen sogar dafür, daß bildungshumanistische Reste dort, wo sie sich noch behaupten, zur Stärkung eines Sensibilitätspotentials beitragen, das in Konfliktsituationen eher eine Politisierung als eine Privatisierung des Bewußtseins im Sinne der alten bürgerlichen Innerlichkeit bewirken kann.

Diese kritische Funktion bestimmter, in der schulischen und elterlichen Vermittlung ursprünglich konservativ gefärbter Bildungswerte müßte sich auch empirisch in einer nach Fächern differenzierten Disposition der Studenten zu oppositionellem Verhalten festmachen lassen, die ihrerseits mit erfolgreicher Emanzipation vom Elternhaus zusammengeht. Gemeinhin kann angenommen werden, daß nicht das Studienfach die politische Option und den Grad persönlicher Autonomie beeinflußt, sondern zunächst umgekehrt die politischen oder gesellschaftlichen Vorstellungen die Wahl des Studienfachs. Diese plausible Annahme bestätigt sich indirekt in dem Ergebnis, daß Studenten der Soziologie, Politologie, Psychologie, Geschichte, Philosophie und Germanistik kritischer und progressiver eingestellt sind als die Vertreter anderer Fächer. (42) Wenn auch die Faktoren der Sozialisation noch nicht genügend ausgemacht sind, die eine Hinwendung der Jugendlichen in den Abgangsklassen der Gymnasien zu den oben erwähnten 'offeneren' und weniger berufspraktisch orientierten Disziplinen erklären, so kann doch festgehalten werden, daß die Bereitschaft zu kritischer Beurteilung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte vor allem von dem studentischen Potential zu erwarten ist, das vom eigenen Fachstudium auch eine Lösung der differenzierten persönlichen Lebens- und Erkenntnisprobleme erwartet und die direkte Befriedigung der beruflichen Sekuritätsbedürfnisse und Statusansprüche zumindest zu suspendieren bereit ist. Oehler stellte schon im Rahmen der Frankfurter Studie fest, daß bei den für politische Bildung besonders Aufgeschlossenen "der Entschluß zum Studium ... neben dem Wunsch nach 'Allgemeinbildung' auch häufiger als bei den übrigen vom unmittelbaren Interesse am Fach bestimmt" gewesen sei: "Es geht ihnen also stärker um den Zugang zur Sache selbst, während die Desinteressierten mehr an Beruf und Position denken, das Studium von vorneherein unter dem Aspekt sehen, wozu es nützt." (43) Die Chance, daß sich die innere Affinität von Fachinteresse und demokratischer Sensibilität gegen das entpolitisierte Selbstverständnis und die willkürliche Entscheidungspraxis im universitären Wissenschaftsbetrieb durchsetzen kann, ist dann in verstärktem Maße gegeben, wenn die Hochschule oder eines ihrer Entscheidungsorgane unter gesellschaftspolitischem Druck innere Widersprüche zu enthüllen beginnen.

So sehr indes die Gruppe fachwissenschaftlich kritischer und tendenziell engagierter Studenten in Konfliktsituationen die Richtung studentischer Politik zu beeinflussen vermag, so eng ist andrerseits ihr Einfluß an die Sinnfälligkeit gebunden, die ihre Forderungen und Aktionen auch in den Augen der berufspraktisch interessierten Kommilitonen gewinnen. Die so orientierte Mehrheit der Hochschüler besteht, wie Oehler treffend beschreibt, aus Angepaßten, die zunächst "die politische Ordnung, die sich in der Bundesrepublik zugleich mit der politischen Stabilisierung durchgesetzt hat, nicht eigentlich aus dem Prinzip heraus, sondern vielmehr deshalb bejahen, weil sich unter ihr leben läßt und weil sie den auf sein privates Fortkommen bedachten Bundesbürger nicht übermäßig beansprucht." (44) In der jüngsten Phase prekärer hochschulpolitischer Entscheidungssituationen wurde nun, was den Verfassern der Frankfurter Studie noch nicht hatte in den Blick gera-

---

41 Vgl. die empirisch gesicherte größere politische Liberalität bei Angestellten und Beamten gegenüber anderen Schichten. Die zeitliche Folge von Einflußfaktoren ist hier jedoch kaum zureichend zu bestimmen. Vgl. dazu S.M. Lipset: "Student and Politics ... ", S. 431 ff.

42 Vgl. R. Wildenmann/M. Kaase, a.a.O., S. 19–21, zum politisierenden Effekt des gymnasialen Deutschunterrichts vgl. S. 25–28.

43 C. Oehler in J. Habermas u.a., a.a.O., S. 259.

44 C. Oehler: **Das politische Bewußtsein der Studierenden und die Chancen politischer Bildung.** Dissertation, Frankfurt 1960.

ten können, auch jener Typ des Studenten angesprochen, der von der gesellschaftlichen Dimension der universitären Zwangsmaßnahmen noch keinerlei Anschauung besaß. Das Anwachsen der studentischen Protestbewegung an der Freien Universität Berlin zum Zeitpunkt der befristeten Immatrikulation an zwei ausgesprochen berufspraktisch orientierten Fakultäten (45) ist mit auf die Teilnahme dieses studentischen Potentials zurückzuführen.

Die empirisch belegte Tatsache, daß schon 1964 an der Berliner Universität die "Tendenz zur Entpolitisierung ... bei der Mehrheit der Studenten keine Resonanz gefunden hat," (46) verweist auf ein erst in Konfliktzeiten anwachsendes Potential an Hochschülern mit zwar differenzierten, aber tendenziell solidarischen Motiven. Der Zusammenhang zwischen universitären und gesellschaftlichen Problemen bleibt damit, das hat auch die von den infas–Umfragen in Berlin verfolgte Entwicklung eindrucksvoll bestätigt (47), nur solange dunkel, als die Beschäftigung bildungshumanistischer, beruflicher und/oder fachwissenschaftlicher Interessen der Studenten nicht zur Reflexion und schließlich zur Reformulierung ihrer persönlichen Bedürfnisse und politischen Perspektiven zwingt.

Es ist nun ein entscheidendes, von anderen sozialen Gruppen abzuhebendes Charakteristikum dieses Reflexionsprozesses, daß er, einmal in Gang gekommen, zunächst von Momenten einer sozialen Entlastung geprägt ist, die eine permanente Diskussion unter den Studenten sowie kollektive Formen der Beratung und Entscheidung erlauben. In diesem Prozeß besitzen die herkömmlichen Studentenvertretungen und die politischen Hochschulgruppen einen Fundus an vorgängiger Erfahrung und beträchtliches argumentelles Gewicht. Der neue intentionale Faktor, der damit nach dem der Sozialisationseinflüsse und der äußeren Situation auf den Politisierungsprozeß an den Universitäten einwirkt, hat – wie in den USA, so auch bei vielen soziologisch arbeitenden Beobachtern in der Bundesrepublik – eine unvoreingenommene Analyse erheblich erschwert.

Vor allem die Tatsache, daß sozialistisch engagierte Studentengruppen durch ihr Protesthandeln die Legitimitätskonflikte der etablierten Herrschaftsorgane in spätkapitalistischen Hochschulen und Gesellschaften zu verschärfen vermögen, ruft auch bei Professoren der Soziologie vorschnelle persönliche Stellungnahmen hervor. Normative Qualifizierungen von unterschiedlichstem Niveau ersetzen in vielen Fällen die zuvor notwendigen Versuche einer empirisch–theoretischen Klärung des neuen gesellschaftlichen Phänomens. Gerade die Verfechter einer strikt empirisch verfahren-

46 L.v. Friedeburg u.a., a.a.O., S. 234.

45 Es handelt sich um die Juristische und die Medizinische Fakultät.

47 Vgl. die Aufzählung der infas–Studien im Auftrag des Berliner Senats aus Fußnote 13.

Diese neue Publikation erscheint in einer Zeit weltweiter ideologischer Auseinandersetzungen, aus der sich der Wissenschaftler nicht nur nicht ausklammern kann, sondern vielmehr zwangsläufig zunehmend zum verantwortungstragenden Mittelpunkt gesellschaftlicher Entwicklung wird!

IDEOLOGIE UND NATURWISSENSCHAFT

Politik und Vernunft im Zeitalter des Sozialismus und der wissenschaftlich-technischen Revolution

Herausgegeben von G. DOMIN und R. MOCEK

1969 · 368 Seiten · Halbleinen mit Schutzumschlag · 12,– DM

Bestellungen nimmt Ihr Buchhändler entgegen.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN · 1o8–Berlin
Postfach 1216 – Deutsche Demokratische Republik

den soziologischen Forschung machen sich oft anheischig, im Namen einer wissenschaftstheoretisch begründeten instrumentellen Rationalität die angebliche Realitätsferne, zugleich und im Widerspruch dazu aber auch die konkrete Systemgefährlichkeit studentischer Proteste zu betonen, noch ehe auf deren gesellschaftskritische Argumente, politische Zielvorstellungen und strategische Ausgangslage eingegangen ist. Wenn etwa E.K. Scheuch als Fazit seiner ungenauen Polemik gegen die neue Linke behauptet: "Das Glasperlenspiel der 'Neuen Linken' mit den Scherben vergangener Ideologien hat vornehmlich eine Funktion: Verhüllung des eigenen Herrschaftsanspruchs" (48), so zieht er den Prozeß der studentischen Politisierung, deren Fehlen noch vor wenigen Jahren beklagt wurde, auf der Ebene einer Agententheorie zusammen, die jedem soziologischen Erklärungsanspruch zuwiderläuft. Hinter der oberflächlichen, in analytischer Nomenklatur auftretenden Kritik an den Aussagen und Forderungen der neuen Linken erscheint, auch das zeigt das Beispiel Scheuchs, nicht selten ein politisch motiviertes, wenngleich nur verlegen expliziertes Einverständnis mit der bestehenden Ordnung. Diese beiden Ebenen der Argumentation wären aber zunächst entweder auseinanderzuhalten oder klarer aufeinander zu beziehen, will man nicht Gefahr laufen, die Fragen, die studentische Proteste dem Soziologen in den verschiedensten theoretischen Dimensionen heute aufwerfen, lediglich in der Attitüde des deutschen Ordinarius zu beantworten. Wie die bisherige Rezeption der Studentenrevolte zeigt, hat sich auch die soziologische Diskussion in Deutschland von dieser wenig fruchtbaren Vermischung nicht freihalten können.

Nur ein Scheinausweg aus diesem Dilemma wäre es allerdings, in der Analyse der studentischen sozialen Bewegung sich des theoretisch und empirisch begründeten Urteils über die Gesellschaft zu enthalten, deren herrschaftliche Organisation die neue Linke bekämpft. Eine kritische Betrachtung des studentischen Protests hätte im Gegenteil gerade dessen charakteristische Erscheinungsformen zum Anlaß für die systematische Klärung der Frage zu nehmen, welche konkreten alten und neuen Bedürfnissen die spätkapitalistische industrielle Gesellschaft in ihren strukturellen Inkompatibilitäten unterdrückt und gleichzeitig herausfordert.

Genese und politische Expansion radikaler studentischer Ideologien und politischer Praktiken können somit nicht durch Reduktion in einem sozialpsychologischen oder strukturell–funktionalen Rahmen herkömmlicher Prägung erklärt werden. Erst in einer Perspektive, in der die Inhalte jugendlicher und studentischer Opposition an den gesellschaftlich und ökonomisch zu fassenden Bedingungen und Widersprüchen ihrer Sozialisation wie ihrer objektiven Arbeitssituation in Hochschule und Gesellschaft gespiegelt werden, erscheint es möglich, die Besonderheiten der neuen radikalen Verhaltensweisen als Momente zu erfassen, die dem gesellschaftlichen status quo entspringen und gleichzeitig zu seinem Wandel beitragen.

Für die Soziologie ergibt sich zudem die ihr spezifische Notwendigkeit, mit den Trägern der neuen studentischen Strategien nicht nur als Objekten der empirischen Analyse, sondern auch auf theoretischem Niveau zu kommunizieren. Dies um so mehr, als der einzige Interpretationsversuch studentischer Praxis, der sowohl die Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und der gesellschaftlichen Realität zu erklären sucht, als auch praktisches Handeln mit konkreter Erfahrung und theoretischer Einsicht zu vermitteln beansprucht, in Form sozialistischer Theorie von den beteiligten Studenten selbst unternommen wird – und zwar in einer Vielfalt von Modifikationen und neuen Ansätzen. Damit konstituiert sich das politische Handeln der neuen Linken nicht nur als Gegenstandsbereich, sondern auch als ernstzunehmender Teil soziologischer Theorie. Dies doppelte Verhältnis so redlich wie möglich einzugehen, wäre Aufgabe einer wissenschaftlichen Praxis, die ihre eigenen Bedingungen aus dem analytischen Gesamtzusammenhang nicht ausblendet.

---

48 E.K. Scheuch "Das Gesellschaftsbild der 'Neuen Linken' ", in: E.K. Scheuch (Hrg.): **Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft**, Köln, 1968. Zitiert aus der gekürzten Fassung des Aufsatzes in der **Berliner Stimme**, vom 15.2.1969, S. 8.

Werner Hofmann

Über die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Parlaments

Der Verfasser, Ordinarius für Soziologie an der Universität Marburg, ist Präsidiumsmitglied der "Aktion Demokratischer Fortschritt".
Vorliegender Aufsatz beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser im Mai 1968 vor der Studentenschaft der Freien Universität in Westberlin gehalten hat.

I

Der parlamentarische Verfassungsstaat gehört der Zeit der freien Konkurrenz an, einer Epoche relativer Zurückhaltung der Staatstätigkeit überhaupt. Diese Zeit ist nicht mehr die unsere. Was sich mittlerweile zugetragen hat, kann so zusammengefaßt werden:

1. Der Grundkonflikt der modernen Gesellschaft, der elementare Gegensatz von Kapitalverwertung und unselbständiger Arbeit, ist in den öffentlichen Raum hinausgewachsen. Der sogenannte liberale Staat des 19. Jahrhunderts enthielt sich nicht nur weithin der Eingriffe in die private Geschäftstätigkeit des tragenden Teils der Gesellschaft, er suchte auch das sozio–ökonomische Herrschaftsverhältnis zwischen "Lohnarbeit" und "Kapital" in der privaten Sphäre zu halten. Das wird sinnfällig im Fehlen eines Arbeitsrechts, in der Repression von Arbeiterkoalitionen, in der Fernhaltung der arbeitenden Schichten vom Staats– wie vom Gemeinderegiment. – Hier ist mittlerweile in doppelter Hinsicht ein Wandel eingetreten.

a) Die arbeitenden Schichten konnten auf die Dauer von der staatlichen Willensbildung nicht ausgeschlossen bleiben. Der politische Liberalismus des 19. Jahrhunderts war Honoratiorenliberalismus. Der Staat des Liberalismus war Staat der **ausgleichbaren** Interessen. Dem entspricht das Verhältnis der Rivalität allein zwischen bürgerlichen Parteien, ebenso wie das Wahlrecht der Zeit, das den überwiegenden Teil des Volkes durchwegs ausschloß. Mit der Bildung von Arbeiterparteien gegen Ende des Jahrhunderts, die mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts in die Parlamente einziehen, endet die Zeit des politischen Liberalismus. Der von der Okkupation durch das Volk, der von der Demokratisierung bedrohte Staat neigt von nun an zur Diktatur. In seiner faschistischen Form ist er diktatorisch **gegen** das Wahlrecht, das er unterdrückt; in seiner raffinierteren Form ist er diktatorisch **vermöge** eines Wahlrechts, das nun als Instrument der Beirrung der Wähler, der Willensentfremdung, ja der Willensverkehrung begriffen und genutzt wird. (Was übrigens da, wo die Situation es erheischt oder auch nur erlaubt, die **Aufhebung** des Wahlrechts nicht ausschließt.) Der politische Liberalismus endet geschichtlich da, wo er in Demokratie umschlagen müßte.

b) Aber auch in sozio–ökonomischer Hinsicht ist der große soziale Grundkonflikt in den gesamtgesellschaftlichen Raum hinausgewachsen. An einem einzigen, allerdings bedeutungsvollen Umstand soll das gezeigt werden: am Lohnkonflikt. In unserer Zeit der großen Arbeitsmarktkoalitionen können nicht nur Lohnkämpfe – schon ihrer Größenordnung nach – gesamtgesellschaftliche Bedeutung gewinnen. In der Epoche der schleichenden Inflation, die den neuen Machtverhältnissen auf den oligopolistisch beherrschten Märkten entspricht, hat sich der Kampf um den reinen Tariflohn, um den Nominallohn entwertet. Eine Erhöhung des Nominallohnes kann ausgeglichen, ja überspielt werden durch Steigerung der Lebenshaltungskosten, also durch Entwertung des Reallohns. Die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen werden heute geradezu darauf gestoßen, sich selbst in Verfolgung bloßer Lohninteressen auch um die Preisbildung zu kümmern und damit aus dem Gehege des Arbeitsmarktes auszubrechen. Hinter diesem objektiven Vorgang ist der borniert–unpolitische Tarif–Kretinismus der Gewerkschaften hoffnungslos zurückgeblieben. Mit dem Ergebnis, daß den Gewerkschaften schließlich, im Zeichen von "konzertierter Aktion" und "Lohnleitlinien", ihr letzter Anspruch aus der Hand genommen wird: sich wenigstens

auf dem Arbeitsmarkt so zu verhalten, wie es jeder Gewerbszweig heute auf seinen Märkten tut, nämlich herauszuholen, was der Markt hergibt.

Dieser eine Sachverhalt soll hier beispielhaft stehen für eine elementare Erfahrungstatsache. Es gibt heute keine einzige Frage der Wirtschaftsgesellschaft, ja der Gesellschaft überhaupt, die nicht letztlich zur Frage des sozialen Gesamtsystems würde. Unsere Gesellschaftsordnung ist extrem verwundbar geworden; von jeder ihrer Einzelseiten her kann sie aufgerollt werden. **Die Zeit der ausgleichbaren Interessen ist dahin.** Die Widersprüche werden nicht mehr gelöst, sie werden verschoben. Und das Gefühl verbreitet sich: Man kann uns nicht mehr regieren — man kann uns nur noch beherrschen.

2. Eine ungeheure Konzentration der wirklichen sozialen Gewalt hat sich vollzogen. Die uns allen vertraute Oligopolisierung der ökonomischen Macht und ihre unmittelbare Verlängerung in den Staatsraum hinein haben die Bedingungen des Interessenausgleichs gänzlich umgeworfen. Der Kreis der wirklich Bestimmenden, deren Bedürfnisse sich in politische Willensbildung umsetzen, hat sich ungemein verengt. Es haben sich ganz eindeutige Interessenprioritäten gebildet, denen die Wirtschaftspolitik, aber auch die allgemeine Gesellschaftspolitik folgt. Das bedeutet: Der Interessenausgleich wird innerhalb des Bürgertums, selbst innerhalb des Erwerbsbürgertums, und vollends zwischen diesem und den Rand– und Zwischenschichten (den Kleingewerbetreibenden, den Landwirten, der Intelligenz) immer schwieriger. Das Nebeneinander und Gegeneinander von marktstarken und marktschwachen Bereichen bedeutet entsprechende Ungleichheit der Gewinne, Disparität der Preisentwicklung, ungleiche Verteilung der Akkumulationskraft, mit allen konjunkturellen und strukturellen Proportionsproblemen, die dies nach sich zieht. Mit der Konzentration der tatsächlichen ökonomischen und politischen Herrschaft werden wachsende Teile unserer Erwerbsgesellschaft in eine soziale Randposition gedrängt. Sie werden auch politisch zu unsicheren Verbündeten des eigentlich herrschenden Teils, sie werden zu politischem Treibsand. Hierauf beruht der Gedanke einer Gewinnbarkeit neuer Schichten für die Sache des arbeitenden Teils der Gesellschaft, der **Bündnisfähigkeit** solcher Schichten für die Arbeiterbewegung.

3. Mit der Konzentration und Zentralisierung der sozialen und politischen Herrschaft ändert sich die Funktion des ganzen Staatsapparates. Das System des parlamentarischen Interessenausgleichs zerfällt in dem Maße, wie die Durchsetzung der herrschenden Interessen im außerparlamentarischen Raum schon vorentschieden ist. Das System verliert an Öffentlichkeit: Einige wenige wichtige Männer können mit den maßgeblichen Politikern direkt sprechen. Das ganze anonyme Kapital– wie Staatsverhältnis erfährt an seiner obersten Spitze eine Repersolanisierung: Namen wie Abs, Berg, Bahlke, Flick, Springer werden zu Inbegriffen der Herrschaftsordnung als ganzer.

Mit alledem ist das System der countervailing power zerbrochen, im ökonomischen Raum wie im politischen. Das wird sichtbar in der stillen Selbstaufhebung des Prinzips der Gewaltenteilung, im Sinken der Rechtsverläßlichkeit, in der Mediatisierung des Parlaments, das, um mit Johannes Agnoli zu sprechen, als "Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien" fungiert (1). Das zeigt sich ferner in einer entsprechenden Mediatisierung der herrschenden Parteien, in den Schattenkämpfen vor Wahlen, in der Manipulierung des Wahlrechts, in der blinden Bereitschaft des Parlaments, zu seiner eigenen Selbstentmachtung die Hand zu bieten, in der vollständigen Entfremdung der Parteien und des parlamentarischen Betriebs vom arbeitenden Volk, in der ungenierten Selbstverständlichkeit, mit welcher der herrschende Teil der Gesellschaft die öffentliche Gewalt als seine eigene gebraucht.

---

1 Vgl. Johannes Agnoli, Peter Brückner, **Die Transformation der Demokratie.** Berlin 1967, S. 68.

Die entscheidende Frage nach alledem ist: Wie stellt man sich zu einem Staat, der sich seit Anbeginn, auch als Verfassungsstaat, in einem vordemokratischen Raum bewegt hat und der in unserem Lande heute an unmittelbar antidemokratische Kräfte überzugehen im Begriffe steht. Muß man die äußerste Zentralisierung und Intensivierung von Herrschaft noch immer als eine notwendige geschichtliche Durchgangsetappe ansehen, die unmittelbar zum dialektischen Umschlag ins Gegenteil, in eine herrschaftsfreie Gesellschaft, führen muß; soll man etwa den Kräften des Neofaschismus, die sich in unserem Lande keineswegs in der Opposition befinden, Gelegenheit geben, es noch ärger zu treiben? Oder sollte man der rechtsradikalen Reaktion mit dem revolutionären Durchbruch begegnen? Soll man Gewalt gegen Gewalt setzen — und sei es "Gewalt gegen Sachen", als eine erste Form der Absage an das kapitalistische Eigentum und das Eigentumsrecht? Ist der Satz mit seinen unmittelbar praktischen Konsequenzen richtig:

> "Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht? " (2)

Wie aber macht man sich — um von allem anderen einmal abzusehen — mit einem solchen Verhalten vor unseren Mitbürgern glaubhaft? Oder schließlich: soll man in gespielter oder echter Naivität "unsere Demokratie" gegen "unnötigen" Macht–"Mißbrauch" schützen? Alle drei Varianten des Verhaltens sind heute in dem politisch bewußten und daher kritischen Teil unserer Öffentlichkeit anzutreffen. Sie zeigen sich in drei verschiedenen Einstellungen etwa zu der bevorstehenden Bundestagswahl: Wahlboykott, Protestwahl, Alternativwahl sind die Losungen. Welches Verhaltensmuster, im ganzen und im einzelnen, ist richtig, oder ist es keines?

Unsere vorangegangenen Überlegungen erlauben folgende Antwort:

1. Im lebhaften Gegensatz zu der entwickeltsten Idee der Aufklärung ist die Praxis des bürgerlichen Parlamentarismus, sich selbst überlassen, niemals zur Demokratie vorgestoßen; der Parlamentarismus sollte begrenzt bleiben auf die Interessengruppen des Bürgertums. Die Parlamente Englands und Frankreichs waren, bis weit ins 19. Jahrhundert hinein, reine Honoratiorenversammlungen. Jede Erweiterung des Wahlrechts über das Bürgertum hinaus ist im Kampf der arbeitenden Klasse den Herrschenden abgerungen worden — von der machtvollen Chartistenbewegung im England der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis hin zum Kampf gegen das Drei–Klassen–Wahlrecht in Preußen. Und sogar heute bleibt in manchen Ländern, die sich selbst zu den demokratischsten rechnen, den Frauen das Stimmrecht versagt. In Wahrheit ist der parlamentarische Gedanke, ebenso wie derjenige der Gewaltenteilung, eine Kampflosung des Bürgertums gegenüber den Feudalgewalten und ihren monarchischen Exponenten gewesen. Sobald er diesen historischen Kampfinhalt für das Bürgertum selbst verloren hat, stirbt das Interesse am parlamentarischen System als solchen ab. — Eine eindrucksvolle Probe hierfür hat der westdeutsche Staat der Nachkriegszeit geliefert: In dem Maße, wie es gelang, die auf Demokratisierung drängenden Kräfte auszuschalten und die bürgerlichen Parlamentarier — unter Einschluß der SPD — unter sich waren, ging die parlamentarische Ordnung in Zersetzung über; so daß heute in den Reihen der Abgeordneten selbst über die "Krise des Parlamentarismus" geseufzt wird.

2. Das bedeutet: Man ist nicht etwa ein Konservativer, auch nicht der "Hofnarr der herrschenden Klasse" (A. Neusüß), man macht sich nicht der ideologischen Einnebelung der wahren Verhältnisse mitschuldig, wenn man den Kampf gegen fortgesetzte Selbstentmachtung des Parlaments, gegen das geplante Mehrheitswahlrecht, gegen die zunehmende Verschiebung der politischen Gewichte vom Parlament auf die Exekutive und von den Ländern auf den Bund, gegen den allgemeinen Rückzug der Regierungspolitik von der Öffentlichkeit, gegen die fortschreitende Unterhöhlung

---

2 Agnoli, a.a.O. S. 30.

der Grundrechte führt. Freilich wäre es naiv, hierbei etwa an ein wohlverstandenes Eigeninteresse oder an die Vernunft der Herrschenden selbst zu appellieren. Ihr Handeln unterliegt in der Tat jenem "Sachzwang", auf den sie sich zu berufen pflegen – dem **Sachzwang ihrer Klassenposition.** Ihre Bedürfnisse, ihre Notwendigkeiten allerdings sind nicht die unseren, sind nicht die des arbeitenden, des denkenden, des leidenden Teils der Gesellschaft. Die sachliche Rechtfertigung eines **verändernden** Handelns liegt vielmehr in dem grellen Widerspruch zwischen den objektiven **Möglichkeiten** wirklicher, inhaltlicher und umfassender Demokratisierung der verschiedensten Seiten des gesellschaftlichen Lebens und einem Herrschaftsanspruch, der nur noch mit den Mitteln ideologischer und schließlich physischer Überwältigung behauptet werden kann. Unter diesen Umständen wächst der Kampf um Demokratisierung – und zwar auch: um **Demokratisierung des Parlaments !** – seiner Natur nach aus der Defensive in die Offensive hinüber. Er stellt die in Wahrheit antidemokratischen Kräfte vor einem wachsenden Teil der Bevölkerung bloß; er gibt dieser die Möglichkeit, sich selbst von dem Unterschied zwischen Worten und Handlungen der Gegenseite zu überzeugen. (3) Und auch der Kampf um den Eintritt ins Parlament wird, recht verstanden und recht geführt, zu einer Form des gesellschaftlichen Gegenangriffs. Die Meinung hingegen, der Eintritt ins Parlament mache mitschuldig an den Illusionen des Parlamentarismus, ist im Grunde eine Losung der Kapitulation, nicht der Offensive, ist ein Eingeständnis des Mißtrauens in die eigene Kraft, den Kampf um die Macht systematisch, hartnäckig, strategisch zu führen. Sie verkennt, daß der Kampf um die Entwicklung des Parlaments zu einem Organ der Vertretung des **ganzen** Volkes niemals eine Sache des Bürgertums war, sondern eine Aufgabe der arbeitenden Klasse ist. Hier drückt sich die Schwäche einer von Intellektuellen, statt von den arbeitenden Schichten selbst getragenen Bewegung aus. Die Schwärmerei für die Räterepublik verdeckt den Mangel an Konzeption für eine **Strategie**, welche die Sache der Demokratie und der gesellschaftlichen Veränderung über politische **Vermittlungen** aus der Verteidigung in den Angriff überführt. Die Verzichtpolitik gegenüber dem Parlament ist eine Form von bürgerlich–intellektuellem Isolationismus, der noch im Protest dazugehört. (4).

---

3 Gelegentlich spricht sich die Sorge vor der konsequenten Verwirklichung der Demokratie auch rundwegs aus. Man vergleiche etwa, als einen unter vielen, Götz Briefs: "Ist nicht der Sieg des gesellschaftlichen Pluralismus über die Demokratie vollendet, wenn aus der Demokratie als politischer Ordnungsform eine säkulare Weltanschauung gemacht wird? Ist sie dann nicht in ihrem innersten Wesen pervertiert zum Demokratismus? Demokratismus äußert sich heute in der Forderung nach Demokratisierung aller Lebensgebiete ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die vital und spirituell fundamentalen Gesellschaftsformen menschlicher Existenz denaturiert, das heißt um ihre wesenhafte Verantwortung und um ihren grundlegenden Wert für das Leben der Gesellschaft gebracht werden. Ist es abwegig, zu behaupten, daß dieser Demokratismus den unfundierten, dafür um so arroganteren Anspruch erhebt, Ersatz für die religiös–sittliche Fundierung der Gesellschaft zu sein? ... Es kann sein, daß die Entartung der Demokratie zum Demokratismus die westliche Form des Totalismus ist, eine Art westlicher Bolschewismus, der sich von seinem Orginal nur dadurch unterscheidet, daß er nicht mit der radikalen, Menschen mordenden und vitale Institutionen zerstörenden Revolution kommt, sondern als allmählicher, kriechender Prozeß im Namen der Wohlfahrt für alle und der Lebenssicherheit von der Wiege bis zum Grabe. Wenn die Dinge auf diesen Punkt treiben, dann wird unter der Flagge des Demokratismus der absolute, der totale Staat unvermeidlich sein." ("Staat und Wirtschaft im Zeitalter der Interessenverbände", in: **Laissez–faire–Pluralismus**, herausgegeben von G. Briefs, Berlin 1966, S. 82.)

4 Bemerkenswertes hat hierzu Reinhard Opitz auf dem Dortmunder Gründungskongreß des Aktions– und Wahlbündnisses für demokratischen Fortschritt am 2. Nov. 1968 gesagt: "Der anti–autoritäre Antiinstitutionalismus könnte sich vielleicht begreifen lassen als der Nachhall des liberalen Individualismus bei denjenigen bürgerlichen Schichten, die heute durch den Monopolisierungsprozeß der Proletarisierung ausgeliefert werden – wie z.B. die gesamte wissenschaftliche Intelligenz –, und die bei dem Versuch, sich diesem Schicksal entgegenzustemmen, zwangsläufig in eine Frontstellung zu den Monopolen geraten ... Der in seinem ökonomischen Aspekt für sie inakzeptabel gewordene Individualismus bringt sich verstärkt in der Form eines politischen Individualismus zu Geltung, der die Funktion erfüllt, Unterscheidungsmerkmale gegenüber der proletarischen Opposition aufrecht zu erhalten, ohne doch das intellektuell meist schon vollzogene Bekenntnis zur Arbeiterschaft zu desavouieren und die Möglichkeit des praktischen Appells an ihre Solidarität zu blockieren. ... Die antiparlamentarische Position, die antigewerkschaftliche Position wie generell die antiinstitutionelle Position wären nur Ausdrucksformen – und zwar momenta-

Nicht der Parlamentarismus als solcher ist also anzugreifen, sondern das, was die herrschenden Kräfte, die herrschenden Parteien, eine gesellschaftliche Gruppierung, für die ein funktionierendes parlamentarisches System schon lange zum **Hindernis** geworden ist, daraus gemacht haben. Der Kampf gilt nicht der **Institution**, sondern dem fälschlichen **Anspruch** ihrer Träger, Repräsentanten des "Volkswillens" zu sein. (5).

Im übrigen ist das Parlament nur **ein** Organ innerhalb des staatlichen Herrschaftsverbandes als ganzen. Wie stellt man sich zu anderen Einrichtungen der öffentlichen Gewalt? War es falsch, daß die Berliner Studentenverbände, als die große Vietnam–Demonstration des Februar 1968 vom Westberliner Senat verboten wurde, zum Verwaltungsgericht gingen, welches das Verbot für unrechtmäßig erklärte? War es falsch, daß der Westberliner Republikanische Club einen Gesetzentwurf zur Entflechtung der Presse vorgelegt hat – nicht weil er seine Hoffnungen auf "den Gesetzgeber" setzt, sondern um einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen, was innerhalb der bestehenden Verfassungsordnung selbst möglich wäre und doch nicht geschieht! Ferner: da aus unseren Steuern bekanntlich u. a. höchst ärgerliche Dinge bestritten werden, wie etwa die Rüstung – sollte man, wie man den Parteien seine Stimme versagt, so der Regierung die Steuern verweigern? Und finanziert nicht jeder "antiautoritäre" Student mit seinen Studiengebühren in bescheidenem Maße das "Establishment" der Universität mit? – Oder: sollten die Arbeitenden auf Lohnforderungen und auf Lohnkämpfe verzichten, weil beide innerhalb des Systems verbleiben und weil, im Zeichen der schleichenden Inflation, die Preise den Löhnen immer wieder davonzulaufen neigen? Müßten diejenigen, die nach Entlarvung des "parlamentarischen Fetischismus" rufen, nicht auch einen "gewerkschaftlichen Fetischismus" entschleiern?

Es wird deutlich: sobald man beginnt, die Haltung der Abstinenz, die sich bei uns allzu einseitig auf den Wahlbetrieb gerichtet hat, auf ihre Folgerichtigkeit hin zu erproben, gelangt man zu der Einsicht, daß man sich ins politische Austragstübchen sperrt, daß man sich von den demokratischen Kräften unserer Gesellschaft und allem voran von den arbeitenden Massen isoliert.

In Wahrheit kann, wie alle anderen Seiten unserer Staatlichkeit, wie die Rechtsverhältnisse, wie die Arbeitswelt usw., so auch das parlamentarische Leben **verändert** werden! Zwar gewiß nicht durch ein paar Abgeordnete der außerparlamentarischen Bewegung im Bundestag, wohl aber durch neue Formen ihres Verhältnisses zu den Kräften des vorparlamentarischen Raumes und durch den Aufklärungseffekt, der hiervon ausgeht. Dann wird auch der Kampf gegen die Selbstentleibung eines parlamentarischen Systems, das schon lange zum Hindernis der uneingeschränkten Herrschaftsbetätigung geworden ist, zu einer Form des Kampfes um die **künftige** politische Ordnung einer frei gewordenen Gesellschaft.

3. Die Verengung des Kreises der wirklich Herrschenden, ihr Rückzug von der Öffentlichkeit, der Ausschluß selbst wachsender Teile des Bürgertums von der Initiative im öffentlichen Leben wie auch von den Interessenentscheidungen des Großkapitals, allem voran aber eine weithin erkennbar gegen die Werktätigen gerichtete Politik – dies alles weist heute hin auf die Möglichkeit – und

---

ne, durchaus wechselbare – eines konstanteren Grundmotivs: der Scheu, sich mit der aus der Arbeiterbewegung kommenden organisierten Opposition auf die Linie einer gemeinsamen Strategie zu begeben und damit das eigene neue Klassenschicksal selbst zu bestätigen". ("Außerparlamentarische Bewegung und Parlament", in: **Dokumentation des Dortmunder Kongresses**, S. 11.)

5 "Es ist eine falsche Sicht des Problems, wenn gesagt wird, man müsse den Massen zeigen, daß das Parlament ein Verschleierungsinstrument ist. Gezeigt werden muß vielmehr, daß das Parlament dazu gemacht wird, und von wem es dazu gemacht wird. ... Die Konsequenz der antiparlamentarischen Haltung ist es, die noch vorhandenen formalen Volksrechte kampflos preiszugeben." (Opitz, a.a.O., S. 10) Hingegen ist "Aufklärung nur auf dem Wege möglich, die Massen selber erleben zu lassen, daß ihre Forderungen – inhaltlich ganz konkrete Forderungen, die ihnen ins Bewußtsein zu heben unsere wirkliche Aufgabe ist – vom Parlament nicht vertreten werden, und auch dann, wenn es gelungen ist, oppositionelle Abgeordnete ins Parlament zu bringen und dort von ihnen diese Forderungen vertreten zu lassen, sich der Widerstand der übrigen Teile des Parlaments als undurchdringlich erweist. Dann kann es sein, daß für das Volk die institutionelle Frage eine konkrete wird, nicht aber vorher." Daher sind "Wahlbeteiligung und außerparlamentarische Aktion keine Gegensätze, weil beide auf Aufklärung zielen." (Opitz, a.a.O. S. 11)

Notwendigkeit – gesellschaftlicher **Bündnispolitik** der Arbeiterbewegung mit weiteren sozialen Gruppen. Hierauf beruht auch der Gedanke eines Wahlbündnisses für die kommende Bundestagswahl, das die Angehörigen sehr verschiedener sozialer Schichten zusammenführt. – Die sog. außerparlamentarische Opposition ist noch immer geneigt, sich für das zu halten, als was sie ihre Gegner verschreien: für eine kleine radikale Minderheit, der daher keine andere Haltung bleibt als Protest und schließlich Widerstand. Sie ist in Wahrheit, ihrer objektiven Rolle, ihren wirklichen Möglichkeiten nach, Herz, Hirn und Mund der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. Ihr gesellschaftliches Reservoir ist ungeheuer.

Und es sollte unser Bewußtsein wie unser Verhalten vollständig durchdringen: In einer Zeit, da die ihrem Wesen nach antidemokratischen Kräfte sichtbar selbst **antiparlamentarische** Pläne ausbrüten, sind **wir** die wahren Vorkämpfer der Demokratie, die eigentlichen Protagonisten der vollen und erweiterten Rechte auch des Parlaments. Es besteht nicht der mindeste Anlaß und wäre gänzlich verfehlt, sich in die Attitüde eines prinzipiellen Antiparlamentarismus drängen und damit in den Augen der Volksmehrheit isolieren zu lassen. Wir sind vielmehr verpflichtet, auch einen Wahlkampf so zu führen, daß unsere Menschen der planmäßigen Beirrung ihres Bewußtseins, ihren Enttäuschungen, ihrer Ratlosigkeit, ihrer geistigen Not, ihrer eigenen heimlichen antiparlamentarischen Infizierung entrissen werden, die sie auf dem Umweg über eine undurchschaute faschistische Wahlalternative selbst wieder den Kräften des Bestehenden in ihrer radikalsten Form zurückführt. Ohne eine ernsthafte nicht nur parlamentarische, sondern elementar **politische** demokratische Alternative würden wir unsere Mitbürger heute dem Bündnis einverschworener rechtsradikaler Parteien überantworten.

4. Wenn heute der Kampf um die Verfassung, das Einstehen für eine demokratische Ordnung und ein inhaltlich erfülltes parlamentarisches System selbst kein defensives, sondern ein elementar offensives Programm darstellt, so drückt sich das bedeutungsvoll Neue darin aus, daß die parlamentarischen Kräfte – also etwa künftige Abgeordnete des bewußt–demokratischen Teils unserer Gesellschaft – aufs engste mit den vorparlamentarischen Kräften zusammenwirken, zu denen sie nach wie vor gehören. – Jedes Parlament, jede Parlamentspartei lebt, wie die Regierung selbst, aus einem vorparlamentarischen, außerparlamentarischen Raum. Und wenn die Pressionsgruppen der herrschenden Interessen in die parlamentarische Arbeit wie in die der Ministerien weithin im verborgenen hineinwirken, so vollzieht sich das Wechselspiel zwischen dem Volk und seinen Wortführern, innerhalb wie außerhalb des Parlaments, in voller Öffentlichkeit, in Formen wahrer Marktplatz–Demokratie. Es ist nicht mehr ein Verhältnis von Führern und Geführten, sondern von Beauftragten und Beauftragenden, das der unmittelbaren Kontrolle durch die letzteren unterliegt. Mehr noch: Die Beauftragenden selbst werden tätig. Sie geben ihre Initiative nicht ab. Sie führen etwa den Kampf um erweiterte Mitbestimmung nicht nur, indem sie deutlich machen, was "der Gesetzgeber" zu tun hätte, sondern auch und vor allem, indem sie selbst "Mitbestimmung" als **Kontrolle** von unten in den Betrieben unmittelbar betätigen, indem sie vom Arbeitsplatz her beginnen, Verstöße gegen die Arbeitsschutzbestimmungen, gegen die Gesetze, Fälle von Wirtschaftskriminalität etc. zu benennen.

So ist auch die Beteiligung an einem Wahlkampf stets nicht nur auf einen quantitativen, sondern allem voran auf einen qualitativen Erfolg gerichtet. Die Stimmen sind "der Güter höchstes nicht" – gegenüber der Bewußtseinsbildung und –umbildung, die sich in dem Hervortreten eines Bündnisses der Demokraten in der Aktion selbst vollzieht. Ein solches Bündnis wird daher auch nicht in bloßen Wahlwerbe–Kampagnen tätig.

Die Notwendigkeit eines ständigen Zusammenwirkens von demokratischen Kräften, die sich zu Wahlen stellen, mit den vorparlamentarischen, außerparlamentarischen Gruppen ergibt sich aus einem wesentlichen Umstand: Mit einer echten Parlamentsopposition wird der gesellschaftliche Grundkonflikt, der **Klassenkonflikt**, das Ringen zwischen **nicht ausgleichbaren Interessen** ins Par-

lament getragen. Das erfordert ein Verhältnis ganz anderer Art, als der Routinebetrieb der geläufigen parlamentarischen Stimmenbörse es kennt.

Das neue Verhältnis der Wechselwirkung von Beauftragten und Beauftragenden ist von Bedeutung. Es berührt den alten Gedanken der **Räte** als der angemessenen Organe einer neuen, einer sozialistischen Demokratie. – Das hier skizzierte parlamentsgerichtete Verhalten der demokratischen Kräfte (außerhalb wie etwa innerhalb der Vertretungskörperschaft selbst) verbindet Elemente des parlamentarischen wie des Räte–Gedankens. Eben hierin liegt das wegweisend Neue einer Strategie der **offensiven Reform** – einer Strategie worin auch der alte Gegensatz von "Reform oder Revolution" überwunden ist.(6) Der gegebene Verfassungsrahmen reguliert das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weder endgültig noch vollständig; er läßt Raum für eine gewisse Verschiebung der Kräfte, indem auch die Gewerkschaften, die Schülervertretungen, die Bauernverbände usw. erweiterte Rechte für sich in Anspruch nehmen und in den öffentlichen Raum vorstoßen. Genau wie die AStA vieler Universitäten und der Verband Deutscher Studentenschaften sich heute über die reine Interessenvertretung hinaus zu einem **politischen** Mandat zur Wahrung von Anliegen der Allgemeinheit, bekennen. Nur in einem solchen Sinn kann auch die Losung von erweiterter Mitbestimmung im Betrieb verstanden werden: nicht als treuherziges Zuwarten auf einen offenkundig unlustigen Gesetzgeber, sondern vielmehr als in eigener Initiative entwickelte **Arbeiterkontrolle**, als Kontrolle **aller** Arbeitenden, als unentwegter, tagtäglicher Nahkampf mit dem Sozialgegner (7). Dies alles heißt offensive Verschiebung der Kräfte innerhalb des gegebenen Ordnungsraumes selbst, fortgesetzte Änderung der **Realverfassung** unserer Gesellschaft.

So ist es heute alles in allem möglich, aber auch notwendig, von weitergreifenden gesellschaftlichen Zielen her auch die Aufgaben des Tages zu bestimmen, das Fernziel zu vermitteln durch greifbare Zwischenziele, den "langen Marsch" zu zerlegen in überschaubare Tagesetappen, um Schritt für Schritt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen und schließlich zu überwinden.

---

6 Ein solches Nebeneinander zweier Konzeptionen weist heute auch die politische Übergangsordnung der osteuropäischen sozialistischen Länder auf. Die überkommene Staatsmaschinerie ist hier nicht in einem revolutionären Akt zerschlagen worden; sie wurde von neuen Kräften eingenommen, wobei sich gelegentlich außerparlamentarischer Druck unmittelbar in parlamentarische Formen eines "normalen" Regierungswechsels umsetzen konnte, wie im Februar 1948 in Prag. **Neben** den überkommenen parlamentarischen Organen und im Zusammenwirken mit ihnen bauen sich die Formen künftiger unmittelbarer Selbstverwaltung der Gesellschaft auf: etwa in Gestalt von Beiräten und Kommissionen zu den örtlichen und regionalen Vertretungskörperschaften, gebildet aus den Kreisen der Bevölkerung oder aus den Gruppen der unmittelbar sachlich Beteiligten.

7 Vgl. hierzu: W. Hofmann, "Mitbestimmung als Kontrolle im Unternehmen", **Gewerkschaftliche Monatshefte** 1968, Nr. 8, S. 467 ff.

★ **Zu diesem Beitrag siehe auch Johannes Agnolis Rezension im Literaturteil dieses Heftes.**

MIT UNTERSTÜTZUNG DER
Leitstelle Politische Dokumentation
in Verbindung mit dem
Otto - Suhr - Institut an der
Freien Universität Berlin
hrsg. von Dipl.Pol. Wolfgang Zaehle

BESTELLUNGEN:
Redaktion GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL
1 Berlin 39, Teltowerstr. 14 a

Unabhängiger Informations - und Dokumentationsdienst

Monatlich drei Hefte
Informationen und Berichte über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland

Vorzugspreis: Studenten und Mitarbeiter an Hochschulen und Universitäten
DM 5.– monatlich

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL

Sozialistische Organisation Israels

Das andere Israel –Zum Palästina-Problem

Die israelischen Interpretationen des arabisch–israelischen Konfliktes können in zwei Kategorien aufgeteilt werden:

1. Die offizielle, d.h. zionistische Version, die von der Mehrheit der Bevölkerung, u.a. von Politikern, Erziehern, Intellektuellen, Schriftstellern, Journalisten akzeptiert wird. Diese Version deutet sowohl die Geschichte Israels als auch die Geschichte der Juden als (jüdischen) 'Überlebenskampf'.
2. Die Version, wie sie im folgenden Artikel dargestellt ist, und von einer israelischen Minorität akzeptiert wird. Sie interpretiert sowohl die Geschichte Israels als auch die Geschichte der Juden nach politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Faktoren.

Die erste Version akzeptiert die permanente Existenz des Antisemitismus. Ihre Grundlage ist die Auffassung, daß die Verfolgung von Minderheiten ein der menschlichen Natur inhärenter Bestandteil ist. Sie besteht auf der Bewahrung der 'Jüdischen Eigenheit'. Sie ist nationalistisch.

Die zweite Version geht von der Annahme aus, daß der Mensch seine Geschichte selbst gestaltet, deren Interpretationen und seine 'Eigenheiten' selbst bestimmt. Zionismus und 'Jüdische Eigenheit' betrachtet diese Version als Formen der Entfremdung. Sie ist internationalistisch.

Dieser Artikel hat das Ziel, die emotionelle Verflechtung des politischen Konfliktes aufzuheben, indem er eine kritische Analyse der Geschichte dieses Konfliktes vorlegt.

Die Sozialistische Organisation Israels(1) wurde 1962 in Israel gegründet. Ihre Mitglieder sind Juden und Araber. Sie gibt eine hebräische Monatszeitschrift heraus: MATZPEN – Kompaß und gelegentlich auch arabische Publikationen. Ihr Ziel ist die sozialistische Revolution in Palästina und im gesamten Nahen Osten. Sie ist unverhüllt anti–zionistisch.

Das Palästinaproblem.

Unter all den Problemen, die der europäische Imperialismus der Welt hinterlassen hat, gehört Palästina zu denen, die am schwierigsten zu fassen sind. An das Palästinaproblem wird meistens mit reinen Emotionen herangegangen, nicht nur von denjenigen, die unmittelbar davon betroffen sind. In der westlichen Welt hat die moralische Last, die Hitlers Verbrechen am jüdischen Volk hinterlassen haben, eine Barriere errichtet, die die von den Palästina–Arabern erlittenen Ungerechtigkeiten nicht überschreiten können. In vielen arabischen Ländern wird häufig der drohende innere Kampf gegen reaktionäre Regime in die Parole vom "Heiligen Krieg" abgelenkt. Westliche ökonomische Interessen im Mittelosten und die Tendenz von Ost und West, die Situation für ideologische und militärische Vorteile auszunützen, komplizieren das Problem noch. Schließlich wird die Sache dadurch verschlimmert, daß sowohl in Israel als auch in den arabischen Ländern eine fast vollkommene Ignoranz gegenüber des anderen Geschichte, Volk, Hoffnungen und Wünsche herrscht.

Emotionen jedoch, ob berechtigt oder unberechtigt, können komplizierte politische Probleme nicht lösen; stattdessen führen sie häufig ins Verderben. Bei allen Emotionen, mit denen das Palä-

1 Israeli Socialist Organization (I. S. O.)

stinaproblem belastet ist, sind zwei Tatsachen nicht mehr wegzuwischen: die heimatlos gewordenen Palästina–Araber, die bis heute in Flüchtlingslagern leben; und die neue Nation Israel, die inzwischen eine voll ausgeprägte eigene Klassenstruktur entwickelt hat und die durch unaufhörliche Propaganda (und bis zu einem gewissen Grad auch durch eigene Leistung) dabei ist, einen festen Platz in dieser Welt einzunehmen. Weder der eine noch der andere Fakt kann vergessen, übersehen oder weggewischt werden. Früher oder später muß eine politische Lösung gefunden werden, die sowohl realistisch als auch gerecht ist. Die Alternative dazu bedeutet Krieg, der die politischen Probleme bestenfalls verschieben, nicht aber lösen kann.

Eine realistische Lösung kann nur basieren auf einer grundlegenden historischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Analyse des Problems. Dies ist jedoch noch zu leisten. In den folgenden Abschnitten sollen einige Ansatzpunkte für eine solche Analyse gegeben werden . . .

Von 1870 bis zum Zweiten Weltkrieg

Drei wesentliche Elemente sind als Ursache für die Entstehung des Zionismus festzuhalten:

1. Das ökonomische Element, d.h., die schnelle Entwicklung des Kapitalismus in Europa während des 19. Jahrhunderts und der Niedergang des österreichischen und russischen Reiches. In den weniger industrialisierten Ländern wie Polen und Rußland führten die neuen sozialen Kräfte dazu, daß die Juden aus ihren traditionellen Arbeitsbereichen herausgerissen wurden. Der niedergehende Feudalismus benutzte die Juden als Sündenbock um den Kampf der Bauern in die Kanäle des Rassismus abzulenken. Diese Entwicklungen führten zu einer großen Welle jüdischer Emigration von Ost- nach Zentraleuropa. Etwa fünf Millionen emigrierten nach Amerika und in andere "neue Länder". Einige Tausend gingen nach Palästina. In Westeuropa, wo die Juden hauptsächlich Händler und Kleinbürger waren, machte der Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz es ihnen zunehmend schwierig, sich in die dortige bürgerliche Gesellschaft zu integrieren und zwang sie, ihre eigenen sozialen Institutionen zu schaffen.

2. Das politische Element: Die kapitalistische Entwicklung in Europa brachte zwei politische Phänomene mit sich – Nationalismus und Kolonisierung der unterentwickelten Kontinente. Unter genau diesem Einfluß entwickelte und prägte sich die zionistische Idee. Sie war die nationalistische Antwort auf das Problem, das durch die Judenverfolgung in Europa entstanden war. Sie bot die Gründung eines nationalen jüdischen Staates an – und zwar durch die Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes. In beiden war die zionistische Idee ein Produkt ihrer Zeit.

3. Das ideologische Element: Die beiden in 1. und 2. genannten Tendenzen fanden einen günstigen ideologischen Nährboden in der jüdischen Religion. Im Gegensatz zum Christentum und dem Islam – beides universelle kosmopolitische Glaubensrichtungen – ist der viel ältere Judaismus eine Stammesreligion. Er trägt in sich bereits einen nationalistischen Charakter. Er betrachtet Palästina als das dem "auserwählten Volk" von Gott "versprochene Land". Nach der Lehre des Judaismus würden die Leiden des jüdischen Volkes beendet sein, wenn es erst in das Heilige Land zurückgekehrt sein wird. Aber während religiöse Juden darauf warteten, daß Gott diesen Akt der Rückkehr leiten werde, gaben die Zionisten den alten traditionellen Themen eine säkulare, politische Form. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts betrug die Bevölkerung von Palästina etwa 700.000; die überwiegende Mehrheit waren Araber. Es gab verschiedene Gemeinschaften von ethnischen Minderheitsgruppen, darunter etwa 70.000 Juden. Ökonomisch und politisch waren diese Juden ein integraler Teil der Bevölkerung, lediglich mit einer anderen Religion. Sie hatten nichts zu tun mit Kolonisation oder Zionismus.

Der erste Schritt in der modernen jüdischen Kolonisierung Palästinas wurde 1870 unternommen, als Baron Edmund von Rothschild von Frankreich aus Land in der Nähe von Jaffo erwarb und eine Landwirtschaftsschule (Mikveh Israel – "Sammler Israels") gründete. Danach wurden etwa

20 Dörfer gebaut, in denen rund 5000 Juden, hauptsächlich aus Rußland, lebten. Bis 1900 investierte Baron Rothschild etwa 2 Millionen Pfund in Palästina. Die Rothschild gehörten (und gehören noch) zu den führenden Finanzkreisen der Welt und hatten in der Wirtschaft Englands und Frankreichs einflußreiche Positionen inne. Baron Edmund verband seine jüdischen Empfindungen mit seiner Unterstützung für die französischen Interessen, Palästina gemäß dem algerischen Modell zu kolonisieren. Er wollte die Emigration osteuropäischer Juden mit den kolonialen Interessen des französischen Imperialismus verbinden. Er war kein begeisterter Verfechter der Idee eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina (er war kein Zionist), sondern benutzte seine finanzielle Macht im Ottomanenreich, um neue Einflußsphären für französische Interessen zu gewinnen und benutzte dabei die jüdischen Immigranten als Siedler. Als die zionistische Bewegung entstand, hatte er bereits seit 30 Jahren in Palästina Kolonisationsarbeit geleistet.

Der politische Zionismus wurde 1897 auf einem Kongreß in Basel gegründet. Er unterschied sich deutlich von der Rothschild–Kolonisierung dadurch, daß er seine Intention erklärte, das jüdische Problem durch die Schaffung eines nationalen jüdischen Staates zu lösen. Der Wiener Journalist Th. Herzl, Begründer und erster Führer der zionistischen Bewegung, betrachtete Palästina keineswegs als den einzigen Ort für die Errichtung eines solchen Staates. Im Gegenteil, er befürwortete Uganda als den besten Ort für jüdische Kolonisierung. Aber die Mehrheit der Zionisten verwarf den Uganda–Vorschlag und wollte dem jüdischen religiösen Empfinden für Palästina Rechnung tragen.

Von Anfang an versuchte der Zionismus, seine Ziele auf dem Wege von Verhandlungen mit dieser oder jener imperialistischen Macht zu erreichen. Das Grundprinzip zionistischer Diplomatie war immer, sich mit der Weltmacht gutzustellen, in deren Einflußsphäre Palästina gerade lag. Herzl umwarb hauptsächlich den türkischen Sultan und den deutschen Kaiser. Nach dem Ersten Weltkrieg verband der Zionismus sich mit dem britischen Imperialismus; nach dem Zweiten Weltkrieg mit Amerika, gelegentlich flirtete er auch mit Frankreich.

Die Tatsache, daß Palästina bereits von Arabern bewohnt war, spielte in den frühen Diskussionen des politischen Zionismus kaum eine Rolle. Der Philosoph Martin Buber berichtet, daß "als Max Nordau zum ersten Mal Näheres über die Existenz einer arabischen Bevölkerung in Palästina erfuhr, er ganz entsetzt zu Herzl kam und ausrief: 'Ich habe niemals daran gedacht – wir sind dabei, ein großes Unrecht zu begehen!' " Diese moralischen Bedenken (die immer wieder die Humanisten im zionistischen Lager quälten) erwiesen sich letztlich jedoch nur als schwache Barriere gegen den Nationalismus.

Als zu Beginn dieses Jahrhunderts organisierte zionistische Einwanderungen Palästina zu überschwemmen begannen, konnte die überraschende Tatsache, daß das Land bereits bewohnt war, nicht länger ignoriert werden. Wie jede Kolonialgesellschaft mußten auch die zionistischen Siedler eine definitive politische Haltung gegenüber der Eingeborenenbevölkerung einnehmen. An diesem Punkt trifft man auf das spezifische Charakteristikum des Zionismus, das ihn von allen anderen Kolonialformen der modernen Zeit unterscheidet. Die europäischen Siedler in anderen Kolonien waren daran interessiert, die Reichtümer des Landes auszubeuten, einschließlich der Arbeitskraft der "Eingeborenen". Dadurch verwandelten sie zwangsläufig die dort lebende Bevölkerung in eine Proletarierklasse in einer neuen kapitalistischen Gesellschaft. Aber der Zionismus wollte nicht bloß die Reichtümer Palästinas ausbeuten (die ohnehin nicht besonders bedeutend waren), sondern war an dem Land überhaupt interessiert, um einen neuen Nationalstaat zu schaffen. Diese neue Nation sollte ihre eigenen gesellschaftlichen Klassen haben, einschließlich einer Arbeiterklasse. Die arabische Arbeitskraft sollte deshalb nicht ausgebeutet, sondern vollkommen ersetzt werden.

Die Rothschild–Kolonisation geriet mit den Palästina–Arabern nur in einem Punkt in einen fundamentalen Widerspruch – in dem Ankauf arabischen Bodens. Der Baron kaufte Land von den

feudalen Effendis, manchmal sogar durch Bestechung der ottomanischen Verwaltung, und vertrieb dann die Fellachen von dem Land, das diese bebaut hatten. Die von ihrem Boden vertriebenen Fellachen wurden danach als Landarbeiter auf den Besitztümern des Barons beschäftigt – genau so wie es in anderen kolonisierten Ländern üblich war. Die zionistische Kolonisation jedoch propagierte den Slogan der "jüdischen Arbeit". In der Absicht, eine jüdische Arbeiterklasse als Teil einer neuen Nation zu schaffen, war der Zionismus daran interessiert, Menschen mit traditionellen Beschäftigungen des Kleinbürgertums in manuelle Arbeitsbereiche einzugliedern und bestand darauf, daß jüdische Unternehmen nur Juden beschäftigten. Dadurch gerieten die Zionisten nicht nur mit enteigneten arabischen Bauern in Widerspruch, sondern ebenso mit den Interessen der Baronsiedler, die es vorzogen, die billigen arabischen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Während der ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts war dieser Punkt ein wesentlicher Konfliktstoff innerhalb der Siedlergemeinschaft. Der Hauptprotagonist der Politik der "jüdischen Arbeit" war der linke Flügel innerhalb des zionistischen Lagers. Die bürgerlichen Elemente waren immer versucht, die billigere arabische Arbeitskraft zu beschäftigen. Hätten die bürgerlichen Elemente in dieser Auseinandersetzung gesiegt, dann hätte Palästina sich wahrscheinlich so ähnlich entwickelt wie Algerien, Südafrika oder Rhodesien. Aber die weitere Entwicklung Palästinas wurde gerade dadurch geprägt, daß sich der linke Flügel durchsetzte. Die Fonds der zionistischen Bewegung wurden oft dazu verwandt, die Differenz zwischen den Kosten der billigen arabischen und der teureren jüdischen Arbeitskraft auszugleichen.

Die aufkommende zionistische Gesellschaft geriet letztlich mit allen Klassen der palästinensischen Gesellschaft in einen fundamentalen Widerspruch. Die Zionisten brachten von Europa Kapital, technologisches knowhow und Fähigkeiten mit. Jüdisches Kapital verdrängte nach und nach die feudalen Elemente dadurch, daß es ihre Ländereien aufkaufte. Zionistische Regelungen verbaten es, Land wieder an Araber zu verkaufen. Durch ihre technologischen und finanziellen Vorteile konnte die zionistische kapitalistische Gesellschaft das Emporkommen einer arabischen kapitalistischen Klasse von vornherein abwürgen. Nachdem der Zionismus die arabischen Bauern von ihrem Land vertrieben hatten, machte er es ihnen unmöglich, Proletarier innerhalb des jüdischen wirtschaftlichen Sektors zu werden. Da die kapitalistische Entwicklung innerhalb des arabischen Sektors weit zurück und zudem noch stark behindert war, wurde es für die Bauern (ebenso wie für die arabische Intelligenz) äußerst schwer, irgendeine Beschäftigung zu finden – außer in den öffentlichen Diensten und der Verwaltung der britischen Mandatsmacht.

Die gesamte wirtschaftliche und soziale Struktur des arabischen Palästinas wurde durch die zionistische Kolonisierung vollkommen deformiert. Die Folgen dieser Deformation sind bis heute zu erkennen.

Diese sozio–ökonomische Deformation spiegelte sich in der politischen Sphäre wider. Da die Bourgeoisie, das Proletariat und die Bauern keinen normalen Entwicklungsweg beschreiten konnten, konnten sie aus sich heraus auch keine politischen Parteien und bedeutende Führer stellen. Die politische Führerschaft der Palästina–Araber blieb somit unweigerlich in den Händen der landbesitzenden Klasse, die, trotz der Tatsache, daß sie sich selbst als Klasse durch den Landverkauf an die Zionisten nach und nach liquidierte, enorme finanzielle Vorteile aus dieser Transaktion zog. Sie behielt weiterhin die politische Führerschaft der Palästina–Araber durch geheime Kooperation mit den Zionisten und den Engländern. Um nicht als Verräter entlarvt zu werden, nahm sie in der Öffentlichkeit die extremste anti–zionistische Haltung ein und erklärte den Landverkauf an die Zionisten sogar als Verrat.

Typisch waren die Husseins, eine der reichsten landbesitzenden Familien. Insgeheim verkauften sie Land an die Zionisten. Offiziell war Amin el–Hussein der religiöse Führer der palästinensischen

Moslems und Vorsitzender des Arabischen Komitees (der offiziellen politischen Repräsentation der Araber in Palästina). Sein Cousin, Jasmal el–Hussein, war einer der wichtigsten Abgeordneten dieses Komitees und Führer einer der bedeutendsten arabischen politischen Parteien. Ganz ähnlich war es bei dem Führer einer anderen Partei ("Al Istiklal"), Auni Abdul Hadi. Die Abdul Hadis waren die größten Landbesitzer in Palästina. Im Jahre 1928 schloß Auni Abdul Hadi ein geheimes Abkommen mit den Zionisten und sorgte dafür, daß die auf allen Konferenzen übliche Verurteilung der Balfour–Deklaration in der 7. arabischen Konferenz nicht erfolgen würde.

Eine ähnliche und noch weiterreichende Verständigung bestand zwischen den Zionisten und den Hashemiten–Königen, den Hauptverbündeten des britischen Imperialismus im Nahen Osten. Im Jahre 1922 unterzeichnete König Feisal (der Sohn des Sherifs Hussein von Mekka) in London ein politisches Agreement mit Weizmann, dem Führer der zionistischen Bewegung. Artikel 3 dieses Agreements unterstützte die Balfour–Deklaration, Artikel 4 besagte: "Alle notwendigen Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Einwanderung nach Palästina in erweitertem Umfang zu ermutigen und voranzutreiben." Dieses Abkommen war der Vorläufer des Geheimabkommens von 1948 in dem Ben Gurion und Abdallah Palästina unter sich aufteilen und damit das Ergebnis des Krieges arrangierten.

Typisch für die Haltung des britischen Foreign Office war die Ernennung von Amin el–Hussein als Mufti von Jerusalem (im April 1921) und später als Präsident des "Supreme Muslim Council" (1922) durch Sir Herbert Samuel, dem ersten britischen Hohen Kommissar in Palästina, einem pro–zionistischen Juden. Der Mufti war von einer kleinen Anzahl Wählern zu wählen, die selbst wiederum von der kleinen Minderheit der Bevölkerung gewählt worden waren, die das Wahlrecht für das Ottomanen–Parlament hatte. Drei andere Kandidaten erhielten je 18, 17 und 12 Stimmen. Auf Haj Amin entfielen nur 9 Stimmen. Der Hohe Kommissar hat das "Recht", einen der drei ersten zu ernennen. Einer dieser drei ersten Kandidaten wurde gezwungen, die Wahl nicht anzunehmen, so daß Haj Amin auf den dritten Platz aufrückte. So wurde er dann als neuer Mufti ernannt. Seine reaktionäre politische Haltung wurde durch einen religiösen Fanatismus und extremen Nationalismus ergänzt. Während des Zweiten Weltkrieges ging er nach Berlin und fand in den Nazis enge und natürliche Verbündete. Er hatte niemals einen Titel von El Ashar oder einem ähnlichen Institut erworben und ermangelte jeglicher religiöser Qualifikationen für sein Amt. Die Mehrheit der Palästina–Araber nahm niemals an diesen oder anderen Wahlen teil und übte niemals irgendwelche demokratischen Rechte aus.

Die entscheidende Phase in der Entwicklung des Palästina–Problems begann mit dem Aufkommen des Faschismus in Europa, der drei wesentliche Faktoren ins Spiel brachte:

1. Die jüdische Immigration aus Europa wuchs rapide an, wie aus der folgenden Tabelle der Anzahl jüdischer Einwohner in Palästina zu ersehen ist:

Jahr	Anzahl der Juden in Palästina
1922	83.790
1931	174.606
1944	553.600
1945	579.227
1946	608.225

Der Anstieg zwischen 1922 und 1931 folgte dem Aufkommen des Faschismus in Polen, der noch steilere Anstieg zwischen 1931 und 1944 dem Sieg Hitlers. Der Triumph des europäischen Faschismus war einer der wichtigsten, vielleicht sogar der entscheidende Faktor in der folgenden Geschichte Palästinas.

2. Diese neue Welle jüdischer Immigration unterschied sich in ihrer Klassenstruktur qualitativ von vorhergehenden und nachfolgenden Einwanderungswellen. Während die anderen hauptsächlich kleinbürgerliche Elemente ohne viel Kapital brachten, kamen durch diese Einwanderungswelle viele kapitalistische Elemente nach Palästina. Die folgende Tabelle gibt die Zahl jüdischer Immigranten an, die offiziell als Kapitalisten eingestuft wurden (d.h., diejenigen, die 1.000 Pfund oder mehr in Bargeld besaßen).

Jahr	Anzahl kapitalistischer jüdischer Einwanderer	Jahr	Anzahl kapitalistischer jüdischer Einwanderer
1932	727	1937	1.275
1933	3250	1938	1.753
1934	5124	1939	2.606
1935	6309	1940	802
1936	2970	1941	314

3. Die religiösen und nationalistischen Führer der Palästina–Araber sahen im Faschismus einen natürlichen Verbündeten gegen den britischen Imperialismus. Sie folgten der Maxime: "Meines Feindes Feinde sind meine Freunde." Diese Wahl erwies sich später sowohl im Prinzip als auch in der Praxis als falsch.
Unterdessen erreichte der anti–imperialistische Kampf in den arabischen Ländern noch nicht dagewesene Ausmaße. In Syrien wurde 1936 ein Generalstreik gegen den französischen Imperialismus ausgerufen. Dieser Streik erwies sich als wirksam und letztlich erfolgreich. Er brachte Syrien der politischen Unabhängigkeit wesentlich näher.

Dies machte großen Eindruck in Palästina und auch dort wurde ein langer Generalstreik ausgerufen. Die Bedingungen für dieses Mittel des politischen Kampfes waren jedoch in Palästina völlig andere als in Syrien, da sich die zionistische ökonomische Infrastruktur natürlich nicht an dem Streik beteiligte. Mehr noch, die Zionisten zogen sogar aus der Tatsache, daß arabische Arbeiter in Verwaltung und öffentlichen Diensten (z.B. Häfen, Eisenbahn usw.) sich im Streik befanden und daß der arabische Handel lahmgelegt war, ihren Nutzen, indem sie einen Teil dieses großen und wichtigen wirtschaftlichen Sektors unter ihre Kontrolle brachten. Während also der arabische wirtschaftliche Sektor einen Schlag erlitt, von dem er sich nie wieder erholte, sicherten sich die Zionisten einen neuen und entscheidenden Rückhalt in der Gesamtwirtschaft.

Der britische Imperialismus wandte auch in Palästina die vertraute Formel des "teile und herrsche" an, indem er bis zum letzten die Möglichkeiten ausnutzte, die miteinander rivalisierende nationalistische Bewegungen bieten. Den Massen gegenüber benutzte er nationalistische und religiöse Anstachelungen und Aufhetzungen, die sich auch als wirksam erwiesen. Er hetzte jüdische Polizei gegen arabische Bevölkerung und umgekehrt. Für die politischen Führer benutzte er das Mittel der Diplomatie, der "Weißbücher", der Konferenzen. Am runden Tisch gab er beiden Seiten sich widersprechende Versprechungen und spielte sich als "Vermittler" auf. Es gelang ihm, das, was sich zu einem anti–imperialistischen Kampf auszuweiten drohte, in die Kanäle nationalistischer Kämpfe umzuleiten. Die erste wichtige Stellungnahme der britischen Politik bezüglich Palästina erfolgte in einem privaten Brief von Arthur James Balfour, Außenminister im Kabinett Lloyd George's, an Lord Rothschild . . .

Wir wollen hier nicht im Einzelnen den Wortlaut dieses Dokuments analysieren, sondern nur kurz seine Hauptmotive aufzuzeigen versuchen. Die britische Regierung war zu jener Zeit in den Krieg gegen Deutschland verwickelt, dessen Verbündeter im Nahen Osten die Türkei war. Die Balfour–Deklaration sollte die Juden überall in der Welt (einschließlich jener in Deutschland, Amerika, Österreich und Palästina) auf die britische Seite ziehen. Mehr noch: in der klaren Erkenntnis der Zielsetzungen des arabischen Nationalismus sollten die zionistischen Hoffnungen auf Gründung

eines jüdischen Staates unterstützt werden, der dann für Großbritannien als Gegengewicht gegen den arabischen Nationalismus fungieren sollte. Ähnliche Versprechungen für nationale Unabhängigkeit wurden an die Araber gegeben. Entscheidenden Einfluß in der britischen Politik hatte damals Herbert Samuel, der später in den ersten Jahren der Mandatszeit Hoher Kommissar für Palästina wurde. Selbst ein Zionist (wenn auch kein Extremer), erläuterte er im März 1915 in einem Memorandum an das Kabinett die Errichtung einer jüdischen Heimstätte als Bastion für die britische Politik im Nahen Osten. Die sich widersprechenden Versprechungen waren ein typischer Ausdruck der Politik des "teile und Herrsche" des britischen Außenministeriums.
Noch bevor diese Versprechungen an die "Eingeborenen" gemacht wurden, hatten der französische und britische Imperialismus bereits das ganze Gebiet in dem Sykes–Picot–Abkommen (1915) unter sich aufgeteilt und so das Ottomanenreich bereits zwei Jahre vor seinem Untergang aufgelöst. Im Jahre 1922 ergänzte die britische Regierung noch den Balfour–Brief durch ein offizielles Weißbuch und gewährte, um die wegen des Sykes–Picot–Abkommens und des Balfour–"Verrates" aufgebrachten Araber zu befrieden, Transjordanien im Jahre 1923 die "Unabhängigkeit" und bestätigte Abdallah als Herrscher.

Die wohl berechneten Doppelzüngigkeiten und Widersprüche in der britischen Außenpolitik verstärkten die Feindschaft unter Juden und Arabern und verschuldeten beträchtliches Blutvergießen. Die religiösen, feudalen und bürgerlichen Elemente im arabischen Nationalismus begrüßen das Aufkommen des Faschismus in Deutschland und Italien als gemeinsame Feinde des britischen Imperialismus. Kontakte zwischen diesen beiden Lagern beunruhigten die Briten. Die Ölfelder, Pipe–Lines und der Suez–Kanal schienen in Gefahr. Andererseits mußten zionistische Forderungen nach mehr Unabhängigkeit und größeren Einwanderungsquoten für die vor der Verfolgung fliehenden europäischen Juden in Rechnung gestellt werden. Aber da das Außenministerium sicher sein konnte, daß die Nazis die Zionisten niemals als Verbündete betrachten würden, gab es 1939 ein anderes Weißbuch heraus, das darauf abzielte, von den Arabern positiv aufgenommen zu werden. Es erklärte:

> **"Die Regierung seiner Majestät erklärt jetzt unwiderruflich, daß es nicht Bestandteil ihrer Politik ist, daß Palästina ein jüdischer Staat werden soll . . . Es soll ein Staat werden, in dem beide Völker Palästinas, Araber und Juden, gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen sollen, damit die Lebensinteressen jeder Gemeinschaft gesichert sind . . ."**

Dies war in großen Zügen die Situation am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart

Während des Zweiten Weltkrieges hatten neue ökonomische und politische Faktoren eine grundlegende Veränderung in Palästina zur Folge. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaft Palästinas (besonders im Industrie– und Manufaktursektor) durch die Wirtschaft der britischen Monopole beherrscht. Die Entwicklung einer lokalen Leichtindustrie wurde besonders durch den Import von Konsumgütern aus Großbritannien behindert. Teils als Ergebnis dieser Situation begannen sich sogar in der jüdischen Gemeinschaft (die kurz vor dem Ausbruch des Krieges bei einer Gesamtbevölkerung von 1.750.000 etwa 500.000 umfaßte) nicht zu übersehende antibritische Tendenzen zu entwickeln.
Der Krieg brachte für die Wirtschaft Palästinas einen noch nicht dagewesenen Boom, Palästina wurde zur wichtigsten Basis für die britische Armee im Nahen Osten, die untergebracht, gekleidet, ausgestattet und ernährt werden mußte. Da die britischen Wirtschaftssektoren durch die Kriegsanstrengungen überlastet waren, mußten die Briten sich weitgehend auf die lokale Wirtschaft Palästinas stützen und waren somit selbst an einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert. Im arabischen Sektor verschwand die Arbeitslosigkeit, da Tausende von Arbeitern für den Bau von Lagern, Straßen und Flughäfen beschäftigt wurden. Aber während die arabische Industrie noch nicht so weit war, um wirklich von der enorm angestiegenen Nachfrage zu profitieren, war der jüdische

Sektor bereits nach modernen Richtlinien organisiert und verfügte über beträchtliche Reserven ausgebildeter Menschenkräfte. Er zog daher den größten Profit aus der steigenden Nachfrage und trat in eine Periode starker Expansion ein. Innerhalb von 4–5 Jahren entwickelten sich ganze Industrien aus bescheidenen Anfängen zu beträchtlicher Größe. Im Jahre 1942 gab es rund 6.600 jüdische Industrieunternehmen, die etwa 56.000 Arbeiter beschäftigten und jährlich einen Wert von 20 Millionen Pfund produzierten. In der Nahrungs–, Textil–, Metall–, Maschinen– und chemischen Industrie belief sich die Produktion im Jahre 1942 auf mehr als das Doppelte, in der Elektroindustrie sogar auf mehr als das Dreifache des Jahres 1939.

Palästinas Diamantenindustrie (ausschließlich in jüdischer Hand) entwickelte sich sogar in noch größerem Maße, da die europäischen Zentren von ihren Rohmaterialien (in Südafrika) abgeschnitten waren: von 1.000 Karat (gleich 25.000 Pfund) im Jahre 1940 auf 58.000 Karat (gleich 2,6 Millionen Pfund) im Jahre 1943 und schließlich auf 138.000 Karat (gleich 6 Millionen Pfund) im Jahre 1945.

Nach Beendigung des Krieges kam die industrielle Entwicklung zu einem plötzlichen Stillstand und Importe aus Großbritannien bedrohten wieder die lokale Industrie; aber inzwischen hatte die Entwicklung während der Kriegsjahre den jüdischen wirtschaftlichen Sektor zu einem Faktor werden lassen, mit dem man zu rechnen hatte. Der jüdische Sektor war nicht bereit, zu der Vorkriegssituation (d.h., der wirtschaftlichen Vorherrschaft Großbritanniens) zurückzukehren. Diese neue Situation lieferte den ökonomischen Impetus dafür, daß die jüdische Gemeinschaft nach dem Krieg die politische Unabhängigkeit forderte. Im Gegensatz zu den Arabern hatte die jüdische Gemeinschaft solche Forderungen vor dem Zweiten Weltkrieg nicht erhoben, da es klar war, daß in einem unabhängigen palästinensischen Staat die Araber zahlenmäßig die Mehrheit bilden würden. Die neue jüdische Vorherrschaft im Wirtschaftsbereich war eine der wichtigsten Faktoren, der in diesem Punkt ein Wandel in der Politik der Zionisten brachte.

Noch wesentlicher waren neue politische Faktoren, die sich hauptsächlich aus dem Erfolg und der Niederlage des Faschismus in Europa ergaben: Während der dreißiger Jahre hatten viele arabische Nationalisten die deutschen und italienischen Faschisten als Verbündete in ihrem Kampf gegen den britischen Imperialismus betrachtet. Wie andere Nationalisten im britischen Empire behielten sie diese Haltung während des Krieges bei. Im Jahre 1945 erwies sich diese Politik vom Prinzip her als falsch und auch als ein schwerer taktischer Fehler, der zudem noch eine moralische Belastung mit sich brachte. Nur wenige Araber hatten in der britischen Armee gedient und infolgedessen hatten die Araber es im Gegensatz zu den Juden versäumt, Erfahrungen in der modernen Kriegsführung zu sammeln. Außerdem waren die arabischen Nationalisten, die die Verliererseite unterstützt hatten, durch den Alliierten–Sieg so demoralisiert, daß es ihnen schwer fiel, den Kampf für politische Unabhängigkeit von vor dem Krieg wieder aufzunehmen.

Für die Juden stellte sich die Frage, welche Seite sie in dem Krieg unterstützen sollten, kaum. Während der dreißiger Jahre hatte zwar eine faschistische zionistische Partei existiert und eng mit dem italienischen und polnischen Faschismus zusammengearbeitet, aber die Mehrheit der Zionisten behielt ihre pro–britische Orientierung bei. 1939 zwang schließlich die Nazi–Politik gegenüber den Juden auch die faschistische Fraktion in das britische Lager. Von den 500.000 Juden in Palästina waren 50.000 Freiwillige in den britischen Streitkräften. So hatten nach dem Ende des Krieges 10% der jüdischen Bevölkerung beträchtliche militärische Erfahrungen.

Schließlich noch gaben die Nazi–Verbrechen an den Juden den Zionisten einen völlig neuen Status in der internationalen Politik. Zuvor waren die Zionisten nur eine Minderheit unter den 18 Millionen Juden in der Welt: die Mehrheit war entweder indifferent oder sogar gegen die zionistische Idee. Nach der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa durch den Nationalsozialismus fühlten sich wesentlich mehr zu der Idee eines unabhängigen jüdischen Staates hingezogen. Zionismus, der Antisemitismus immer als naturgegeben hingenommen hatte, wurde so zu einem

wichtigen Faktor sogar bei den Juden, die nicht die Intention hatten, selber nach Palästina zu gehen. Die Westmächte begannen, den Zionismus als den Sprecher des ganzen jüdischen Volkes zu betrachten.

Der Krieg hinterließ in Europa eine große Anzahl jüdischer Flüchtlinge, von denen viele – nicht zuletzt durch die Propaganda der Zionisten – nach Palästina auswandern wollten. Die Palästina–Araber wollten natürlich nicht in ihrem eigenen Lande zu einer Minderheit werden und übten deshalb Druck auf die britische Regierung aus, der jüdischen Immigration ein Ende zu setzen. Die Zionisten begannen, in großem Umfang geheime Einwanderungen zu organisieren. Die Briten versuchten, diese nicht nur wegen des arabischen Drucks zu verhindern, sondern auch, weil sie über die wachsenden Tendenzen einer Unabhängigkeitsbewegung unter den Juden in Palästina beunruhigt waren. Die Weltmeinung, besonders in Europa und Amerika, war immer noch von dem Schock beeinflußt, der die Bekanntwerdung der ungeheuren Naziverbrechen hervorgerufen hatte und bekundete unweigerlich ihre Unterstützung für die Flüchtlinge. So richtete sich die allgemeine politische Atmosphäre sowohl gegen die britische Regierung als auch gegen den arabischen Nationalismus. Diese Atmosphäre dauert bis heute an und ist einer der wichtigsten Rückhalte für den Zionismus.

Nachdem die USA aus dem Zweiten Weltkrieg als eine Großmacht hervorgegangen und der britische Imperialismus untergegangen war, war auch eine allmähliche Neuorientierung des Zionismus zu beobachten. Eine einflußreiche zionistische Lobby richtete sich in Washington ein und zur selben Zeit setzte sich im zionistischen Lager der pro–amerikanische Flügel gegen die pro–britische Fraktion durch.

Das gleichzeitige Zusammenwirken dieser ökonomischen und politischen Faktoren beschleunigte den Zusammenstoß zwischen den Zionisten und der britischen Regierung. Der Krieg hatte die jüdische Gemeinschaft in Palästina in eine Nation mit eigener Wirtschaft, Armee, politischer Organisation, Sprache und Ideologie verwandelt. Eine direkte koloniale Herrschaft ließ sich mit den wirtschaftlichen Interessen der neuen Nation nicht mehr vereinbaren. Außerdem stieß der Zionismus in einem Moment, wo die Weltmeinung hinter ihm stand, mit der von allen Seiten kritisierten britischen Einwanderungspolitik zusammen. Die zionistische Neuorientierung nach den USA und das wachsende Interesse Amerikas am Nahen Osten beschleunigte den Prozeß der Auseinandersetzungen.

In dieser neuen Situation forderten die Zionisten die politische Unabhängigkeit in Palästina. Die Rechtsextremen verlangten sofortige Unabhängigkeit für ganz Palästina unter Vorherrschaft der jüdischen Minderheit; die Gemäßigten befürworteten die Teilung Palästinas zwischen Arabern und Juden; die Linken (unter ihnen Teile der heutigen "Mapam"–Partei) wollten die Unabhängigkeit hinausschieben bis zu dem Moment, wo die Juden durch wachsende Einwanderung eine Mehrheit geworden wären.

Eigentlich gab es drei Parteien, die in das Palästina–Problem verwickelt waren; der britische Imperialismus, die jüdische Minderheit und die arabische Mehrheit in Palästina. Jede dieser Parteien hatte ihre eigenen Forderungen und Interessen, die mit denen der beiden anderen zusammenprallten. Aber als Folge der Deformation der arabischen Gesellschaft durch die jüdische Kolonisierung traten die Palästina–Araber in der Zeit von 1945 – 1947 nicht als eine bedeutende unabhängige politische Kraft in Erscheinung. Der Kampf wurde hauptsächlich zwischen Zionisten und Briten ausgetragen.

Während dieser Zeit ereigneten sich zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der britischen Verwaltung eine Reihe von Konflikten, die häufig mit Gewalttätigkeiten endeten. Die Palästina–Araber blieben nur selten relativ passiv – ganz im Gegensatz zu der Situation während der zwanziger und dreißiger Jahre, als der arabische Unabhängigkeitskampf einen Massencharakter angenommen hatte und sie ihr Ziel häufig mit Gewalt verfochten. Die britische Regierung, die gerade in den indischen Unabhängigkeitskampf verwickelt war, befand sich in einer äußerst schwierigen Lage.

1947 übertrug Großbritannien das Palästina–Problem der UNO und erwartete dabei, daß die Uneinigkeit innerhalb der UNO zu einer Erneuerung des Mandats führen würde. Dies würde der angeschlagenen britischen Autorität in diesem Gebiet neuen Auftrieb geben. Im November 1947 nahm die UNO eine Resolution an, die die Teilung Palästinas in zwei unabhängige, aber wirtschaftlich verbundene Staaten befürwortete. Diese Resolution wurde von den Zionisten als Sieg gefeiert. Ihr widersetzten sich aufs schärfste die Araber, die natürlich ein ungeteiltes unabhängiges arabisches Palästina forderten, und die Briten, die ihren Einfluß– und Machtbereich aufrechterhalten wollten. Sowohl die USA als auch die UdSSR unterstützten die Resolution: Die USA, weil sie hier eine günstige Gelegenheit sah, im Nahen Osten Fuß zu fassen und an die Stelle des britischen Imperialismus zu treten; die UdSSR, weil sie hier den einfachsten Weg sah, den britischen Imperialismus aus einer seiner Festungen zu vertreiben. Offensichtlich unterschätzte die UdSSR die engen Verbindungen zwischen Zionismus und amerikanischem Imperialismus. Das britische Außenministerium war nicht nur dadurch beunruhigt, daß Großbritannien durch die Gründung eines zionistischen Staates Einfluß an die USA abgeben müßte, sondern auch darüber, daß die Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates in Palästina Rückwirkungen auf die arabische Welt haben könnte.

Nach der UNO–Teilungs–Resolution versuchte Großbritannien, die Palästina–Araber gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen, um so zeigen zu können, daß die britische Anwesenheit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig sei. Dieser Versuch schlug fehl. Daraufhin organisierten die Briten in Syrien eine illegale Freiwilligenarmee (angeführt durch Fawzi el Kaukji), die in Palästina eindrang und jüdische Siedlungen angriff. Als auch dieser Versuch scheiterte, beschlossen die Briten, die regulären Armeen Transjordaniens, Syriens, Ägyptens und des Irak einzusetzen, um einen Krieg gegen den zionistischen Staat, der gemäß der UN–Resolution am 15. Mai 1948 seinen Gründungstag haben sollte, zu entfachen. Der politische und militärische Plan für diese Invasion wurde zu Beginn des Jahres 1948 von General I.C.Clayton (einem der wichtigsten britischen Kolonialagenten im Nahen Osten) bei einem Treffen mit den arabischen Generalstäblern in Bludan (Syrien) dargelegt.

Der Krieg von 1948 wurde als militärischer Konflikt zwischen den Zionisten und Arabern ausgetragen. Die arabischen Armeen hatten jedoch nicht die Funktion, für die Unabhängigkeit eines arabischen Palästinas zu kämpfen, sondern hatten als Armeen der Marionettenregime eines Farouk, Abdallah und Nuri Sa'id die Aufgabe, die britischen Interessen im Nahen Osten zu verteidigen. Der Krieg wurde durch diese Regime dazu benutzt, um den internen anti–imperialistischen Kampf (besonders in Ägypten und im Irak) in einen durch den Imperialismus gestützten "Heiligen Krieg" abzulenken.

Das Schicksal Palästinas wurde nicht auf dem Schlachtfeld entschieden, sondern in Geheimabkommen zwischen den zionistischen Führern und Abdallah. Diese Gespräche begannen sofort nach der Resolution in der UNO und dauerten bis 1950. In diesen Gesprächen einigten sich die beiden "befreundeten Feinde", das Gebiet, das die UNO–Resolution den Palästina–Arabern zugeteilt hatte, und auch Jerusalem, das nach der Resolution eine selbständige Einheit unter UN–Verwaltung werden sollte, unter sich aufzuteilen. Das Waffenstillstandsabkommen stimmte im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen der politischen Verhandlungen zwischen den zionistischen Führern und Abdallah überein.

Ein neuer fait–accompli war so in Palästina geschaffen worden: 20.000 km^2 (anstatt 14.000 km^2, wie es in der UNO–Resolution vorgesehen war) fielen nun an Israel; der Rest (außer dem Gazastreifen) wurde von Abdallah annektiert, der sein Königtum jetzt anstatt "Transjordanien" "Jordanien" nannte. Diese neue Gebietsaufteilung spiegelte zugleich die neuen Einflußsphären der Westmächte wider. Das Gebiet des zionistischen Staates war dem britischen Imperialismus als Einflußgebiet verlorengegangen und kam unter amerikanische Einflußsphäre; das Gebiet, das von Abdallah annektiert worden war, stellte hingegen den Rest des britischen Einflußgebietes dar. Die-

se neue Einteilung der Einflußsphären wurde noch durch die Drei–Staaten–Erklärung (USA, Großbritannien, Frankreich) vom Mai 1950 offiziell bestätigt.

Diese Situation, entstanden als Konsequenz des Krieges von 1948, besteht bis heute und wird als "status quo" im Nahen Osten betrachtet. Es ist eine von grundauf instabile Situation, da der Krieg nicht durch eine politische Lösung des Palästina–Problems beendet wurde, sondern lediglich durch einen einfachen Waffenstillstand. Da Israel daran interessiert war, den status quo aufrechtzuerhalten, geriet es in immer größere Abhängigkeit von den Westmächten, die gerade diesen status quo garantierten. Dasselbe gilt natürlich für das Regime in Jordanien, das aufgrund seiner militärischen Schwäche indirekt von Israel abhängig ist. Trotz ihrer scheinbaren Feindschaft haben diese beiden Regime ein gemeinsames Interesse, – den status quo zu bewahren. So wurde das, was sich bis 1948 das "Palästina–Problem" nannte, d.h., die gegenseitigen und gemeinsamen Verwicklungen in Imperialismus, Zionismus und verschiedenen arabischen Interessen – 1948 in den "israelisch–arabischen Konflikt" übergeleitet, d.h., in nichts anderes als in die direkte Fortsetzung (in lediglich anderer Erscheinungsform) des vorherigen Konflikts.

Die Verlierer und Opfer des Krieges von 1948 waren die Palästina–Araber, die sich kaum an dem Krieg beteiligt hatten. Ihr Recht auf Selbstbestimmung, das vorher niemand – noch nicht einmal die zionistischen Führer – geleugnet hatten, war mit Füßen getreten worden. Die meisten von ihnen wurden heimatlose Flüchtlinge. Das Schicksal derer, die in dem von Israel beherrschten Gebiet blieben, war kaum besser. Sie mußten lange Jahre unter Militärverwaltung leben und sind weiterhin ständig das Objekt irgendwelcher Repressionen. Das Land, das noch in arabischer Hand geblieben war, wird ebenfalls nach und nach enteignet – häufig aufgrund irgendwelcher "Verwaltungsmaßnahmen" – um der zionistischen Entwicklung Platz zu machen. Die Araber sind in ihrem eigenen Land Bürger zweiter Klasse geworden.

Während der fünfziger Jahre verstärkte sich der anti–imperialistische Kampf in der arabischen Welt. Im arabischen Osten war dies das Ergebnis des Palästina–Krieges. Da Großbritannien schon zu schwach war, seine alten Positionen zu verteidigen, mußte es die Tatsache hinnehmen, daß die USA in diesem Teil der Welt wie auch anderswo zur Vorherrschaft gelangt war. Die amerikanische Politik, die westliche Welt durch eine Kette von militärischen Basen und Pakten von der UdSSR abzuschirmen, wurde im Nahen Osten mit der traditionellen britischen Kolonialpolitik zu einer einzigen anti–sowjetischen und imperialistischen Politik zusammengeschmiedet. Während der fünfziger Jahre versuchten diese beiden Mächte ein militärisches Bündnissystem der Nahost–Staaten zu schaffen, um das Glied in der langen Kette der anti–sowjetischen Allianzen, die von Skandinavien bis Korea reichen sollte, zu fungieren und um die westlichen Positionen im Nahen Osten zu stärken.
Diese Politik sah sich einer Menge von Schwierigkeiten ausgesetzt, da die arabischen Massen ihren imperialistischen Charakter erkannten und sich ihr energisch widersetzten. Auf Regierungsebene brachte die ständige Weigerung Ägyptens und Syriens, sich an solchen Pakten zu beteiligen, die gesamte westliche Politik in diesem Gebiet in Gefahr. Die Israelische Regierung hingegen war jederzeit bereit, sich aktiv an solchen Pakten zu beteiligen, nicht nur wegen des traditionellen Bündnisses zwischen Zionismus und Imperialismus, sondern hauptsächlich, weil Israels Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo es zu einem natürlichen Verbündeten des Imperialismus machte – ein Verbündeter, der seine eigenen nationalen Interessen – in der Tat: seine Existenz – mit der Anwesenheit des Imperialismus im Nahen Osten identifizierte.

Die israelische Position wurde von den Westmächten gut erkannt und ausgenützt. Wann immer die Regierungen Ägyptens, Syriens oder Jordaniens die anglo–amerikanischen Interessen durchkreuzten, wurde Israel als Drohung gegen sie benutzt. Die Drohungen manifestierten sich häufig in der Gestalt von Kommandounternehmen durch die israelischen Streitkräfte. Insbesondere Jordanien wurde in der Zeit, als die Nabulsi–Regierung eine antiwestliche Politik betrieb, von diesen Unternehmen betroffen. Im Allgemeinen wandte sich die jeweilige arabische Regierung nach einem sol-

chen Kommandounternehmen an die Westmächte und bat um Waffenlieferungen. Die Antwort war immer dieselbe: "Tritt dem Bagdad–Pakt bei und du wirst Waffen bekommen." Die westliche Politik erlitt schließlich ihre Niederlage, als Nasser sich nach dem besonders gewalttätigen Kommandounternehmen in Gaza vom 28. 4. 1955 weigerte, sich dem westlichen Druck zu beugen und sich wegen Waffenlieferungen an die CSSR wandte. Dieses Ereignis brach das Waffenmonopol des Imperialismus in diesem Gebiet und schwächte seinen politischen Einfluß in empfindlicher Weise. Seitdem erscheint die UdSSR als Protagonist auf der nahöstlichen Bühne. Diese Entwicklung, die sich in der Nationalisierung des Suez–Kanals fortsetzte, brachte Großbritannien und Frankreich in große Bedrängnis. Sie benutzten eine vorher abgesprochene israelische Invasion in Ägypten als Vorwand, einen direkten militärischen Angriff auf Ägypten zu starten, mit dem Ziel, erneut das Eigentumsrecht über den Suez–Kanal zu erlangen und um die neutralisierten und anti–imperialistischen Regierungen im Nahen Osten zu stürzen. Das Ergebnis dieser Aggression ist nur zu gut bekannt.

Für Israel bedeutete das Mißlingen der Suez–Invasion, daß es nicht fähig war, der arabischen Welt mit Gewalt die Anerkennung des status quo aufzuoktroyieren. Von da an trat das Palästina–Problem in ein Stadium des "Pat".

Gegenwärtige Situation und mögliche Lösung

Nachdem wir in den beiden vorangegangenen Kapiteln die historische Entwicklung des Palästinaproblems analysiert haben, werden wir nun die gegenwärtige Situation und die Haltungen der verschiedenen Parteien betrachten – der Zionisten einerseits, die gegenwärtig eine geschlossene Front in den grundsätzlichen Fragen bilden; der arabischen Länder andererseits, wo auf Grund interner sich widerstrebender Kräfte und Interessen, die Einheit bisher mehr in Worten als in Taten ausgedrückt wird.

Die zionistischen Führer Israels sind im allgemeinen mit dem gegenwärtigen Pat zufrieden. Es stimmt zwar, daß ursprünglich die Zionisten wollten, daß der jüdische Staat ganz Palästina umfasse und daß die meisten von ihnen darunter das ganze Gebiet westlich des Jordan verstanden. Nur eine extremistische Minderheit stellte – und stellt immer noch – Forderungen auf das Ostufer, aber die Niederlage der Suez–Aggression erteilte der zionistischen Führung die Lehre, daß selbst direkte militärische Partnerschaft mit den imperialistischen Mächten in der heutigen Welt eine weitere Expansion Israels nicht möglich machen.

Nach 1956 betrachtete die offizielle israelische Politik es als realistisch, den status quo zu verfestigen und zu verewigen. Diese Politik beruhte auf drei Faktoren: Erstens, daß Israel der sicherste und zuverlässigste Verbündete des Imperialismus in diesem Gebiet ist. Als Gegenleistung garantiert der Imperialismus – der das Interesse hat, einen solchen Verbündeten zu behalten – ihm Schutz und Unterstützung. Die Hoffnung Israels ist es, daß der Westen ihm immer diesen Schutz gewähren und es niemals im Stich lassen werde. Zweitens, daß der Zionismus einen mächtigen Verbündeten in der westlichen öffentlichen Meinung hat. Die 5 Millionen amerikanischen Juden stellen eine starke pressure group dar, die nicht nur einen mächtigen Einfluß auf die offizielle amerikanische Politik, sondern auch auf die amerikanische öffentliche Meinung ausübt. Selbst der Teil der westlichen öffentlichen Meinung, der den Imperialismus heftig kritisiert, hält mit seiner Kritik an Israel immer wieder zurück. Dies ist das Ergebnis des tiefen Schuldgefühls, das auf der westlichen Welt nach den Nazi–Verbrechen an Millionen Juden lastet. Selbst Sozialisten im Westen identifizieren häufig fälschlicherweise Anti–Zionismus mit Anti–Semitismus. Die zionistische Propaganda hat einen anderen großen Vorteil: sie will den status quo aufrechterhalten und predigt deshalb Frieden. Die Araber hingegen wollen den status quo verändern, können also nicht einfach Frieden predigen, sondern haben die schwierige Aufgabe, die Ungerechtigkeit des status quo zu erklären. So erschei-

nen die Zionisten als Friedenssucher, die Araber hingegen als Aggressoren. Drittens, daß die Zionisten sich auf militärische Gewalt stützen. Da sie wissen, daß eine eventuelle Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten ausschlagen wird, haben sie inzwischen begonnen, nukleare Waffen zu entwickeln. Sie hoffen, daß der Besitz solcher Waffen es den Arabern unmöglich machen wird, den status quo zu verändern. Ebenfalls hoffen sie, falls die Großmächte sie zwingen sollten, den Besitz von Atomwaffen aufzugeben, daß sie dann als Gegenleistung eine Ost–West–Garantie zur Beibehaltung des status quo heraushandeln können.

Auf lange Sicht betrachtet kann die zionistische Politik keinen Erfolg haben; selbst wenn es ihr gelingen sollte, über einen längeren Zeitraum hinaus den status quo aufrechtzuerhalten, wird Israel eine kleine belagerte Festung bleiben, ökonomisch abhängig von der Hilfe anderer Länder. (Über 400 Mill. Dollar fließen seit 1950 jährlich in das Land, um das konstante Defizit in der Zahlungsbilanz auszugleichen.) Seine eigenen natürlichen Ressourcen sind gering und seine Märkte äußerst begrenzt. Es kann nicht konkurrieren mit den entwickelten Industrieländern Europas, zudem sind die arabischen Märkte verschlossen. Nur die weltweite Spendensammel–Tätigkeit zionistischer Organisationen wie der Jewish Agency und die Reparationsleistungen der BRD können den Lebensstandard in Israel auf einem künstlich hohen Niveau halten. Wenn das im Westen sorgfältig gepflegte Image Israels (ein demokratisches, friedliebendes Land, das Flüchtlingen Schutz gewährt) ernsthaft verletzt würde, wären die ökonomischen Folgen beträchtlich. Der unvermeidliche Untergang des Imperialismus und die gleichzeitig fortschreitende Einigung der arabischen Welt brächten Israel in eine sich immer mehr zuspitzende Lage.

Im arabischen Lager lassen sich zwei verschiedene Haltungen unterscheiden: das der Feudalregimes und das der bürgerlich–nationalistischen Parteien. Wenn sie sich bei oberflächlicher Betrachtung auch ähneln, so unterscheiden sich jedoch beide Gruppen durch verschiedene Handlungen und Motive. Keine von beiden schlägt eine politische Lösung des Palästinaproblems vor.
Die arabischen Feudalregimes sind ebenso wie der Zionismus seit jeher natürliche Verbündete des westlichen Imperialismus gewesen. Beide bekämpften das Aufkommen des arabischen bürgerlichen Nationalismus und betrachteten deshalb den Zionismus als das kleinere Übel. Heute teilen die Feudalregimes ein gemeinsames Interesse mit dem Zionismus, da beider Existenz von dem imperialistischen Einfluß auf dieses Gebiet abhängt.
Die Feudalregimes können eine solche Politik in der arabischen Welt nicht offen betreiben, denn dort verlangen die Massen anti–imperialistische und politische Unabhängigkeit. Um ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zu verheimlichen, führen sie eine laute anti–zionistische und antisemitische Propaganda. Ein klassisches Beispiel ist dabei der Besuch König Feisals in Washington im Juni 1966. Als er mit Präsident Johnson darüber sprach, wie man Nasser und seine Politik in Schach halten könnte und dabei Gefahr lief, seine proimperialistische Politik der arabischen Welt zu enthüllen, gab eine Frage bei einer Pressekonferenz ihm die Gelegenheit zu erklären, daß "alle Juden in der Welt Israel unterstützen und deshalb die Feinde der Araber sind". Der Bürgermeister von New York, der sich mehr als Jude, denn als Israeli betrachtet, sagte daraufhin prompt ein offizielles Essen mit ihm ab. Feisal konnte sich nur selbst zu dieser günstigen Gelegenheit gratulieren, sein angeschlagenes Image in der arabischen Welt wieder aufzupolieren.

In der Öffentlichkeit propagieren die Feudalregimes die Vernichtung Israels, insgeheim aber arbeiten sie mit ihm zusammen. In einigen Fällen (insbesondere Jordanien) hängt ihre Existenz sogar ganz von Israel ab. Wann immer die Palästina–Araber in Jordanien das Regime König Husseins (ein Enkel Abdallahs) bedrohen, setzt sich die israelische Armee in Richtung Waffenstillstandslinie in Bewegung, um bei einem Sturz Husseins sofort intervenieren zu können. Die aufständischen Massen sind sogleich "befriedet", da ja nur Husseins Armee sie vor den aggressiven Israelis schützen kann. Obwohl Husseins Thron mehr als einmal heftig geschwankt hat, konnte er bisher dank der Intervention der Israelis, die den Sturz Husseins als eine Verletzung des status quo betrachten würden, alle Attacken gut überstehen. Ein neues Regime in Jordanien könnte die Anerkennung des

Abdallah–Ben–Gurion–Paktes von 1948 und der Drei–Staaten–Deklaration von 1950 verweigern. Es zeigt sich, daß die Feudalregime, die oberflächlich betrachtet als die extremsten Gegner des Zionismus erscheinen, ebenso wie Israel daran interessiert sind, den imperialistischen Einfluß und seine Anwesenheit in dem Gebiet zu erhalten und zu verewigen. Zionismus und Feudalismus sind wie immer "befreundete Feinde".

Die Bourgeoisie und ihre Parteien in der arabischen Welt behandeln das Palästina–Problem nach den Grundsätzen der UNO–Resolutionen. Diese Politik wurde zuerst von Nasser auf der Bandung–Konferenz 1955 formuliert und einstimmig angenommen. Sie bedeutete grundsätzlich zwei Dinge:

1. Israel sollte die arabischen Flüchtlinge repatriieren (entsprechend einer Resolution der UNO von 1949).
2. Israel sollte das Gebiet, das von ihm als Ergebnis des Geheimpaktes mit Abdullah annektiert worden war, zurückgeben.

Diese Politik würde das Gebiet von Israel zwar vermindern, aber seinen zionistischen Charakter nicht verändern.
Dieses entgegenkommende Programm (das dem Zionismus eine beträchtliche Konzession machte) würde jedoch keine brauchbare Lösung des Palästina–Problems darstellen. Es würde wahrscheinlich ebenso viele Gefahren in sich bergen wie der status quo. Ein kleinerer zionistischer Staat wäre immer noch abhängig vom westlichen Imperialismus und würde als solcher weiterhin eine Bedrohung des arabischen Fortschritts auf dem Wege zur Einigung und zum Sozialismus darstellen. Dieses Programm wurde später von Bourghuiba wieder aufgenommen, nachdem Nasser es nach der Suez–Affäre fallengelassen hatte, da er einsah, daß der Slogan der Adoption von UN–Resolutionen zwar attraktiven Propagandawert, aber keine sinnvolle Lösung des Problems bot. Zudem war Nasser gezwungen, da er an das Problem der arabischen Einheit mit grundsätzlich bürgerlichen Kategorien herangeht und die Klassenwidersprüche in der arabischen Welt als nur zweitrangig betrachtet, eine Verständigung mit dem reaktionären Regime von Jordanien zu suchen. Aber dieses Regime lehnt eine Politik gemäß der UN–Teilungsresolution ebenso wie die Zionisten ab, da Jordanien selbst einen Teil des den Palästina–Arabern zugesprochenen Territoriums annektiert hatte.

Heute haben die Nasseristen und Ba'athisten keine politische Lösung für das Palästina–Problem anzubieten. Stattdessen sprechen sie in militärischen Begriffen. Damit aber gehen sie am Hauptproblem vorbei. Krieg kann bestenfalls als Mittel für eine politische Lösung dienen. Er kann nie eine solche ersetzen. Auch wenn ein Krieg gegen Israel gewonnen würde, bliebe die Frage der politischen Zukunft Palästinas ungelöst. Ein militärischer arabischer Sieg würde bestenfalls das zionistische Regime beseitigen, aber zwei Millionen Juden würden übrig bleiben und wahrscheinlich ein Problem wie das der Kurden darstellen, bis eine politische Lösung gefunden wäre. Wie man weiß, haben die Nasseristen und Ba'athisten nicht einmal eine Lösung für das Kurdenproblem.

Der Slogan von der "Befreiung Palästinas" hat, wenn auch emotionell befriedigend, mehr politischen Nachteil. In erster Linie zwingt er gemäßigte und sogar antizionistische Israelis (es gibt solche) in reiner Selbstverteidigung sich auf die Seite der zionistischen Regierung zu stellen. Das Ergebnis ist ein seltener Grad von Solidarität zwischen öffentlicher Meinung und Regierung. Innere Uneinigkeit, die unvermeidlich in einer normalen Situation bestehen würde, wird so abgewürgt. In dieser Atmosphäre wagen es wenige Israelis, die Beziehung ihres Landes zum Imperialismus, der ihre Existenz garantiert, in Frage zu stellen.

Zudem schadet dieser einfache Slogan der arabischen Sache in der Weltöffentlichkeit. Abgesehen von der Unpopularität militärischer Lösungen hat er auch den Nachteil, daß er eine gesamte Bevölkerung mit der Politik des Staates identifiziert und sie die Folgen dieser Politik tragen lassen will. Solche Vereinfachungen werden in der fortschrittlichen Weltmeinung nicht länger akzeptiert, besonders nicht von Anti–Imperialisten, die politische Lösungen für politische Probleme fordern. In

diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Nordvietnamesen ganz bewußt den Unterschied machen zwischen der Politik Washingtons und dem amerikanischen Volk. Als Ergebnis all dieser Faktoren haben die arabischen Nationalisten, obwohl sie eine moralisch gerechte Sache verfechten, seit 1948 den Propagandakrieg dauernd verloren.

Jede ernsthafte politische Lösung des Palästina–Problems muß in Betracht ziehen, daß anders als in den europäischen Siedlungen in Südafrika, Rhodesien oder Algerien, die Juden in Palästina nicht nur eine herrschende Klasse, sondern eine gesamte Nation mit ausgeprägter Klassenstruktur darstellen. Die Tatsache, daß diese neue Nation künstlich durch zionistische Immigration geschaffen wurde, ändert nichts an ihrer Existenz.

Wenn auch das politische Gebilde dieser Gemeinschaft verändert oder zerstört werden kann, so kann die Nation selbst doch nicht eliminiert werden. Eine brauchbare Lösung muß zwei grundsätzliche Bedingungen erfüllen: Beseitigung des zionistischen Charakters Israels und Selbstbestimmung dieser Nation in Übereinstimmung mit den Interessen der arabischen Massen an Sozialismus und Einigung.

Es ist klar, daß die Existenz eines israelischen Staates (von welcher Größe auch immer) isoliert von der arabischen Welt nicht mit den Interessen der arabischen Massen zu vereinbaren ist. Ebensowenig ist er mit den Interessen der israelischen Massen vereinbar. Solch ein Staat kann ohne Unterstützung von außen nicht existieren und wird immer vom Imperialismus abhängig sein. Die beständige Unsicherheit einer solchen Nation wird immer eine Bedrohung für die Israelis darstellen. Eine brauchbare Lösung muß daher eine nichtzionistische Form von Selbstbestimmung für Israel im Rahmen einer arabisch–sozialistischen Union anbieten. Das Palästina–Problem ist in der Tat eng verbunden mit dem Klassenkampf in der arabischen Welt und mit dem Problem der arabischen Einheit. Dies erklärt, weshalb genau die Kräfte in der arabischen Welt, die unfähig sind, das Problem der arabischen Einheit zu lösen, auch unfähig sind, das Palästina–Problem zu lösen.

Ein anderer Aspekt des Palästina–Problems ist die Selbstbestimmung der Palästina–Araber. Sollten sie sich dieses Recht nehmen und einen eigenen Staat gründen? Natürlich bekämpfen die Zionisten, ebenso Hussein, hysterisch jeden Versuch in dieser Richtung. Aber auch fortschrittliche Elemente sind unentschieden in dieser Angelegenheit, da sie befürchten, daß die Gründung eines neuen kleinen arabischen Staates einen schädlichen Einfluß auf die Entwicklung der arabischen Einigung haben würde.

Auch hier muß jede Lösung den Interessen der Einheit und des Sozialismus im Nahen Osten Rechnung tragen. Wenn eine politische Form von Selbstbestimmung für die Palästina–Araber errichtet werden soll (und sie haben ein Recht darauf), muß dies mit den Interessen der Massen im Nahen Osten konform gehen. Jede Einigung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung verweigert, ist politisch und moralisch zu verwerfen. Jedes Mal, wenn dieses Recht in der Vergangenheit verweigert wurde, brachte dies Mißtrauen und Unruhe mit sich. Eine solche Situation kann nur dann in der Union der Mittel–Ost–Staaten beseitigt werden, wenn den fundamentalen nationalen Rechten der Mitglieder Rechnung getragen wird. Sie sollten nur durch Übereinstimmung, nicht durch Gewalt aufgegeben werden.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren glauben wir, daß die folgenden Punkte in jeder wertvollen künftigen Lösung des Problems enthalten sein müssen:

1. Die zionistischen Grundsätze Israels werden aufgegeben, d.h., alle Gesetze und Praktiken der Diskriminierung von Nichtjuden, die auf der Vorrangstellung der Juden beruht, werden aufgehoben. Insbesondere die Gesetze, die jedem Juden in der Welt automatisch das Recht auf Einwanderung nach Israel geben und jedem Neueinwanderer die Staatsbürgerschaft verleihen (während sie diese allen Nichtjuden, insbesondere den Palästina–Arabern, verweigert), werden abgeschafft. Anträge auf Einwanderung werden individuell und ohne jede rassische oder religiöse Diskriminierung

entschieden. Der Staat der Juden wird so zum Staat der Israelis, d.h., zum politischen Ausdruck seiner Einwohner, unabhängig von Rasse, Nationalität oder Religion.

2. Die Palästina–Flüchtlinge werden das Recht auf Repatriierung erhalten. Alle diejenigen, die den Wunsch haben, zurückzukehren, werden voll gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich von Israel integriert. Alle diejenigen, die nicht zurückkehren wollen, werden für ihren verlorenen Besitz und ihre persönlichen Leiden entschädigt.

3. Alle bestehenden Sicherheits– und Diskriminierungsmaßnahmen gegen die israelischen Araber werden abgeschafft. Für alle durch solche Maßnahmen und Notstandsgesetze verursachten Enteignungen und Schäden an Land, Besitz und für alles erlittene persönliche Unrecht wird volle Entschädigung gewährt.

4. Israel wird zu einer anti–imperialistischen Außenpolitik übergehen und in der arabischen Welt die Kräfte in ihrem Kampf für Sozialismus und Einheit unterstützen.

5. Der arabische Kampf für Einheit und Sozialismus muß in der Bereitschaft geführt werden, einen sozialistischen und nicht–zionistischen israelischen Staat als Partner in die Union der Staaten des Nähen Ostens aufzunehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung der Israelis wird anerkannt.

6. Während der Errichtung der Union und der Überwindung der Barrieren, die durch die Nationalstaaten in diesem Gebiet errichtet wurden, werden die arabischen Staaten eine Politik der Normalisierung ihrer ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen mit dem nicht–zionistischen israelischen Staat betreiben.

7. Die Palästina–Araber werden die Möglichkeit erhalten, selbst und ohne Einmischung von außen zu entscheiden, wie sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben wollen. Israel und die arabischen Staaten werden sich von jedem Schritt, der zu einer Einmischung oder Beeinflussung der Entscheidung führen kann, zurückhalten.

8. Sollten die Palästina–Araber sich vor oder während der Errichtung der Union (oder Föderation) für einen unabhängigen Staat entscheiden, so sollen die Staaten, die aufgrund des Waffenstillstands-Übereinkommens von 1949 Teile des Gebietes westlich vom Jordan kontrollieren, in gemeinsamer Übereinstimmung die notwendigen territorialen Schritte zur Vereinfachung der Errichtung dieses Staates unternehmen.

Dieses Programm ist von Grund auf nicht nationalistisch und es ist unwahrscheinlich, daß irgendein Nationalist in diesem Gebiet (ob Jude oder Araber) sich für seine Erfüllung einsetzen wird. Im Gegenteil sind scharfe Angriffe von Nationalisten beider Seiten zu erwarten. Doch dies wird ein gutes Zeichen für den internationalistischen Charakter des Programmes sein. Die Angriffe der Nationalisten können nur versuchen, die Tatsache zu verbergen, daß sie selbst keine politische Lösung für dieses Problem, das ein Teil des Problems der sozialistischen Einheit im Nahen Osten ist, anzubieten haben.

Das Palästina–Problem beweist, daß nationalistische Politik nicht zu einer Bewältigung des Problems der Vereinigung von Nationalstaaten und des Problems der nationalen Unterdrückung fähig ist. Sie kann nur den Unterdrückten zum Unterdrücker machen. Die grundsätzliche Problematik bleibt bestehen. Nur jene Sozialisten, die über die nationalistische Ideologie und Politik hinausgegangen sind, haben den Schlüssel zu einer brauchbaren Lösung der gemeinsamen Probleme, die die Abschaffung nationaler Unterdrückung und die Vereinigung nationaler Staaten mit sich bringen.

Wolfgang Schöller

Tupamaro in Uruguay – Guerrilla im Apparat

Montevideo, 12. Februar 69.

Drei Männer und eine Frau betreten durch den Haupteingang die Bank "Finanziera Monty". Mit dem Fahrstuhl gelangen sie zum 4. Stock. Höflich, doch bestimmt, drohen sie dem Personal, knebeln und fesseln es, entwenden die Geschäftsbücher und das vorhandene Geld. Die vier Personen arbeiten präzise Hand in Hand. Jeder hat seine Aufgabe. Sie kennen sich scheinbar bestens aus. Sie wissen, wo die Schlüssel liegen, welche die wesentlichen Aktenordner sind. Auf demselben Weg verlassen sie nach wenigen Minuten ruhig das Haus.
Die "Finanziera Monty", eines der vielen obskuren Geldinstitute, hatte offensichtlich kein Interesse daran, Polizei und Presse von dem Vorfall in Kenntnis zu setzen. Die Finanziera Monty schwieg – nicht jedoch die Stadtguerrilla Tupamaro. Sie ließ der Presse eine Erklärung zugehen, in der sie bekanntgab, daß sie den Banküberfall durchgeführt habe. Die technischen Spezialisten der Tupamaro würden zur Zeit die Geschäftsunterlagen der Finanziera Monty studieren, um die Betrügereien des Geldinstitutes sowie die Korruptheit der Oligarchie und des Staatsapparates zu beweisen. Die Tupamaro würde sodann die gesamten Materialien der Justiz übergeben, damit das bestehende Gesetz seine Anwendung finden könne.
Die bourgeoise Presse suchte den Eindruck zu erwecken, es handle sich um besonders gerissene Gangster oder Pistoleros. Doch in Uruguay weiß man, daß die Tupamaro eine ernsthafte revolutionäre Organisation ist. Die Tupamaro hatte wieder einmal mehr die Oligarchie und ihren Staatsapparat entlarvt. Sie hatte dem Volk den Klassencharakter des bürgerlichen Gesetzes bewiesen.

Organisationsform und Kampfmethode haben es der Tupamaro bisher ermöglicht, ihre Aktionen mit nahezu mechanischer Genauigkeit ablaufen zu lassen.

Organisation

Der Name Tupamaro bezieht sich auf den Inka Tupac Amaru, der im 18. Jahrhundert die letzte große Rebellion gegen die Spanier anführte. Seine Kampfmethode waren die sogenannten direkten Aktionen. Bisher gibt es nur ein offizielles theoretisches Dokument der Tupamaro. Es erschien in der chilenischen Kampfzeitschrift "Punto Final" (1968 Nr. 58). Darin bezeichnen die Tupamaro als das grundlegende Prinzip ihrer Organisation:

> " ... die revolutionäre Aktion an sich, die Tatsache selbst, sich zu bewaffnen, sich vorzubereiten, sich auszurüsten, Dinge voranzutreiben, die die bürgerliche Legalität verletzen, schafft revolutionäres Bewußtsein, Organisation und revolutionäre Bedingungen."

Die Tupamaro zählt etwa 1000 Mitarbeiter und Sympathiesanten, die nach ihrer sozialen Herkunft aus der Mittel- und Oberklasse stammen. Sie ist konspirativ organisiert und arbeitet in Kleingruppen von fünf bis zehn Personen. Die Genossen einer Gruppe wissen voneinander nur wenig. Vom Gruppenleiter kennen sie weder Adresse noch Namen. Die Tupamaro hat Mitarbeiter in allen Berufen und Schichten der Bevölkerung. Sie kann sich auf Militärs, auf Bankbeamte, auf Techniker usw. verlassen.

Guerrilla, eine Methode

Diese Arbeit in hohen und höchsten Stellungen weist schon darauf hin, daß die Tupamaro Guerrilla inhaltlich begreift, als Kampfform, als subversive langangelegte Maulwurfstätigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Guerrilla kann somit zwei Formen annehmen:
– die Form einer militanten Aktion und
– die "bewußte" Arbeit im Apparat.

Am Beispiel eines Banküberfalls kann das bedeuten, daß eine Gruppe bewaffnet den Tresor leert, während die Genossen derselben Organisation als Guerrilleros die Bank von "innen" zu schwächen suchen. Sie fälschen Schecks, lassen wichtige Informationen verschwinden, die für die militanten Gruppen unerläßlich sind und sich für ihre Agitation verwenden lassen.

Die Tupamaros in den Büros und Apparaten liefern Daten und Einzelinformationen aller Art an die Organisation ab, ohne zu wissen, wozu ihre Information konkret dient, für welche Aktion sie verwendet wird. Die Guerrilleros in den Büros tragen nur die Mosaiksteinchen zusammen, ohne das Bild zu kennen, das damit zusammengesetzt wird. Selbst diejenigen, die die Aktion ausführen, wissen bis unmittelbar vor der Aktion nicht, wie dieselbe aussehen soll und mit wem sie zusammenarbeiten werden. Das Personal der ausgeraubten Banken und Casinos bestätigt übereinstimmend, daß die Tupamaro bestens informiert selbst über die kleinsten Dinge präzise und zügig gearbeitet habe. Dieses Höchstmaß an Konspiration und Geheimhaltung ermöglicht es der Tupamaro, trotz verschärfter Repression aktionsfähig zu bleiben. Die Polizei und der CIA vermochten es bisher noch nicht, die Tupamaro zu infiltrieren.

Die Genossen der Tupamaro arbeiten nicht als verlorene Einzelkämpfer in den Apparaten. Sie haben in ihrer Organisation ihre soziale Basis. Die Tupamaro hat ihre Genossen von finanzieller Existenzangst befreien können. Durch mehrere erfolgreiche Bank- und Casinoüberfälle hat sie auf Jahre hinaus ihre Mitglieder aller Geldsorgen enthoben. Sie können so voll politisch arbeiten. Die subversive Maulwurfstätigkeit ist noch in anderer Hinsicht bedeutsam.
Im Prozeß des revolutionären langwierigen Kampfes werden durch die zweigleisige Guerrillamethode revolutionäre Spezialisten produziert, die nach dem Sieg die Revolution davon befreien, auf bürgerliche Spezialisten zurückzugreifen. Im Gegensatz zu den Bolschewiki verzichteten die Kubaner auf die vorhandenen bürgerlichen Spezialisten, mußten einen großen Rückschlag in Kauf nehmen, sicherten sich aber die revolutionären Prinzipien. Wenn gerade die revolutionäre Intelligenz hochqualifizierte Berufe erlernt und ausübt, werden durch den Prozeß der Auseinandersetzung gleichzeitig die Bedingungen für das erfolgreiche Überleben der Revolution geschaffen.

Debrays Kritik der Stadtguerrilla und die objektiven Bedingungen

Debray analysiert in "Castrismus, Lateinamerikas Langer Marsch" das Scheitern der Stadtguerrilla von Caracas und stellt generell fest:

> "Die politische Umrahmung des bewaffneten Kampfes ist nur auf dem Land zu verwirklichen. Anders gesagt: Verstanden als regelrechte Form des revolutionären Kampfes gibt es keine städtische Guerrilla." (Rowohlt, paperback, Nr. 68 S. 228)

Die Stadtguerrilla von Caracas versuchte in der Stadt selbst Foci zu schaffen und ganze Straßenblocks zu "befreien". Sozial rekrutierte sie sich aus dem Lumpenproletariat und agierte in den Slums. Ihre leichte Lokalisierbarkeit ließ sie scheitern.
Durch ihre soziale Basis, das Lumpenproletariat, konnte sie für die Bourgeoisie keine ernsthafte Gefahr werden, da das Lumpenproletariat keine produktive Klasse ist und deshalb auch keine ökonomische Macht besitzt. Die ökonomische Macht der Bourgeoisie kann das Lumpenproletariat deshalb nur schwer treffen.

Aus der Erfolglosigkeit der Stadtguerrilla von Caracas zieht Debray den Schluß, die revolutionäre Tätigkeit habe sich aufs Land zu verlegen und müsse von dort geleitet werden. Der Stadt gesteht Debray lediglich helfende und koordinierende Funktion zu. Die Geschichte der castristischen Guerrillas zeigt jedoch nur zu deutlich, daß das cubanische Modell, die "sierra maestra", nicht auf den Kontinent übertragbar ist.

Die Guerrillabewegungen stagnieren bzw. lösen sich auf. In Kolumbien mußten Guerrillas Deserteure erschießen. In Venezuela vermittelt ein Bischof zwischen christdemokratischer Regierung und Guerrilleros, um die Rückkehr in die Legalität zu erleichtern.
Che Guevara wollte den Altiplano zur "sierra maestra" werden lassen; es gelang ihm nicht, einen einzigen Campesino zu gewinnen. Von Argentinien bis Mexico blüht die Guevara–Literatur – und die Konterrevolution scheint auch kein Interesse daran zu haben, den Kult am Hl. Che zu unterbinden.

Im Gegenteil: unter den augenblicklichen Bedingungen käme es in den meisten Ländern einem Selbstmord der Linken gleich, wenn sie die Stadt verließe und aufs Land ginge, um dort die "Propaganda der Waffen" zu betreiben. Es liegt vielleicht nichts anderes hinter der unverholenen Duldung des Che–Kults, als die Hoffnung, daß in falscher Rezeption der kubanischen Revolution nur der ein "autentischer Revolutionär" ist, der die Stadt verläßt (wo die ökonomische Macht der Bourgeoisie konzentriert ist) und in die Berge geht.

Die Tupamaro setzt sich bewußt vom castristischen Focus ab, sie weist darauf hin, daß in Lateinamerika das Land zunehmend an Bedeutung verliert: Die Städte wachsen unaufhörlich. Das Verhältnis Stadt – Land verändert sich beständig zugunsten der Stadt. Die gesellschaftliche Reproduktionsbasis hat ihren Schwerpunkt schon in vielen Ländern Lateinamerikas nicht mehr im Agrarsektor sondern in den Städten und den extraktiven Industrien. (Am deutlichsten zeigt sich diese Verschiebung in Venezuela, Chile und Uruguay)

In Uruguay ist das Verhältnis Stadt – Land am extremsten. Uruguay zählt 2,7 Millionen Einwohner. 70 % der Bevölkerung leben in der Stadt. Montevideo allein hat 1,3 Millionen Einwohner. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört zur Mittelklasse, Uruguay galt jahrzehntelang als "europäische Insel", als "lateinamerikanische Schweiz". Der stabile Peso war der Ausdruck einer nahezu 50-jährigen ökonomischen Prosperität. Die parlamentarische Demokratie hatte eine reale Grundlage: den gefestigten, relativ wohlhabenden Mittelstand.

Zu Beginn der 50er Jahre zeigte sich jedoch, daß Uruguay keine "Insel" ist, sondern vielmehr integrierter Bestandteil des internationalen kapitalistischen Systems. Uruguay wurde von der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus geschüttelt. Die Inflation läßt die Massen verarmen und der Mittelstand verliert seine Grundlage. Arbeitslosigkeit, Proletarisierung und Verarmung des Mittelstandes bilden den Boden, auf dem die Tupamaro operieren kann. Die Tupamaro kritisiert zu Recht, daß Debray in seiner Focustheorie in keiner Weise dieser objektiven Tendenz zur Verstädterung Rechnung trägt.

Die Zentren des Kapitals lägen in der Stadt, weshalb die Bourgeoisie auch ernstlich nur in der Stadt zu treffen sei.

Die Tupamaro versuchen aber nicht wie die Stadtguerrilla von Caracas, Straßenviertel zu "befreien", sondern beabsichtigen vielmehr, durch die zweigleisige Guerrillastrategie die nationalbourgeoisie und imperialistische Infrastruktur zu zerstören.

Das Verhältnis der Tupamaro zu den Massen

Über ihr Verhältnis zu den Massen sagt die Tupamaro in oben erwähntem Interview:

> "Es (das Volk) will eine Veränderung und muß wählen zwischen der unwahrscheinlichen und weitentfernten Wandlung, die ihm einige qua Proklamationen, Manifesten oder parlamentarischen Aktionen verheißen und dem direkten Weg, den die bewaffnete Gruppe mit ihren direkten Aktionen verkörpert."
>
> " ... abgesehen von der vergeblichen Mühe, die man aufwendet, um eine Partei oder Massenbewegung vor Aufnahme des unmittelbaren Kampfes zu schaffen, muß man doch erkennen, daß der bewaffnete Kampf die Massenbewegung beschleunigt und herbeiführt, und das lehrt uns nicht nur das kubanische Beispiel: auch in China entstand die Massenpartei im Laufe des bewaffneten Kampfes. Das heißt, daß die strenge Formel gewisser Theoretiker 'zuerst die Partei schaffen, um dann die Revolution zu lancieren' historisch gesehen mehr Ausnahmen als Bestätigungen kennt. Auf dem gegenwärtigen historischen Niveau kann keiner mehr darüber diskutieren, daß eine bewaffnete Gruppe, wie klein sie auch sein mag, größere Erfolgschancen hat, sich in ein großes Volksheer zu verwandeln, als eine Gruppe, die sich darauf beschränkt, revolutionäre Positionen zu beziehen."

Die Tupamaro fürchtet keinen Umschlag in massenhaften Faschismus, der durch ihre direkten Aktionen hervorgerufen werden könnte. Sie kann davon ausgehen, daß der Mittelstand und erst recht die Arbeiter nicht dasselbe faschisierte Bewußtsein haben wie der europäische Kleinbürger. Es besteht in Uruguay durchaus ein Bewußtsein von imperialistischer Ausbeutung und Abhängigkeit. Jeder weiß von der Korruptheit oder Oligarchie und ihres Staatsapparates.

Die direkten Aktionen der Tupamaro sind vermittelt. Sie werden von den Massen verstanden, da die Tupamaro ihre Aktionen am Bewußtseinsstand der Massen ausrichtet. So zum Beispiel im Fall der "Finanziera Monty". Es ist allgemein bekannt, daß die zahlreichen obskuren Geldinstitute maßgeblich am Verfall des Peso beteiligt sind und betrügerisch arbeiten. Diese Aktion der Tupamaro entlarvte den Justizapparat, der nicht bereit war, die formal bestehenden Gesetze gegen die "angesehenen Persönlichkeiten" anzuwenden. Es wurde demonstriert, daß das Gesetz Ausdruck von Machtverhältnissen ist. Die Justiz muß sich als Klassenjustiz erweisen, wenn sie millionenschwere Betrüger nur leicht bestraft, aber diejenigen, die diese Betrügereien aufdecken, für zehn und mehr Jahre ins Gefängnis wirft, sobald sie ihrer habhaft wird.
Obwohl die Aktionen der Tupamaro "autoritär" sind, sind sie doch populär und allgemeinverständlich. Die Tupamaro wußte durchaus zu unterscheiden zwischen Geld, das von Lohnabhängigen verdient wurde und Geld, das von Kapitalbesitz herrührt. So bot sie nach dem Millionenraub im Casino San Rafael an, die Geldeinlage der Angestellten zurückzugeben.

Die Tupamaro meint bezüglich des Massenfaschismus, daß

> " ... grundsätzlich die Mehrheit der Bevölkerung, wenn sie auch nicht bereit sei, sich an einem Aufstand zu beteiligen, so jedoch in keiner Weise geneigt sein dürfte, sich für ein Regime zu schlagen, unter dem es leidet."

Die Militärregierungen erfahren einen ständigen Autoritätsverlust. Die "Gorilas" können keine überzeugende Alternative aufzeigen, davon abgesehen, daß auch der Faschismus eine ökonomische Basis braucht.

Die Tupamaro in ihrem Verhältnis zu den übrigen linken Gruppen

Grundsätzlich sieht sie den Unterschied zu den anderen linken Organisationen folgendermaßen:

> "Um Militante vorzubereiten und revolutionäre Bedingungen zu schaffen, scheint die Mehrheit der letzteren (der linken Gruppen) eher an Manifeste und die Herausgabe theoretischer Stellungnahmen bezüglich der Revolution zu glauben, ohne zu begreifen, daß es grundsätzlich die revolutionären Aktionen sind, die zu revolutionären Situationen hinführen."

Die direkten Aktionen sollen jeweils von neuem eine Polarisierung innerhalb der Linken herbeiführen, indem die linken Organisationen immer wieder gezwungen werden, sich zu solidarisieren, und sich dadurch selbst weiterzutreiben, oder sich zu distanzieren und damit historisch bald überholt zu sein.

Die Bedeutung der Tupamaro

Das Scheitern Che Guevaras wurde vielfach kritisch analysiert, ohne jedoch eine praktische Alternative zu Debrays Focustheorie aufzeigen zu können. Vielleicht ist die Tupamaro in der Lage, einen gangbaren Weg für die Revolution Lateinamerikas zu erproben. Die Tupamaro beweist, daß es trotz konzentrierter Repression möglich ist, in der Stadt erfolgreich zu arbeiten.

Für die westeuropäische Linke dürfte wegen der völlig verschiedenen Bedingungen lediglich das Prinzip interessant sein, daß die Guerrilla zwei Formen annehmen kann:

- die militante Gruppe und
- die subversive langangelegte Maulwurfstätigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft.

Man könnte daraus lernen, daß gerade die Linken die wichtigsten Spezialistenberufe zu erlernen hätten. Die langangelegte subversive Tätigkeit müßte abgesichert sein durch eine soziale Basis. Wohnkommunen, und arbeitende Projektgruppen könnten die Aufgabe übernehmen, ihre Genossen auch nach dem Studium informell zusammen- und finanziell durchzuhalten, wenn sie durch ihre subversive Tätigkeit ihre Arbeit verloren haben.

Der "lange Marsch durch die Institutionen" darf nicht verstanden werden als sozialdemokratische Absicht, die Apparate zu ändern oder reformieren zu wollen, sondern als subversive Arbeit, die die Apparate selbst zersetzen und funktionsunfähig machen soll.

Pete Gibbon
Frank Unger

Nordirland
'Dritte Welt' in der Metropole

Für seriöse Marxisten erscheint Irland in einigen vagen Erinnerungen an gewisse Vorträge, die Marx dort vor hundert Jahren über die Fenier gehalten hat, vor der I.W.M.A. Daß Irland der Ort ist, in dem sich nun schon seit drei Jahrhunderten Europas erbitterster und verzweifelster Nationaler Freiheitskampf abspielt, ist kaum jemandem bewußt. Auch ist aus diesem Kampf – dies am Rande – einer der hervorragendsten Marxisten der englisch–sprechenden Welt hervorgegangen – James Connolly – wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde auch er von bezahlten Schergen der Reaktion umgebracht.
Ihre politische Unabhängigkeit gewannen 1921 32 von Irlands 38 Counties. Die sechs restlichen, genannt Nord–Irland, Ulster, oder, wie die Iren selber sagen: "The six counties" blieben auch formal unter britischer Herrschaft.

Die Irische Republik im Süden steuerte von Beginn an auf eine Politik der Neutralität – u.a. mit dem Effekt, daß ihre Politik neutralisiert wurde. Für über 40 Jahre schlugen die Glocken der katholischen Kirchen den monotonen Takt zur immer gleichen Melodie der Stagnation. Die beiden führenden Parteien im Lande – Fionna Fail (Soldiers of Destiny – Soldaten der Vorsehung) und Fine Gael (Kith and Kin of the Gaels – Fleisch und Blut der Gälen) – waren zu unterscheiden allein nach dem Grad ihres Konservatismus. Die Labour–Bewegung war schon vor der Gewinnung der politischen Unabhängigkeit zerschlagen worden. Im Norden, in Ulster, wurde die trügerische Ruhe des Einparteien–Systems nur einmal kurz gestört – beim berüchtigten Pogrom von 1935, als tausende Katholiken aus dem Land gejagt wurden. Beinahe ein halbes Jahrhundert herrschte Ruhe, bis schließlich im Oktober 1968 sowohl im Norden als auch im Süden die politische Szene sich wieder regte. Im Norden entstand ein mächtiges revolutionäres Bündnis von Arbeitern und Studenten – dessen erklärtes Ziel es ist, den Polizeistaat, in dem sie leben, zu zerschlagen. Im Süden entstand aufgrund des Versuchs der Fionna–Fail–Partei, mittels Wahlmanipulationen einen Einparteienstaat zu errichten, eine – historisch bislang ungewöhnliche – linke Reaktion. Die traditionelle Rechts–Partei Fine Gael wandelte sich über Nacht in eine liberale Oppositionspartei – und gab sich den neuen Namen Irish Social Democratic Party. Demselben Trend folgend besann sich die bis dahin ein Schattendasein führende Irish Labour Party ihrer marxistischen Tradition, erklärte Arbeiterselbstverwaltung und –kontrolle zu ihren politisch–strategischen Zielen und änderte auch ihren Namen in Socialist Republican Party, – ein nicht zufällig gewählter Name, denn 70 Jahre zuvor hatte James Connolly diesen Namen für seine eigene Partei gewählt. Im folgenden werden wir uns in der Hauptsache mit den Geschehnissen im Norden befassen, die allein verantwortlich sind für die Veränderungen der politischen Szene im Süden.

Ulster – Die Dialektik von Religion und Klassenkampf

Ulster ist eine loyale Kolonie Groß–Britanniens, gerade 25 km von der Küste des Mutterlandes entfernt. Ein Drittel der nordirischen Bevölkerung verbindet weder historische, noch religiöse noch politische Gemeinsamkeiten mit Groß–Britannien. Unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtige Geburts– und Emigrationsrate sich nicht wesentlich verändert, wird dieses Drittel bis 1990 um die Hälfte geschrumpft sein. Ulsters industrielle Entwicklung ist seit 10 Jahren rückläufig. Das politische Leben ist charakterisiert durch ein ideologisches Nachhinken, das sich in Jahrhunderten bemessen läßt. Wie Mansergh bemerkte: " . . . ist die Wahrheit über den nordirischen Staat, daß er auf Nichts gegründet ist."
Die jüngsten Wahlen in Ulster sollten einen Versuch darstellen, eine Reihe der Probleme, die der Konstitutionalismus niemals lösen konnte, neu anzugehen. Das Ergebnis war gleich null. Außer-

halb der parlamentarischen Sphäre selbst bewiesen sie nur, daß sowohl der rechtsradikale Protestantismus (geführt von dem, Goebbels'sche Rhetoriktechnik pflegenden, Reverend Jan Paisley) als auch der revolutionäre Sozialismus (hauptsächlich vertreten von der von Studenten gegründeten Sammelbewegung People's Democracy) immer stärker auf das politische Geschehen Einfluß nehmen.

Ulster wird wohl noch für einige Zeit in den Händen der unionistischen Partei bleiben. Ungewiß jedoch ist die Form, der Inhalt und die gesellschaftliche Basis dieses Unionismus und, wiederum, der Kräfte, die ihm bekämpfen. Denn seit Oktober 1968, als die Bürgerrechtsbewegung ihre erste 'Bluttaufe' vor den Toren von Londondreey erfuhr, hat sich die gesamte politische Szene in Ulster, wie sie sich von der Teilung Irlands (also dem Entstehen des Staates Nord–Irland) an bis in jüngste Zeit darbot, explosionsartig verändert. Allerdings war der Zunder dafür lange genug aufgehäuft worden – in nahezu 300 Jahren erbitterten Kampfes, mehr versteckt als offen, mehr konspirativ als massenbewegend, vermischt mit Verrat und selbstaufreibenden inneren Zwistigkeiten auf seiten der Iren, aber trotz allem geführt mit einer nie nachlassenden Zähigkeit. Ohne ein Verständnis dieses Kampfes – der ja u.a. auch zur Abtrennung der Provinz Ulster führte – kann die Gegenwart in Irland schlechthin nicht begriffen werden.

Die Home–Rule–Krise und die Abtrennung Ulsters

Etwa nach Ende des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts war die Entwicklung des nordöstlichen Teils Irlands von der des restlichen Teils des Landes himmelweit verschieden. Belfast war ein moderner Hafen, und die nordirische Leinenindustrie (in Belfast und Derry) war die einzige geschützte Industrie des Landes. Belfast war jedoch nicht die industrielle Hauptstadt Irlands, sondern bildete vielmehr ein blühendes Handelsdreieck mit den Ballungsgebieten in Groß–Britannien am Mersey (Liverpool) und am Clyde (Glasgow). Die wirtschaftliche Vorherrschaft der nordirischen Protestanten war gesichert (es war Katholiken durch Strafgesetze verboten, eine rivalisierende Industrie – also Leinen – zu errichten), die einheimische katholische Bevölkerung, sofern sie nicht sowieso durch Hungersnot und Landraub dezimiert war, wurde durch die "Arbeit" der protestantischen geheimen Logen so eingeschüchtert, daß sie sich politisch nicht zu äußern wagten.

Beinahe noch schlimmer war es im Süden. Hungersnot, Seuchen, Emigration hatten eine Bevölkerung zurückgelassen, deren Durchschnittsalter 55 Jahre (!) war und die fast ausschließlich von Lebensmittelpaketen lebte, die ihnen die emigrierten Verwandten aus England oder Amerika schickten. Die ökonomische Lage war so hoffnungslos, daß für die Reste der südirischen Mittelklasse auch eine noch so entschieden pro–englische (pro–unionistische) Einstellung nicht mehr die ge-

Johannes Agnoli in Nr. 4/68 dieser Zeitschrift:
". . . Einige Nachrichten und Berichte über die informellen Verhandlungen zwischen Reichsführung und Reichsverband der Deutschen Industrie geben . . . für eine Analyse des Nazismus mehr her als Prachtphotos . . ." (Zur Faschismus-Diskussion II)

Mehr als nur Nachrichten und Berichte enthält die soeben erschienene Dokumentation

ANATOMIE DES KRIEGES

Herausgegeben und eingeleitet von Dr. habil. D. EICHHOLTZ und Prof. Dr. W. SCHUMANN

In ihr finden Sie über 280, z.T. bisher unveröffentlichte Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges.

Das Buch umfaßt 521 Seiten, enthält 31 dokumentarische Abbildungen, ist in Leinen gebunden und kostet 19,80 DM. Bestellungen nimmt Ihr Buchhändler entgegen.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN · DDR–108 BERLIN
Postfach 1216 – Deutsche Demokratische Republik

ringsten Vorteile einbrachte. Hinter ihrem Rücken mobilisierte Michael Davitt in seiner Irish Land League die Massen der landlosen Bauern für eine Verstaatlichung allen bebauten Landes unter einer republikanischen Regierungsform. In dieser Lage war das politische Ziel der "Home Rule" (Politische Unabhängigkeit) für die Mittelklasse die Parole, mit der sie allzu revolutionäre Vorstellungen der Bauern abschirmen konnten.

Die Forderung an Westminster, home–rule zu gewähren, wurde entschieden zurückgewiesen – nicht zuletzt aufgrund der geradezu hysterischen Reaktion der englischen Industriellen und Handelsbourgeoisie, die sehr wohl begriff, was die wahre Absicht der irischen Nationalisten hinter der Home–Rule–Forderung war – eine Einführung von Schutzzöllen für eine zu schaffende Industrie im Süden. Parnell, der große Held der Nationalisten, hatte auch Belfast und dem industrialisierten Norden eine bestimmte Rolle zugedacht. Sie sollten den eisernen Grundpfeiler für seinen Traum eines gigantischen 'keltischen Manchester' bilden, eine keltisch–irische Version der englischen "Industrial Revolution". Genau das nun konnte die englische Kapitalistenklasse, verschreckt durch die Einführung von Schutzzöllen in Deutschland, USA und Frankreich, auf keinen Fall zulassen. Und noch weniger die Leinen–Kapitalisten im Norden, deren Industrie fest in den britischen Markt integriert war, und die unter der Home–Rule–Version der Nationalisten zum Steuerabflußgebiet zu werden drohte, aus dessen Gelder die Industrialisierung des Südens finanziert worden wäre. Für den Norden war jede Form von Home–Rule, einschließlich einer Teilung (wie es später geschah), unannehmbar; letzteres deswegen, weil die nordirische Industrie dadurch eines nicht unbeträchtlichen Teils Hinterlandes beraubt worden wäre.

Die Kapitalisten Nord–Irlands beließen die politische Führung der Anti–Home–Rule–Kampagne in den Händen der alten Grundbesitzerkaste und denen der englischen Konservativen Partei, die in Groß–Britannien mit der Home–Rule–Frage ein phantastisches Spektakel als Gralshüter des Imperialismus veranstaltete und damit gleichzeitig ihren innenpolitischen Feind, die liberale Partei, diskreditierte, die sich selbstverständlich auch dem imperialistischen Geist verpflichtet fühlte, aber die Aufnahme des Home–Rule–Issues leider verschlafen hatte. Angesichts derartigen Mangels an Patriotismus war ihre Absicht, die Macht des (traditionell konservativen) House of Lords zu beschneiden, nichts als eine anti–patriotische Verschwörung, wie es die Konservativen der englischen Bourgeoisie klarmachen konnten.

Die Dialektik von Religion und Klasse – Rolle der katholischen Kirche

> "Jede Religion, sogar die katholische (oder besser gerade die katholische, wegen ihres Bemühens, trotz der verschiedenen Nationalkirchen und sozialen Schichtungen in den verschiedenen Ländern mit katholischer Bevölkerung eine oberflächliche Einheit zu bewahren), ist in der Realität eine Vielfalt von verschiedenster und sich mitunter widersprechender Religionen: da ist einmal der Katholizismus der Bauern, . . . dann der der Kleinbürger und des städtischen Proletariats, der Katholizismus der Frauen und der der Intellektuellen, und alle diese Katholizismen sind auch untereinander verschieden und unverbunden. . ."(1)

In Irland gibt es nicht nur verschiedene Katholizismen, sondern auch verschiedene Protestantismen, die unter der oberflächlichen Plakatierung eines "Religionskampfes" zwischen Protestanten und Katholiken auch untereinander in Konflikt zu stehen scheinen, in Wirklichkeit jedoch die klassenmäßigen Widersprüche widerspiegeln. In Nordirland sind ein Drittel der Bevölkerung Katholiken, und die verbleibenden zwei Drittel nicht alles wohlhabende Kapitalisten. Daß vor allem von der katholischen Bauernbevölkerung im Norden der religiöse Gegensatz als konstitutiv für die politische und wirtschaftliche Diskriminierung internalisiert ist, geht zurück auf die erste Periode der Kolonisierung durch die schottischen Siedler im 17. Jahrhundert und auf die Haltung der katholischen Kirche selbst. Generell ist zu sagen, daß der Klerus immer dann intervenierte, wenn größere Massen sich jenseits seines Einflusses zu organisieren drohten. Nicht einmal die Home–Rule–Kam-

1 A. Gramsci: **The Modern Prince and other Writings.** Diese Feststellung Gramscis scheint immer treffender zu werden. Man vergleiche den Katholizismus lateinamerikanischer Revolutionäre mit dem pfälzischer Hausfrauen.

pagne, die von den Ulster–Protestanten, zumindest propagandistisch, als ein Versuch des Klerus, ganz Irland unter seinen Einfluß zu bringen, dargestellt wurde, war im Interesse der Kirche. Der irische wie der englische Klerus waren vielmehr daran interessiert, weiterhin mit 50 katholischen Abgeordneten im englischen Parlament vertreten zu sein.

Für die Massen der Ulster–Protestanten dagegen, deren Religiösität vornehmlich auf relativ unabhängigen Gemeinden aufbaute, war die Abhängigkeit der katholischen Bauern von ihrer Kirche ein weiteres Zeichen von deren Minderwertigkeit – und den Katholiken wiederum blieb in diesem Klima der quasi-rassistischen Diskriminierung nichts anderes übrig, als sich zu wehren – in diesem Falle, sich noch enger um ihre Kirche zu scharen – einzige Zuflucht, die ihnen blieb – und so etwas wie eine katholische Gegenorganisation zu den protestantischen zu schaffen: die A. O. H. (Ancient Order of Hibernians). Für die Protestanten war das ein weiterer Beweis für den Verschwörungscharakter und das Zusammenhalten der Katholiken – eine weitere politisch–religiöse Manifestation des Katholizismus und des Papsttums.

Überall gab es Separation, die sich auf Arbeit, Erziehung und die soziale Geographie erstreckte. Protestanten wurden (und werden) für ihre Loyalität belohnt mit besserem Zugang zu jeder Art einkommenbringender Beschäftigung. Die Erziehung war (und ist) getrennt (was von der katholischen Kirche natürlich als "Erfolg" gewertet wurde – für die Protestanten ein weiterer Beweis ihrer Bigotterie). In den Städten lebten und leben Protestanten und Katholiken in verschiedenen Stadtteilen – was mitunter krasse Anklänge an Harlem hat: die Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe in den (meist sehr dicht besiedelten) katholischen Wohnungsgebieten gehören Protestanten, die nach Geschäftsschluß in ihre Wohngebiete zurückfahren. Selbst die Gewerkschaften sind getrennt: Während die Protestanten als Facharbeiter oder angelernte Kräfte den nordirischen Zweigstellen der englischen Trade–Unions angehören, sind die (meist ungelernten) katholischen Arbeiter unorganisiert, nachdem die großen Massengewerkschaften des James Connolly und Jim Larkin aufgrund des Chauvinismus der englischen Gewerkschaftsbewegung bereits vor der Separation von der nordirischen herrschenden Klasse zerschlagen werden konnten.

Ulster heute – die jüngste Entwicklung und die Bürgerrechtsbewegung

Seit der Entstehung Nord–Irlands im Jahre 1921 bis ca. 1968 bot die politische Szene das Bild eines absurden Anachronismus. Die Herrschaft der unionistischen Partei war total (2), ihre Opposition bestand aus der – einen lächerlichen 19.–Jahrhundert–Nationalismus pflegenden – Irish Nationalist Party, die noch nicht einmal ein politisches Programm hatte und meistens ihre Plätze im Parlament gar nicht einnahm. Von Beginn an war Nord–Irland gekennzeichnet von einem Status defensiver Unsicherheit. Dies sowohl im Hinblick auf die Bedrohung von innen (durch die unterdrückte irisch–katholische Minderheit), als auch aufgrund des unsicheren Verhältnisses zu Großbritannien und der Irischen Republik (die Nord–Irland nicht anerkennt). Ausdruck dieser "defensiven Unsicherheit" ist der "Special Powers Act", der seit 1922 ständig in Kraft ist und gleichbedeutend mit dem ist, was in der BRD "Notstand" genannt wird. Er umfaßt u.a. Möglichkeiten für Verhaftungen ohne Haftbefehl, Schnellgerichtsverfahren, Prügelstrafe (Auspeitschen), Verbot von Versammlungen und Organisationen ohne Angabe von Gründen.

Die katholische Minderheit (ca. ein Viertel der Bevölkerung in Ulster) war so jeder Art angemessenen politischen Ausdrucks beraubt. Vertreten hauptsächlich durch eine Partei, die keine Politik machte, geknebelt durch polizeistaatliche Gesetze, mit deren Hilfe die RUC (Royal Ulster Constabulary) die katholische Arbeiterbevölkerung in den Städten terrorisierte, bleibt für sie kaum mehr als die Auswanderung. In der Tat hat die offen diskriminierende Wohnungsbaupolitik der Regie-

2 In Nord–Irland gilt bis heute – bei Wahlen für das nord–irische Parlament – das Ständewahlrecht. Wer keinen eigenen Haushalt hat, darf überhaupt nicht wählen. Dafür vereinigen einige protestantische Fabrikbesitzer bis zu 40 Stimmen auf sich.

rung direkt das Ziel, möglichst viele Katholiken zur Abwanderung zu zwingen (3). Die Möglichkeiten für einen Katholiken, Arbeit zu finden, sind gering. Zwar sind 4% der Arbeitgeber im Lande katholisch, aber diese wiederum besitzen hauptsächlich Dienstleistungsbetriebe in den katholischen Vierteln mit wenigen Arbeitsplätzen. In den überwiegend katholischen Gebieten im äußersten Westen und Süden Ulsters beträgt die Arbeitslosenquote in bestimmten Gebieten bis zu 60%.

Die Veränderung der politischen Szene in den letzten Jahren

Im Jahre 1965 war die politische Abhängigkeit der Parteien, aufgeschlüsselt nach Religionen, wie folgt:

Katholiken		Protestanten	
Nationalisten	58%	Unionisten	86%
Northern Ireland Labour und Republican Labour	31%	Northern Ireland Labour	12%
Unionisten	6%		
Andere	5%	Andere	2%

1969, in den Wahlen Ende Februar, mit denen der Premier Terence O'Neill eine Art Vertrauensfrage für sein "reformistisches Programm" verband, hatte sich die Situation radikal verändert: 26,3% der Protestanten stimmten für die rechtsradikale Absplitterung von der Unions–Partei, die Protestant Unionist Party des Reverend Jan Paisley. Analog dazu vermochte die "offizielle" Partei der Katholiken, die Nationalist Party, nicht mehr als 44% der Stimmen in den für sie todsicheren vier Wahlkreisen aufzusammeln – wo sie vor 4 Jahren noch 58% bekommen hatte. Dagegen gelang es der erst im letzten Jahre gegründeten Partei "People's Democracy", die im Gegensatz zu den anderen Parteien sowohl in katholischen als auch in protestantischen Gebieten sich zur Wahl stellte, auf Anhieb 29,9% des Gesamtstimmenanteils auf sich zu vereinigen. Die etablierten sozialdemokratischen Parteien (Northern Ireland Labour und Republican Labour) sowie die beiden liberalen Parteien versanken in Bedeutungslosigkeit.

Diese Polarisierung hat ihre Vorgeschichte. Bereits seit Beginn der 60er Jahre gab es eine Bürgerrechtsbewegung in Nord–Irland, die im wesentlichen der politische Ausdruck des relativ kleinen Teils der katholischen 'Mittelklasse' war. Die Grundforderung war das allgemeine und gleiche Wahlrecht, formuliert in dem Slogan 'One man – one vote'. Das von der Bewegung erstrebte Ziel war ganz analog den Intentionen der frühen amerikanischen Bürgerrechtsbewegung: Aufnahme in die Gemeinschaft der Privilegierten für alle die Unterprivilegierten, die sich trotz Unterprivilegierung im übergeordneten Wertsystem bewährt haben, also doch eigentlich "gute Bürger" sind. Trotzdem zog die Bürgerrechtsbewegung weite Teile des katholischen Proletariats an – hauptsächlich deshalb, weil sie als neue Form politischer Organisation wenigstens einen Schein von Hoffnung bot. Doch es bedurfte der Hilfe der RUC, um diese Hoffnung real werden zu lassen. Möglicherweise hätte die Bürgerrechtsbewegung noch in 30 Jahren ihre gewaltlosen Märsche veranstaltet, wenn sie nicht sowohl von der Polizei als auch von fanatischen Rotten der Paisleyaner angegriffen worden wäre. Im Oktober 1968 erfuhr die gewaltlose Bürgerrechtsbewegung auf diese Weise unfreiwillig ihre erste 'Bluttaufe'. Angegriffen von RUC und Paisleyanern, bauten Arbeiter aus der Bogside–Area von Londonderry Barrikaden, nahmen Postämter und andere Schlüsselstellungen in Besitz und erklärten ihren Teil von Derry zur Free City. Damit war die jahrzehntelange, versteinerte Konstellation – hie Orange–Konservatismus – hie "Grüner" Konservatismus der irischen Nationalisten und des katholischen Klerus – zum ersten Mal entscheidend durchbrochen. Das seit 50 Jahren politisch "tote" Irland begann sich wieder zu regen.

3 Zwischen 1951 und 1961 wanderten ca. 92 000 Iren aus, überwiegend Katholiken. Etwa 1 000 000 Iren leben heute allein in England. Sie bilden hier die (statusmäßig) unterste Schicht des Proletariats, während die farbigen Einwanderer die Dienstleistungskulis abgeben.

Paisleyismus

Entstanden als "rechte" Reaktion auf die Bürgerrechtsbewegung, gilt der Paisleyismus bei seinen Gegnern in Ulster als der authentische Faschismus. Dies entspricht gewiß in mancher Hinsicht den Tatsachen – allerdings ist das Gebilde Nord–Irland seiner Struktur und seinem politischem Klima nach so verschieden von den bürgerlichen Nationalstaaten Resteuropas, daß der Begriff "Faschismus" sich im historischen wie im phänomenologischen Sinne hier nicht so ohne weiteres anwenden läßt. Wir setzen die ungefähre Kenntnis der historisch–strukturellen Faschismustheorie voraus und vergleichen mit dem Paisleyismus:

Zwar besteht in Nord–Irland eine ökonomische Krisensituation, aber sie existiert schon seit Jahren und charakterisiert gewissermaßen den Stand der Normalität. Die politische Herausforderung auf der Linken durch die Bürgerrechtsbewegung führte zu einer Reaktion, die sich selbst nur religiös ausdrückt und die heroischen Jahre der protestantischen Landnahme und des Logenterrors beschwört. Seine Symbole sind nicht archaisch neutral und daher frei für eine neue Besetzung, sondern erinnerbar und mit bestimmtem Inhalt besetzt. Seine entschiedenste Anhängerschaft verdankt er einem anderen Anachronismus Ulsters: Die permanente Depression und Arbeitslosigkeit hat etwas verhindert, was im übrigen Westeuropa geradezu zum Kernmerkmal der 60er Jahre gehört: die Herausbildung einer "Jugendkultur", basierend auf der wachsenden Kaufkraft der jugendlichen Konsumentengruppe. In Nord–Irland fehlt dergleichen völlig, Erziehung und Freizeit sind organisiert auf religiöser Basis. Bis heute benutzen die jugendlichen Gangs in Belfast Fragen über Religion als Aufnahmetest. Diese zum größten Teil arbeitslose städtische (protestantische) Jugend ist der Hauptpfeiler des militanten Straßenpaisleyismus.

Ruft der klassische Faschismus auf zur Wiederherstellung des "Reiches", des Ruhmes der Nation etc., so ruft Paisley auf zur Wiederherstellung der Religion, die hier für den protestantischen Ulsteraner die Bedeutung des Wortes "Sicherheit" annimmt, etwas, das noch kein Bürger Nord–Irlands fühlen konnte, obwohl in der Hauptphase des historischen Imperialismus die Protestanten ihre Vorherrschaft durch ihn subjektiv gesichert sahen. Doch in dem Maße, wie die Rechtschaffenheit des imperialistischen Gedankens verblaßte, sahen sich die protestantischen Massen in Ulster wieder auf das gestellt, was ganz zu Anfang ihre subjektive Stärke war: ihre Religion. Dabei ist es völlig müßig, zu untersuchen, ob das religiöse Argument nur "benutzt" wird oder ob es genuin ist. In der Geschichte interessieren subjektive Motive nicht – und objektiv ist in der Bewegung der Paisleyaner ein sehr rationaler Kern, was den Teil anbelangt, der der protestantischen Unterschicht

1 a präparierte u. gebleichte Homo–Skelette u. Schädel

Homo-Skelett auf Stativ	DM 900,--	3-teiliger Schädel	DM 375,--
Homo-Skelett zum Aufhängen	840,--	6-teiliger Schädel	DM 410,--
Homo-Skelett unmontiert	DM 655,--	9-teiliger Schädel	DM 675,--
		10-teiliger Schädel	DM 71o,--

Versand erfolgt nur per Nachnahme zuzügl. MwSt. Längere Lieferzeit.

Meeresgut- und Edelsteinversand
Günter Jatho
2300 Kiel
Yorckstr. 5

angehört. Diese hätte in der Tat die Einführung der allgemeinen Bürgerrechte zu fürchten, da mit ihnen ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz ungeheuer sänken. Für sie ist Paisley in der Tat ein Racheengel, der ihre Feinde, die "Paddies", von den Straßen treibt und die "verratene" Vorherrschaft wiederherstellt. Und er verkörpert gleichzeitig eine verschwommene Hoffnung für die Zukunft der armen Protestanten, die in einem Land, wo sie doch die "Herren" sind, ein so elendes Leben führen müssen. Außerhalb Ulsters gilt Paisley als ein fanatischer, lächerlicher Demagoge, der aus einem Irrenhaus des 16. Jahrhunderts entsprungen ist. Doch in seinem ureigenen Terrain, in Belfast, Derry und Bannside, erscheint er als ein politischer und religiöser Gigant gegenüber der blutleer–degenerierten Mittelmäßigkeit des altadligen Grundbesitzers O'Neill, der buchstäblich nicht in der Lage ist, drei Sätze in einem Zug zu sprechen.

People's Democracy

PD ist die erste studentische Bewegung in der jüngeren Geschichte der kapitalistischen Länder, die sofort den Sprung in die "große" Politik geschafft hat. Hervorgegangen aus der Spaltung der Bürgerrechtsbewegung (in der Frage der Gewaltlosigkeit) und theoretischen Diskussionsgruppen an der Queen's University Belfast (übrigens der einzigen religiös integrierten Institution im Lande), hat sie sich binnen kurzer Zeit in eine revolutionär–sozialistische Bewegung entwickelt. Ihre prototypischen Führer sind stellungslose Graduierte der Queen's University, die erstmalig nicht dem normalen Gang in die Emigration gefolgt sind. Sie haben sich zumindest mit einem Problem, das ihre Genossen in Großbritannien und auf dem Kontinent schwer bedrückt, nicht herumzuschlagen: dem Aufzeigen der dem kapitalistischen System inhärenten Gewalt. Die katholische Arbeiterklasse Nord–Irlandsist mit manifester Staatsgewalt vertraut, es bedarf nicht der exemplarischen Aktion, um sie davon zu überzeugen. Es ist nur Furcht oder bewußte Resignation, die sie von den Barrikaden fernhält, verstärkt von den Tröstungen und Ablenkungsmanövern der Priester. Dennoch türmen sich für eine sozialistische Politik in Nord–Irland ungeheure Probleme auf: vor allem verschiedene Strömungen und Sektiereréien im eigenen Lager, das im Augenblick noch in drei Hauptteile gespalten ist.

Erstens, die "Catholic–Power"–Richtung, die den objektiven Schein des religiösen Gegensatzes beim Wort nehmen und die Mobilisierung der katholischen Massen auf der Basis der religiösen Identifikation vornehmen und auf diese Weise eine Gleichstellung der katholischen und protestantischen Arbeiter erzwingen will, die auch die subjektive Spaltung aufheben würde. Auf gemeinsamer Klassenbasis könnte man dann den Kampf für den Sozialismus aufnehmen.

Zweitens, die "Klassenkampf"–Richtung, die die Dialektik von Religion und Klasse ignoriert und meint, es sei allein die Stellung im Produktionsprozeß, die zähle. Daher müsse die Bürgerrechtsbewegung fallengelassen werden und der Versuch einer Vereinigung von protestantischer und katholischer Arbeiterklasse gemacht werden. Der Gegenstand der Diskriminierung müsse als Issue aufgegeben werden. Diese Gruppe selbst ist gespalten in eine "revolutionäre" (trotzkistische) und eine "reformistische" (Irish Labour Party) Richtung.

Drittens, die Hauptrichtung. Sie ist die realistische Mitte aus den beiden recht abstrakten Extremen und wird vertreten von Farrell und McCann, die sich in jüngster Zeit als die entscheidenden Führer von PD herauskristallisiert haben. Beide sind sich über zweierlei einig: einmal, daß die Bürgerrechtsbewegung ihren politischen Sinn noch lange nicht verloren hat und zweitens, daß die Schaffung einer revolutionären Partei (im Leninschen Sinne) unbedingtes Ziel der nächsten Zeit ist. Dafür wiederum sind zwei Voraussetzungen unbedingt nötig:

1. Teile der protestantischen Arbeiterklasse müssen die Klassen–Argumentation begreifen,
2. es muß im Süden eine korrespondierende Bewegung geschaffen werden.

Die Aufgabe für die allernächste Zukunft ist jedoch, aus "grün rot zu machen", d.h. den konservativ–klerikalen irischen Nationalismus zu transformieren in revolutionären Sozialismus – eine Aufgabe, die, gemessen an den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit (Wahl Bernadette Derlins ins britische Unterhaus; immer mehr katholische Arbeiter nehmen den Straßenkampf gegen die RUC auf) durchaus lösbar erscheint.

Irland – "Dritte Welt" in der Metropole Europa

Die für Großbritannien immense Bedeutung einer starken sozialistischen Bewegung in Irland liegt auf der Hand. Und nicht nur für Großbritannien, denn Irland hat gewissermaßen Modellcharakter. Seit der Teilung 1921 repräsentiert Irland die Dritte Welt in der Metropole Europa selbst. Die Republik im Süden ist abhängig von der finanziellen Macht des Neo–Kolonialismus – in Form von ausländischen Investitionen. Sie exportiert große Mengen Kapital (in Form von Arbeitskraft) in die monopolkapitalistischen Basen in England, Amerika und auf dem Kontinent. Im Lande selbst arbeiten die Lohnabhängigen für die niedrigsten Löhne in Nord–West–Europa. Nord–Irland teilt viele dieser Charakteristika – mit dem weiteren Merkmal, daß es gleichzeitig einer der Hauptnutznießer britischer "Entwicklungshilfe" ist – wie jede "Entwicklungshilfe" dazu gedacht, die herrschende Klasse an der Macht zu halten. Diese herrschende Klasse der Grundbesitzer, Politiker, Beamten und County Inspectors unterscheidet sich sowohl von der einheimischen Kapitalistenklasse als auch von den Massen nicht nur im Lebensstil, sondern auch im Akzent: Die Herrschenden in Ulster sprechen zu ihrem Volk mit perfektem Oxford–Akzent.

So wurde z.B. Terence O'Neill (bis vor kurzem Ministerpräsident), letzter Abkömmling der ältesten Familie der Britischen Inseln, aus der Versunkenheit seines opulenten Landlebens ausgegraben, als der senile Lord Brookeborough, der seit der Zeit vor dem Krieg geherrscht hatte, vor sechs Jahren zurücktrat. Er war ausersehen, die Repression weniger auffällig und Investitionen attraktiver zu machen. Selbst als gesichtslose Kühlerfigur hat er versagt. Die einheimische Kapitalistenklasse versuchte, die Bürgerrechtsbewegung dazu auszunutzen, sich von der Vormundschaft der Grundbesitzer zu befreien, indem sie sich als die Protagonisten eines "modernen" Ulster aufspielten, die allein das Land aus der Misere führen können. Dies mißlang, und der Nachfolger O'Neills ist wieder ein Vertreter der herrschenden Kaste, Faulkner – vor einem halben Jahr von O'Neill als Zugeständnis an die Bürgerrechtsbewegung entlassen.

Während Ulster so noch auf seine bürgerliche Revolution wartet, regen sich schon die Kräfte, die das schwächste Glied in der Kette der europäischen Metropolen sprengen werden. Die große Frage wird dann sein, wie sich die herrschende Klasse in Großbritannien verhalten wird. Die weißen Kolonialisten in Rhodesien ließ sie zumindest gewähren. Für die weißen Kolonialisten in Nord–Irland hat sie schon Truppen geschickt.

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel.769 16 25
Königin Luise Str. 40

Kritische Literatur · Poster & Grafik

Fachbücher · Buchversand

Im Zentrum der Fanonschen Hegel–Rezeption, die zunächst über Sartre zustande kam, stehen seine Reflektionen über das Herr–Knecht–Verhältnis. Fanons Aufmerksamkeit gilt der neuen historischen Form dieses Verhältnisses: der Kolonialherrschaft und –knechtschaft. Hatte Hegel gezeigt, daß die Welt, in der das Selbstbewußtsein sich zu bewähren hat, in zwei entgegengesetzte Bereiche aufgespalten ist, in denen verschiedene Gestalten des Bewußtseins vorhanden sind: "die eine das selbständige, welchem das Fürsichsein, die andere das unselbständige, dem das Leben oder das Sein für ein Anderes, das Wesen ist; jenes ist der Herr, dies der Knecht"(1), so zeigt Fanon entsprechend, daß "die kolonisierte Welt ... eine zweigeteilte Welt"(2) ist: die Welt des Kolonisierten und die des Kolonialherrn. Und konstatierte Hegel, daß das Herr–Knecht–Verhältnis kein friedliches ist, sondern bestimmt "durch den Kampf auf Leben und Tod"(3), so hebt Fanon hervor, daß Kolonisierte und Kolonialherrn diese, ihre Bestimmung im Schatten der Bajonette und Kanonen erlangen. Sie haben sich durch Gewalt kennengelernt. "Der Kolonialherr und der Kolonisierte sind alte Bekannte."(4) Nach Hegel hat der Knecht kein selbständiges Sein; er hängt an einer "Kette, von der er im Kampfe nicht abstrahieren kann."(5) Er ist kein Sein für sich, sondern ein Sein für Anderes. Deshalb existiert sein Bewußtsein nur "in der Gestalt der Dingheit"(6). Herr und Knecht befinden sich in einem Prozeß des Anerkennens. Dieses ist aber "ein einseitiges und ungleiches Anerkennen."(7) Das Anerkanntsein des Herrn durch den Knecht stellt Hegel nicht infrage. Der Knecht perpetuiert sein anerkennendes Bewußtsein, das "in der Gestalt der Dingheit" existiert: Der Knecht bleibt ein Ding. Wie Hegel erkennt Fanon, daß der Kolonialknecht ein Ding ist. Fanon geht es indes darum, diesen Dingcharakter zu überwinden. "Das kolonisierte 'Ding' wird Mensch gerade in dem Prozeß, durch den es sich befreit."(8) Dieser Prozeß der Menschwerdung des Kolonisierten bildet die ganze Thematik des Fanonschen Werkes.

Der Status des Kolonialherrn beruht auf der totalen Ausbeutung des Kolonisierten. Diese Herrschaft wird nicht verschleiert, sondern geradezu transparent gehalten. Der Kolonialherr "trägt die Gewalt in die Häuser und in die Gehirne der Kolonisierten."(9) Er drängt ihnen ihren Dingcharakter ins Bewußtsein; er bedient sich einer zoologischen Sprache, wenn er über sie spricht. Der Kolonisierte reflektiert darüber und entdeckt, daß er den gleichen Atem und die gleichen Herzschläge wie der Kolonialherr hat; er entdeckt damit sein Menschsein und erkennt, "daß er kein Tier ist. Und genau zur selben Zeit, da er seine Menschlichkeit entdeckt, beginnt er, seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen."(10) Die Tatsache also, daß der Kolonisierte mit Gewalt droht, beweist nach Fanon, "daß er (der Kolonisierte, B.T.) sich des außergewöhnlichen Charakters der gegenwärtigen Situation bewußt ist und sie zu nutzen gedenkt."(11) Und das heißt in einem Satz:

> "Der Kolonisierte entdeckt die Realität und verändert sie in der Entfaltung seiner Praxis, in der Ausübung der Gewalt in seinem Befreiungsplan."(12)

Die Implikationen des Fanonschen Gewaltbegriffes sind ausschließlich emanzipativer Art. Fanon versteht **Gewalt als Gegengewalt**; verherrlicht sie nicht; sieht in ihr keine Moralität wie etwa G. Sorel, der Gewalt als eine qualifizierte Lebensäußerung auffaßt, zu der der Mythos aufruft, der dann moralische Kräfte in Bewegung setzt. Sorel spricht von "unsere(n) Neigungen zur Gewalt"(13), die naturhaft seien. Es verwundert daher nicht, daß Mussolini sich offen zu Sorel bekennt:

---

1 Hegel, C.W.F.: **Die Phänomenologie des Geistes**, ed. J. Hofmeister, Hamburg 1952[6], S. 146.
2 Fanon, F.: **Die Verdammten dieser Erde**, Frankfurt 1966, S. 29.
3 Hegel, op. cit., S. 144.
4 Fanon, op. cit., S. 28.
5 Hegel, op. cit., S. 146.
6 ibid., S. 145.
7 ibid., S. 147.
8 Fanon, op. cit., S. 28.
9 ibid., S. 29.
10 ibid., S. 33.
11 ibid., S. 57.
12 ibid., S. 45.
13 cf. Barth, H.: **Masse und Mythos. Die Theorie der Gewalt: George Sorel**, Hamburg 1959, S. 100 ff.

"Georges Sorel verdanke ich am meisten ... Für mich ist die Gewalt moralisch ... , moralischer als Kompromisse und Verhandlungen ... Der Faschismus wird sorelianisch sein."(14)

Dieser faschistischen Moralisierung der Gewalt steht Fanon fern. Er hat einen historisch vermittelten Begriff von Gewalt, die dazu dient, Befreiungsprozesse einzuleiten. Nach Fanon beansprucht der Kolonisierte die revolutionäre Gewalt, weil es "seit seiner Geburt ... für ihn klar (ist), daß diese sperrige, mit Verboten gespickte Welt nur durch die absolute Gewalt in Frage gestellt werden kann."(15) Gewalt, und zwar **revolutionäre Gewalt ist somit Gegengewalt**; ist eine sich selbst wie andere aufhebende Gewalt.

Gewaltlosigkeit lehnt Fanon entschieden ab; sie ist nichts anderes, als "ein Versuch, das koloniale Problem am grünen Tisch zu regeln"(16), ein Versuch, der von vornherein die totale Kapitulation impliziert. Denn: "Die Infragestellung der kolonialen Welt durch den Kolonisierten ist keine rationale Konfrontation von Gesichtspunkten. Sie ist keine Abhandlung über das Universale."(17) Die Infragestellung kann nur durch revolutionäre Gewalt und nicht durch Argumente geschehen, weil "der Kolonialismus ... keine Denkmaschine, kein vernunftbegabter Körper (ist). Er ist die Gewalt im Naturzustand und kann sich nur einer noch größeren Gewalt beugen."(18) Aus diesem Grund wiederholt Fanon unermüdlich, daß die Befreiung des Kolonisierten "durch Gewalt geschehen muß und nur durch sie geschehen kann."(19)

Die Kolonisierten, darauf weist Fanon stets hin, schaffen die Gewalt nicht, denn diese steht "hinter der Einrichtung der kolonialen Welt ... zur Zerstörung der eingeborenen Gesellschaftsformen."(20) Ihrer Situation sich bewußt werdend, beanspruchen die Kolonisierten die Gewalt, übernehmen sie, da sie "entschlossen sind, zur aktiven Geschichte zu werden."(21) Aber die Gewalt, die von den Kolonisierten praktiziert wird, ist nicht mehr die alte, ist bereits etwas qualitativ Neues. Wenn der Kolonisierte "beschließt, zu den Waffen zu greifen, ... jede Methode verwirft, die nicht gewaltsam ist, so handelt es sich um etwas ganz anderes: hier hat Gewalt ein neues Gesicht."(22)

Die Anwendung emanzipativer Gegengewalt begreift Fanon als Prozeß. In der vorrevolutionären Phase ist das Unbewußte der Ort der Gewaltanwendung. Die Träume der Kolonisierten sind:

"Muskelträume, Aktionsträume, aggressive Träume ... Während der Kolonisation hört der Kolonisierte nicht auf, sich zwischen neun Uhr abends und sechs Uhr früh zu befreien... Der Kolonisierte ist ein Verfolgter, der ständig davon träumt, Verfolger zu werden."(23)

Auch wird diese unbewußte Gewalttätigkeit kanalisiert in den ekstatischen Tänzen, die nichts anderes sind als Muskelorgien; in ihnen entspannt sich der aggressive Kolonisierte. Fanon nennt diese vorrevolutionäre Phase im Prozeß der Entstehung emanzipativer Gewalt die Stufe der "atmosphärischen Gewalt"(24). Sie ist charakterisiert durch:

1. die objektiv reife Situation zur Anwendung emanzipatorischer Gewalt und
2. die subjektive Beförderung dieser objektiven Situation durch internationale revolutionäre Kommunikationsprozesse.

"Jede gewaltsame Aktion, die Erfolge hatte, spielt eine nicht nur informative, sondern auch operative Rolle für den Kolonisierten. Der große Sieg des vietnamesichen Volkes in Dien—Bien—Phu ist keineswegs nur ein Sieg für Vietnam."(25)

Vergeblich bemüht sich das Kolonialsystem, die Entwicklung der "atmosphärischen" Gewalt zu einer "aktiven" durch Repressionen zu verhindern; diese aber "machen deutlich, daß zwischen Unterdrückern und Unterdrückten keine Frage gelöst wird, es sei denn durch Gewalt."(26)

Mit der "aktiven Gewalt" beginnt der Prozeß der Dekolonisation. Die in Herrschaft und Knechtschaft geteilte Welt vereinigt sich während der Dekolonisation, die "das Zusammentreffen zweier von Geburt an antagonistischer Kräfte"(27) und "ein Programm absoluter Umwälzung ist."(28)

---

14 B. Mussolini, zit. nach R. Bertelè, ed.: **Panorama des zeitgenössischen Denkens**, Frankfurt 1961, S. 295.

15 Fanon, op. cit., S. 29.

16 ibid., S. 47.

17 ibid., S. 31.

18 ibid., S. 47.

19 ibid., S. 56.

20 ibid., S. 31.

21 ibid.

22 ibid. S. 57.

23 ibid., S. 41.

24 ibid., S. 54.

25 ibid.

26 ibid., S. 55.

27 ibid., S. 27.

28 ibid.

In diesem Zusammenhang rekurriert Fanon auf Hegels Arbeitsbegriff und verleiht ihm neue Akzente. Bei Hegel kommt der Knecht "durch die Arbeit ... zu sich selbst."(29) Denn seine vergegenständlichte Arbeit tritt "in das Element des Bleibens ... ; das arbeitende Bewußtsein kommt also hierdurch zur Anschauung des selbständigen Seins als seiner selbst."(30) Auch für Fanon kommt der Kolonialknecht durch die Arbeit zu sich selbst, doch Fanon begreift Arbeit anders als Hegel.

> "Für den Kolonisierten bedeutet ... Gewalt die absolute Praxis. Deshalb versteht sich der Kämpfer als Arbeiter."(31)

In diesem Sinne heißt 'arbeiten' für den Kolonialknecht: 'am Tod des Kolonialherrn arbeiten'(32). Das Hegelsche Verständnis von Arbeit als Schaffung von Werten lehnt Fanon ab, weil die Arbeit des Kolonisierten nicht eine an seiner Geschichte ist: er arbeitet an der Geschichte seines Herrn, des Kolonisators. Die Arbeit des Kolonisierten entspricht einem primären Inhalt des Hegelschen Arbeitsbegriffes vorab nicht: sie tritt nicht in das "Element des Bleibens". — Die Arbeit des Kolonisierten ist zunächst an dem Ziel orientiert, das autochthone Moment seiner eigenen Geschichte herzustellen: die Konstituierung zur Nation. Für Fanon ist daher alles wahr, "was die Auflösung des Kolonialregimes vorantreibt, was das Entstehen der Nation begünstigt."(33) Erst wenn die Unabhängigkeit erlangt ist, beginnt die Geschichte des Kolonisierten; erst dann tritt seine Arbeit in das "Element des Bleibens".

Wenn Fanon von der Arbeit des Kolonisierten spricht, dann legt er die Pointe stets auf die vom subjektiven Bewußtsein autorisierte und auf revolutionärer Gewalt basierenden Praxis.

> "Diese Praxis klärt den Handelnden auf, weil sie ihm Mittel und Zweck zeigt."(34)

Damit greift Fanon genau das auf, was Hegel aus seiner Philosophie eskamotiert. Hegel verneint zunächst, daß Gewalt durch Gegengewalt aufgehoben werden könne; nach ihm muß Gegengewalt dem geschichtlichen Prozeß verhaftet bleiben, denn "fremde Gewalt ist Besonderes gegen Besonderes" (35) — und Hegel empfiehlt daher einsichtige Reformen. Revolutionäre Gewalt lehnt er ab, weil sie zu einer vom subjektiven Bewußtsein autorisierten Praxis führe, welche die absolute Freiheit und der Schrecken sei.

> "Das einzige Werk und Tat der allgemeinen Freiheit ist ... der Tod, und zwar ein Tod, der keinen inneren Umfang und Erfüllung hat, denn was negiert wird, ist der unerfüllte Punkt des absolut freien Selbst; er ist also der kälteste platteste Tod, ohne mehr Bedeutung als das Durchhauen eines Kohlhaupts oder ein Schluck Wassers."(36)

Deshalb führt Hegel "die absolute Freiheit aus ihrer sich selbst zerstörenden Wirklichkeit in ein anderes Land des selbstbewußten Geistes über."(37) Revolutionäre Prozesse werden also bei Hegel als ein objektiver Vorgang interpretiert — ohne jegliche subjektive Beteiligung der Individuen. Hegel will — mit einem Wort Habermas' — "die Revolutionierung der Wirklichkeit ohne Revolutionäre" (38). Fanon hingegen geht es gerade um die Revolutionäre in der bewußt revolutionären Praxis. Denn die in der revolutionären Praxis ausgeübte Gewalt ermöglicht nicht nur "die Bildung einer Nation" aus den Kolonialknechten, sondern wirkt darüber hinaus

> "auf individueller Ebene entgiftend. Sie befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex, von seinen kontemplativen und verzweifelten Haltungen. Sie macht ihn furchtlos, rehabilitiert ihn in seinen Augen selbst."(39)

Scharfe Kritik übt Fanon an Engels' Bestimmung der Gewalt, wonach der Erfolg der Gewalt von der ihr zugrunde liegenden technischen Ausrüstung, das heißt: dem Stand der Produktivkräfte abhängt. **Engels' Gewalttheorie** entstand im Rahmen der Kontroverse mit Eugen Dühring. Engels' Polemik richtet sich gegen Dührings Ableitung der ökonomischen Verhältnisse aus der politischen Gewalt. Er zeigt, daß die Anwendung von Gewalt durch den Menschen zur Unterjochung des Menschen voraus-

29 Hegel, op. cit., S. 148.
30 ibid., S. 149.
31 Fanon, op. cit., S. 65.
32 ibid., S. 66.
33 ibid., S. 39.
34 ibid.
35 cf. J. Habermas: "Hegels Kritik der französischen Revolution", in: **Theorie und Praxis**, S. 89 ff, hierzu S. 97.
36 Hegel, op. cit., S. 418 f.
37 ibid., S. 422.
38 Habermas, op. cit., S. 105.
39 Fanon, op. cit., S. 72.

setzt, daß der Unterjocher über die Arbeitsmittel verfügt, durch die er den Geknechteten ausbeuten kann.(40) Damit will Engels hervorheben, "daß die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist."(41) In Engels' Gewalttheorie wird der Sieg der Gewalt "durch die Wirtschaftslage bestimmt, die ihr die Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung der Werkzeuge verschafft." (42) Präziser formuliert heißt das,

> "daß die Gewalt kein bloßer Willensakt ist, sondern sehr reale Vorbedingungen zu ihrer Bestätigung erfordert, namentlich Werkzeuge, von denen das vollkommenere das unvollkommenere überwindet; daß ferner diese Werkzeuge produziert sein müssen, womit zugleich gesagt ist, daß der Produzent vollkommenerer Gewaltwerkzeuge, vulgo Waffen, den Produzenten der unvollkommeneren besiegt, und daß, mit einem Wort, der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt ..."(43)

Durch diese Bestimmung wird freilich der Gewaltbegriff stark eingeengt, so daß Engels schließlich behaupten kann: "Die Gewalt, das ist heutzutage die Armee und die Kriegsflotte."(44)

Nach Engels müßte diese Bestimmung der Gewalt selbst dem kindlichsten Axiomatiker, also auch Dühring begreiflich sein. Fanon dagegen sieht gerade in Engels' Bestimmung ein "Monstrum an Puerilität"(45), weil durch sie die Praktizierung emanzipativer Gewalt durch die Unterdrückten a limine ausgeschlossen wird: sie verfügen nicht über solche Werkzeuge wie die Unterdrücker. Nach Fanon antizipiert Engels mit seiner Gewalttheorie bereits den Reformismus, der seine Trägheit mit dem Hinweis auf den Stand der gegnerischen Waffentechnik rationalisiert. Was Engels übersieht — so Fanon — ist, daß die Gegengewalt der Unterdrückten schon etwas qualitativ Neues ist. Napoleon konnte mit seiner überlegenen Waffentechnik die Spanier mit ihrer Guerilla—Taktik nicht besiegen. In der imperialistischen Ära einer polarisierten Welt werden Bedingungen geschaffen, die Engels Gewaltbestimmung unbrauchbar machen. Fanon betont, daß

> "die Gewalt des Kolonisierten nur dann verzweifelt wirkt, wenn man sie in abstracto mit der Militärmaschinerie der Unterdrücker vergleicht. Sieht man sie jedoch innerhalb der internationalen Dynamik, so merkt man, daß sie eine furchtbare Bedrohung für den Unterdrücker darstellt."(46)

Fanon weist darauf hin, daß "die Guerilla der Kolonisierten ... als Instrument der Gewalt gegenüber anderen Gewaltinstrumenten nichts (wäre), wenn sie nicht zugleichsein neues Element im globalen Konkurrenzkampf der Trusts und der Monopole wäre."(47)

Wirkt die Gegengewalt der Kolonisierten mit Erfolg, das heißt, führt sie zur Emanzipation von der unmittelbaren Kolonisation, so bedeutet das — Fanon zufolge — längst noch nicht, daß der Kolonialknecht sich total emanzipiert hat. Es geht darum, "diese Welt zu vermenschlichen, die der Imperialismus auf die Stufe des Animalischen herabgedrückt hat."(48) Freiheit bedeutet Freiheit von Mühsal. Der Imperialismus aber hat die Kolonien verwüstet, ihre Kultur destruiert, ihre Naturschätze geraubt.

> "Dieses Europa ist buchstäblich das Werk der Dritten Welt."(49)

Die Überwindung der totalen, die Menschenwürde erniedrigenden Unterentwickeltheit können die Kolonisierten nicht unter den heute bestehenden Arbeitsbedingungen bewerkstelligen. Deswegen glaubt Fanon, daß die Vermenschlichung der Erniedrigten und Beleidigten nur auf internationaler Ebene erreicht werden kann.

> "Das kolossale Werk, den Menschen, den ganzen Menschen zur Welt zu bringen, wird nur mit der Hilfe der europäischen Massen gelingen. Die Massen Europas müssen sich darüber klarwerden, daß sie sich in den kolonialen Fragen oft, allzuoft mit unseren gemeinsamen Herren verbündet haben. Heute müssen sie sich entscheiden, sie müssen aufwachen, zu einem neuen Bewußtsein kommen und ihren verantwortungslosen Dornröschenschlaf ein für allemal aufgeben."(50)

---

40 Engels, F.: Anti—Dühring, in: **MEW**, Bd. 20, Berlin 1962, S. 16 — 303, hierzu S. 150.
41 ibid., S. 148.
42 ibid., S. 155.
43 ibid., S. 154.
44 ibid.
45 Fanon, op. cit., S. 49.
46 ibid., S. 61.
47 ibid., S. 50.
48 ibid., S. 78.
49 ibid., S. 80.
50 ibid., S. 83.

Bruno Fritsch (Hg.):
Entwicklungsländer

NWB, 24, Wirtschaftswissenschaften.
Köln: Kiepenheuer und Witsch, 1968.
460 Seiten, kartoniert 22,80 DM.

Die Absicht des Herausgebers, bei der Zusammenstellung der 19 Aufsätze dieses Readers "einen möglichst umfassenden Überblick über die komplexen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung zu geben" (S. 9), muß als gescheitert angesehen werden, denn Analysen über die wesentlichen Probleme der Dritten Welt sind in diesem Sammelband nicht zu finden. So fehlen etwa Abhandlungen über die imperialistische Politik der kapitalistischen Industrieländer, die historischen Ursachen des underdevelopments, die entwicklungshemmende reaktionäre Sozialstruktur in zahlreichen Ländern der Dritten Welt, die revolutionären Befreiungsbewegungen . . . Doch der Sammelband spiegelt nicht nur die Arroganz der herrschenden Wissenschaft im Umgang mit kritischen Theorien wieder, er offenbart auch, daß der gegenwärtig organisatorisch zersplitterte Wissenschaftsbetrieb nicht fähig ist, die Totalität weltgesellschaftlicher Phänomene zu erfassen, geschweige denn zu deuten. Alle Aufsätze des vorliegenden Bandes sind von Spezialisten (Finanzwissenschaftler, Agrarwissenschaftler, Soziologen, . . .) verfaßt, die die Analyse ihrer spezifischen Probleme nicht mit dem Gesamtkomplex zu vermitteln mögen. Die Rezension wird dieser Ansammlung von Teilaspekten nicht folgen, sondern einerseits auf die zentralen Aufsätze des Bandes, andererseits auf die Aufsätze, die wesentliche Probleme der Dritten Welt hätten behandeln müssen, eingehen.

Im einleitenden ersten Teil "Methodisch–Theoretische Grundlagen" unternimmt Detlef Lorenz den interessanten Versuch, eine Typologie der Entwicklungsländer zu entwickeln. Lorenz weist auf die schlechte methodologische Praxis hin, entweder die Probleme der Dritten Welt nur mit Fallstudien oder mit einer alle Entwicklungsländer umfassenden allgemeinen Theorie der Entwicklungspolitik zu erhellen. Demgegenüber empfiehlt Lorenz die Methode der Typologie. Ausgehend vom Merkmal Größe, das Lorenz vor allem als Wirtschaftspotential definiert, unterscheidet er jeweils drei Ländergruppen unter weltpolitischem, weltwirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Aspekt. Trotz der relativ hohen Aussagekraft dieser Typologie – Lorenz weist das an mehreren Beispielen nach – ist es unbefriedigend, daß Produktionsweise und Sozialstruktur, die für die Möglichkeiten der ökonomischen Emanzipation entscheidenden Faktoren, in der Typologie vernachlässigt werden.

Der erste Titel des ersten Abschnittes des zweiten Teils "Wirtschaftliche Entwicklung und Wandlung der Sozialstruktur" scheint die Analyse dieser Faktoren zu versprechen:

Richard F. Behrendt führt in "Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung" die sozio–ökonomische Stagnation der Dritten Welt auf das traditionale, "nicht–dynamische" Wertmuster dieser Länder zurück. Dementsprechend sieht Behrendt das grundlegende Problem der Emanzipation der Dritten Welt in "der Schaffung der psychosozialen Triebkräfte, Verhaltensweisen und Institutionen für wirtschaftliche Entwicklung . . . " (S. 116). Behrendt behandelt das dynamische Wertmuster als gleichsam unabhängige Variable, er vernachlässigt den Zusammenhang zwischen sozialer Organisation und Produktionsstruktur einer jeweiligen Gesellschaft. Auch die internationalen Aspekte des Entwicklungsproblems sieht Behrendt nicht: dynamischer Kulturwandel kann sich isoliert im nationalen Rahmen vollziehen.

Ebenso übersieht Walther G. Hoffmann in "Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer" den in diesem Zusammenhang wesentlichen Aspekt der Verflechtung der herrschenden Schichten in zahlreichen Ländern der Dritten Welt mit imperialistischen Interessengruppen in den kapitalistischen Industrieländern.

"Ziele, Verfahren und Administration der Entwicklungsplanung" heißt der nächste Abschnitt des zweiten Teils. Hier ist neben zwei recht interessanten Aufsätzen von K. W. Kapp und A. Waterston über Probleme der Planung und einem Aufsatz von A. K. Sen, der verschiedene Kriterien zur Wahl zwischen alternativen Produktionsverfahren diskutiert, vor allem die wohl zentrale Abhandlung dieses Sammelbandes über "Wachstumsmodelle, Input–Output–Analyse und Entwicklungsprogrammierung" von G. Kade zu finden.

Kade untersucht die Frage, "inwieweit die moderne Wachstumstheorie und andere Entwicklungen der neueren ökonomischen Theorie dazu beigetragen haben, den Industrialisierungsprozeß der wirtschaftlich unterentwickelten Länder möglichst rationell zu programmieren." (120) Unter Programmen versteht Kade eine Teilklasse von Optimierungsproblemen, die sich auf die optimale Allokation beschränkter Faktoren beziehen. Dabei umfaßt ein gesamtwirtschaftliches Optimierungsproblem formal drei Dimensionen: Konsistenz, Zulässigkeit und Optimalität des Programms.

Kade analysiert zunächst verschiedene Wachstumsmodelle, vor allem die des Harrod–Domar–Typs, die zwar das Konsistenzproblem, nicht aber das Zulässigkeits– und Optimalitätsproblem gesamtwirtschaftlicher Programme lösen. Entscheidende Fragen der Entwicklungsstrategie, wie Festlegung der Allokationsparameter, der Wachstumsrate, des Kapitalbedarfs, der Investitionsquote und der Sicherung der Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage müssen außerhalb der Wachstumsmodelle gelöst werden.

Die Wachstumsmodelle können nun durch die Input–Output–Analyse ergänzt werden, so daß insbesondere

das Allokationsproblem differenzierter analysiert werden kann; grundsätzlich wird aber die Konsistenzdimension des Programmierungsproblems nicht überschritten. Das Programmierungsproblem wird umfassend erst in den Modellen der linearen und nichtlinearen Programmierung gelöst. Die Anwendung mathematischer Programmierungstechniken befindet sich in Entwicklungsländern allerdings noch im experimentellen Stadium; insbesondere macht das Problem der Datenerfassung und –verarbeitung Schwierigkeiten. Außerdem sind die Beziehungen der Programmierungsmodelle zur Durchsetzung der Pläne bis heute nur ungenügend geklärt. Die Modelle bewegen sich wissenslogisch alle auf analytischer Ebene, sie basieren auf Zielfunktionen, deren logische Implikationen sie aufzeigen, d.h. aber, daß sie nicht einmal den strengen Kriterien des logischen Empirismus genügen, denn sie sind nicht durch tautologische Transformationen aus empirisch gehaltvollen Wachstums– oder Entwicklungstheorien gewonnen worden.

Die Struktur des zentralen Aufsatzes dieses Readers veranschaulicht exemplarisch die Schwäche des gesamten Bandes: die Programmierungsmodelle lösen zwar tendenziell die Frage, wie knappe Produktionsfaktoren optimal zugeordnet werden können, die für die Dritte Welt wohl entscheidende Frage aber, welche nationalen und internationalen gesellschaftlichen Kräfte den ökonomischen Emanzipationsprozeß einleiten, stützen oder hemmen, kann nicht in ökonometrischen Modellen entschieden werden.

Daß der Sammelband diesen Problemen nicht gerecht wird, offenbart neben den restlichen Aufsätzen des zweiten Teils, die Fragen der Bevölkerung, der Landwirtschaft und der Öffentlichen Finanzen gewidmet sind, vor allem auch der dritte Teil, in dem unter dem Titel "Entwicklungsländer und Weltwirtschaft" von Imperialismus nicht einmal in einer Fußnote die Rede ist. Vielmehr untersuchen H. B. Chenery, H. J. Heinemann und W. Guth, wie die auf der Handels– und der Wachstumstheorie basierenden Allokationsprinzipien zu vereinbaren sind, wie das terms of trade–Problem im Zwei–Länder–Zwei–Güter–Modell erfaßt werden kann und wie die Entwicklungshilfe zur Lösung des Rückzahlungsproblems der Dritten Welt beitragen kann.

So bestätigt auch der Band "Entwicklungsländer" in der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek, daß die herrschende Wissenschaft die Wissenschaft der Herrschenden ist. Der Herausgeber schreibt im vierten Teil dieses Bandes, der der Rolle der Wissenschaft gewidmet ist: "Er (der Wissenschaftler) steht nicht länger außerhalb der von ihm analysierten Objektwelt ... Der Wissenschaftler von morgen wird nicht objektiv ... die künftige Wissenschaft wird nicht politisch immun sein." (S. 430). Der von Fritsch selbst herausgegebene Reader bestätigt diese Tendenz schon für die Gegenwart.

Klaus Busch

Rotbücher

RRRRR

Antonella / Decke / Lee / Schmelz
Egbuna /Chima
Nigeria gegen Biafra?

Falsche Alternativen oder über die Verschärfung der Widersprüche im Neokolonialismus
Rotbuch 6. 160 Seiten DM 5.50 (Im Abonnement DM 4.50)

Paul A. Baran / Erich Fried
Gaston Salvatore
Intellektuelle und Sozialismus

Rotbuch 2. 128 Seiten. DM 4.50 (Im Abonnement: DM 3.50)

Aimé Césaire
Über den Kolonialismus

Aus dem Französischen von Monika Kind. Rotbuch 3. 80 Seiten. DM 3.50 (Im Abonnement: DM 2.50)

Mao Tse-tung
Über Praxis und Widerspruch

Nachwort von Hansmartin Kuhn. Rotbuch 5. 96 Seiten. DM 3.50 (Im Abonnement: DM 2.50)

Wolfgang Dreßen
Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch

Rotbuch 7. 160 Seiten. DM 5.50 (Im Abonnement DM 4.50)

Ernesto Che Guevara
Ökonomie und neues Bewußtsein

Schriften zur politischen Ökonomie. Hrsg. von Horst Kurnitzky. Rotbuch 8. 160 Seiten DM 5.50 (Im Abonnement: DM 4.50)

Ernesto Che Guevara
Guerilla – Theorie und Methode

Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros.
Herausgegeben von Horst Kurnitzky. Rotbuch 9. 160 Seiten. DM 5.50 (Im Abonnement: DM 4.50)

Wilfried Gottschalch
Parlamentarismus und Rätedemokratie. Mit einem Lesebuch

Rotbuch 10. 128 Seiten DM 4.50 (Im Abonnement DM 3.50)

Rotbücher im Abonnement

Die »Rotbücher« erscheinen unregelmäßig; etwa 15 Titel im Jahr. Abonnieren Sie die »Rotbücher« in Ihrer Buchhandlung – Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen und sparen an jedem »Rotbuch« DM 1.–. Der Verlag schickt gern den kostenlosen Almanach: Bln. 31, Jenaer Straße 6.

Verlag Klaus Wagenbach

Behandlung von Widersprüchen Kulturrevolution in China

Joachim Schickel:
Große Mauer, Große Methode.
Annäherungen an China.
Stuttgart: Klett Verlag, 1968.
356 S., kart. 28,50 DM.

Oskar Weggel:
Die chinesischen Revolutionskomitees.
Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 25, 1968.
122 S., kart.

Dieter Heinzig:
Von Lushan zur Kulturrevolution.
Ders.:
Die Krise der KP Chinas in der Kulturrevolution.
Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 5 und 68, 1968.
24 u. 41 S., brosch.

Kuo Heng–yü:
Maos Kulturrevolution.
Analyse einer Karikatur.
Pfullingen: Neske Verlag, 1968.
92 S., kart. 7,80 DM.

Klaus Mehnert:
Maos Zweite Revolution.
Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1966.
116 S., brosch.

Giovanni Blumer:
Die chinesische Kulturrevolution 1965/67.
Frankfurt: EVA, 1968.
400 S., kart. 9,– DM

Die "Große Demokratie", deren sich das kulturrevolutionäre China 1966/67 erfreute und die sich in einer Überfülle von informativen, doch inoffiziellen Wandzeitungen, Flugblättern und Zeitungen ausdrückte, versorgte neben den mitgeschnittenen Sendungen der Provinzrundfunkstationen, den offiziellen Publikationen und den Korrespondentenberichten die westlichen Zentren der Chinaforschung mit unerhofftem Material, dessen wissenschaftliche Aufbereitung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. So fehlen naturgemäß noch eingehende Schilderungen und Analysen der Zeit vom Mai 1966 bis zum Oktober 1968. In deutscher Sprache liegen allerdings einige wissenschaftlichen Wert beanspruchende Studien zu Dokumenten und Teilaspekten der Kulturrevolution neben umfangreicheren beschreibenden und analytischen Werken vor. Von letzteren besticht insbesondere Joachim Schickel. Schickel bringt zwar seinen Jüngern, die sich nach Erscheinen seines Aufsatzes in Kursbuch Nr. 9 vom lange angekündigten Buch weitere "Annäherungen an China" erhofft hatten, nichts Neues; lediglich drei den klassischen Sinologen beeindruckende Essays über das Buch der Wandlungen (I–ching) und die Philosophen Lao–tzu und Mo–ti schrieb er erstmals für den vorliegenden Sammelband. Doch es ist von Vorteil, die über Rundfunk und Zeitschriften verstreuten Äußerungen, um wissenschaftliche Apparate ergänzt, vereint zu haben. Sie helfen viel am alten und neuen China enträtseln, doch, wo Schickel philosophisch hochgestochen wird (ganz unähnlich dem bevorzugt zitierten Brecht), geben sie auch manches zu enträtseln auf.

Drei Reisefeuilletons vermitteln den Einstieg. Besprechungen von Jan Myrdals "Bericht aus einem chinesischen Dorf" (München 1966), den 1966er "Hearings before the Committee on Foreign Relations on Policy With Respect to Mainland China" (ein Verdienst Senator Fulbrights, dem langsam aber sicher eine Umorientierung folgt) und von Marcel Granets "La Pensbe Chinoise" (deutsch: Das chinesische Denken", München 1963) sowie zwei kürzere Abhandlungen über die Volkskommunen ("Große Gemeinsamkeit") und linguistische Voraussetzungen, "China von innen" zu verstehen, traktieren den vorurteilsbefangenen Leser und gewinnen dessen Verständnisbereitschaft für die relevanteren Teile des Buches, die Aufsätze "Dialektik in China" I und II, letzterer identisch mit dem erwähnten Aufsatz in Kursbuch 9. Diesen Aufsatz versteht Schickel selbst als "revolutionäres Praktikum in Dialektik".

Mit Brechts Me–ti: "Die große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen stellen, welche das Handeln ermöglichen" (S. 163). Die Frage lautet nicht nur, welche Widersprüche im Volk – zwischen Werktätigen und nationaler Bourgeoisie, kollektiven und individuellen Interessen zwischen Führern und Geführten – zu Widersprüchen zwischen Volk und Feind, d.h. antagonistischen geworden seien, im Frühjahr 1966 lautet die Frage sogar,

> "ob die Konterrevolution, bis dahin ein schlechtes Besonderes im Allgemeinen, welches Revolution ist, deren übergreifende Rolle usurpiert hat ...; ob der Feind des Volkes, bis dahin dessen Antagonist, ihm Freund geworden sein will. Und die Frage wird unausweichlich, ob womöglich die – teils nationalbourgeoise, teils parteibürokratische – Opposition sich den Platz des vorgeblich Allgemeinen so effektiv angemaßt hat, daß die Revolutionäre, wenngleich sie den Platz der Besonderen nur scheinbar besetzen, doch rebellieren müssen (als Revolutionäre Rebellen, Regiment Rote Rebellen usf.), damit sie nicht als Reaktionäre in Erscheinung treten" (S. 175),

wie es seit Jahresbeginn 1967 der Fall wird.

Chieh–fang–chün pao, die Zeitung der Befreiungsarmee, die im April und Mai 1966 die publizistische Führung des maoistischen Angriffs übernahm, diagno-

stizierte nicht nur einen "scharfen Klassenkampf auf kulturellem Gebiet" (18. April 1966), sondern verschärfte: es handle sich nicht nur um "eine bloße Rebellion der Intellektuellen", vielmehr um "ein Ringen auf Leben und Tod", denn "jede konterrevolutionäre Restauration (beginnt) auf geistigem Gebiet" (4. Mai 1966). Schickel geht den Spuren der Konterrevolution nach und nennt ihre intellektuellen Vertreter. Seine Laudatio auf die Sozialistische Erziehungsbewegung auf dem Lande wird in diesem Zusammenhang fragwürdig, bedenkt man die Motive, die Liu Shao–ch'i und die Seinen zur Zustimmung bewogen.

Dem ersten Aspekt Widerspruch und seinen Anwendungen läßt Schickel die Praxis als zweiten Aspekt folgen, die Verwirklichung der permanenten Revolution. Die Permanenzerklärung der Revolution fordert die Revisionisten heraus: "Welch regressives Bewußtsein, das sich dabei beruhigt, die Welt verändert zu haben, das sich schon deshalb bewundert, einmal progressiv gewesen zu sein" (S. 175). "Genosse Mao Tse–tung (widerspricht) der Ansicht, daß in der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft die Notwendigkeit besteht, nur eine technische Revolution durchzuführen, ohne die Notwendigkeit, das soziale System zu revolutionieren", schreibt Wu Chiang schon 1960 in den Pekinger Che–hsüeh yen–chiu (Philosophische Forschung, Heft 6/1960, "Der Sieg der historischen Dialektik"). Solange Widersprüche herrschen "in Gestalt eines Kampfes zwischen den fortschrittlichen und den rückständigen Gruppen im Volk", müssen sie ausgetragen werden, solange sie dauern, währt auch die Revolution. "In Analogie zur Widersprüchlichkeit des Widerspruchs behauptet die Permanenzerklärung der Revolution, daß diese selbst für revolutionär zu erklären sei", "die Dialektik, in ihrem Gebrauch zunächst Theorie der Revolution, schlägt um: die Revolution wird fortan ein Praktikum in Dialektik. Die Revolution ist in Revolution" (S. 200 f.). Revisionismus hingegen muß laut Lenin Flickschusterei aus Klasseninteresse heißen (chinesisch: hsiu–cheng = ausbessern, verschönern).

In seinen "Anwendungen" des zweiten Aspektes illustriert Schickel treffend das Gesetz des "Eins in zwei aufspalten". Ebenso treffen seine Beschreibung Aktion und Funktion der Roten Garden und die Seitenhiebe gegen allzu eilfertige Kommentatoren der westlichen Publizistik. Doch gänzlich entgeht auch Schickel der Eilfertigkeit nicht: er endet seine Analyse mit der "Januarrevolution" 1967, der Zeit der Einsetzung der ersten kulturrevolutionären Machtorgane, und enthebt sich damit der Notwendigkeit, das Scheitern der Roten Garden im Dilemma zwischen dem Rückfall in die Reaktion und revolutionärem Illusionismus ebenso wie den Schiffbruch einzugestehen, den die maoistische Führung bei dem Vorhaben erlitt, die Utopie der Pariser Kommune in China zu realisieren.

Euphorie, Resignation und bis in die Gegenwart anhaltender Widerstand der rotgardistischen Schüler– und Studentengruppen sind bislang ungenügend behandelt. Für die Errichtung, personelle Besetzung und Arbeitsweise der neuen revolutionären Machtorgane liegt jedoch eine eingehende Studie von Oskar Weggel vor. Wo Schickel im revolutionären Hochgefühl verharrt, desillusioniert Weggel: je mühsamer der Prozeß der Großen Koalition und Dreierverbindungen in Gang kommt und die Bildung von Revolutionsausschüssen ermöglicht, desto entschlossener leistet die Armee Nachhilfe oder bestimmt selbständig die personelle Zusammensetzung; das Ideal der Pariser Kommune zerstiebt, Wahlen degenerieren zu Akklamationen; die kulturrevolutionäre Avantgarde, die besser organisierten und theoretisch geschulten unter den Roten Garden und Arbeiterrebellen, begehren auf, resignieren und sammeln sich in oppositionellen Zirkeln, die zur latenten Gefahr für die neuen Herrschaftsorgane werden.

Ausführlich begründet Weggel die Stellung der drei Beteiligten – Massenorganisationen, Kader und Armee – in Theorie und Praxis der neuen Herrschaftsorgane, ebenso deren Struktur, Zuständigkeit und Tätigkeit. Weggel konstatiert, mit der Kulturrevolution habe bis auf weiteres die maoistische "Massenlinie" auch in der Verwaltung gesiegt, anstelle der Partei träten nun die Revolutionsausschüsse als Avantgarde und Anwalt der Massen auf. Der Anspruch besteht zweifellos, doch das massive Auftreten der Armee und die Auferstehung der gesäuberten Bürokraten erzeugen Skepsis ob seiner Realisierung. Die Revolutionsausschüsse, so abschließend Weggel, gäben die gesündeste Basis für den Neu-

Karl Dietrich Bracher

Die deutsche Diktatur

Entstehung, Struktur, Folgen
des Nationalsozialismus. 580 Seiten.
Leinen DM 36,—, Paperback DM 26,—
(Studien-Bibliothek)

Der Titel deutet schon an, daß dieses Standardwerk mehr ist als eine Geschichte des Nationalsozialismus. Dies ist sie natürlich auch und vor allem, aber darüberhinaus ein gelungener Versuch, dieses Phänomen als Konsequenz der deutschen Geschichte zu begreifen. Folgerichtig macht der Historiker Bracher auch nicht beim Jahre 1945 halt. In dem erst bei Drucklegung zu Ende geschriebenen Schlußkapitel werden die neuen Anläufe, die der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nimmt, im historischen Zusammenhang gesehen.

Kiepenheuer & Witsch

aufbau der Partei ab, in ihrer Struktur fänden sich die bewährten Elemente der alten Partei mit den von der Massenlinie postulierten Mechanismen zu einer fast idealen Synthese zusammen – auch dieser Schluß, scheint ein wenig zu optimistisch.

Von ähnlicher Akribie wie Weggels Buch sind zwei kleinere Studien von Dieter Heinzig, dessen erste eine Darstellung der Kritik "jener Autoritäten an der Spitze, die den kapitalistischen Weg gehen", wiedergibt. In diese Kritik wurde auch der abgelöste Verteidigungsminister P'eng Teh–huai einbezogen. Genau acht Jahre nach der Ablösung P'engs brachten Rotgardistenzeitungen das Schreiben in die Öffentlichkeit, das P'eng am 14. Juli 1959, während die Führungsspitze das Lushan–Plenum vorbereitete, an Mao Tse–tung richtete. P'engs vorsichtig formulierte Kritik an 1958 zu hastig vorangetriebenen Investitionsprojekten, mangelnder Verteilung von Konsumgütern, übertreibungssüchtigen Planern und Statistikern rechtfertigt prima facie kaum Heinzigs "trostloses Bild", das P'eng von der chinesischen Volkswirtschaft entwerfe. Vom Scheitern der "Politik der Drei Roten Banner" (Generallinie des sozialistischen Aufbaus, Großer Sprung nach vorn, Volkskommunen) zu sprechen, scheint heute kaum noch gerechtfertigt (vgl. Max Biehl, Die chinesischen Volkskommunen im Großen Sprung und danach, Hamburg 1965). So bestätigt auch P'eng Teh–huai, daß die zu hastig betriebenen Aufbauvorhaben "letztlich für den Aufbau im Landesmaßstab gebraucht" würden und allmählich Gewinn brächten, daß die Stahlöfen im Hinterhof zwar beträchtliche Ressourcen vergeudeten, doch das technische Begriffsvermögen der ländlichen Massen ausbildeten – abgesehen davon, daß die für Schaufeln, Äxte, Schubkarrenachsen usw. bestehende krasse Produktionslücke auf überraschende Weise gefüllt wurde.

Brisanter wird P'engs Kritik bei Anprangerung des "kleinbürgerlichen Fanatismus", der "linke" Tendenzen befördert habe:

> "Wir wollten immer mit einem einzigen Schritt in den Kommunismus eintreten . . . Das Gesetz über den Austausch gleicher Werte wurde zum Beispiel voreilig negiert, und die freie Versorgung mit Lebensmitteln wurde zu früh eingeführt . . .
>
> . . . Nach Ansicht einiger Genossen konnte alles dadurch ersetzt werden, daß man die 'Politik an erste Stelle setzte'. Sie vergaßen, daß das 'Politik–an–erste–Stelle–Setzen' bezweckte, das Arbeitsbewußtsein zu erhöhen, die Verbesserung der Erzeugnisse sowohl quantitativ als auch qualitativ zu garantieren sowie der Begeisterung und den schöpferischen Fähigkeiten der Massen freien Lauf zu lassen, um unseren Wirtschaftsaufbau zu beschleunigen. Das 'Politik–an–erste–Stelle–Setzen' ist kein Ersatz für wirtschaftliche Grundsätze und noch weniger für die konkreten Maßnahmen bei der Wirtschaftstätigkeit." (Übersetzung von Heinzig, S. 22)

Der kulturrevolutionäre Wahlspruch "Die Revolution anpacken **und** die Produktion vorantreiben", von dessen Erfolg die Produktionsziffern zeugen, scheint P'engs Kritik zu spiegeln. Das axiomatische Postulat "rot und fachkundig" setzt nicht, wie Heinzig meint, Prioritäten. In der Praxis gilt es allerdings, "kleinbürgerlichem Fanatismus" – wie dem teils allzu radikalen Vorgehen der Roten Garden in den Produktionsanlagen im Winter 1966/67 – als auch "rechten konservativen Ideen" – wie der "ökonomistischen" Prämien– und Kreditvergabe der Parteikader an die Arbeiter als Antwort auf das rotgardistische Vorgehen – zu steuern.

P'engs Schreiben allein erklärt die Ablösung des Ministers nicht, ebenso wenig wie Heinzigs Einschätzung, Maos Haltung ließe "auf einen schon damals stark entwickelten Glauben an die eigene Unfehlbarkeit schließen". Zur Entscheidung stand nach der Hundert–Blumen–Bewegung ebenso wie in der Kulturrevolution der Antagonismus: revisionistische Evolution oder permanente Revolution. Beide Alternativen müssen nicht auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas gehen, zu beantworten wäre, welcher Weg geeigneter ist, die geistige und materielle Emanzipation der chinesischen Massen voranzutreiben.

Heinzigs zweite Studie charakterisiert die Lage der Kommunistischen Partei in der Kulturrevolution und die Anstrengungen zu ihrem Neuaufbau. Ein Mangel ist hierbei die Vereinfachung der Erziehungsbewegungen zwischen 1962 und 1965. Schlicht falsch ist Heinzigs These von einem "Führungszentrum" der Roten Garden. Gut belegt der Autor allerdings die seit Frühjahr 1968 wachsende Frustration der jugendlichen Avantgarde. Der eigentlichen Kernthese Heinzigs und dem Fazit seiner Parteistudie ist zuzustimmen:

> "Wenn die Reform der Kommunistischen Partei Chinas wirklich das Zentralproblem der Kulturrevolution darstellt . . . so ist die Kulturrevolution gegenwärtig noch weit von ihrem Endsieg entfernt." (S. 41)

Eine orginelle und dabei gründlich gearbeitete und informative Studie trägt Kuo Heng–yü bei mit seiner Analyse einer seit Ende Februar 1967 in Rotgardistenzeitungen verbreiteten Karikatur der "Hundert widerlichen Clowns". Nach einer straffen Darlegung der kulturrevolutionären Vorgeschichte seit dem Lushan–Plenum würdigt Kuo die hundert Karikierten und ihre revisionistischen "Verbrechen", unterteilt in die Gruppen um P'eng Chen und Lu Ting–yi, Teng Hsiao–p'ing und T'ao Chu, den "Chruschtschow Südchinas", kometengleich im Juni 1966 in die oberste Führung der Kulturrevolution aufgestiegen und schon im Januar 1967 gestürzt, schließlich das "Hauptquartier" um Liu Shao–ch'i. Auch wenn die Schlußthese Kuos (Mao "scheint so gut wie keine Chance mehr zu haben") verfrüht erscheint, so bleibt doch seine Analyse ein äußerst prägnanter und verläßlicher Überblick über die Zeit vom Frühjahr 1966 bis zum Sommeranfang 1967, gut ergänzt durch den Abdruck von Liu Shao–ch'is Selbstkritik vom 9. Juli 1967.

Klaus Mehnert pflegt alle Konkurrenten in der Schnelligkeit publizistischer Analyse zu übertreffen: einige Dokumente werden gesammelt, ein Vorwort geschu-

stert, und schon haben wir ein Buch. Die Dokumente schließen ein Yao Wen–yüans Angriff gegen das "Drei–Familien–Dorf", die Polemik gegen P'eng Chen und Chou Yang, Beschluß und Kommuniqué des 11. Plenums sowie Kommentare aus der Sowjetunion, DDR und Polen. Mit der Mehnertschen These, Mao stelle Marx auf den Kopf, indem er nicht "erst das gesellschaftliche Sein, die materielle Umgebung also "ändere, sondern "erst die Veränderung des Bewußtseins" fordere, "er will einen höheren Lebensstandard nur den 'neuen Menschen' anvertrauen", räumt Schickel auf (S. 191 f.).

Im Gefolge des sino–sowjetischen Bruches hatten auch die Sprachlehrer und –hilfskräfte aus den sozialistischen Ländern China zu verlassen, ihren Platz freimachend für Experten aus westlichen Ländern, genauer gesagt, den Ländern der "ersten Zwischenzone" Lin Piaoscher Definition, aus Westeuropa, Kanada, Australien und Neuseeland. Giovanni Blumer ist einer von ihnen. Seine jahrelange Tätigkeit am Shanghaier Fremdspracheninstitut, Kenntnis der chinesischen Sprache und Schrift und Kontaktfreudigkeit zu seinen chinesischen Schülern und Studenten mögen ihn die harten Kriterien Joachim Schickels erfüllen lassen und ihn für die Beschreibung eines "China von innen" qualifizieren, noch dazu des kulturrevolutionären China. Blumers Buch hat seinen großen Wert als Augenzeugenbericht vor allem der Roten Garden in Peking und Shanghai, aber auch als vorurteilsfreies Bemühen, "revolutionsimmanent" zu argumentieren. Seine große Schwäche ist die vieler westlicher Sympathisanten des neuen China: eine apologetische Fülle, die ans Schwätzen grenzt. Die Nutzanwendung des Blumerschen Epos ist sehr begrenzt. Die Fülle des Materials und der Impressionen bleibt weitgehend ungeordnet, die Sprache ist schwerfällig, und geradezu grob fahrlässig wird Blumer bei der Wiedergabe chinesischer Namen und Begriffe.

Was soll man von Blumers interessanten Mitteilungen halten über sowjetische Forderungen nach einem Luftkorridor über Chinas Westprovinzen, wenn er hier Edward Crankshaws unbestätigte Behauptungen für seine These nützt, Bugonovic' ihm widersprechende Zeitungsente aber als solche entlarvt? (S. 39, 164 ff.) Welchen Wert haben die Hinweise auf Sitzungen des Politbüros oder seines Ständigen Ausschusses vom September 1965, Dezember 1965, Februar, März, April und Mai 1966, auf wenig respektvolle Unterhaltungen P'eng Chens mit Mao höchstpersönlich, wenn jeder Quellenhinweis unterbleibt (S. 36, 38, 55 usf.)? Hat Blumer die Informationen aus Gesprächen oder Wandzeitungen? Wenn ja, dann fehlen Hinweise auf Zeit, Ort und Glaubwürdigkeit! Woher hat Blumer den Text der Wandzeitungen Mao Tse–tungs vom 5. August 1968, die Mao im Tagungsgebäude des 11. ZK–Plenums anschlagen und die Liu Shao–ch'i nach dessen Eingeständnis (vgl. die bei Kuo abgedruckte Selbstkritik) zurückweichen ließ (S. 172), woher seine Details über den Wuhan–Zwischenfall (S. 336 ff)?

Peinlich und albern wirkt die oft unreflektierte Übernahme des kulturrevolutionären Vokabulars aus dem Chinesischen; unreflektiert erscheint auch die schematische Wiedergabe der Kritik an T'ao Chu (S. 266), das "Wohlwollen", mit dem sich "die Mehrheit der Bevölkerung . . . der neuartigen Tätigkeit ihrer Söhne und Töchter widmete" (S. 230), die "zurückhaltende Sympathie" der Arbeiter gegenüber den Roten Garden (S. 236). Unbefriedigend bleibt Blumers Schilderung der militärischen Teilhabe an der "Januarrevolution", ebenso unbefriedigend die Darlegung der Struktur der neuen Herrschaftsorgane und die Rolle des Jugendverbandes bei der "Auswahl" revolutionärer Jugendlicher (S. 129 f., 188). Plastisch und verwertbar werden Blumers Mitteilungen, wo er aus eigener Anschauung berichtet: der Startschuß zur Kulturrevolution an der berühmten Peita, der Pekinger Universität (25. Mai bis 4. Juni 1966, S. 91–101, 132 ff.), die an den Universitäten und Fachschulen aufbrechende Spontaneität und Verwirrung gegenüber einem unsicher weil weisungslos gewordenen Parteiapparat, das Vorgehen der Aktionsgruppen gegen die studentischen Rebellen und deren Rache bei der Suche nach "schwarzem Material", das Lavieren des Parteiapparates in Shanghai, seine "ökonomistischen" Bestechungsversuche und die Reaktion der Arbeiter auf die hemmungslose Herrschaftskritik. Das Dilemma Blumers und mit ihm das Dilemma der rotgardistischen Rebellen und ihrer linksradikalen Protektoren in der maoistischen Führung offenbarte sich in der Folge des Wuhan–Zwischenfalls – einem

Neu & aktuell

Mechtild Fülles
Frauen in Partei und Parlament

160 Seiten, mit Tabellen und Schaubildern

Leinen DM 14,50

Verlag Wissenschaft und Politik · Köln

zähen und bis an den Rand des Blutvergießens führenden Kräftemessen zwischen dem auf Ordnung und Stabilität bedachten Provinzmilitär und der maoistischen Führung —, den Chou En—lai zwar äußerlich zugunsten der Gruppe Kulturrevolution entschied, doch der bewirkte, dem Militär schärfere Mittel bei der Durchsetzung der neuen Herrschaftsordnung zuzubilligen und die jetzt "anarchisch" und "sektiererhaft" verschrien, permanent rebellierenden Roten Garden zu disziplinieren (Blumer S. 336 ff.). Der Vorstoß der rasch gesäuberten "Ultralinken" Wang Li, Kuan Feng, Ch'i Pen—yü, ganz unbeteiligt war wohl auch Chiang Ch'ing (Frau Mao) nicht, gegen die "bürgerliche Linie in der Armee" kam über die Veröffentlichung der Materialien gegen P'eng Teh—huai nicht hinaus. Der theoretischen Zielsetzung der Kulturrevolution wäre ein Übergreifen der Herrschaftskritik und antibürokratischen Umwälzung auf den militärischen Apparat nur konsequent gewesen, doch wo in Wuhan das Land tatsächlich an den Rand des Bürgerkrieges geraten war, siegte die Staatsraison über die Utopie.

Konsolidierung und Disziplinierung und militärisches Engagement befriedigten die aktivistischen Roten Garden und maoistischen Theoretiker nicht. Das Erlebnis der Revolution hatte ihr Selbstbewußtsein gestärkt und ihr Mißtrauen aller etablierten Autorität gegenüber geweckt. Die schulische und universitäre Jugend, zu Provokation und Rebellion gerufen, meuterte, als sie zu konstruktiver Reformarbeit in Schulen und Universitäten zurückkehren sollte. Die Frustration der rotgardistischen Aktivitas traf und trifft sich mit dem Zynismus der vormals engagierten Parteijugend, mit dem Anarchismus der Mehrheit der "losgelassenen" Jugend, mit den verbitterten, weil ihrer Privilegien beraubten bürgerlichen Jugendlichen zu einer neuen avantgardistischen Strömung, "ultraradikal" und "extrem links", die seit dem Spätsommer 1967 bis heute die maoistische Führung, genauer ihren auf Mäßigung bedachten Teil, und die neuen Herrschaftsorgane irritiert.
Die physische Dynamik der Roten Garden ließ sich mühsam unter Kontrolle bringen, ihre ideologische Dynamik bleibt virulent. Die von der maoistischen Führung forcierte Revolutionierung und Proletarisierung der chinesischen Gesellschaft nach dem Vorbild der Pariser Kommune, die Praxis der Großen Demokratie, die ungehemmte Entmachtung der revisionistischen Herrschaftsträger und ihrer bürgerlichen Kollaborateure ließ in der avantgardistischen Jugend das utopische Ideal einer egalitären und repressionsfreien Gesellschaft in greifbare Nähe rücken. Sie vergaß darüber die mangelnde Reife Chinas für die Verwirklichung dieser Utopie. Die Roten Garden begeisterten sich für einen revolutionären Sprung vorwärts, auch wenn die maoistische Führung die Euphorie des Jahres 1958, die Euphorie des Sprunges in die kommunistische Gesellschaft, offiziell nicht wiederholte. An der Feststellung Mao Tse—tungs, die Verwirklichung des Kommunismus werde die Arbeit von Generationen sein, rüttelte auch die Kulturrevolution nicht.

Dietmar Albrecht

Enzo Colotti:
Storia della Due Germanie — 1945—1968.

Torino: Einaudi, 1968.
XXV, 1122 S., Leinen 10.000 Lire.

Einer der besten Kenner deutscher Zustände, zugleich einer der unorthodoxesten Vertreter des neuen italienischen Marxismus, hat eine "Geschichte der beiden Deutschland" vorgelegt, von der nur eines zu hoffen ist: sie fände schnell einen deutschen Verleger und ebenso schnell Eingang in die historiographische und in die politische Diskussion sowohl in Westdeutschland wie in der DDR. Und dies nicht nur des häufig erwähnten Reizes wegen, den die Darstellung eigener Probleme aus fremder Sicht hervorbringen kann. Wichtiger ist der methodologische und analytische Beitrag, den Collotti mit seiner umfangreichen Arbeit liefert: sonst getrennt behandelte und an der Oberfläche getrennt erscheinende Vorgänge (Bildung und Konsolidierung der BRD im Westen, der DDR im Osten) als einen einheitlichen Prozeß der Spaltung und des Konflikts einer ehemaligen Nationalgesellschaft zu schildern. Diese Sicht allein schlägt die Borniertheit der üblichen Gegenüberstellung eines Staats höheren Rechts und höherer geschichtlich—politischer Bedeutsamkeit (BRD) mit einem Staat (DDR), dem man gerne minderes Recht und minderwertige Existenz zusprechen möchte; und im gleichen Zug die Abstraktheit der Unterscheidung zwischen einem reinen, fortschrittlichen, harmonischen Gemeinwesen (DDR) und einem unsauberen, reaktionären, zerrissenen Gebilde (BRD). So ist speziell die DDR für Collotti keineswegs "der Staat, der nicht sein darf" und dennoch sozusagen ontologisch immer mehr "ist". Nach seiner Ansicht müssen vielmehr beide Staaten sein und sich in entgegengesetzter Richtung entwickeln, solange Klassenkampf und Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus international stattfinden. Als — teils schlechte — Reproduktion des internationalen Konflikts(des "kalten Kriegs") in einem beschränkten und eingeengten nationalen Rahmen stellen die beiden deutschen Staaten also zwei grundsätzliche und grundgegensätzliche Richtungen in der Entwicklung der internationalen Gesellschaft dar. Nur daß gerade die Beschränkung auf den nationalen Rahmen, die streckenweise absurde, polemische Bezogenheit der beiden Staaten aufeinander die Kontinuität autoritärer und kleinbürgerlicher Komponenten impliziert, die für die Geschichte der deutschen "Nation" kennzeichnend waren und nunmehr durch die Austragung des Kalten Kriegs auf deutschem Boden eine entsprechende Wiedergeburt und eine unumgängliche Verschärfung erfahren. Das bedeutet, daß für Collotti die autoritäre Fehlbildung nicht nur für die Bundesrepublik gilt. Überzeugend (weil nicht antikommunistisch totschlagend) stellt er deren ostdeutsche Fassung dar und die daraus resultierende Verzögerung im Aufbau des Sozialismus und in der Verwirklichung einer emanzipierten Gesellschaft in Deutschland. Die "Krise der deutschen Arbeiterbewegung" erhält auf diese Weise in der Schlußbilanz den umfassenden Charakter einer Krise der revolutionären Veränderung und be-

zieht neben den westdeutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen auch die Organisation und die Praxis des deutschen Arbeiter– und Bauern–Staates ein.

Es versteht sich, daß es Collotti nicht primär um Staats–, Haupt– und Parteiaktionen geht. Gewiß schreibt er ausführlich auch über Wege und Irrwege des jeweiligen Parteisystems in den beiden deutschen Staaten. Er fügt diese Systeme aber konkret in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ein: die Parteien (und die anderen Verbände) zeigen sich derart als politischer Ausdruck sozialer Bewegungen oder als politisches Mittel wirtschaftlicher Prozesse und Kräfte. Und zwar jenseits des üblichen Modells der Pluralität oder des üblichen Musters der Treue zum Grundgesetz. So wird die Geschichte der SPD gekoppelt mit der Geschichte der KPD und der DFU; die Involution der SPD in Verbindung gebracht mit den politischen Konsequenzen der Bildung einer Neuen Linken und der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung. Was in unseren gängigen Darstellungen nebenher unter dem Aspekt der so genannten innerparteilichen Demokratie und der Problematik sozialdemokratischer Toleranz behandelt wird – z.B. die Auseinandersetzung SPD–SDS Anfang der 60er Jahre – gewinnt bei Collotti einen fundamentalen Charakter für die Beurteilung der gesellschaftlichen Position und der gesellschaftlichen Rolle der deutschen Sozialdemokratie.

Collottis Vorzüge werden erst in einem Vergleich mit westdeutschen Darstellungen unserer jüngsten Vergangenheit und unserer Gegenwart deutlich. Das gleiche gilt aber bei dem Vergleich seiner Kapitel über die DDR mit entsprechenden ostdeutschen Arbeiten. Nicht nur die stupide westdeutsche Polemik, sondern selbst die DDR–Selbstdarstellung und Selbstbestätigung erfahren in Collottis Ausführungen ihre kritische Widerlegung und ihre notwendige Kritik. Gemeint ist hier nicht etwa nur die Präzisierung über die Fehlentscheidungen der SED (über die zuweilen durchaus selbstkritisch in der DDR berichtet wird); auch nicht die Hinweise auf exemplarische Verfilzungsformen von preußischen Derivaten, sozialdemokratischen Traditionen und stalinistischen Restbeständen in der ostdeutschen Politik (von letzterer ist bei uns immer wieder die Rede, von den beiden ersten spricht man nicht gerne). Vielmehr unterscheidet sich Collottis Arbeit von der DDR–Historiographie (etwa von Stefan Doernbergs: Kurze Geschichte der DDR, Dietz Verlag Berlin, 1965) in der Gesamtperspektive: bei Collotti erscheint die DDR als ein noch im Gang befindliches, durch Rückschläge gebremstes, wirtschaftlich schwieriges und überdies von der erwähnten Verbindung deutscher Tradition mit stalinistischer Praktik verschobenes Experiment einer sozialistischen Gesellschaft: während bei Doernberg die DDR als schon vollzogener Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, noch gröber: vom deutschen Monopolkapitalismus zur besten deutschen Staatsform aller Geschichtsepochen (Beispiel: "Der erste deutsche Friedensstaat" – was stimmen mag, wäre es nicht apologetisch gemeint) einfach da steht. Und sie unterscheidet sich von DDR–Publikationen in der Methode. Die DDR–Historiographie – dialektisch verfahrend in der Behandlung der BRD und der kapitalistischen Welt – hat in der Eigendarstellung bekanntlich den Boden der materialistischen Dialektik verlassen und ohne viel Nachdenken die klassischen idealistischen Kategorien der bürgerlichen Wissenschaft übernommen: statt Probleme präsentiert sie freudig verpflichteten Patriotismus; statt innerer Schwierigkeiten im Übergang zum Sozialismus – das zurückbleibende politische Bewußtsein einiger Bevölkerungsgruppen; statt Widersprüchen im Volke – den Eingriff des Klassenfeinds von außen. Collotti bleibt auch in der Analyse des ostdeutschen Staats ein Marxist. Er untermauert die Schwierigkeiten und Mängel der DDR, die sich aus der internationalen Konfliktsituation ergeben (Nicht–Anerkennung usw.) mit den Schwierigkeiten und Widersprüchen, die unmittelbar und an der gesellschaftlichen Basis mit den Konflikten innerhalb der neuen DDR–Gesellschaft zusammenhängen und gerade durch den revolutionären Übergang bedingt sind. Dadurch verschiebt sich auch das Gewicht, das auf einzelne Erscheinungen gelegt wird. Anders als z.B. Doernberg, verliert Collotti kaum ein Wort über so be-

Sozialistische Korrespondenz

Sozialistische Korrespondenz – SK bringt Kommentare – Berichte – Informationen aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung sowie den Gewerkschaften des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten sozialistischen Politikern.

In der SK schrieben u.a. oder gaben Interviews:

Prof. Dr. Dr. Karl Bechert (MdB), Rudolf Kaffka (MdB), Hans Schweitzer (MdL), Bezirksleiter der IG Chemie in Rheinland-Pfalz, Philipp Pleß (MdL), DGB-Vorsitzender Hessen, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frank Allaun (MP), Vorstandsmitglied der englischen Labour Party, William Wilson, englischer Labour-Abgeordneter, Professor Gunnar Myrdal, schwedischer Wirtschaftswissenschaftler, Beniamino Finocchiaro, Parlamentsabgeordneter der Sozialistischen Partei Italiens.

Die SK berichtete in letzter Zeit über den Parteikongreß der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei Frankreichs, den internationalen Vietnam-Kongreß in Stockholm, den Kampf der Labour-Linken gegen die antigewerkschaftliche Gesetzgebung der Wilson-Regierung.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich Porto.
Probeexemplare und Bestellungen an:

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260 546

deutsam sein sollende Themen wie die Losung "Deutsche an einen Tisch" oder "Volkskampf gegen Bonns Kriegsverträge" (bei Doernberg, S. 192 ff. und 246 ff.). Um so eingehender beschäftigt er sich mit der "Transformation der industriellen Basis", die die bekannten Mängel der ehemals mitteldeutschen Gebiete kompensieren soll, und mit Reorganisation der Produktion. Spricht Doernberg (und schreibt das Neue Deutschland) von der Kollektivierung der Landwirtschaft als von dem "sozialistischen Frühling auf dem Dorfe" (Doernberg S. 382 ff.) und schildert – eben idealistisch und im idyllischen Stil des Hardenberg – von der Überzeugungsarbeit der Partei bei den Bauern, so berichtet Collotti exakt und unbekümmert um politische Sympathie (die sonst fraglos der DDR gilt) von der Härte und der überspitzten Form des Klassenkampfs auf dem Land. Nicht das Anhören von Rias-Sendungen machte nach seiner Ansicht die Kollektivierung der Landwirtschaft zu einem, für viele Bauern schmerzlichen Eingriff, sondern der Gegensatz zwischen sozialistischer Perspektive und bäuerlichem Eigentumsdenken und die sozialen Spannungen im komplizierten Zusammenhang von städtisch-proletarischen Interessen, Landarbeiter-Lage und den Interessen der besitzenden Bauern. "Die Transformation auf dem Lande" (S. 975 ff.) gehört zu den besten Abschnitten des Buchs – auch in der Schlußbemerkung, daß diese Transformation (im Westen immer noch als Bauernlegen bezeichnet) die wichtigste und in der sozialistischen Perspektive auch ökonomisch am besten gelungene, revolutionäre Veränderung in der Geschichte der DDR gewesen ist.

Den Gepflogenheiten des akademischen Lebens gemäß seien aber auch einige Mängel des Buchs erwähnt. In dem der Nationalen Volksarmee gewidmeten Abschnitt (808 ff.) vermißt man genau die Seite, die sonst die Stärke der ganzen Arbeit ausmacht: die gesellschaftliche und ökonomische Analyse der DDR-Rüstung und vor allem der Rolle und des Gewichts des militärischen Führungsstabes – z.B. in einer unerläßlichen Gegenüberstellung mit der Rolle und der Bedeutung der Bundeswehr in Westdeutschland. Zu kurz geraten ist auch die Behandlung der Gewerkschaften in der DDR (8 Seiten, gegenüber 50 Seiten für den DGB!). Auf der Seite der BRD fehlt eine zusammenhängende Darstellung der Struktur, Tätigkeit und des politischen Gewichts der Unternehmerverbände. Den Vertriebsverbänden wird hingegen zu viel Gewicht beigemessen (S. 623 ff.). Überdies: die Koppelung Vertriebenenverbände-Revanchismus liegt zwar nahe, sie verschleiert aber den Sachverhalt, daß nicht die Rückkehrwünsche der Vertriebenen die "Friedenspolitik" der Bundesrepublik zu einer bloßen Ideologie machen, sondern die Expansionstendenzen der deutschen Wirtschaft. Ob Ostgebiete "befreit" werden sollen, entscheidet letzten Endes (es versteht sich: möchte gerne entscheiden) eher der BDI als die Sudetendeutsche Landsmannschaft.

Die Vorzüge überwiegen aber eindeutig. Zu ihnen gehört auch, daß der Autor als Italiener sich den landesüblichen Rücksichten nicht zu beugen braucht, die deutsche Betulichkeit im Umgang mit noch nicht Verstorbenen meiden und Mißstände sozusagen bei voller Namensnennung aufzeigen kann. Man vergleiche etwa die unbekümmerte Art, wie Collotti Georg Lebers Durchbruch im DGB schildert und diesen Leber-Erfolg nüchtern-objektiv als Einbruch des faschistisch korporativen Modells in einer sozialdemokratischen Gewerkschaft analysiert (z.B. 547 ff.). Oder die ebenso nüchterne Art, wie er G. Zehms "Welt"-ergüsse anläßlich des Nahostkonflikts 1967 als pervertierten Rassismus entlarvt (S. 757 f.). Prägnant faßt er zuweilen ganze Probleme und ganze Mechanismen der Herrschaft in einem Satz: "Der DGB war in seinem Kampf gegen die Regierungspolitik nie bereit, außerparlamentarische Aktionen zu fördern und auf die direkte Massenaktion zu setzen" (552 f.).

Ebenso prägnant überprüft er die Veränderungen, die im westdeutschen Staatsapparat und -gefüge stattgefunden haben:

Auf einigen Seiten zerstört er die Illusionen all derer, die in der Periode des organisierten Kapitalismus immer noch von der Restauration des wahren Parlamentismus in Deutschland schwärmen (173 ff.).

Collottis Zukunftsperspektive ist die Perspektive der Arbeit an der Überwindung bestehender Verhältnisse – in der BRD wie in der DDR. Er nennt einige "Mindestbedingungen", ohne die die Arbeit unmöglich wäre: die Anerkennung zweier deutscher Staaten, die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, sprich Abschaffung der bestehenden Militärblöcke und der Weltteilung und -aufteilung. Danach aber beginnt die Praxis: "im Osten gegen die bürokratische Degeneration des Sozialismus; im Westen gegen die Gewalttätigkeit und die konformistische Repression des kapitalistischen Regimes" (1108).

Gesucht wird: ein mutiger Verlag.

Johannes Agnoli

Revolution und Räte II

Tankred Dorst, Helmut Neubauer (Hg.):
Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentare.

Frankfurt/M.: edition suhrkamp, Bd. 178, 1966.
192 Seiten, kartoniert 3,– DM.

Allan Mitchell:
Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik.

München: C. H. Beck, 1967.
321 Seiten, Leinen 28,– DM.

Karl Bosl (Hg.):
Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen.

München, Wien: R. Oldenbourg, 1969.
603 Seiten, Leinen 58,– DM.

Kurt Eisner:
Die halbe Macht den Räten. Ausgewählte Aufsätze und Reden, eingeleitet und herausgegeben von Renate und Gerhard Schmolze.
Köln: Jakob Hegner, 1969.
292 Seiten, Leinen 15,80 DM, kartoniert 8,80 DM.
Partisan Nr. 2:
Räte und Anarchismus.
Hamburg: o. J.
148 Seiten, kartoniert 1,80 DM.

Die Revolution in Bayern ist mit Vorliebe eine "Literatenrevolution" genannt worden (1). Diese, an einem auffallenden Merkmal orientierte Ansicht verführt jedoch zu einer verkürzten Perspektive, weil die Aufmerksamkeit zu sehr auf die handelnden Personen gelenkt und gleichzeitig von den konkreten Verhältnissen, in denen sie handeln, abstrahiert wird. Dies gilt in hohem Maße für den von Dorst und Neubauer herausgegebenen Dokumentenband. Von der Räterepublik selbst ist – abgesehen vom Anhang – nicht die Rede; es wird lediglich gezeigt, wie sich die Räterepublik in den Zeugnissen von Zeitgenossen spiegelt. Es handelt sich um eine Blütenlese von Stellungnahmen und Impressionen, die unvermittelt aneinander gereiht sind. Grundsätzliches (G. Landauers "Aufruf zum Sozialismus") steht neben Tagebuchaufzeichnungen, Rilke steht neben Lenin. Der "Kommentar" von H. Neubauer kommentiert nicht, sondern gibt einen kurzgefaßten geschichtlichen Überblick über die bayerische Revolution. Wer sich über die Münchener Räterepublik informieren will, wird enttäuscht. Brauchbare Informationen bietet Allan Mitchells Werk über die Revolution in Bayern. Mitchell hat sich bemüht, "eine zuverlässige Darstellung des Geschehens zu bieten." (S. XI) Zwar betont Mitchell auch das personale Element – er widmet der Person Eisners ein ganzes Kapitel –, sucht aber letztlich die Ursachen für die Revolution in der bayerischen Entwicklung: indem die Revolution dem Trend zum parlamentarischen Parteiensystem zum Durchbruch verhalf, sei sie "keineswegs eine Abirrung von der Tradition, . . . vielmehr die Vollendung der Reformen" gewesen (S. 1). Der Krieg hat Wesentliches zur Förderung einer revolutionären Situation beigetragen, nicht nur durch die sich ausbreitende Friedenssehnsucht, sondern auch durch die Verschärfung der sozialen Lage: die Hof– und Residenzstadt München wurde proletarisiert, weil Kriegsindustrie (Krupp) angesiedelt wurde. "Die Revolution", resümiert Mitchell, "mag nicht notwendig gewesen sein, zufällig war sie indessen nicht." (S. 28)
Allerdings bestanden zwischen Berlin und München einige Unterschiede. Wenn man von einigen bayerischen Besonderheiten absieht, fehlte in München vor allem ein organisierter radikaler Flügel der USPD, der den Berliner revolutionären Obleuten vergleichbar gewesen wäre. Der Grund ist in der fehlenden proletarischen

1 vgl. z.B. Paul Pörtner: "The Writers' Revolution. Munich 1918 – 19", in: **Journal of Contemporary History**, Vol. 3 Nr. 4/1968 S. 137–151.

A. Glucksmann, A. Gorz
E. Mandel, J.-M. Vincent
Revolution Frankreich 1968
Ergebnisse und Perspektiven
176 Seiten, kartoniert 9 DM
provokativ

Die Autoren dieses Bandes sehen die Ereignisse im Mai als die nicht überraschende, aber in ihrer sinnlich manifesten Relevanz für die sozialistische Bewegung höchst bedeutsame Bestätigung ihrer seit Jahren vorgetragenen Analysen der Widersprüche in den kapitalistischen Gesellschaften, die vom bürgerlichen Staat nach wie vor nicht zu lösen sind. Diesen Prozeß verfolgt insbesondere J.-M. Vincent anhand der Geschichte des Gaullismus.
Ernest Mandel analysiert vor allem die ökonomischen Ursachen revolutionärer Entwicklungen im zeitgenossischen Spätkapitalismus und die Bedingungen und angemessenen Organisationsformen für deren Gelingen.
André Gorz illustriert an den Ereignissen über die Kritik an den bestehenden sozialistischen Organisationen hinaus die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, ohne die die Spontaneität revolutionärer Bewegungen an der Vereinzelung ihrer Beteiligten wie an der organisierten Staatsgewalt scheitern müßte.
Der Aufsatz von A.Glucksmann enthält unter anderem den Versuch einer Typologie der spontan entstandenen Ansätze zu revolutionären Organisationsformen.

Ernest Mandel
Die deutsche Wirtschaftskrise
Lehren der Rezession 1966/67
58 Seiten, kartoniert 3 DM
provokativ

Kapitalismus und Pressefreiheit
Am Beispiel Springer
Herausgegeben im Auftrag des Republikanischen Clubs Berlin von Peter Brokmeier
196 Seiten, kartoniert 9 DM
provokativ

Kurt Johannson
Vom Starfighter zum Phantom
112 Seiten, kartoniert 7 DM
provokativ

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt/Main 70 – Postfach 270

Basis zu suchen, was Mitchell nicht ausdrücklich erwähnt, sich aber aus dem vorher Gesagten ergibt. Diese Situation machte es erst Leuten wie Eisner möglich, eine führende Rolle zu spielen, und erklärt auch den eigentümlichen Charakter der Eisnerschen Rätekonzeption: während die revolutionären Arbeiter in Berlin wirtschaftliche und politische Räte als Einheit sahen und das Rätesystem ohne gleichzeitige Solidarisierung sich gar nicht verwirklichen ließ, sah Eisner in den Räten lediglich ein Mittel zur Demokratisierung der politischen Willensbildung, nicht einen Hebel für die ökonomische Transformation. Im Gegenteil, Eisner entschied sich praktisch (durch dilatorische Behandlung des Problems) ebenso gegen die Sozialisierung wie seine wenig geliebten Kollegen in Berlin und ermöglichte es dadurch, daß auch in Bayern der Novemberumsturz nur "eine Ablösung der Wachen, nicht der ganzen Garnison" (S. 106) wurde.

Für die "zweite Revolution" nach Eisners Ermordung hat nach Mitchell keine wirkliche Chance bestanden, nachdem der Versuch in Berlin, die Revolution weiterzutreiben, oder präziser: den sozialen Inhalt der Revolution zu retten, im Januar niedergeschlagen und die Bremer Räterepublik von Noskes Truppen liquidiert worden war. Man wird Mitchell zustimmen müssen, daß der "Versuch, sich die Verwirrung in Regierungskreisen in München zunutze zu machen . . . vielleicht idealistisch, aber . . . sicher verantwortungslos (war)." (S. 240)

Mitchells gründliches, wenn auch öfter ironisierendes Buch ("Die meisten leitenden Männer der neuen Regierung waren nicht bedeutender als die Aufrufe, die sie unterzeichneten . . . ", S. 272) hat offenbar die bayerische Geschichtswissenschaft herausgefordert. Der sich selbst als "Gesellschaftshistoriker" bezeichnende Mediävist Karl Bosl hat seine Möglichkeiten als Großordinarius dazu genutzt, einen voluminösen Sammelband über Bayern in den Jahren 1918/19 herauszugeben: "Ich habe es mir darum zur Aufgabe gemacht, gerade die Epoche seit Tod und Entmündigung König Ludwigs II (1886) gründlich und allseitig untersuchen und darstellen zu lassen, um so den für das alte Urteil unerwarteten Ausbruch der Revolution aus den Voraussetzungen umfassend deuten zu können." (Einleitung, S. 2) Eine für die deutsche Universität charakteristische Arbeitsteilung. Nachdem Bosl das "Gesamtproblem" in der Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte umrissen hatte, "haben sich an die 30 Studenten entschlossen, Themen dieses Umkreises in ihren Dissertationen zu behandeln." Diejenigen, die dabei "wertvolle Einsichten" gewonnen haben, hat Bosl "aufgefordert", ihre Beiträge zu dem vorliegenden Band zu vereinen. Bosl selbst gibt in seiner kurzen Einleitung einige Kostproben seiner Einsichten. Die Revolution 1918 in Bayern ist ihm "Umbruch – Neuanfang (?) – Frustration – Modell (?!)". Selbstverständlich werden diese Reizwörter nicht näher ausgeführt, stattdessen die große historische Perspektive: vom Investiturstreit über die Sizilianische Vesper zum Russischen Oktober "bis hin zu den uns alle aufrüttelnden, provozierenden und schockierenden Alarmaktionen einer Jugendinternationale . . . " (S. 2). Wenn das keine Kontinuität ist!

Abgesehen von diesem Boslschen Unsinn ist das Buch jedoch recht brauchbar. Es enthält 14 Beiträge, die, weil Kernthesen von Dissertationen, alle sehr materialreich sind und verschiedene Punkte weit genauer untersuchen können, als es Mitchell möglich war. Auf alle Arbeiten im einzelnen einzugehen, ist hier nicht möglich. Aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß neben traditionellen Themen wie eine Darstellung Kurt Eisners, Untersuchung der Parteien usw. auch der sozial– und wirtschaftsgeschichtliche und historiographische Aspekt ausführlich berücksichtigt werden, für Historiker nicht immer selbstverständlich. Allerdings müssen bei Axel Schnorbus' Darstellung von Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern vor dem Ersten Weltkrieg (S. 97 – 164) einige kritische Anmerkungen gemacht werden, denn die Urteile fallen des öfteren zu großzügig aus. So ist es doch recht erstaunlich, daß Schnorbus das Freizeitproblem in die Zeit vor den 1. Weltkrieg verlegt: "Eine neue Zweiteilung bestimmt das Leben vieler: die eine Hälfte (!) dient dem Broterwerb, während in die andere (!), die Freizeit, nunmehr die Entfaltung der Persönlichkeit gelegt wird." (S. 127) Wohlgemerkt, diese Bemerkung bezieht sich nicht etwa auf das Bürgertum, sondern auf Arbeiter, und die haben es gut, weil das liberale Bürgertum so reformfreudig ist:

> **"Überhaupt befinden sich die Kräfte, die die neue Zeit gestalten wollen, sich mit ihr auseinandersetzen und um eine neue Daseinsform ringen, zum großen Teil in der Bildungsschicht, die – auf eine einfache Formel gebracht – innenpolitisch links orientiert ist, außenpolitisch jedoch imperialistisch denkt, für ein starkes Deutschland sich begeistert, das im Innern seinen Bürgern die freieste (? ?) Betätigung gestattet." (S. 134)**
>
> **"Von dieser Bürgerschicht sind starke Impulse für die Umformung zum modernen Industriestaat, für die soziale Reform ausgegangen. Es ist ihr bleibendes Verdienst, sich der Arbeiterbewegung ritterlich (!) angenommen, für ihre Gleichberechtigung gestritten zu haben, oft sogar in sehr leidenschaftlicher Form." (S. 135)**

Von einem kritischen Geist zeugt die Arbeit von Christoph Weisz über die Revolution von 1918 im historischen und politischen Denken Münchener Historiker der Weimarer Zeit (S. 535 – 578). Weisz stellt mit dankenswerter Klarheit heraus, daß es sich nicht um unverbindliche Privatmeinungen der betreffenden Professoren (Beyerle, Buchner, Doeberl, Marcks, v. Müller, Oncken) handelt, sondern daß "die negativen Urteile über die Revolution hauptsächlich sozioökonomisch bedingt sind." (S. 535), wobei die klügeren unter ihnen, wie Beyerle und Meinecke, sich auf den Boden der Weimarer Republik stellen konnten, weil, wie sie richtig erkannten, sich durch die "Revolution" an den Besitzverhältnissen nichts geändert hatte. Die Feststellung dieses Sachverhalts allein genügt jedoch nicht. Weisz hätte zeigen müssen, wie die Weimarer Zeit auch in der Historikerschaft der Bundesrepublik fortwirkt, und zwar in doppelter Hinsicht: erstens als Verteidi-

gung der Zunft durch die Exkulpierung einzelner und zweitens durch hartnäckiges Festhalten an als falsch erkennbaren Interpretationen. Einem Karl Alexander von Müller z.B. der es 1921 für nötig hielt, der Revolution mit "Blut–und–Boden"–Vokabeln zu begegnen und enttäuscht darüber war, daß die deutsche Revolution ihm keinen Anlaß zum Gewaltkult geben konnte (2), wird 1965 "natürliche Humanität und Liberalität" bescheinigt und er wird darüber hinaus als "Konservativer und Historiker von Geblüt" dargestellt, dem der Zusammenbruch 1918 Anlaß zur Selbstkritik und Neuorientierung gewesen sei (3).

Wenn Weisz feststellt, daß in der Weimarer Republik ein der politischen Linken nahestehender Historiker fehlt (Rosenberg zählt er offensichtlich nicht zu den Hochschullehrern, auf die er sich allein bezieht), so sollte er sich auch fragen, weshalb die Interpretationen dieser Historiker, soweit sie sich nicht in der Zeit des Faschismus in einem auch für bundesrepublikanische Maßstäbe unerträglichen Maß disqualifizierten, heute noch Eingang in repräsentative Handbücher finden (4). Und man kann sich fragen, ob die "Aufhebung" des Klassenkampfes durch die "Formierte Gesellschaft" nicht Gleiches meint wie der Wunsch Meineckes, "die Schwerter des Klassenkampfes umzuschmieden in die Sicheln der Volksgemeinschaft." (5)

In dem Boslschen Sammelband ist kein Aufsatz enthalten, der sich speziell mit den Räten befaßt. Ulrich Rinse weist aber auf die Rätevorstellungen hin, die die Anarchisten besaßen (S. 37 – 73, bes. S. 50 – 52) und die vor allem von Landauer seit 1909 unabhängig vom russischen Vorbild entwickelt worden waren. Über Eisners Pläne glaubt man sich ausführlich informieren zu können in dem bei Hegner erschienenen Band "Die halbe Macht den Räten". Der Titel täuscht jedoch. Geboten wird eine Auswahl aus seinen Schriften, die jedoch indirekt auch für Eisners Rätevorstellung relevant sind. Beeinflußt vom Neukantianismus (H. Cohen) – "Neben Kant tritt Marx, und der eherne Gleichklang der beiden Namen mag diesem Zusammenhang ein Symbol sein" – und Verehrer Tolstojs, ist er als militanter Pazifist gar nicht in der Lage, eine Räterepublik mit Gewalt durchzusetzen. Eisner begriff die Räte als "Schulen der Demokratie", als Unterbau des Parlaments (6). Diese Konzeption vermochte jedoch niemanden zu befriedigen: weder die Anhänger des Rätesystems wie z.B. Landauer noch die SPD, die am traditionellen Parlamentarismus festhielt.

Einen aktuellen Beitrag zur Rätediskussion will die Zeitschrift "PARTISAN" liefern. Das Rätesystem bildet das Kriterium, ob eine Bewegung als revolutionär und sozialistisch einzuschätzen ist oder nicht. Daran werden auch die Argumente für das Eingreifen der UdSSR in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 gemessen:

- "Die Älteren unter uns haben die ganze miese Anfangsreaktion mitgemacht, die (wie gestern in Kronstadt, heute in Prag) von "Konterrevolution"

2 "Inmitten dieser frischen, kernhaften Natur dieser Taumel von Schlagworten und phantastisch aufgetürmten Schwindel, der jeden festen Boden unter seinen Füßen verlor. Inmitten dieses langsamen, zähflüssigen, seßhaften tapferen Bauernvolkes diese Herrschaft der Unreifen und Überreifen, der Landfremden, der Fahnenflüchtigen und der wurzellosen Schwätzer. Es gibt Revolutionen in der Geschichte, die bei allem Grauenhaften des entfesselten Chaos doch hinreißend sind, voll verwegener Tapferkeit, voll gewaltiger Charaktere, voll bergeversetzenden Glaubens, ursprüngliche Entladungen eines ganzen Volkes, das den Boden seines gesamten Daseins umgestalten will und schöpferisch ist, schon indem es zerstört." s. K. A. v. Müller: **Landtagebuch.** München 1921 S. 5 f.

3 so H. Gollwitzer in seinem Nachruf auf v. Müller in der **Historischen Zeitschrift** 205 (1967) S. 295–322, kritisch gegenüber Gollwitzer P. Jahn: "Beschönigungen", in: **Der Monat** 22. Jg. Feb. 1968, H. 233 S. 90–93.

4 vgl. z.B. die Interpretation der Revolution durch Meinecke mit der K. D. Erdmanns.

5 "Volksgemeinschaft", in: **Der Deutsche.** Tageszeitung für Volksgemeinschaft. 1. Jg. Nr. 7 v. 8.4. 1921, hier zit. nach F. M.: **Politische Schriften und Reden**, hrsg. von G. Kotowski. Darmstadt 1958 S. 324.

6 ähnliche Vorstellungen sind neuerdings von E. Kogon im Fernsehen geäußert worden (am 11.5.69 in der Sendung "Alle Macht den Räten! Rätedemokratie – Bürgerschreck oder Modell für morgen? "). Seine Vorschläge laufen auf eine Integration des "Rätesystems" in den Parlamentarismus hinaus. An der Entscheidungsstruktur würde sich nichts ändern.

Helmut Gollwitzer · Die reichen Christen und der arme Lazarus. Die Konsequenzen von Uppsala. 2. Auflage 1969. 124 Seiten. Kartoniert DM 7.80

Theologisch bislang die einzig weiterführende deutsche Auseinandersetzung mit der Revolution, die heute im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Veränderungen die ganze Erde ergreift. Deutschlandfunk

Diskussion zur „Theologie der Revolution". Mit einer Einleitung, einem Dokumententeil und einer Bibliographie zum Thema. Herausgegeben von Ernst Feil und Rudolf Weth. 1969. XVI, 376 Seiten. Kartoniert DM 19.80. In Gemeinschaft mit dem Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz.

Die in diesem Band zusammengestellten, bisher z. T. unveröffentlichten bzw. noch nicht übersetzten Beiträge protestantischer und katholischer Autoren führen in eine kritische, zugleich situations- und sachbezogene Diskussion ein. Die angefügten Dokumente aus dem Bereich der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche und aus Lateinamerika sowie die Bibliographie zum Thema sind eine wertvolle Material- und Arbeitsgrundlage. Der Band enthält Beiträge von H. Assmann, A. Bezerra de Melo, H. Camara, W. Dirks, E. Feil, H. Gollwitzer, P. L. Lehmann, M. Lotz, J. Moltmann, A. Rich, D. A. Seeber, R. Shaull, R..F. Smith, R. Strunk und R. Weth.

CHR. KAISER VERLAG

über "Rückkehr zum Kapitalismus" bis hin zum "Alles imperialistische Agenten" und vom "internationalen Kapital angezettelter und unterstützter Umsturz." Bis man dann später erstaunt entdeckte (einige wenige, meist Anarchisten wie Guérin allerdings sofort), daß es bei diesen verfemten "Konterrevolutionären" ja Arbeiterräte gegeben hatte, dieser doch nach unseren Kriterien untrügliche Beweis für eine revolutionäre Bewegung." (S. 35)

Die Position ist demnach klar: "Der Feind steht rechts – Ja, aber rechts fängt bei den Staatssozialisten an!" (S. 37) Das Heft enthält neben einigem bekannten auch unbekanntes und schwer zugängliches Material zur Rätediskussion, so einen Auszug aus der Schrift des deutschen Anarchisten Rudolf Rocker "Der Bankerott des russischen Staatskommunismus" (1921), in der die Unvereinbarkeit von Diktatur des Proletariats und Rätegedanken nachgewiesen werden soll (wobei Rocker den Begriff "Diktatur des Proletariats" mißversteht und mit der Trotzki–Formel der "Diktatur über das Proletariat" gleichsetzt. Da er sich aber auf die russischen Verhältnisse bezieht, ist dieser Irrtum unwesentlich, da nachgewiesen werden müßte, um welche Art von Diktatur es sich in Rußland gehandelt hat) und darüber hinaus dargelegt wird, daß räteähnliche Vorstellungen schon in der I. Internationale diskutiert worden sind.

Die Wirksamkeit von räteähnlichen Organisationen soll durch eine Analyse der Aktionen in Hamburg seit dem Attentat auf Dutschke bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung nachgewiesen werden. Doch wirkt der Vergleich der Auseinandersetzung zwischen Aktionsausschüssen und Studentenparlament mit der "Doppelherrschaft" von Räten und Provisorischer Regierung sehr gewollt (S. 59). Die Aktionsausschüsse waren nur Kampforgane. Das reicht zur Charakterisierung als räteähnlich nicht aus: die Frage ist, inwieweit die im konkreten Kampf entwickelten Organisationsformen tauglich sind, direkte Demokratie zu verwirklichen. Einen interessanten Vorschlag in dieser Richtung unterbreitet im selben Heft das SDS Delegiertenkollektiv Hamburg, nach dem der Verband in drei Ebenen – Projekt–, Regional– und Verbandsebene – sowie zwei Räten – Projektrat und Zentralrat – organisiert werden soll. Eine Fortsetzung der Rätediskussion ist für das nächste Heft des "Partisan" angekündigt.

Frank Dingel

Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus.

Der Austromarxismus als Theorie und Praxis.
Wien: Europa-Verlag, 1968.
600 S., Leinen 45,– DM.

Der Titel von Lesers Buch weist dem Austro–Marxismus eine Position zu, die aus heutiger Sicht außerordentliches Interesse beanspruchen kann. Die These von Leser scheint gezielt zu sein auf eine Situation, in der sich eine "neue Linke" an der praktischen Entfaltung einer sozialistischen Konzeption versucht, die sowohl die reformistische Sackgasse vermeidet als auch den bolschewistischen "Irrweg" ablehnt. Im Rahmen einer Rezension dieses Buches wird sich erweisen müssen, ob die zentristische Marxismus–Version der österreichischen Sozialdemokratie in ihrem theoretischen Gehalt und/oder in ihrer praktischen Bewährung Anknüpfungspunkte für die "neue Linke" zu bieten hat. Allein das Scheitern der SPÖ in der Zwischenkriegszeit kann die Zwecklosigkeit einer Beschäftigung mit dem Austro–Marxismus nicht begründen. Denn wer Theorie und Praxis einer Bewegung für erledigt hält, weil sie in concreto keinen Erfolg gehabt hat, verzichtet zum einen vorab auf eine Untersuchung der – womöglich übermächtigen – objektiven Situationsfaktoren und verkennt zum anderen, daß die praktische Relevanz einer Theorie sich noch in ihrer Fähigkeit zur Reflexion auf die eigenen Rückschläge und Niederlagen erweisen kann.

In den Augen des Historikers ist diese zweite Frage an Theorie und Praxis des Austro–Marxismus für sich interessant: warum die österreichische Sozialdemokratie den Austro–Faschismus nicht verhindern konnte. Wer das Versagen der SPD am Ende der Weimarer Zeit aus ihrer eigenen Geschichte zu erklären versucht, wird nicht umhin können, die Geschichte des Austromarxismus parallel zu studieren. Theoretische wie praktische Problemlage einer zunächst systemfeindlichen Arbeiterpartei, die sich gleichsam unverschuldet in ein formaldemokratisches politisches System versetzt sieht, liegen in Österreich in idealtypischer Reinheit zutage: die Verfassung ist liberal–demokratisch ohne von Beginn an autoritär suspendabel zu sein (wie die Weimarer Verfassung dank Art. 48); die Partei selbst organisiert einen größeren Anteil der Arbeiterschaft als jede andere mitteleuropäische Arbeiterpartei (im Vergleich mit der SPD hat sie neben dem absolut höheren Organisationsgrad noch den Vorteil der nahezu fehlenden kommunistischen Konkurrenz); sodann hat die SPÖ (v.a. in der Person des Attentäters Friedrich Adler) sichtbareren Anteil an der innenpolitischen Bewegung für eine Beendigung des Krieges als die SPD; schließlich verfügt der Austro–Marxismus seit 1926 über ein (Linzer) Programm, das für den Fall einer antidemokratischen oder konterrevolutionären Bedrohung den Einsatz der bewaffneten Arbeitermacht zwingend vorsieht (und das gerade wegen dieser unmißverständlichen Ankündigung defensiver Gewalt von dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie der eigenen Partei als Vorbild angepriesen wurde). (vgl. dazu O. Jenssen: Was lehrt uns Linz? 1926)

Wenn die österreichische Sozialdemokratie trotz alledem in ihrer politischen Praxis gleichermaßen kraß versagt hat wie ihre deutsche Schwesterpartei, so enthüllt sich in ihrem Falle, wie Leser eindrucksvoll und detailliert belegt, die Tradition eines zum Attentismus versteinerten Pseudo–Marxismus als zentrale Erklärungsvariable für die sozialistische Ohnmacht angesichts faschistischer Bedrohung. Unter diesem Gesichtspunkt liefert die Lesersche Darstellung eine perfekte Entsprechung zur Untersuchung von Erich Matthias über die lähmende Funktion des Kautskyanismus im Rahmen der deutschen Vorkriegs–Sozialdemokratie, mit dem Unterschied allerdings, daß in der SPÖ vor 1914 Victor Adler die Rollen von Bebel und Kauts-

ky (also von reformistischer Parlamentspraxis und theoretischer Heilserwartung) in einer Person vereinigt. In der österreichischen Sozialdemokratie kam nun dieser zentristische Verbalradikalismus erst in der Zwischenkriegszeit zu voller Entfaltung; während Kautsky in der Weimarer SPD nur noch als Theoretiker des Anti-Bolschewismus fungierte und damit deutlich machte, daß der reformistischen Praxis der Parteiführung jetzt auch eine reformistische Partitur zugrundelag (wie sie in Hilferdings Referat auf dem Kieler Parteitag 1927 klar formuliert wurde), erhob der unbestrittene SPÖ-Führer der 1. Republik, Otto Bauer, in seiner Person nach wie vor den Anspruch der Kompatibilität von theoretischer Revolutions-Erwartung und reformistischer Praxis.

Leser zeigt nun einerseits, daß dieser Anspruch – im Gegensatz zur Weimarer Republik – zum Teil eingelöst werden konnte in der Kommunal-Politik des "roten Wien", wo die SPÖ im Schutz ihrer permanenten Mehrheit und einer relativen Hauptstadt-Autonomie in der Tat eine vorbildliche öffentliche Versorgung (einschließlich Wohnungsbau) mit exemplarischem Anspruch durchsetzen konnte. Bezogen auf die Entwicklung des Gesamtstaates jedoch kommt Leser zu dem vernichtenden Urteil, daß die Sozialdemokratie Österreichs nicht nur zu revolutionären Konsequenzen in der Frühzeit der 1. Republik, sondern auch zu defensiven Konsequenzen in ihrer Niedergangsphase unfähig gewesen ist, und dies trotz einer bis mindestens 1933 intakten Massenbasis, die – ähnlich wie die Gefolgschaft der SPD nach dem Preußenstreich am 20. Juli 1932 nur auf ein Einsatzkommando der Führung wartete.

Lesers Urteil, das sich vor allem auf die hinhaltende Taktik der Parteiführung nach dem 15. Juli 1927 (als der spontane Sturm von Arbeitermassen auf den Justizpalast blutige Opfer kostete, ohne daß die Partei das politische Heft in die Hand genommen hätte) und auf das für die kampfentschlossenen Massen völlig unverständliche Abwarten im März 1933 bezieht (als die verfassungswidrige Auflösung des Parlaments von der SPÖ-Führung lediglich mit einer Warnung vor weiteren Verfassungsbrüchen beantwortet wird, ohne daß die versteckten Waffen an die Arbeiter ausgegeben wurden) muß jedoch in doppelter Hinsicht auf seine politischen Implikationen befragt werden.

1. Zum einen neigt Leser dazu, seine Kritik in extremer Personalisierung auf Otto Bauer zuzuspitzen. So berechtigt es erscheint, Bauer die Fähigkeit eines politischen Einsatzleiters abzusprechen, so bedenklich bleibt es, seine analytischen Fähigkeiten rückwirkend aus verfehlter Praxis so radikal zu bestreiten, wie Leser dies tut. So richtig Leser in seiner ideologiekritischen Funktionsbestimmung von einzelnen Theoremen Bauers liegt, wenn er sie als attentistische Konstruktionen zum Schutz vor politischer Aktion entlarvt (so die Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte zur Rechtfertigung der Nachkriegskoalition und die Theorie der Pause, die nach den eigenen Versäumnissen vom 15. Juli die "nicht-revolutionäre" Situation erklären sollte), und so berechtigt scharf sein Urteil über dessen fatale Kunstfertigkeit nachträglicher Rationalisierung mit Hilfe "objektiver" Analysen ausfällt (so die Theorie von der Bourgeois-Republik, deren Restauration gerade die SPÖ nicht rechtzeitig verhindert hat): beides entbindet nicht von der Frage, in welchem Maße Bauers Analysen eine reale soziale Situation zu erfassen und adäquat zu beschreiben in der Lage waren.

2. Die Konsequenz dieses Versäumnisses tritt zutage, wenn Leser gegen die Klassen-Analyse Bauers (die – fehlender Aktivierung des "subjektiven" Faktors zufolge – in der Praxis resignativ wirken mußte) die reformistische Konzeption Karl Renners ausspielt, der die Parteiführung von rechts bekämpfte. Nun kann Leser der Position Renners alle möglichen, von ihm positiv bewerteten Attribute zuschlagen (sein formales Demokratie-Verständnis sei "induktiv, evolutionistisch und skeptisch", während Bauers "absolutistische" Demokratie-Version "deduktiv, revolutionär und intolerant" sei), eines kann er nicht behaupten: daß die von Renner vorgeschlagene Praxis Aussicht gehabt hätte, auch nur einen Schritt zurückzulegen in Richtung einer inhaltlich sozialistischen Umwandlung des sozio-ökonomischen Unterbaus vermittels politischer Erfolge im formaldemokratischen Verfassungssystem. Wenn Leser der Konzeption Renners mehr Erfolgsaussichten zuschreiben kann, so nur in dem Sinne, daß die "demokratische" Ordnung in Österreich zweifellos länger zu halten gewesen wäre, wenn die SPÖ freiwillig und von Anfang an auf die Zielvorstellung einer qualitativ von der kapitalistischen unterschiedenen Gesellschaft verzichtet hätte und ihre Strategie auf eine Politik der permanenten Koalition, ihr politisches Wollen auf die Di-

NEUGRÜNDUNG

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf ca. 24 Seiten

Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international.

Bezugspreis für 1969 DM 7,50

Probenummern bei

Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

6o5 Offenbach 4, Postfach 525

Zum Herausgeberkreis gehören: Frank von Auer, Egon Becker, Christel Beilmann, Hans-Jürgen Benedict, Heinz Brakemeier, Hermann Bramerts, Gerhard Brandt, Andreas Buro, Frank Deppe, Wilfried Gottschalch, Heiner Halberstadt, Heinrich Hannover, Holger Heide, Joachim Kahl, Arno Klönne, Heinz Kopp, Willi Michel, D.W. Narr, Gert Schäfer, Ursula Schmiederer, Tom Schroeder, Martin Stankowski, Wolfgang Streeck, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Egon Wolfertz

mension der von Renner postulierten "sozialen Demokratie" reduziert hätte – die schon in den zwanziger Jahren einen "harmonischen Ausgleich" der Klassenspannungen an die Stelle klassenkämpferischer Dynamik setzen wollte.

Angesichts dieser Wertschätzung Renners (die auch von Lesers heutiger innerparteilicher Position her zu verstehen ist) muß Lesers Kritik am Versagen der SPÖ höchst ambivalent ausfallen. Sie beginnt "immanent", indem sie von links kritisiert, daß der "Austromarxismus weder programmatisch noch praktisch als wirkliche revolutionäre Kraft in Erscheinung trat" (S. 496) und versäumte, die liberale Demokratie in eine reale Demokratie auf sozialistischer Basis umzuwandeln. Dann aber schlägt sie unversehens um in eine Kritik von rechts, wenn sie zum Schluß kommt,

> "daß unter Voraussetzung des Verzichts auf die Revolution die übrigen Bestandteile des marxistischen Systems, die nur unter dem finalen Aspekt der Revolution ... ihre systematische Vollendung erfahren... dem, was sie eigentlich durchsetzen wollte, und was in dieser Geschichtsperiode wahrscheinlich allein durchsetzbar war, nämlich der Erhaltung der Demokratie und des sozialen Friedens, wenig gute Dienste leisteten, sondern eher ein 'rechtes' Konzept im Sinne Renners imstande gewesen wäre, den Lauf des Unheils aufzuhalten". (S. 497)

Das Zitat behauptet aber nun eine "objektive" Grenze sozialistischer Durchsetzungsfähigkeit, die so eng lediglich durch die Handlungsschwäche der SPÖ fixiert werden kann. Leser stellt sich damit als der klassische postfaschistische Sozialdemokrat heraus, der die erlebte konterrevolutionäre Bedrohung in einem Maße verinnerlicht hat, daß er, um diese Gefahr abzuwenden, unverzüglich die sozialistische Perspektive zu opfern bereit ist. Die faschistische Reaktion auf die sozialistische "Provokation" (im Zusammenhang mit der bürgerlichen Angst vor der Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterbewegung auf dem Boden der formalen Demokratie) verweist ihn nicht etwa auf strategische Überlegungen darüber, wie sich eine sozialistische Revolution gegen die Reaktion behaupten könnte, sondern legt ihm das Versprechen nahe, in Zukunft auch bestimmt nicht mehr zu provozieren.

Eine sozialistische Kritik am Versagen des Austromarxismus hätte demgegenüber daran festzuhalten, daß auf der Basis der Bauerschen Klassenanalyse versäumt wurde, eine realistische Strategie zu entwickeln, die unter Berücksichtigung der – teils vorhandenen, teils zu induzierenden – Spontaneität der Arbeitermassen, den politischen Machtkampf um die soziale Revolution gesucht hätte, statt vor ihm in die faschistische Diktatur zurückzuweichen. Über die Erfolgschancen einer solchen Strategie läßt sich heute nur spekulieren, zumal die außenpolitischen Rückwirkungen zu berücksichtigen wären. Die Fetischisierung der bürgerlichen Demokratie–Konzeption, zu einer Zeit, da die führenden Kräfte des Bürgertums diese schon nicht mehr beim Wort zu nehmen bereit waren, hat die österreichische Sozialdemokratie jedenfalls so nachhaltig gelähmt, daß sie auch 1933 nicht einmal mehr zur gewaltsamen Verteidigung des Parlaments in der Lage war.

Otto Bauer hat diese entscheidenden Fehler im Kampf um die 1. Republik in seinen späteren selbstkritischen Schriften so klar erkannt, wie sie deutscherseits im Prager Manifest der So–Pa–De ausgesprochen wurden. Die Nachkriegsentwicklung beider Parteien hat diese Erkenntnisse wieder verschüttet. Leser weist in bezug auf die SPÖ nach, daß eine kritische Reflexion des eigenen Versagens deshalb nicht erfolgte, weil der ohnmächtige und erfolglose, weil viel zu spät kommende Aufstand gegen die Dollfuß–Diktatur vom 12. Februar 1934 eine Glorifizierung der austromarxistischen Kampfbereitschaft ermöglichte, die dem tatsächlichen Sachverhalt in keiner Weise entsprach.

In ähnlicher Weise könnte man für die SPD behaupten, daß die sozialistische Beteiligung am Widerstand und die – vergeblichen – Leiden unter dem NS–Regime eine Voraussetzung dafür boten, die im Prager Manifest ausgesprochenen Erkenntnisse aus dem politischen Bewußtsein der Nachkriegszeit zu verdrängen. (Es scheint, so gesehen, kein Zufall zu sein, daß die anti–kommunistische Stoßrichtung der SPD nach dem Kriege so erfolgreich von einem Manne durchgesetzt wurde, der als KZ–Opfer die heroische Tradition der SPD im Gegensatz zu ihrer kollaboratorischen repräsentieren konnte. Löbe hätte sich für diese Aufgabe weit weniger geeignet als K. Schumacher)

Indem nun Lesers Buch für die Zwischenkriegszeit überzeugend die Unvereinbarkeit erweist zwischen einer "nur–parlamentarischen" Reform–Strategie und inhaltlich revolutionären Zielvorstellungen, die es in eine politische Offensiv–Praxis zu vermitteln gilt, ohne den Klassengegner zu unterschätzen, erstellt die Geschichte des Austro–Marxismus für die "neue Linke" lediglich ein extrem abschreckendes Beispiel. Sie zeigt das Versagen einer Massenpartei, die 1. den Fetisch der gemeinsamen verbalrevolutionären Grundstimmung inhaltlicher Diskussion um eine revolutionäre Strategie überordnet und die 2. sich passiv autoritär einer politischen Führung unterwirft, die in Wirklichkeit jeden Kontakt mit den Massen verloren hat und demzufolge im Grenzfall die Bereitschaft zur politischen Aktion von oben erstickt.

Abschließend einige Bemerkungen zu Lesers Methode. Im ersten Teil des Buches bringt er eine idealtypische Gegenüberstellung Renners und Bauers, die schon deshalb ungleichgewichtig ausfallen muß, weil Renners Spätwerk "Wandlungen der modernen Gesellschaft" (1953) keine literarische Äußerung Bauers entspricht. In diesem Teil kommt jedoch schon klar heraus, daß Renners politische Theorie keine sozialistische mehr ist, sondern in ihrer Konzeption von formaler Demokratie sich stark an Kelsens liberale Position angenähert hat.

Der historische Teil, als Kernstück des Buches, ist weniger mit Zitaten überfrachtet und daher auch vorzüglich lesbar. Eine die politischen Proportionen verzerrenden Schwäche des Buches liegt aber darin, daß Leser (bezeichnenderweise) die linksoppositionelle Position innerhalb des Austromarxismus aus seiner theoretischen Gegenüberstellung und aus seiner historischen Darstellung herausnimmt und dem Exponenten dieses "linken Flügels – Max Adler – einen gesonderten Teil

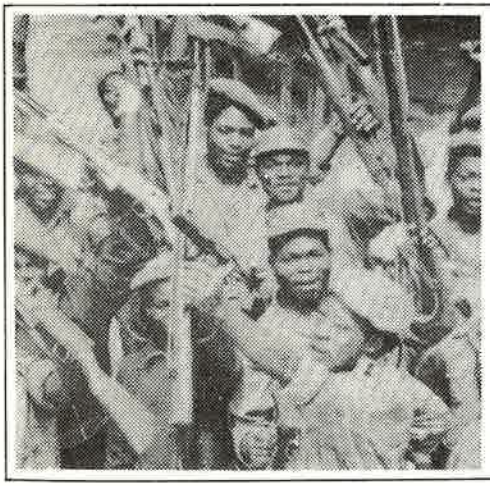
widmet. Unter dem Titel "Max Adler als Philosoph des Austromarxismus" wird diesem darin eine fast ätherische Rolle jenseits politischer Praxis zugewiesen und damit unterschlagen, daß Adler in den politischen Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie in Österreich und Deutschland immer eine marxistisch begründete Position vertreten hat, die sich innerparteilich lediglich nicht durchsetzen ließ. Leser vernachlässigt in seiner Darstellung also mit der links-austromarxistischen Analyse Adlers somit gerade die Position, die aus heutiger Sicht innerhalb der untersuchten Schule das größte Interesse verdient hätte.

Niels Kadritzke

Walter Tuchscheerer:
Bevor 'Das Kapital' entstand.
Die Herausbildung und Entwicklung der ökonomischen Theorie von Karl Marx in der Zeit von 1843 bis 1958

Berlin: Akademie Verlag, 1968.
493 S., Leinen 25,– DM.

Die Diskussion um Marx und den Marxismus konzentriert sich seit einiger Zeit auf die Probleme der Genese sowie der Struktur des Marxschen Gesamtwerkes. Und das weniger im Sinne biographischer Exaktheit oder philologischer Exegese als vielmehr zu dem Zwekke, durch das Sichtbarmachen der Darstellungsweise und Methode des Werkes von Marx erst dessen adäquates Verständnis zu ermöglichen.
Der von Marx 1857/59 geschriebene Rohentwurf des 'Kapitals' ist dabei von grundlegender Bedeutung, weil er zugleich die bruchlose Entwicklung des Marxschen Denkens wie auch seine Arbeitsmethode in Forschung und Darstellung zeigt. In Tuchscheerers Buch sind die 'Grundrisse' der Zielpunkt, weil mit ihm die Hauptzüge der Marxschen Ökonomie ausgearbeitet sind. Der Ansatz von Tuchscheerer sticht zunächst wohltuend von den üblichen Schemata westlicher Marxologen ab, die – wie etwa Schumpeter oder Fetscher – glauben, Marx' Gedankengänge in Kategorien wie Philosophie, Ökonomie, Politik usw. hineinpressen zu können, ohne daß der Marxsche Impetus und Zusammenhang Schaden erleidet.
Tuchscheerer beginnt mit den frühen Schriften von Marx, um die Entwicklung seiner ökonomischen Theorie nachzuzeichnen. Dabei steht im Mittelpunkt der Kern der Marxschen Ökonomie: das Wertgesetz. Das Buch verfolgt im Hinblick auf das voll entwickelte Wertgesetz im 'Kapital' den Entstehungsprozeß dieses Gesetzes von den ersten journalistischen Publikationen über die 'Pariser Manuskripte' und die Exzerpthefte, die 'Heilige Familie', die 'Deutsche Ideologie', das 'Elend der Philosophie', 'Lohnarbeit und Kapital' bis zum fast fertigen Gebäude der Arbeitswertlehre in den 'Grundrissen'.
Überzeugend zeichnet T. nach, wie Marx – und teilweise Engels – zunächst in Empörung über die gesellschaftlichen Verhältnisse das Kind mit dem Bade, d.h. mit dem Zynismus des Bankiers Ricardo auch den rationellen Kern seiner Lehre, die Arbeitswerttheorie, ausschütten, wie sie zunächst dagegen die Redeweise von den angeblich den Wert allein bestimmenden Angebots– und Nachfrageströmen ins Feld führten, ohne sich darüber klar zu werden, daß dies nichts erklärt außer Schwankungen um eine gewisse Größe, die unerklärt bleibt (mit seiner sich entwickelnden Theorie lief bei Marx immer auch Selbstkritik an seinen früheren Meinungen einher: die meisten bürgerlichen Marxkritiker könnten in ihren Polemiken durchaus bei Marx selber Vorbilder wie auch dann vorweggenommene Kritik ihrer Meinungen finden), um dann auf der Grundlage der Lehren der klassischen politischen Ökonomie die eigene zu entwickeln, die vor allen Dingen darin neu ist, daß sie die ökonomischen Kategorien als gesellschaftliche und historisch wandelbare Verhältnisse und den Profit als eine Erscheinungsform des durch Mehrarbeit entstehenden Mehrwerts begreift. Wenn dabei auch einige Schwächen auffallen wie die ehrerbietigen Kratzfüße vor manchen trivialen Aussagen von Marx, die dadurch in die Nähe von Genialität rücken, und die oberflächliche Diskussion (meist



DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKRIEG
in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

Projektgruppe Afrika im INFI Berlin

Oberbaumverlag
1 Berlin 21, Bundesratufer 1.

aus zweiter Hand) der Theoretiker der klassischen Ökonomie, die trotz attestierten guten Willens doch schließlich als ziemlich lächerliche Ignoranten dastehen – wobei Ricardo noch am besten abschneidet –, so liegen die Haupteinwände gegen dieses Buch auf einer anderen Ebene: Der oben gelobte Ansatz Tuchscheerers, der Schluß zu machen schien mit der Arbeitsteilung von Philosophie und Ökonomie bei Marx, erweist sich dem Leser bald als Pferdefuß, da zwar adäquat zum Inhalt des Marxschen Werkes die ökonomischen Verhältnisse als die letztendlich bestimmenden Kräfte angesehen werden, aber es wird doch keine vernünftige, d.h. als notwendig zu erkennende Vermittlung mit den philosophischen Kategorien von Marx aufgezeigt.

Da dies bei T. nicht einmal als Problem auftaucht und auch nicht gesehen wird, daß die ökonomische Theorie von Marx bloß inadäquat nur–ökonomisch referiert oder kritisiert werden kann, ist es nicht verwunderlich, wie die "Entfremdungsproblematik" verschämt als Instrument der Gesellschaftsanalyse aufgefaßt wird, die beim späten, "realistischen" Marx durch das bessere Instrument des Wertgesetzes ausgewechselt wurde – wobei leider auch nicht dem Marxschen Hinweis, daß das Wertgesetz das erste ökonomische Gesetz jeder Gesellschaft sei, nachgegangen wird (S. 377, S. 389) – und wie die entfremdete Arbeit in den "Pariser Manuskripten" weder zureichend referiert noch als Ursache (nicht Folge!) des Privateigentums dargestellt wird, wie es bei Marx eindeutig nachzulesen ist.

Trotz dieser Mängel ist das Werk von T. zu empfehlen; zumal außer einer sowjetischen Arbeit und dem neuen Buch von Mandel diese Thematik für breite Leserschichten nicht behandelt ist und die ökonomische Theorie jedenfalls im engeren Sinne bis zu den "Grundrissen" in pädagogisch ansprechender, weil trotz vieler Wiederholungen nicht langweilender Form dargeboten wird. Die vom Verfasser geplante Fortführung des Werkes bis zum "Kapital" werden wir leider nicht mehr lesen können: Walter Tuchscheerer starb im April 1967 im Alter von 38 Jahren.

Hans–Dieter Bamberg

SoPo 3/69
erscheint Anfang Oktober

Sozialistische POLITIK

VERTRIEB: 1 Berlin 33, Ihnestraße 21

Hier bitte abtrennen

**Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK ab Nr.....
zum Preise von DM 12.– Jahresabonnement, DM 8.– für Studenten.* Den Betrag habe ich auf das Postscheckkonto Berlin - West 62 010 überwiesen.**

Anschrift: .....

Vorname Name

.....

Postleitzahl Ort Straße

.....

Datum Unterschrift

* Zutreffendes bitte unterstreichen!
Studentenabonnement gegen Studienbescheinigung.

Abonnementspreis einschl. Zustellgebühr.
Bitte als Briefdrucksache freimachen.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS
UND DER AKADEMIE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK

HAMBURGER HEFTE

für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Herausgegeben von Heinz-Dietrich Ortlieb

Heft 2/3:

Heinz-Dietrich Ortlieb

Die mißverstandene Revolte

Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte

Ausgangspunkt der Überlegungen des Autors dieser Studie ist, daß die Revolte der Studenten in hohem Maße mißverstanden wurde: Die Rebellion der Jungen ist nicht die schöpferische Antwort auf die mannigfachen Unzulänglichkeiten unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Es ist töricht, den utopischen Forderungen der jungen Generation einfach stattzugeben. Es ist aber ebenso töricht, das Phänomen dieser Rebellion zu bagatellisieren – sobald der durch sie ausgelöste Schock nur ein wenig nachläßt.

Die Beiträge zum Thema „Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte" stellen eine aktuelle, mit innerem Engagement geschriebene Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Themen unserer Zeit dar.

90 Seiten, Großoktav, Preis brosch. DM 9,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH HAMBURG

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

in der Reihe
Sozialistische Klassiker

Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital
Lohn, Preis und Profit
144 Seiten, Paperback, DM 2,40

W. I. Lenin
Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus
168 Seiten, Paperback, DM 3,–

in der Reihe
Marxismus aktuell **jeder Band 3 Mark**

Heinz Schäfer
Lohn, Preis und Profit heute
177 Seiten, Paperback

Walter Schellenberg
Wie lese ich "Das Kapital"?
Einführung in das Hauptwerk Karl Marx
Ca. 130 Seiten, Paperback

Lenin über Trotzki
Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein
und Johannes von Heiseler
Ca. 140 Seiten, Paperback

Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred
Gerlach, Günter Wirth, Kurt Wünsche
Ca. 160 Seiten, Paperback

Juri N. Dawydow
Freiheit und Entfremdung
Ca. 140 Seiten, Paperback

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band I: Südvietnam
Hrsgb. Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus
Ca. 120 Seiten, Paperback

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band II: Nordvietnam
Hrsgb. Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus
Ca. 130 Seiten, Paperback

VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER
6 Frankfurt/Main · Meisengasse 11